

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

76. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIV. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 7. Dezember 1977

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1978

Beratungsgruppe XIV: Wissenschaft und Forschung

Beratungsgruppe VI: Unterricht und Kunst

Beratungsgruppe XIII: Bauten und Technik

Entschließungsantrag der Abgeordneten Weinberger, Dr. Keimel, Dr. Stix und Genossen betreffend Herabsetzung der Beeinträchtigungen durch Verkehr auf Bundesstraßen und Autobahnen (S. 7400) – Annahme E 16 (S. 7412)
Annahme der Beratungsgruppe XIII (S. 7412)

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 7272)

Ordnungsruf (S. 7375)

Geschäftsbehandlung

Vertagungsbeschluß (S. 7412)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (631 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1978 (713 d. B.)

Gemeinsame Beratung über

Beratungsgruppe XIV: Kapitel 14: Wissenschaft und Forschung

Spezialberichterstatte: Wuganigg (S. 7272)

Beratungsgruppe VI: Kapitel 12: Unterricht, Kapitel 13: Kunst, Kapitel 71: Bundestheater

Spezialberichterstatte: Haas (S. 7274)

Redner: Dr. Frischenschlager (S. 7275), Radinger (S. 7280), Dr. Busek (S. 7285), Wille (S. 7296), Peter (S. 7300), Dr. Schnell (S. 7306), Dr. Gruber (S. 7311), DDr. Maderner (S. 7315), Dr. Stix (S. 7318), Bundesminister Dr. Hertha Firnberg (S. 7322), Dr. Blenk (S. 7327), Luptowits (S. 7332), Dr. Kaufmann (S. 7337), Bundesminister Dr. Sinowatz (S. 7340), Dipl.-Ing. Hanreich (S. 7344), Dipl.-Ing. Dr. Frühwirth (S. 7346), Dr. Hilde Hawlicek (S. 7353), Ottilie Rochus (S. 7358), Tonn (S. 7361), Ing. Amtmann (S. 7363), Dipl.-Vw. Josseck (S. 7366), Lafer (S. 7369), und Mag. Höchtl (S. 7372)

Annahme der Beratungsgruppen XIV und VI (S. 7375)

Beratungsgruppe XIII: Kapitel 64: Bauten und Technik

Spezialberichterstatte: Heßl (S. 7376)

Redner: Dr. Keimel (S. 7377), Babanitz (S. 7383), Dipl.-Ing. Hanreich (S. 7388), Lehr (S. 7393), Ing. Letmaier (S. 7396), Weinberger (S. 7399), Melter (S. 7401), Bundesminister Moser (S. 7405), Regensburger (S. 7409) und Hagspiel (S. 7411)

Eingebracht wurden

Anfragen der Abgeordneten

Hietl und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Produzentenabgaben beim Weinbau (1523/J)

Hietl und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Eilzug-Verbindung von Wien nach Krems (1524/J)

Hietl und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Weinernte 1977 (1525/J)

Dr. Feurstein, Dr. Blenk, Hagspiel und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend die Gewährung von Zuschüssen im Rahmen von sozialen Maßnahmen der Rehabilitation (1526/J)

Dkfm. DDr. König und Genossen an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie betreffend Atomkraftwerk Zwentendorf (1527/J)

Dkfm. DDr. König und Genossen an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie betreffend Bau eines Solarkraftwerkes in Österreich (1528/J)

Dkfm. DDr. König und Genossen an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie betreffend Donauausbaugesetz (1529/J)

Dkfm. DDr. König und Genossen an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie betreffend Energiesparen durch Wärmedämmung (1530/J)

Dr. Feurstein, Hagspiel, Dr. Blenk und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Parlamentsbesuche im Rahmen der Aktion „Österreichs Jugend lernt ihre Bundeshauptstadt kennen“ (1531/J)

Dr. Lanner, Dkfm. DDr. König, Dr. Ermacora und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Vorgänge im Sicherheitsbüro der Bundespolizeidirektion Wien (1532/J)

Dr. Lanner, Dkfm. DDr. König, Dr. Ermacora und Genossen an den Bundesminister für Justiz betreffend Änderungen des Berichtes der Staatsanwaltschaft Wien über Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit mit dem Sicherheitsbüro (1533/J)

Melter, Dr. Schmidt und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Befreiung von der Kraftfahrzeugsteuer für Zivilbeschädigte (1534/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident **Minkowitsch**, Dritter Präsident **Probst**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Pölz, Zingler, Kraft, Staudinger und Wedenig.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (631 und Zu 631 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1978 samt Anlagen (713 der Beilagen)

Spezialdebatte

Beratungsgruppe XIV

Kapitel 14: Wissenschaft und Forschung (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Beratungsgruppe VI

Kapitel 12: Unterricht (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Kapitel 13: Kunst (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Kapitel 71: Bundestheater

Präsident: Gegenstand der heutigen Verhandlung ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (631 und Zu 631 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1978 samt Anlagen (713 der Beilagen)

Im Einvernehmen mit den Parteien wird die Debatte über die Beratungsgruppen

XIV Wissenschaft und Forschung sowie
VI Unterricht

des Bundesvoranschlages zusammengefaßt.

Wir gehen in die Tagesordnung ein.

Spezialberichterstatte über die Beratungsgruppe XIV ist der Herr Abgeordnete Wuganigg.

Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatte **Wuganigg:** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich erstatte den Spezialbericht zu Beratungsgruppe XIV:

Kapitel 14: Wissenschaft und Forschung

Der Finanz- und Budgetausschuß hat unter dem Vorsitz des Obmannstellvertreters Abgeordneten Mühlbacher die in der Beratungsgruppe XIV zusammengefaßten Teile des Bundesvoranschlages 1978 in seiner Sitzung am 22. November 1977 in Verhandlung gezogen.

In dem von der Bundesregierung eingebrachten Bundesvoranschlag für 1978 ist für den Bereich des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung (Kapitel 14) ein Gesamtausgabenrahmen von 7 530 793 000 S vorgesehen. Gegenüber dem BVA 1977 von 6 885 952 000 S ergibt dies eine Steigerung von 644 841 000 S, das sind 9,36 Prozent.

Im einzelnen entfallen auf den Personalaufwand 3 563 170 000 S und auf den Sachaufwand 3 967 623 000 S; gegenüber dem Bundesvoranschlag 1977 ergibt dies eine Steigerung im Personalaufwand von 509 764 000 S, das sind 16,69 Prozent, und im Sachaufwand eine Steigerung von 135 077 000 S, das sind 3,52 Prozent.

Der Anteil des Wissenschafts- und Forschungsbudgets am Gesamtbudget beträgt 2,82 Prozent, woraus zu ersehen ist, daß das Wissenschafts- und Forschungsbudget im Rahmen des Gesamtbudgets seinen Platz behauptet hat.

Personalaufwand

Der Personalaufwand für das Wissenschaftsressort wurde für 1978 mit 3 563 170 000 S fixiert. Der größte Anteil hievon entfällt auf die Universitäten, und zwar mit 2 848 047 000 S.

Sachaufwand

Der Forschungsblock, das sind die Ansätze 1/1413 bis 1/1419, steigt von 827 968 000 S für das Jahr 1977 um 41 143 000 S auf 869 111 000 S für das Jahr 1978, was trotz Sparbudget einer Steigerung von rund 5 Prozent gleichkommt.

Daß die Energie- und Rohstoffforschung als Forschungsschwerpunkt angesehen wird, kommt dadurch zum Ausdruck, daß die Aufwendungen für Forschungsaufträge von 21 229 000 S um mehr als 30 000 000 S (31 274 000 S) auf 52 503 000 S erhöht wurden. Außerdem wurde beim Ansatz 1/14138 für das Jahr 1978 erstmals der Economo-Preis in der Höhe von 50 000 S zur Ausschreibung gebracht.

Die Förderungsmittel für die beiden Fonds (Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen

Wuganigg

Forschung und Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft) sowie für die Österreichische Akademie der Wissenschaften und für die Forschungsunternehmungen konnten in gleicher Höhe wie im Bundesvoranschlag 1977 veranschlagt werden.

Bei Ansatz 1/1416 wurden außerdem die Kreditmittel für die Ludwig Boltzmann-Gesellschaft von 24,8 Millionen Schilling auf 30 320 000 S aufgestockt, da einige neue Institute in außerordentliche Gesellschaft integriert werden. Bei den Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) für Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation (Ansatz 1/14187) konnten Einsparungen dadurch erzielt werden, daß die Mitgliedsrate für den CERN von 111 000 000 S auf 100 500 000 S reduziert wurde. Demgegenüber fand eine Ausweitung der internationalen Beziehungen durch die Aufnahme einer eigenen Post „ESA-Association“ mit einer Dotation von 2 500 000 S statt.

Universitäten

Die unmittelbar für die Universitäten ausgewiesenen Ausgaben steigen unter Berücksichtigung der Umschichtungen und Erhöhungen für das universitäre Bibliothekswesen (79 000 000 S), von 4,147 Milliarden Schilling im Jahre 1977 auf 4,494 Milliarden Schilling im Jahre 1978, das sind 426 000 000 S, was einen Steigerungsprozentsatz von 10,3 Prozent bedeutet.

Der Sachaufwand der Universitäten ist mit 1 646 438 000 S präliminiert. Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1977 scheint dies zwar eine um 44 932 000 S niedrigere Veranschlagung zu sein, tatsächlich ist dies jedoch darauf zurückzuführen, daß in Durchführung des UOG von den Anlagenkrediten der Universitäten (Ansatz 1/14203) ein Betrag von 18 456 000 S zu den Anlagen der Bibliotheken (Ansatz 1/14233) und von den Aufwendungen der Universitäten (Ansatz 1/14208) ein Betrag von 60 780 000 S zu den Aufwendungen der Bibliotheken (Ansatz 1/14238) umgeschichtet wurde. Die Unterrichts- und Forschungserfordernisse unter Einschluß der Aufwendungen für Bibliothekserfordernisse steigen von 247 000 000 S auf 263 700 000 S, was ein Plus allein bei diesen Posten von nahezu 17 000 000 S bedeutet.

Eine beträchtliche Steigerung konnte auch für den Betriebsaufwand der Universitäten erzielt werden. Unter Ausklammerung der eben angeführten Unterrichts- und Forschungserfordernisse aus dem Verwaltungsaufwand ergibt sich auf Grund der Steigerung der einzelnen Posten eine Ausgabenentwicklung von 329,4 Millionen Schilling auf 378,1 Millionen Schilling, was einer Steigerung von nahezu 15 Prozent gleich-

kommt. Hervorzuheben ist die Erhöhung der Post „Großrechenanlagen“ von 85 000 000 S auf 95 914 000 S sowie die Neuschaffung der Post „Vorbereitungslehrgänge“ mit einem Betrag von 1 000 000 S.

Für das Universitätszentrum Wien, Althanstraße, welches die Wirtschaftsuniversität Wien und das Zoologische Institut der Universität Wien aufnehmen soll, ist als ein weiterer Schwerpunkt des Wissenschaftsbudgets auch im Haushaltsjahr 1978 wieder ein Betrag von 100 000 000 S bei Ansatz 1/14108 vorgesehen.

Ferner wird bei den Aufwendungen für Hochschulische Einrichtungen unter anderem veranschlagt: Institut für angewandte Systemanalyse mit 17 269 000 S, der Linzer Hochschulfonds mit 75 000 000 S und der Klagenfurter Hochschulfonds mit 38 000 000 S. Im Bereich der wissenschaftlichen Anstalten wurde für den Vollzug des Lagerstättengesetzes im Bundesvoranschlag 1978 ein Betrag von 10 000 000 S veranschlagt.

Die Gesamtaufwendungen für die Bibliotheken - Ansatz 1/1423 - sind von 206 744 000 S auf 317 488 000 S gestiegen. Diese überdurchschnittliche Steigerung von 53,5 Prozent ist auf die oben angeführte Umschichtung zuzüglich der Erhöhung für Bibliothekserfordernisse zurückzuführen.

Der Sachaufwand der Kunsthochschulen stieg um 9,5 Prozent auf 157 443 000 S.

Der Aufwand im Musealbereich ist von 156 172 000 S auf 169 823 000 S, das sind 8,7 Prozent, gestiegen; das Kreditvolumen für den Sachaufwand 1978 beträgt 58 195 000 S. Besonders darf erwähnt werden, daß auch im Jahre 1978 wieder für internationale Großausstellungen ein Betrag von 3 500 000 S bereitgestellt werden konnte.

Die Gesamtaufwendungen für das Bundesdenkmalamt - Ansatz 1/1450 - sind von 95 020 000 S auf 105 215 000 S gestiegen, was einer Erhöhung von 10,7 Prozent gleichkommt.

Die Sachaufwandskredite für den Denkmalschutz weisen eine Steigerung von 8,1 Prozent auf 74 822 000 S gegenüber dem Bundesvoranschlag 1977 auf. Schließlich ist für wissenschaftliche Zeitschriften und Publikationen wieder eine Förderungspost bei Ansatz 1/14006 mit einem Betrag von 4 000 000 S veranschlagt.

Die Einnahmenentwicklung im Rahmen des Kapitels 14 weist eine Steigerung von 236 509 000 S im Jahre 1977 auf 270 897 000 S für 1978 auf; dies entspricht einer Steigerungsrate von 34 388 000 S, das ist plus 14,54 Prozent.

Schließlich sind im Konjunkturausgleich-Vor-

7274

Nationalrat XIV. GP – 76. Sitzung – 7. Dezember 1977

Wuganigg

anschlag des Kapitels 14 „Wissenschaft und Forschung“ 230 800 000 S im Rahmen der Konjunkturbelebungsquote veranschlagt.

An der Debatte, die sich an die Ausführungen des Spezialberichterstatters anschloß, beteiligten sich die Abgeordneten Dr. Blenk, Radinger, Dr. Frischenschlager, Wille, Dr. Busek, Blecha, Dr. Ermacora, Dipl.-Ing. Dr. Frühwirth, Dr. Hilde Hawlicek, Dr. Kaufmann, Steinbauer, Anneliese Albrecht und Dr. Eduard Moser.

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg beantwortete ausführlich die an sie gerichteten Fragen.

Abgeordneter Dr. Frischenschlager brachte einen Abänderungsantrag ein. Dieser Antrag fand nicht die erforderliche Mehrheit.

Bei der Abstimmung am 24. November 1977 hat der Finanz- und Budgetausschuß die finanzgesetzlichen Ansätze der zur Beratungsgruppe XIV gehörenden Teile des Bundesvoranschlages für das Jahr 1978 unverändert angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 14: Wissenschaft und Forschung, samt dem dazugehörenden Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlages des Bundesvoranschlages für das Jahr 1978 (631 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Falls Wortmeldungen vorliegen, stelle ich den Antrag, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Spezialberichterstatter über die Beratungsgruppe VI ist der Herr Abgeordnete Haas. Ich ersuche um den Bericht.

Spezialberichterstatter **Haas:** Hohes Haus! Ich erstatte den Spezialbericht zu Beratungsgruppe VI, Kapitel 12: Unterricht, Kapitel 13: Kunst, und Kapitel 71: Bundestheater.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat unter dem Vorsitz des Obmannstellvertreters Abgeordneten Mühlbacher die in der Beratungsgruppe VI zusammengefaßten Teile des Bundesvoranschlages für das Jahr 1978 in seiner Sitzung am 22. November 1977 in Verhandlung gezogen.

In dem von der Bundesregierung vorgelegten Bundesvoranschlag 1978 ist für das Unterrichts- und Kunstbudget ein Gesamtausgabenrahmen von 23 560 268 000 S vorgesehen. Hievon entfallen auf den Personalaufwand 7 137 923 000 S und auf den Sachaufwand 16 422 345 000 S. Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1977 ergibt dies eine Steigerung im Personalaufwand von

1 040 599 000 S und im Sachaufwand eine solche von 1 920 424 000 S.

Die Bundestheater sind mit 1 258 650 000 S präliminiert. Auf den Personalaufwand entfallen 993 563 000 S und auf den Sachaufwand 265 087 000 S. Die Steigerung im Personalaufwand beläuft sich auf 83 263 000 S beziehungsweise im Sachaufwand auf 29 662 000 S.

Im einzelnen stellt sich das Unterrichts- und Kunstbudget wie folgt dar:

Die um 1 040 599 000 S erhöhten Ansätze auf dem Personalsektor der Kapitel 12 und 13 sind bedingt durch die am 1. Jänner 1978 in Kraft tretende Bezugserhöhung von 8 Prozent auf der Bezugsbasis vom 1. Jänner 1977. Die wesentlichsten Aufstockungen im Personalaufwand sind bei den Ansätzen „Allgemeinbildende Höhere Schulen“, „Technische und gewerbliche Lehranstalten“, „Sozialakademien“ sowie „Handelsakademien und Handelsschulen“ vorgenommen worden.

Im Sachaufwand des Unterrichts- und Kunstressorts ist eine Steigerung um 1 920 424 000 S, und zwar von 14 501 921 000 S im Jahre 1977 auf 16 422 345 000 S, für das Jahr 1978 vorgesehen. Die Steigerung beträgt 13,24 Prozent gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr.

Bei der Zentralleitung Bundesministerium für Unterricht und Kunst wurde für die Errichtung der UNO-Schule ein Betrag von 1 660 000 S veranschlagt.

Ein wesentlicher Schwerpunkt wurde auf gewisse Bereiche des allgemein- und berufsbildenden Schulwesens gelegt:

So erfuhr der Sachaufwand des Ansatzes 1/1270 – „Allgemeinbildende Höhere Schulen“ eine Steigerung von 481 122 000 S im Jahre 1977 auf 527 538 000 S im Jahre 1978, das ergibt eine Erhöhung um 9,65 Prozent. Weiters steigt der Sachaufwand – „Bundes-Blinden- und Taubstummeninstitute“ von 7 989 000 S im Jahre 1977 auf 12 825 000 S im Jahre 1978. Das ergibt ein Plus von 60,53 Prozent und ist insbesondere auf die Einrichtung der Neubauten des Bundes-Blindeninstitutes und des Bundes-Taubstummeninstitutes zurückzuführen.

Der Sachaufwand für das Berufsbildende Schulwesen der Ansätze „Technische und gewerbliche Lehranstalten“, „Sozialakademien, Lehranstalten für Fremdenverkehrs-, Frauen- und Sozialberufe“ und „Handelsakademien und Handelsschulen“ konnte von 530 191 000 S im Jahre 1977 auf 606 435 000 S im Jahre 1978 angehoben werden und erfuhr somit eine Erhöhung um 14,38 Prozent. Von dieser Erhöhung waren insbesondere die Sozialakademien,

Haas

Lehranstalten für Fremdenverkehrs-, Frauen- und Sozialberufe betroffen. Hier trat eine Steigerung von 50,60 Prozent gegenüber dem Bundesvoranschlag 1977 ein.

Die Sachaufwandskredite des Kunstsektors betragen für das Jahr 1978 335 392 000 S und sind gegenüber dem Bundesvoranschlag 1977 um 9,47 Prozent gestiegen. Die Kreditaufstockung im Kunstbereich hat ihren Schwerpunkt beim Ansatz „Musik und darstellende Kunst“, wobei eine Steigerung für die Förderung der Privattheater, des Mehrzweckhauses Bregenz und der Kulturzentren eintrat. Die Erhöhung betrug gegenüber dem Jahre 1977 20,93 Prozent.

Die Sachaufwandskredite der Ansätze „Bundesheime und Sporteinrichtungen“, „Sonstige Einrichtungen für Jugendberufshilfe“ und „Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung“ erfuhr eine Steigerung von 134 344 000 S im Jahre 1977 auf 146 679 000 S im Bundesvoranschlag-Entwurf 1978, das sind 9,18 Prozent. Der Schwerpunkt lag hier bei der Durchführung der Aktion „Österreichs Jugend lernt ihre Bundeshauptstadt kennen“. Hier ergab die Erhöhung 22,18 Prozent gegenüber dem Bundesvoranschlag 1977.

Die Steigerungsrate bei den Bundestheatern beläuft sich auf 9,86 Prozent. Das Kreditvolumen hat sich von bisher 1 145 725 000 S im Jahre 1977 auf 1 258 650 000 S im Jahre 1978 ausgeweitet. Der Personalaufwand erfuhr eine Steigerung um 9,15 Prozent und der Sachaufwand eine solche von 12,60 Prozent und beträgt demnach für das Jahr 1978 265 087 000 S.

Die Einnahmen der Kapitel 12 und 13 stiegen von 257 577 000 S im Jahre 1977 auf 296 438 000 S, das ergibt ein Plus von 15,09 Prozent.

Die beim Bundesministerium für Bauten und Technik veranschlagten Baukredite der Unterrichtsverwaltung betragen im Jahre 1978 979 637 000 S.

Abschließend darf noch erwähnt werden, daß ein Betrag von 180 300 000 S im Konjunkturbelastungsprogramm des Konjunkturausgleich-Voranschlages für die Kapitel 12 und 13 vorgesehen ist.

An der Debatte, die sich an die Ausführungen des Spezialberichterstatters anschloß, beteiligten sich die Abgeordneten Dr. Gruber, Dr. Schnell, Peter, Dr. Busek, DDr. Maderner, Dr. Eduard Moser, Tonn, Ottilie Rochus, Lona Murowatz, Mag. Höchtl, Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Rimplbauer, Lafer, Dr. Kaufmann, Edith Dobesberger und Dr. Pelikan.

Bundesminister Dr. Sinowatz beantwortete ausführlich die an ihn gerichteten Anfragen.

Bei der Abstimmung am 24. November 1977 hat der Finanz- und Budgetausschuß die finanzgesetzlichen Ansätze der zur Beratungsgruppe VI gehörenden Teile des Bundesvoranschlages für das Jahr 1978 unverändert angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 12: Unterricht, dem Kapitel 13: Kunst, und dem Kapitel 71: Bundestheater, samt den zu den Kapiteln 12 und 13 dazugehörenden Teilen des Konjunkturausgleich-Voranschlages des Bundesvoranschlages für das Jahr 1978 (631 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Ich danke den Berichterstatter.

Wir gehen in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Dr. Frischenschlager.

Abgeordneter Dr. **Frischenschlager** (FPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist ein bewegendes Gefühl, zum erstenmal von dieser Stelle aus zu Ihnen zu sprechen, und es bedeutet für mich eine große Ehre, als einer von 183 Abgeordneten hier arbeiten zu dürfen.

Ich verhehle auch nicht meine Freude, daß ich als junger Mensch die Chance habe, hier im Parlament auf die politische Entwicklung meines Landes einwirken zu können. Mich hat dieses Haus vom ersten Tag an, an dem ich es als junger Schüler oben auf der Galerie kennengelernt habe, fasziniert. Und vor allem weiß ich, daß dieses Parlament das Herz unserer Demokratie ist, das Kernstück unserer Verfassung, aber ich weiß zugleich aus vielen Auseinandersetzungen mit Studenten auf meiner Hochschule: Glaubwürdig ist nur das Parlament, das sachlich, das aktiv, das lebendig ist, glaubwürdig ist ein Parlament, in dem die Meinung des einzelnen und das bessere Argument seine Wirkung noch nicht verloren haben. Und dazu hoffe ich als jüngster Abgeordneter der kleinsten Fraktion etwas beitragen zu können, mit Ihnen zusammen, gleich von welcher Fraktion, zum Wohle meines Volkes und zum Wohle meiner Heimat Österreich.

Hohes Haus! Ich habe zum Kapitel „Wissenschaft und Forschung“ zu sprechen. Als im Vorjahr dieses Kapitel zur Debatte stand, mußten Sie feststellen, daß zum erstenmal nach einer Reihe von Jahren, in denen Anerkennens-

Dr. Frischenschlager

werterweise eine Expansion der finanziellen Mittel im Bereich Wissenschaft und Forschung feststellbar war, keine Ausweitung erfolgte, und heuer müssen wir wiederum feststellen: Das Budget für dieses Kapitel stagniert beziehungsweise ist sogar leicht rückläufig, gemessen am Gesamtbudget, trotz des Nachholbedarfes, den die Hochschulen haben, trotz der Notwendigkeit, all die neugegründeten Hochschulen weiterzufinanzieren, trotz weiterhin steigender Hörerzahlen und vor allem trotz der Tatsache, daß die Mittel, die wir für Wissenschaft und Forschung einsetzen, eine der wichtigsten Investitionen für die Zukunft unseres Landes bedeuten.

Wir wissen schon, daß diese Situation durch die Gesamtwirtschaftslage und die finanzielle Lage unseres Landes entstanden ist, nur glauben wir, daß sie vermeidbar gewesen wäre, und vor allem, daß sie eine andere Politik erforderlich macht, als die sozialistische Regierung sie praktiziert.

Wir lehnen deshalb das Gesamtbudget und deshalb auch das Kapitel „Wissenschaft und Forschung“ ab.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die betrübliche finanzielle Lage von Wissenschaft und Forschung wird uns weiterbegleiten. Wir werden uns mit dieser Situation vertraut machen müssen. Damit werden alle Probleme, die die Hochschulen und die Wissenschaft haben, weiter verschärft werden. Und diese Probleme sind ja nicht gering.

Wir haben eine Berufsproblematik unserer Hochschulabsolventen, und wir wissen, daß es Berufsprobleme vor allem der Assistenten gibt, sowohl der habilitierten als auch der nicht habilitierten. Wir wissen, daß die Hörerzahl 100 000 überschritten hat, und wir wissen, daß wir besonders im Forschungsbereich einen großen Nachholbedarf haben.

Es wird daher die Aufgabe aller Wissenschaftspolitiker sein, diese Probleme in den Griff zu bekommen. Aber eines ist mir dabei klar: Die wirtschaftliche Situation wird mehr Phantasie von uns erfordern, als nur nach mehr Geld zu verlangen. Wir werden die Strukturen unserer Hochschulen und unseres Wissenschaftsbetriebes eben weiterhin überdenken müssen. Das ist unsere Aufgabe für alle Wissenschaftspolitiker, für die Wissenschaftsverwaltung, aber vor allem auch für alle, die an den Hochschulen arbeiten.

Und da hilft es auch gar nichts, wenn man von einer Wissenschaftspleite, von einer Bildungspleite spricht. Sicherlich, es gibt eine bedrohliche Entwicklung, aber es stimmt einfach nicht, daß eine Bildungspleite besteht, und wir sollten

uns starke Worte für Situationen aufheben, in denen sie zutreffen.

Aber wir können in eine derartige Situation hineinschlittern, wenn wir den Fehler machen und uns selber einreden wollten, daß die Entwicklung, daß die Hochschulpolitik so weitergeht, wie wir es jetzt durch Jahre hindurch gewohnt waren. Wir haben eine Zeit expansiver Hochschulpolitik hinter uns. Wir haben eine Reihe von Hochschulen seit 1960 gegründet: Salzburg, Klagenfurt, Linz und so weiter. Wir haben die Bildungswege, die Wege zur Hochschule verbreitert. Wir haben – das muß auch anerkannt werden – an den Hochschulen viel mehr Personal als in früheren Jahren, und das Studium haben wir kostenlos gemacht. Das sind Leistungen, die wir voll anerkennen.

Aber das zeigt uns, daß eine zweite Schwierigkeit in der ganzen Wissenschaftspolitik besteht: Wir haben mit Einzelmaßnahmen, mit isolierten Maßnahmen gearbeitet und dürfen uns nicht wundern, wenn wenige Jahre später aus einer Einzelmaßnahme neue Probleme entstanden sind. Wenn wir den Zugang zu den Hochschulen verbreitert haben, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn daraus, zeitlich verschoben, eine Berufsproblematik der Absolventen entsteht. Dasselbe gilt für die Assistentenzahlerhöhung, die wichtig war, die für den Lehr- und für den Studienbetrieb von größter Bedeutung war. Aber wundern dürfen wir uns nicht, wenn wir dann auf einmal die Probleme haben: Was geschieht mit dem Assistenten, wenn er sich habilitiert hat oder wenn er als Nichthabituierter die Hochschule verlassen soll?

Wir dürfen uns auch nicht wundern, so wie die Budgetsituation heuer sichtbar geworden ist, wenn wir – was wichtig, gut und richtig war – die Gehälter des Hochschulpersonals erhöhen, daß dann die Personalkosten alles, was an Zuwachs da ist, mehr oder weniger auffressen.

Ich glaube daher, daß wir auf Grund dessen, daß wir in nächster Zeit nicht mit mehr Geld rechnen können, Konsequenzen ziehen müssen, daß wir in der Hochschulpolitik umdenken müssen, und ich möchte an Hand einiger Beispiele diese Prinzipien, wie ich sie mir vorstelle, erläutern.

Eines steht jedenfalls fest: Die Zeit der Neugründungen wird für etliche Jahre vorbei sein. Wir werden uns größter Zurückhaltung befleißigen und jeden Schilling mehrfach umdrehen müssen, bevor wir ihn in ein neues Institut, in eine neue Studienrichtung oder gar in eine neue Hochschule stecken. Es wird zweifelsohne nach dieser Zeit der Neugründungen eine Phase der Konsolidierung eintreten müssen.

Ich weiß, daß es natürlich Begehrlichkeiten,

Dr. Frischenschlager

Lokalinteressen gibt, und ich sehe es daher als Irrweg an, dem wir nicht folgen sollten, was wir vom Linzer Rektor, Professor Wohlgenannt, vor einigen Tagen gehört haben, der ja der Meinung ist, in Linz sollte eine Geisteswissenschaftliche Fakultät errichtet werden. Freilich wäre es schön. Ich sehe das völlig ein. Aber das Geld wird nicht da sein.

Vor allem lehne ich die Begründung ab, mit der Rektor Wohlgenannt diesen Vorschlag gebracht hat, nämlich: Ein Raum wie Oberösterreich braucht so etwas. So stand es in einer Zeitung zu lesen. Damit kann ich mich keineswegs einverstanden erklären, denn es ist ein Faktum, daß ganze 120 km von Linz, knappe eineinhalb Bahnstunden entfernt, in Salzburg eine Geisteswissenschaftliche Fakultät im Aufbau begriffen ist. Und ich muß diese Mobilität dem Studenten zumuten. Es muß möglich sein, daß der oberösterreichische Student diese eineinhalb Stunden Bahnfahrt auf sich nimmt, um Geisteswissenschaft studieren zu können. Es ist falsch, mit Lokalinteressen Hochschulgründungen zu betreiben.

Ich darf, Frau Bundesminister, beim Beispiel Salzburg bleiben; nicht weil ich Salzburger Abgeordneter bin, sondern weil ich glaube, daß sich gerade das Salzburger Beispiel sehr gut dafür eignet, einiges darzustellen.

Die Universität Salzburg ist nach langen Jahren Anfang der sechziger Jahre die erste Neugründung gewesen, und bis heute ist die Raumfrage der Philosophischen Fakultät nicht gelöst. Es breitet sich schon langsam Resignation aus in Salzburg. So wie ich voll unterschreiben würde, daß es falsch ist, in dieser finanziellen Phase Neugründungen zu betreiben, so falsch wäre es auch, Frau Bundesminister, würden wir begonnene Vorhaben lange hinauszögern und nicht einer gewissen Vollenendung zuführen.

Frau Bundesminister! Ich habe im Finanz- und Budgetausschuß an Sie die Frage gerichtet, warum denn in diesem Budget für den Neubau in Salzburg kein Geld vorgesehen ist. Und Sie haben mir damals zur Antwort gegeben: Die Salzburger wissen ja selbst nicht einmal, wohin der Neubau kommen soll.

Frau Bundesminister! Ich darf Ihnen als Kommunalpolitiker, der ich bis vor wenigen Tagen war, versichern: Die Salzburger wissen, wohin sie ihre Philosophische Fakultät haben wollen. Das Projekt, das Modell steht, und die Landesregierung, der Landtag, die Stadt, die Hochschule, alle stehen sie hinter dem Modell, nämlich: die Naturwissenschaft nach Freisal und die Geisteswissenschaft in die Altstadt. Das

ist ein gutes Modell, wir sollten es verwirklichen.

Ich appelliere daher von dieser Stelle aus an Sie, Frau Bundesminister, und vor allem auch an den Bautenminister, der leider nicht hier ist: Bitte suchen Sie nach Umschichtungsmöglichkeiten im Bereich des Budgets für die Hochschulbauten, damit die Naturwissenschaftliche Fakultät begonnen werden kann. Es wäre schade, wenn ein weiteres Jahr verginge. Im Frühjahr wird jedenfalls die rechtliche Grundlage für das Bauvorhaben von der Stadtgemeinde erstellt sein. Wir könnten beginnen, wenn wir Geld hätten.

Ich darf vielleicht noch einen Augenblick beim Beispiel Salzburg bleiben. Es ist eine alte, schon liebgewordene Forderung, in Salzburg die Volluniversität und damit auch die Medizinische Fakultät zu schaffen. Ich möchte jetzt gar nicht die Debatte eröffnen, ob denn tatsächlich diese Medizinische Fakultät wirklich notwendig ist und ob das Geld, das dafür erforderlich wäre, nicht besser in bestehenden Fakultäten eingesetzt würde. Jedenfalls ist derzeit diese Fakultät nicht finanzierbar.

Doch wir hätten eine Möglichkeit, die meines Erachtens vielen Interessen dienen würde. Das Land Salzburg hat in sein Landeskrankenhaus sehr viel Geld investiert im Hinblick auf die Errichtung der Medizinischen Fakultät. Wir haben einen ausgezeichneten Personalstab, eine Fülle habilitierter Primärärzte. Wir hätten in Salzburg die Gelegenheit, ein Lehrspital zu errichten. Keine Vollfakultät, sondern ein Lehrspital für den 2. Studienabschnitt des Medizinstudiums, für die klinischen Semester. Dieser 2. Studienabschnitt wäre relativ leicht und bei relativ geringem Einsatz von Mitteln in Salzburg verwirklichbar.

Frau Bundesminister! Ich bitte Sie, diesen Vorschlag, der schon eine alte freiheitliche Idee ist, zu verfolgen.

Ich möchte aber noch ein Beispiel anführen, das so schön zeigt, wie schwierig es geworden ist, vernünftige Hochschulpolitik zu betreiben. Ich meine den Entwurf für eine Änderung des Technischen Studiengesetzes mit der Absicht, ein neues Studium, nämlich das Studium des Wirtschaftsingenieurwesens-Technische Chemie einzuführen. Das ist eine Idee, die in Linz geboren wurde, hinter der die Technische naturwissenschaftliche Fakultät Linz steht.

Es ist für mich hochinteressant gewesen, das Begutachtungsverfahren zu diesem Vorschlag zu studieren. Da ist einmal das Finanzministerium. Das Finanzministerium hat zunächst gesagt, es hat keine Einwände gegen diesen Vorschlag, es wundert sich nur, daß in dem

Dr. Frischenschlager

Gesetzentwurf kein Wort über finanzielle Notwendigkeiten steht. Es steht kein Wort drin, was das kostet, und das Finanzministerium schließt daraus: Na wenn es nicht drinnen steht, dann ist offensichtlich kein Mehraufwand erforderlich.

Ich kann mir nicht vorstellen, daß man eine Studienrichtung einrichten kann, die nichts kostet. Ich glaube, hier müssen wir uns klar werden über einen Grundsatz. Was immer wir tun, wir müssen die Folgekosten rechtzeitig berechnen, bevor wir etwas angehen.

Ein zweites Begutachtungsbeispiel zu diesem Thema: die Kärntner Landesregierung. Sie hat ein weiteres Problem aufgegriffen. Nur in wenigen Sätzen, aber es zeigt, wo wir ansetzen müssen. Die Kärntner Landesregierung war nämlich der Meinung, man sollte viel genauer prüfen – und damit hat sie recht –, ob denn diese Studienrichtung auch Anklang findet – was anzunehmen ist oder was die entsprechenden Leute glauben – und ob die Leute denn auch nachher einen Beruf finden. Diesbezüglich ist die Kärntner Landesregierung skeptisch.

Das ist für mich wiederum ein Beispiel, wie wichtig es ist, solide Hochschulpolitik zu betreiben. Und dazu gehört, wenn ich eine neue Studienrichtung einsetze, daß ich mir sehr genau überlegen muß, was mit den Absolventen geschieht, weil wir ihnen die Verantwortung dafür nicht allein überlassen können. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Gerade zur Abrundung dieses Begutachtungsverfahrens eine dritte Stellungnahme, nämlich die der Steiermärkischen Landesregierung. Was hat sie zu dem Thema zu sagen, zu dieser neuen Studienrichtung? Sie meint, an der Technischen Universität Graz wären ja alle Voraussetzungen für dieses Studium gegeben, und sie versteht daher nicht, warum man nicht in Graz dieses Studium auch ermöglicht.

Und an diesem Beispiel zeigt sich, daß wir Fehler vermeiden müssen, daß wir Schwerpunkte auch im Studienbetrieb setzen müssen, daß wir nicht überall alles anbieten können. Ich halte es für falsch, eine Studienrichtung gleich in zwei Hochschulstädten neu einzurichten. Wenn schon, dann an einer Hochschule, und da müssen wir prüfen, wo es gescheitert ist, in Linz oder in Graz. Österreich ist zu klein, daß es in jeder Hochschulstadt jedes Studium anbieten kann.

Frau Bundesminister! Sie haben Pressemeldungen zufolge die Absicht, den Raumbedarf der Hochschulen zu überprüfen. Ich halte derartige Überprüfungen für durchaus sinnvoll. Ich weiß nicht, ob Ihre Vermutung, daß da noch einige Reserven drin sind, wirklich stimmt, doch

geprüft soll das auf jeden Fall werden. Allerdings würde ich Sie bitten, nicht nur im Hochschulbereich aus bestehenden Ressourcen mehr herauszuholen. Vielleicht läßt sich auch im Bereich der Wissenschaftsbükratie noch einiges herausholen.

Ich habe mir einmal vor einiger Zeit die Mühe gemacht und mich informiert, durch wie viele Stellen und durch wie viele Hände allein ein Ansuchen um eine Auslandsdienstreise eines Hochschullehrers geht. Das ist nämlich atemberaubend. Rund 30 Stellen werden mit dieser einen Verwaltungsmaßnahme befaßt.

Das fängt an der Universität an. Der Antragsteller reicht ein, dann geht es einmal zum Institutsvorstand, vom Institutsvorstand geht die Sache weiter zur Fakultät, die Fakultät überreicht das dem Dekan, von dort geht es weiter zum Rektorat und zum Rektor, um von dort einmal beim Wissenschaftsministerium zu landen.

Dort kommt es in die Einlaufstelle, geht weiter über die Hochschulkanzlei in die entsprechende Fachabteilung, wo es einem Sachbearbeiter zugewiesen wird, von dort geht es weiter in die Buchhaltung, wo zur Bedeckung die entsprechenden Maßnahmen zu setzen sind, geht dann wieder zurück zum Sachbearbeiter, und vom Sachbearbeiter kommt es seit neuestem zu einer Kommission, die die Sachen prüft.

Diese Kommission macht dann einen Vorschlag für die Frau Bundesminister, dann geht dieser Vorschlag als Ministerratsentwurf zum Präsidium des Wissenschaftsministeriums und von dort an das Bundeskanzleramt.

Wenn es dort eingelangt ist, wird es bearbeitet, und wenn es eine Überseereise ist, dann wird sogar der Ministerratsdienst und dann der Ministerrat damit befaßt.

Von dort geht der Akt dann wieder über das Bundeskanzleramt zurück zum Wissenschaftsministerium in das Präsidium, über die entsprechende Fachabteilung zum Sachbearbeiter, der dann die Abfertigung besorgt.

Schließlich wird die Sache dem Antragsteller zugestellt, wird aber dann auch noch buchhalterisch bearbeitet und von der Registratur in Verwahrung genommen.

Es sind rund 30 Stellen. Es gibt nicht nur dieses Beispiel, sondern eine Reihe anderer Beispiele, wie wir uns viel Zeit, viel Personalaufwand und viel Ärger ersparen könnten, wenn wir derartige Dinge zu verhindern oder auszuscalten versuchen.

Das gilt natürlich – ich weiß schon – nicht nur für den Bereich Wissenschaftsministerium. Das

Dr. Frischenschlager

ist ein generelles Problem der Verwaltung. Aber man sollte derartige Dinge aufgreifen.

Frau Bundesminister! Weil es auch darum geht, durch kleine Maßnahmen den Bereich Wissenschaft und Forschung finanziell zu entlasten, möchte ich dazu noch etwas ausführen. In diesem Haus ist in den vergangenen Tagen sehr viel über den Terrorismus und in dem Zusammenhang über die Universitäten gesprochen worden. Ich kann es mir ersparen, darauf näher einzugehen. Aber ein Detail scheint mir schon wichtig, auch für die Öffentlichkeit: Die letzte Schmieraktion mit Spraydosen an der Salzburger Universität hat Reparaturkosten von 150 000 S verursacht. Meine Damen und Herren! Das ist das Geld, das mein Institut, an dem ich arbeite, drei Jahre hindurch zur Verfügung hat, um seine Bibliothek aufzustocken. Und man sollte auch der studierwilligen Jugend klar sagen, daß diese Leute unkollegial sind und nicht der kollegialen Deckung würdig sind. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das Budget hat einen sichtbaren Schwerpunkt, der mir persönlich sehr gut gefällt, und zwar im Bereich Forschung. Es ist bedauerlich, daß der wissenschaftliche Fonds und auch der gewerbliche Fonds stagnieren, und es tut mir leid, daß die Mehrheit meinem Antrag, den ich im Finanz- und Budgetausschuß gestellt habe, nämlich die Mittel für die Akademie der Wissenschaften aufzustocken, nicht gefolgt ist. Doch finde ich es positiv, daß durch dieses Budget im Bereich Auftragsforschung ein sichtbarer Schwerpunkt gesetzt wurde, nämlich für die Rohstoff- und Energieforschung. Ich halte das für gut, denn Wissenschaft ist ja kein Selbstzweck, sondern Wissenschaft und Forschung haben der Bewältigung unserer Probleme zu dienen, und es kann wohl niemand leugnen, daß eines unserer größten Probleme der Energiebereich ist. Daher unterstütze ich jede Schwerpunktsetzung, die uns hilft, Alternativen zur Atomenergie zu schaffen.

Frau Bundesminister! Sie wissen auch, daß diese Schwerpunktbildung an den Hochschulen ein gewisses Mißtrauen hervorgerufen hat. Ich weiß nicht, ob es stimmt, aber manche glauben, es würde dadurch der Forschungsbereich der Hochschulen ausgetrocknet. Ich werde mir daher erlauben, während des Jahres, Frau Bundesminister, sehr genau zu beobachten, was mit diesen Auftragsforschungs-Millionen passiert, wohin sie gehen, nach welchen Kriterien sie vergeben werden und mit welchem Ergebnis. Ich glaube, das ist notwendig. Es ist kein Mißtrauen, doch hat die Öffentlichkeit gerade dann, wenn der Universitätsbereich Angst hat, finanzielle Einbußen zu erleiden, einen

Anspruch darauf, über diese Gelder besonders genau informiert zu werden.

Hohes Haus! Ich habe schon mehrfach betont, daß unter den gegebenen finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnissen in Österreich auch für den Bereich Wissenschaft und Forschung in den nächsten Jahren nicht wesentlich mehr Geld vorhanden sein wird und daß es daher unsere Hauptaufgabe sein muß, einen optimalen Einsatz der vorhandenen knappen Mittel zu gewährleisten. Eine Grundvoraussetzung dafür sind geordnete organisatorische Verhältnisse auf unseren Hochschulen.

Vor zwei Jahren wurde das Universitäts-Organisationsgesetz verabschiedet. Ich glaube, daß damals die Chance, gerade diese Aufgabe, eine bessere und damit eine effizientere, sowie wirtschaftlichere Hochschulorganisation zu schaffen, zum Gutteil versäumt wurde. Im Vordergrund ist die politische Demokratisierungsdebatte gestanden. Und viele organisatorische Fragen, die für die Hochschullehrer und für die Forschung von größter Bedeutung gewesen wären, sind ungelöst geblieben.

Meine Fraktion hat damals kritisiert, daß die Autonomie der Hochschulen geschwächt wurde, daß das Personalwesen zum Gutteil weiter ungeordnet bleibt, daß der gesamte Verwaltungsbereich der Hochschulen keine Verbesserung erfahren hat. Im Gegenteil: Der Hochschullehrer ist nach wie vor mit Verwaltungsaufgaben stark beansprucht, und durch die Demokratisierung ist die Belastung eher größer geworden.

Hohes Haus! Meine Fraktion hat damals einen Gegenentwurf eingebracht mit dem Hauptziel – und es wurde uns bestätigt, daß wir das mit unserem Entwurf erreicht hätten –, die innere Struktur unserer Hochschulen wesentlich zu verbessern. Unser Entwurf hätte eine echte Organisationsreform gebracht. Wäre die Mehrheit des Hauses unseren Vorstellungen gefolgt, eine echte Organisationsreform wäre das Ergebnis gewesen.

Nun steht eine Novellierung dieses Universitäts-Organisationsgesetzes bevor, und ich werde als Wissenschaftssprecher meiner Fraktion versuchen, alle die Vorschläge, die wir damals erarbeitet und eingebracht haben, wieder hier zur Debatte zu stellen. Ich hoffe, daß wir diesmal mehr Gehör finden werden.

Frau Bundesminister! Ich habe den Eindruck, daß im Bereich Wissenschaft und Forschung das Parlament eine echte Chance hat, daß es in diesem Bereich die Möglichkeit zur Zusammenarbeit gibt, daß wir alle zusammen die Möglichkeit haben, im Wissenschaftsausschuß und in den Unterausschüssen positive Alternativen zu erarbeiten. Das ist ja unsere Aufgabe. Als

7280

Nationalrat XIV. GP – 76. Sitzung – 7. Dezember 1977

Dr. Frischenschlager

Wissenschaftssprecher meiner Fraktion kann ich Ihnen hier versprechen, daß ich meinen Teil dazu beitragen werde. Ich persönlich bin zu dieser sachlichen Arbeit gerne bereit. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Radinger.

Abgeordneter **Radinger** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Mein Vorredner, Herr Kollege Frischenschlager, hat in einer, ich muß sagen, sehr abgewogenen Kritik hier zum Kapitel Wissenschaft und Forschung Stellung genommen und in einer sehr glaubwürdigen Art seine Kritik angebracht. Wir können in vielem, glaube ich, konform gehen. Wenn er von einer Phase der Konsolidierung und ähnlichem spricht, so glaube ich, kann man ihm beipflichten. Daß er natürlich nicht überall Lob finden konnte, wenn zum erstenmal seine Fraktion dieses Kapitel ablehnt, ist mir verständlich.

Daß der Redner der Österreichischen Volkspartei, der nach mir an das Pult kommen wird, dieses Kapitel in anderen, düstersten Farben schildern wird, ist mir von vornherein klar, vor allem weil ja in der Presse, in den Zeitungen schon dieses Vorgeplänkel seinen Niederschlag gefunden hat. Es werden alle Anstrengungen unternommen, die Tatsachen, die ja wirklich anders liegen, doch etwas umzumünzen, den Menschen die Objektivität aus dem Bewußtsein zu drängen, weil die Dinge eben ganz anders liegen. Aber dieses Vorhaben gelingt ja, Gott sei Dank möchte ich sagen, immer weniger. Es wird immer schwieriger, den Menschen in diesem Lande etwas vorzumachen. Das wird immer dann unter Beweis gestellt, wenn die Österreicher mit dem Stimmzettel in der Hand zu der Politik dieser Regierung oder dieser Partei ihre Beurteilung abgeben, wie Sie erst unlängst im Burgenland, aber auch bei einer Reihe von anderen Wahlen – bei Personalvertretungswahlen, bei Betriebsratswahlen und so weiter – erkennen konnten.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, die Qualität einer Gesellschaft läßt sich unter anderem auch danach beurteilen oder ermessen, wie sie für die alten Menschen sorgt und was ihr die Ausbildung und die Bildung der jungen Menschen, ganz gleich aus welchem Milieu sie kommen, wert ist.

Die Verbesserung der Pensionsleistungen hat in unserem Land dem unwürdigen Zustand ein Ende bereitet, daß alte Menschen nach einem Leben voller Mühe und Plage den Bettelstab in die Hand nehmen mußten, und durch die Bildungspolitik sind in zunehmendem Maße junge Menschen aus sozial schwächeren Schich-

ten, aus bisher regional benachteiligten Räumen in gute Schulen und Hochschulen gekommen.

Was die Bildungspolitik dieser Regierung betrifft, die im wesentlichen von den beiden Ressorts Unterricht und Kunst sowie Wissenschaft und Forschung getragen wird, möchte ich dazu folgendes in Erinnerung rufen:

Seit Übernahme der Regierung durch die Sozialisten wurde im Sinne eines Abbaues bestehender sozialer und regionaler Bildungsbarrieren im Schul- und Hochschulbereich auf breiter Basis und auf allen Ebenen eine Fülle von Maßnahmen gesetzt.

Ich darf herausgreifen, weil diese Maßnahmen auch zum Abbau dieser Bildungsbarrieren beigetragen haben: die Familienbeihilfen, die achtmal angehoben wurden und zum nächstenmal am 1. Jänner des kommenden Jahres verbessert werden; die Erhöhung der Geburtenbeihilfen von 2 000 auf 16 000 S; die freie Schulfahrt, die zirka 900 000 Schülern zugute kommt, vor allem auch im ländlichen Raum; das freie Schulbuch für fast 1,5 Millionen Schüler; Schul- und Heimbeihilfen machen allein im heurigen Voranschlag beinahe 370 Millionen Schilling aus.

Seit 1970 wurden 66 000 neue Schulplätze und 7 200 neue Dienstposten für Lehrer geschaffen. Allein im Jahre 1977 wurden 24 neue Bundesschulen bezogen, die für zirka 13 000 junge Menschen Ausbildungsplätze bieten.

Ich erwähne das, weil ich glaube, daß durch diese Maßnahmen der erhöhte Zustrom von Schülern versorgt und zugleich auch die Belastung der Eltern erheblich vermindert werden konnte. Den Kindern aus sozial schwächeren Schichten und aus bisher, wie gesagt, regional benachteiligten Räumen konnte so der Weg zur höheren Schule und zur besseren Bildung bis zur Hochschule erleichtert werden. Wir glauben, daß diese Maßnahmen nicht nur eine Verbesserung der Vorbereitung für die erhöhten Anforderungen im Berufsleben, sondern auch eine Verbesserung der Bildungschancen für alle jungen Menschen bedeuten.

Es ist gut, daß mit dem Bau von neuen Schulen oder neuen Hochschulen, Hochschulräumen, Instituten und so weiter sogleich mit Beginn des Regierungsantritts eingesetzt wurde und auch andere von mir erwähnte schul- und familienpolitische Maßnahmen in Zeiten erhöhten Wirtschaftswachstums in Angriff genommen wurden, sodaß auf den meisten Gebieten des Bildungswesens der Nachholbedarf gedeckt und für den erhöhten Zustrom Vorsorge getroffen wurde.

So konnte in wirtschaftlich ernsten Zeiten, wie sie die größte Rezession der Weltwirtschaft seit

Radinger

1945 auch für Österreich letzten Endes brachte, rechtzeitig dem Problem der Arbeitsplatzsicherung der Vorrang gegeben werden, sodaß in weit geringerem Maße als in anderen Industrieländern gerade die jungen Menschen, die aus Schulen und Hochschulen kommen, vor geschlossenen Betrieben und Büros stehen.

Auch in den Budgets des Kapitels Wissenschaft und Forschung gab es, das wurde auch von meinem Vorredner gesagt, die größten Steigerungsraten in den Jahren, da unsere Wirtschaft die höchsten Zuwachsraten zu verzeichnen hatte. Ohne die in diesen Jahren gemachten Investitionen für die Zukunft müßte ein Großteil der in die Zehntausende gehenden jungen Menschen, die heute an den Hochschulen studieren, vor den Toren dieser Hochschulen stehen, wie das in anderen Ländern der Fall ist.

Das sollte man bedenken, wenn man über das angeblich so gering dotierte Wissenschaftsbudget klagt. Daß dazu kein Grund besteht, mögen einige Zahlen untermauern:

Die Steigerung des Bundeshaushaltes seit 1970 beträgt 164 Prozent, bei den Hochschulen gab es hingegen einschließlich Bauausgaben und hochschulrelevanter Förderung von Wissenschaft und Forschung eine Steigerung von 216 Prozent. Wenn man die Bauausgaben abzieht, beträgt die Steigerung 241 Prozent, wenn man Bauausgaben und Forschungsförderung abzieht, beträgt die Steigerung 225 Prozent.

Ich verweise nochmals auf folgendes: Das Gesamtbudget ist in dieser Zeit um 164 Prozent gestiegen.

Was immer man nun gegen diese Relationen einwenden mag, so liegt doch klar auf der Hand, daß die Steigerungsraten des Hochschulbudgets weit über denen des Bundeshaushaltes liegen.

In absoluten Zahlen ausgedrückt heißt das: Von 1970 bis 1978 ist das Hochschulgesamtbudget von 2,3 Milliarden auf 7,3 Milliarden Schilling gestiegen, es hat sich also mehr als verdreifacht.

Der Personalaufwand ist in diesem Zeitraum um 239 Prozent gestiegen, der Sachaufwand um 210 Prozent, die Hochschulförderung von Wissenschaft und Forschung um 480 Prozent.

Diese Vergleiche und Zahlen zeigen, glaube ich, deutlich den wahren Stellenwert, den das Kapitel Wissenschaft und Forschung seit dem Jahr 1970 einnimmt. Diese Zahlen widerlegen die von der ÖVP und von ihren Sympathisanten erhobene Behauptung über eine ... (*Abg. Dr. Blenk: Terroristen?*) Sympathisieren kann man nicht nur mit Terroristen, Herr Kollege Blenk! Ich sympathisiere oft mit Ihnen. Also Sie sind

kein Terrorist! (*Heiterkeit.*) Diese Zahlen widerlegen also die Behauptung einer angeblich so katastrophalen Dotierung dieses Kapitels.

Es war – das muß ich sagen – zweifellos eine außerordentlich schwierige Aufgabe, für fast 50 000 neue Studenten – das weiß ich ja; das kommt dazu – seit 1970 Hochschullehrerdienstposten, Räume und so weiter zu schaffen, auch den Sachaufwand zur Verfügung zu stellen, ohne Numerus clausus, wie er in anderen zum Teil wirtschaftlich weit stärkeren Ländern eingeführt wurde, wobei die Auslese Kriterien in solchen Fällen oft sehr, sehr bedenklich sind. Es wurden – das muß man sagen, und das wird auch in diesem Studienjahr wieder der Fall sein – die Hochschulen für alle Studienwilligen offengehalten.

Auch heuer sind die Steigerungsraten im Budget als annehmbar zu bezeichnen. Der Finanzminister legte in seiner Budgetrede am 18. Oktober dar, daß sich bei einem Vergleich des voraussichtlichen Gebarungserfolges 1977 mit den Ausgaben des Bundesvoranschlages 1978 – nach Abzug der Finanzschuld – eine Ausgabensteigerung von lediglich 5,4 Prozent ergibt. Unter Einrechnung der Tilgungen in beiden Jahren beträgt die Steigerung 6,9 Prozent.

Zum Vergleich die Steigerung des Budgetkapitels Wissenschaft und Forschung: Das Kapitel insgesamt erhöht sich laut Spezialbericht um 9,36 Prozent, die Ausgaben für die Universitäten steigen um 10,3 Prozent und der Betriebsaufwand um fast 15 Prozent.

Der Sachaufwand der Kunsthochschulen steigt um 9,5 Prozent, die Aufwendungen für das Bundesdenkmalamt um 10,7 Prozent und die für den Denkmalschutz um 8,1 Prozent.

Im Bundesvoranschlag 1978 ist hinsichtlich der gesamten der Forschung zuzurechnenden Ausgaben eine Steigerung um 8,8 Prozent zu verzeichnen, und Energiebezüge, Brennstoffe, Leistungen der Post, Reinigungsaufwendungen und so weiter zeigen ein Ansteigen um 15 Prozent im Vergleich zu 1977.

Ich verweise dabei nochmals auf die Steigerung des Gesamtbudgets um 5,4 beziehungsweise 6,9 Prozent, auf das Sinken der Teuerungsrate auf zirka 5,5 Prozent im Jahresmittel 1977.

Angesichts solcher Indikatoren von einer Katastrophe für die Hochschulen zu sprechen, ist eine Verzerrung des Sachverhaltes, die seine Autoren als wenig objektiv erkennen lassen muß. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Noch weniger versteht man einen solchen Katastrophenalarm, wenn man bedenkt, daß er

Radinger

von einer Seite kommt, die das Maßnahmenpaket der Regierung zur Sicherung unserer Wirtschaftskraft, zur Erhaltung eines Höchstmaßes der Arbeitsplätze ablehnt.

Oder: Daß man hier mit einem anderen Maß mißt als in anderen Fällen, erkennt man auch dann deutlich, wenn man weiß, daß diese Seite zum Beispiel eine Lohnerhöhung von 4,5 Prozent für die Handelsangestellten für angemessen hält und erst unter dem Druck einer Streikdrohung noch rund 1 Prozent dazugibt.

Ich darf noch einige Zahlen heranziehen, um zu beweisen, daß der Finanzminister recht hat, wenn er in seiner Budgetrede sagt, daß die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung seit 1970 überproportional gestiegen sind und daß daher auch im Hinblick auf die Gesamtwirtschaftslage, auf die notwendigen Sparmaßnahmen geringere Zuwachsraten jetzt vertretbar sind.

Der Personalaufwand hat sich seit 1970 ungefähr verdreifacht, ebenso der Sachaufwand. Die hochschulrelevante Förderung von Wissenschaft und Forschung wurde in diesen Jahren von 125 Millionen Schilling auf 729 Millionen Schilling erhöht, also fast versechsfacht.

Ich weiß schon, Sie sagen, es hat sich ja auch die Zahl der Studenten fast verdoppelt. Das ist richtig, stimmt allerdings nur zum Teil, weil ein Anteil von zirka 20 Prozent – das ist eine Erfahrungstatsache – als Scheininskribierte und solche Inskribierte zu betrachten ist, die von den Studieneinrichtungen aus verschiedenen Gründen keinen oder nur einen teilweisen Gebrauch machen. So ist für das österreichische Hochschulwesen festzuhalten, daß es sowohl personalmäßig wie auch bezüglich des Raumes und des Sachaufwandes gelungen ist, diesem gigantischen Zuwachs Studienmöglichkeiten zu bieten, während man anderswo durch Numerus clausus und andere oft sehr dubiose Selektionsmethoden die Hochschultore vor begabten jungen Menschen einfach zugeschlagen hat.

Meine Damen und Herren! Was sollen die Fotos von überfüllten Hörsälen, die Studenten auf Treppen sitzend zeigen?

Ich erinnere mich: Schon zu unserer Zeit – nicht sagen, es hat sich einiges geändert; ich komme schon darauf zu sprechen – war zum Beispiel der Hörsaal 41 an der Philosophischen überfüllt, und man mußte, wollte man während der Vorlesung sitzen, schon lange vorher einen Platz belegen. Das war vor rund 40 Jahren.

Wenn heute ähnliches vorkommen sollte, so ist das zweifellos einer seither vielfachen Studentenzahl zuzuschreiben, wobei allerdings vom zuständigen Ministerium nicht tatenlos

zugesehen wurde, sondern allein auf dem Gebiete des Hochschulraumangebotes seit 1970 200 000 m² neu geschaffen wurden, also in diesen wenigen Jahren eine Vermehrung um zirka 50 Prozent, eine der großartigen Leistungen, zu der man der Bundesregierung und der Frau Bundesminister im besonderen wirklich gratulieren muß. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Natürlich gibt es da und dort Engpässe – das ist mir vollkommen klar –, weil man eben Personal und Räume nicht einfach durch eine Divisionsmethode proportional aufteilen kann. Aber wenn man von überfüllten Hörsälen spricht, die es da und dort zu gewissen Zeiten – ich sage: zu gewissen Zeiten – gibt, dann sollte man einmal auch an jene Pendlerzüge denken, die täglich ab 5 Uhr früh Zehntausende Menschen zu den Fabriksstätten bringen.

Daß die Zahl der Scheininskribierten angestiegen ist, ist nicht unbekannt. Zu ihrer Zunahme haben der Ausbau der Sozialmaßnahmen für Studenten und eine Reihe anderer Begünstigungen wie verbilligtes Reisen und ähnliches beigetragen.

Aber auch andere Gruppen von Inskribierten, zum Beispiel Berufstätige, die ein Nebensstudium absolvieren, belasten die Universitäten nicht in normalem Maße.

Was die Betreuungsverhältnisse der Studenten durch Professoren und Assistenten anlangt, so ergeben die Durchschnittswerte – langjährig gesehen – von 1960 bis 1969 verglichen mit jenen der Jahre 1970 bis 1976 bei der Versorgung mit Professoren eine Verbesserung von 70 auf 57, bei den Assistenten eine solche von 20 auf 15. Das bedeutet, daß trotz der Studentenexplosion das Betreuungsverhältnis verbessert werden konnte. *(Abg. Dr. Frühwirth: Ich werde Ihnen die wahren Zahlen sagen! Sie sind falsch informiert, Herr Kollege! Falsche Zahlen stehen im Budget! Ich werde sie Ihnen dann sagen!)* Schauen Sie, dann sagen Sie es mir nachher!

Die Zahl der Lehrauftragsstunden ist von 4 160 im Wintersemester 1969/70 auf 9 750 Wochenstunden im derzeitigen Wintersemester angestiegen. Die Zahl der Dienstposten für Bundeslehrer, Vertragslehrer, Beamte und Vertragsbedienstete hat sich im selben Zeitraum von 290 auf 731 erhöht. – Sind das auch falsche Zahlen?

Immer wieder ertönt der Ruf nach dem Ausbau der Studienberatung und der Möglichkeit einer Steuerung des Studienweges, um Fehlentwicklungen zu vermeiden.

Ich teile die Auffassung, daß man dem jungen Menschen die Studienwahl durch eine mög-

Radinger

lichst umfangreiche Information erleichtern soll. Mir ist aus meinem Bundesland Oberösterreich bekannt, daß dort eine sehr umfassende Beratung der AHS-Schüler in Zusammenarbeit zwischen Landesarbeitsamt und Landesschulrat seit Jahren durchgeführt wird.

Wir müssen aber auch damit rechnen, daß eine solche Beratung in ihren Auswirkungen sehr enge Grenzen haben kann. Wenn Eignung und Neigung zusammentreffen, wenn ein junger Mensch von dem festen Vorsatz erfüllt ist, zum Beispiel Lehrer zu werden, um anderen jungen Menschen sein erworbenes Fachwissen weiterzugeben, um zu lehren, zu bilden, zu fördern, oder wenn er beseelt ist von dem Wunsch, Arzt zu werden, um heilen, helfen und Menschenleben retten zu können, dann würde ihm vergebens die geringe Aussicht oder die Aussichtslosigkeit – sollte das der Fall sein – vorgehalten werden, im Wunschberuf unterzukommen.

Solche junge Menschen werden für ihre Studienjahre auch einen gewissen Konsumverzicht in Kauf nehmen, ein gewisses Sicherheitsrisiko eingehen und sich von ihrem Wunschstudium nicht abbringen lassen. Dabei gebe ich zu, daß auch andere als die von mir angeführten Motivationen für eine solche Wahl den Ausschlag geben können.

Die Studienberatung wird vornehmlich Unentschiedene, sicher aber Uninformierte in ihrer Studienwahl beeinflussen, wobei die soziale Oberschicht den Vorteil eines großen Informationsvorsprunges hat.

Entschlossene gehen ihren Weg allen negativen Prognosen zum Trotz. Wahrscheinlich wird man aber – das möchte ich sagen – allen Studienwilligen trotzdem stärker als bisher anraten müssen – wie Dr. Hertha Firnberg kürzlich in einem Interview sagte –, ihre Studienwünsche in Einklang zu bringen mit der Nachfrage in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst. Dabei ist freilich hinzuzufügen, daß es nur selten möglich sein wird, eine verlässliche Prognose zu erstellen, wie diese Nachfrage nach sechs Jahren aussehen wird, wenn der junge Mensch sein Studium beendet hat.

Es gibt Bildungsökonomien, die feststellen, daß eine gemischte Ordnungsform aus Marktwirtschaft und globaler Planung gerade auf dem Gebiet der Arbeitskräfte- und Bildungsplanung bisher nachhaltig versagt hat. Eine quantitative Abstimmung von Angebot und Bedarf an Arbeitskräften wäre nicht systemkonform, denn sie hätte die Vorausschbarkeit der marktwirtschaftlich funktionierenden Entwicklung von Produktion, Produktivität und so weiter zur notwendigen Voraussetzung.

Der Vorwurf, daß in Österreich zu viele Akademiker „produziert“ werden, ist nicht selten zu hören, häufig auch von Leuten, die es eigentlich besser wissen müßten. Denn Österreich hat bekanntlich im internationalen Vergleich noch immer geringe Studenten- und Akademikerquoten. Die Zahl der arbeitslosen Akademiker ist weiterhin gering, was zweifellos auf die geringe Gesamtarbeitslosigkeit in unserem Land zurückzuführen ist, denn damit hängt sie engstens zusammen.

Wenn es weiterhin gelingt, ausreichende Arbeitsplätze für junge Menschen bereitzustellen, wird eine Entwicklung vermieden, welche die jungen Menschen ohne Arbeitsplatz oder Lehrplatz gegen ihren Willen an die höheren Schulen und an die Hochschulen drängt.

Es wird aber auch so – darauf muß man zweifellos die Studenten vorbereiten – in naher Zukunft nicht immer möglich sein, als Hochschulabsolvent den gewünschten Arbeitsplatz am gewünschten Ort und ein entsprechend hohes Einkommen zur Verfügung zu haben. Auf lange Sicht gesehen wird sich allerdings für den einzelnen mit akademischer Bildung diese Qualifikation noch immer lohnen, wenn er von seinem Überlegenheitsdenken abgeht und bereit ist zu verstehen, daß in unserer Zeit ein einmal erworbener akademischer Grad nicht eine lebenslange Garantie für Superpositionen bieten kann.

Andererseits wird man es sich nicht so einfach machen können, für eine großzügige Förderung des Bildungsniveaus erhebliche Leistungen zu erbringen, ohne daß man für diese hochqualifizierten Menschen Verwendung findet. Ich teile die Auffassung des Staatssekretärs im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft Dr. Jochimsen in der Bundesrepublik Deutschland, der bei einer Diskussion über die Zukunftschancen der Studenten, abgedruckt in der „Zeit“ vom 11. November 1977 unter dem Titel „Wer studiert, hat's dennoch besser“, folgendes sagt – wenn ich zitieren darf –:

„Wenn man aber für die jungen Menschen, die jetzt besser qualifiziert aus dem Bildungswesen kommen, keine Beschäftigungschancen sieht, dann muß sich beim Beschäftigungssystem etwas ändern. Meines Erachtens kann die Reaktion nicht sein: Zu diesen Bedingungen können wir nicht alle nehmen, das ist viel zu teuer, die bringen uns unsere Hierarchie und auch unsere Aufstiegsmuster durcheinander. Die Frage kann nur lauten: Wie bringt es unsere Gesellschaft fertig, diesen jungen Menschen, die nun besser qualifiziert sind – was wir doch alle wollten –, auch wirklich Beschäftigungschancen zu geben? Die Antwort darauf muß jetzt von den Arbeitgeberverbänden, von den

Radinger

Gewerkschaften, dem öffentlichen Dienst und von den politischen Parteien gefunden werden."

Ich glaube, in der Bundesrepublik ist die Situation in dieser Hinsicht wesentlich ernster als bei uns, aber diese Gedanken könnten letzten Endes auch für uns gelten.

Nun zur Studienbeihilfe. Was die Höhe der Studienbeihilfe betrifft, so ist schon darauf hingewiesen worden, daß die Höchstbeihilfe derzeit zehnmal 3 500 S beträgt, während der Richtsatz für Ausgleichszulagen für Alleinstehende ab 1978 3 092 S ausmacht, also wesentlich geringer ist, und daß vom Karenzgeld für alleinstehende Mütter von monatlich 4 247 S immerhin eine Mutter mit einem Kind das Auslangen finden muß.

Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß im letzten Studienjahr mehr als ein Drittel der Studienbeihilfenbezieher die Höchststudienbeihilfe bezogen haben. Dazu kommt, daß die Eltern der Studierenden die entsprechende Kinderbeihilfe beziehen, daß eine entsprechende steuerliche Berücksichtigung erfolgen kann und daß bei getrenntem Wohnsitz auch eine besondere Belastung beim Finanzamt bei gegebenen Voraussetzungen angemeldet werden kann. Eine Studienbeihilfe muß eben als das gewertet werden, was sie ist: als Beihilfe. Das Verlangen nach einer Studentenpension, glaube ich, ist unrealistisch.

Ich darf darauf hinweisen: Im Budget 1978 werden für „Sozialausgaben“ für Studierende, wie zum Beispiel für Studienförderung, verschiedene Stipendien, Subventionen an die Österreichische Hochschulversicherung, Studentenheime, Mensen, Sozialversicherung für Studierende, Schülerfreifahrten und Schulfahrtbeihilfen, 870 Millionen Schilling aufgewendet. Zählt man zu diesen Ausgaben auch noch den geschätzten Betrag für Familienbeihilfe, die an Erhalter von unverheirateten und nicht beschäftigten Studierenden unter 27 Jahren ausbezahlt wird, so kann man von einem „Sozialaufwand“ für Studierende von 1,5 Milliarden Schilling sprechen. Ich glaube, dieser Sozialaufwand läßt sich wirklich sehen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren, gestatten Sie, daß ich nur ganz kurz auf das nunmehr auch schriftlich vorliegende Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes zum UOG hinweise. Ich sage, daß wir uns natürlich darüber freuen – das ist, glaube ich, selbstverständlich –, wir, die wir das Gesetz damals allein verabschieden mußten, nachdem wir 150 Stunden mit den beiden anderen Parteien beraten haben.

Das einzige Ziel dieser Beschwerde war es, unter Einsatz aller rechtsstaatlichen Mittel die Aufhebung von Teilen des Universitäts-Organis-

sationsgesetzes durch den Verfassungsgerichtshof zu erreichen. Dies läßt sich unschwer durch die Beschwerde nachweisen. Die Beschwerdeführer wehren sich nämlich nicht nur gegen die drittelparitätische Zusammensetzung der Studienkommissionen – eine Einrichtung, die es im übrigen in dieser Form schon seit 1969 gibt –, sondern sie fechten auch die Erweiterung des autonomen Wirkungsbereiches der Universitäten im Rahmen der Erlassung von Studienordnungen an.

Die ansonst auf ihre Hochschulautonomie so bedachten Professoren waren demnach auch bereit, um den Preis der Verfassungswidrigkeit des UOG auf einen Teil der neuerlangten autonomen Hochschulbereiche zu verzichten.

Wenn ich die Punkte dieses Erkenntnisses noch kurz anführen darf: Der Verfassungsgerichtshof hat also entschieden, daß es sich dabei nicht um eine Erweiterung, sondern um eine Fortbildung des autonomen Verwaltungsbereiches handelt. Der zweite Punkt betraf die drittelparitätische Zusammensetzung der Studienkommissionen, und schließlich wurde auf Gleichheitswidrigkeit nicht erkannt. Der Verfassungsgerichtshof kann sich also nirgends, in keinem Punkt, den Beschwerdeführern anschließen. *(Abg. Dr. Ermacora: Das war doch ein Antrag des Verwaltungsgerichtshofes und nicht eines Beschwerdeführers!)* Ja, das ist dann zum Verfassungsgerichtshof gegangen, ursprünglich gab es einen Beschwerdeführer.

Ich darf gleich zu Ihnen kommen, Herr Professor. Es war Ihnen vorbehalten, gestern in einer sehr eigentümlichen Weise von Briefen zu reden, die uns die Schamröte ins Gesicht treiben würden. *(Abg. Dr. Ermacora: Das ist richtig!)*

Dazu möchte ich folgendes sagen, Herr Professor Ermacora: Entweder handelt es sich um einen privaten Brief, dann ist es eigentlich sehr geschmacklos, daß Sie ihn hier zitieren, oder aber dieser Brief enthält Fakten, die hierher gehören, dann haben Sie die Pflicht, diese Fakten auch auf den Tisch zu legen. Das wollte ich Ihnen sagen. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Ermacora: Ich werde die Fakten dann darstellen, wenn wir über den Verfassungsgerichtshof ...!)* Ist in Ordnung!

Ich möchte dazu nur eines noch erwähnen: Herr Abgeordneter Scrinzi, der im Nationalrat am 11. April 1975 vor dem verfehlten, verfassungswidrigen UOG warnte, sagte in derselben Sitzung – wenn ich zitieren darf –: „Diese Frage wird also in der nächsten Zeit sicherlich Gegenstand eines entsprechenden Gerichtshof-erkenntnisses werden, und wir werden es als Abgeordnete und Politiker zur Kenntnis nehmen.“ Wir Sozialisten haben der Auffassung des

Radlinger

Herrn Abgeordneten Scrinzi in dieser Hinsicht nichts hinzuzufügen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Abschließend möchte ich sagen: Die ÖVP macht sich verbal sehr stark gegen die Regierung und gegen das Wissenschaftsministerium, obwohl diese Regierung, dieses Ministerium mehr Professoren, mehr Raum und mehr Ausstattung gebracht haben als jede Regierung vorher, inklusive der ÖVP-Alleinregierung. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Blenk: Mehr Studenten!)* Auch das ist gut!

Mit Genugtuung stelle ich fest: Den Hochschulen und der Forschung wird auch im vorliegenden Budget das gegeben, was zur Lösung der gestellten Aufgaben notwendig ist. Daher geben wir dem erwähnten Budgetkapitel gerne unsere Zustimmung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Busek.

Abgeordneter Dr. **Busek** (ÖVP): Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Die parlamentarischen Gewohnheiten wollten es, daß der Herr Abgeordnete Radlinger vor mir sprach. Ich muß ihn wirklich bewundern, weil er versucht hat, sich die Gabe der Prophetie anzueignen. Er hat in seiner Rede bereits im vorhinein gewußt, was ich nachher sagen werde.

Ich würde sagen, für die parlamentarischen Gepflogenheiten ist das eigentlich ein sehr trauriges Beispiel, Herr Kollege Radlinger, das ich gerade von Ihnen nicht erwartet hätte, nämlich daß Sie bereits Beurteilungen aussprechen, bevor Sie überhaupt noch etwas gehört haben. Ich würde sagen, das mindeste an parlamentarischer Courtoisie ist, daß Sie sich zunächst einmal das anhören, was eine Oppositionspartei sagt, und dann erst mit den Urteilen kommen. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Radlinger: Das habe ich in den Zeitungen gelesen!)*

Ich glaube, es ist auch bedauerlich, Herr Kollege Radlinger, daß Sie eigentlich sehr locker und leicht hier sagen, es sei offensichtlich die Rolle der Opposition, die Objektivität „hinauszudrängen“. Das ist für einen Lehrer ein gewaltiges Wort. Ich hoffe, daß Sie diese Gesichtspunkte der Darstellung der parlamentarischen Demokratie in Ihrer beruflichen Sphäre nicht verbreitet haben, weil dies, glaube ich, für unser Parlament, für unser gemeinsames Parlament eine unwürdige Unterstellung einer politischen Auseinandersetzung ist. Ich hoffe, daß das nicht der bleibende Ton dieses Hauses ist. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich glaube, daß weder der Wissenschaft noch der gesamten Auseinandersetzung innerhalb der parlamentarischen Demokratie gedient ist,

Herr Kollege Radlinger, meine Damen und Herren von der Mehrheitsfraktion, wenn die Frage der Voreingenommenheit, wie Sie sie gegenwärtig gezeigt haben, den Stil der politischen Auseinandersetzungen hier bestimmt. Es ist Ihre Aufgabe – und das wird einer Mehrheitspartei niemand übelnehmen oder gar verwehren –, Ihre Regierung, die Sie stützen, ganz selbstverständlich zu verteidigen und die Dinge herauszulesen, die sie so positiv sieht.

Es ist Aufgabe einer Opposition, Kontrolle und Kritik dort vorzubringen, wo sie sie für notwendig hält. Wir mußten aber in den letzten Tagen feststellen, daß die Unterstellung offensichtlich die einzige Methodik ist, die die Mehrheitspartei hier kultiviert. Leider – das ist bedauerlicherweise auch zu sagen – wird das in der öffentlichen Auseinandersetzung von der zuständigen Frau Ressortminister im Bereich von Wissenschaft und Forschung auch kultiviert.

Ich möchte hier auf die Auseinandersetzung verweisen, die rund um die Darstellung, die das Teilheft „Wissenschaft und Forschung“ in der Öffentlichkeit erfahren hat, stattgefunden hat. Hier hat ein Vertreter des wissenschaftlichen Bereiches namens der Rektorenkonferenz Kritik vorgebracht beziehungsweise Hinweise, die den normalen Betrieb an den Universitäten betreffen, gegeben.

Ich habe meinerseits Mängel dieses Budgets, die von mir noch dazu von einem anderen Gesichtspunkt aufgezeigt wurden, ebenso aufgelegt. Statt daß man auf die Fakten eingegangen wäre, hat man von einem abgekarteten Spiel gesprochen. Am wenigsten einfallsreich – was noch eine vornehme Aussage ist – war, darauf zu verweisen, daß etwa der Vorsitzende der Rektorenkonferenz mit mir per du ist. Abgesehen davon, daß er das nicht ist – eine Rücknahme dieser Behauptung habe ich von der Frau Bundesminister noch nicht erlebt –, möchte ich fragen: Was ist das bitte für ein Argument? Ich bin mit anderen Leuten auch per du, auch aus Ihrer Fraktion, Frau Bundesminister; ich hoffe, daß damit die nicht diffamiert sind. Sachargument ist das bis dato keines. Stadium einer politischen Auseinandersetzung sollte es nicht sein, auf dieses Niveau der Diskussion herunterzusinken. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Kollege Radlinger hat es für notwendig befunden, jene Erklärung abzugeben, die wir hier schon kennen, nämlich daß die Welt in Österreich ab 1970 begonnen habe und daß vorher offensichtlich das Stadium Null oder minus Null gewesen sei. Das, glaube ich, ist ein wenig einfach, denn Sie, Herr Kollege Radlinger, wissen ganz genau, daß der Durchbruch zur Bildungsgesellschaft hier in diesem Haus von

7286

Nationalrat XIV. GP - 76. Sitzung - 7. Dezember 1977

Dr. Busek

Minister Piffel-Perčević durchgeführt, von seinen Vorgängern vorbereitet und von Dr. Mock weitergeführt wurde. Und das ist ein Faktum, das Sie angesichts der Schul- und Hochschulsituation nicht leugnen können! *(Beifall bei der ÖVP.)*

In Klammern sei bemerkt, daß diese Leistungen, die in einem beachtlichen budgetären und personellen Zuwachs, ja ich würde sogar sagen, in einem entscheidenden Durchbruch auf dem Forschungssektor und in anderen kulturellen Bereichen gelegen sind, damals noch von einem Ministerium geleistet wurden, und zwar mit weitaus mehr Sparsamkeit, als das gegenwärtig der Fall ist. Wenn Sie weniger mit zwei Ministerien machen, ist das Ihre Sache, aber ein Beispiel an Sparsamkeit ist es etwa nicht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Ich glaube, nun geht es darum, innerhalb dieser Diskussion zum Thema Wissenschaft als auch zum Thema Unterricht entsprechende Klarheit zu schaffen, und zwar Klarheit in bezug auf Zahlen, Klarheit in bezug auf die Methode und Klarheit in bezug auf die Ziele.

Hier muß man sagen, daß die Regierung einmal mehr – und sie tut dies ständig in ihren Darstellungen – der Versuchung erlegen ist, der schon in anderen politischen Systemen manche erlegen sind. Ich erinnere an das berühmte Beispiel der Potemkinschen Dörfer, die Grigori Alexandrowitsch Potemkin Katharina II. von Rußland 1787 anlässlich einer Reise in die Krim gezeigt hat. Und diese Zahlenspielerereien, deren auch Sie sich befließt haben, Herr Kollege Radinger, sind durch die Fakten, wenn man sie genau sieht, ganz eindeutig zu widerlegen.

Sie bedienen sich da ganz gerne auch einer gewissen Optik. Ich nehme mir daher den Arbeitsbericht 1976 des Wissenschaftsministeriums her, der mit den landesüblichen Graphiken geziert ist, etwa auf den Seiten 14 oder 15. Sie werden sie wahrscheinlich kennen. Hier sind dann graphisch die von Ihnen verbal vertretenen radikalen Steigerungskurven vorzufinden, die hier in den Himmel führen.

Bei näherer optischer Betrachtung – und da muß ich sagen: Papier ist geduldig, und Maler von Statistiken sind erfindungsreich – kommt man dann darauf, daß die Kasterln, die in die Höhe führen, $2\frac{1}{3}$ mal so hoch sind wie die, die in die Breite gehen, sodaß hier diese besondere Optik entsteht. Ich weiß, daß nicht jeder diesen Bericht vor sich hat, ich habe mir daher die Mühe gemacht, das graphisch ein wenig größer darzustellen. Das sieht dann, wenn Sie es genau verfolgen, so aus. *(Der Redner zeigt eine Graphik vor.)* Das ist diese Kurve hier, und den

Unterschied zwischen den Kasterln – zufälligerweise ist dieses rot –, die $2\frac{1}{3}$ mal so hoch sind, und denen, die etwa im Verhältnis 1 : 1 wären, können Sie hier auf der rechten Seite bewundern. Wenn man dann diese himmelstürmende Kurve näher ansieht und so umzeichnet, wie es in der Statistik entsprechend üblich ist, dann kommen Sie auf jene Steigerungsrate. Und da, meine Damen und Herren, sehen die Verhältnisse schon anders aus.

Wenn man dann den Zahlen ganz anders zu Leibe geht und einmal untersucht, wie die Verhältnisse wirklich sind, wenn man also einkalkuliert, was etwa, durch den Verbraucherpreisindex ausgewiesen, teurer geworden ist, oder wenn man etwa die Überlegungen der OECD zugrunde legt, daß im wissenschaftlich-technischen Bereich eine überproportionale Kostensteigerung zu verzeichnen ist, dann sehen in nackten Zahlen die Verhältnisse schon anders aus.

Ich bin noch großzügiger als Sie, Kollege Radinger. Ich bin bei einer Durchrechnung, bei einer Steigerung von 1970 auf 1978 nominell bei den Ansätzen 1410, 1420 – ohne 14200 – und 1421 – ohne 14210 – auf eine Steigerungsrate von 265 Prozent nominell gekommen. Ich habe aber dann die Teuerungsrate nach dem Verbraucherpreisindex 1966 ab Oktober 1970 durchgerechnet und komme bei Berücksichtigung dieser Tatsache nur mehr auf eine Steigerungsrate von 168 Prozent.

Wenn ich nun nach der OECD gehe und die von der OECD angenommene Teuerungsrate von 16 Prozent dieser Überlegung zugrunde lege, dann muß ich feststellen, daß die realen Werte – die realen Werte, bitte sehr! – bereits ganz kräftig unter dem liegen, was wir in der Ausgangslage 1970 oder zugegebenermaßen in Spitzenjahren wie 1974 hier gehabt haben, und daß also, umgerechnet aus den 974 Millionen des Budgetansatzes, 1970 zu damaligen Preisen berechnet 767 gewesen wären. Und da sieht die Situation des Wissenschaftsbudgets beziehungsweise des Sachaufwands der Universitäten – für diesen Bereich habe ich es berechnet – ganz anders aus. Das, glaube ich, müssen Sie auch einkalkulieren.

Das ist aber, glaube ich, kein Grund, nun schon zu schreien und zu sagen, das sei eine Polemik, sondern es sollte vielmehr ein Grund sein, sich ganz nüchtern damit auseinanderzusetzen, ob nach der Sachlage diese Finanzierungsmittel in der Höhe zuwenig sind, ob sich Möglichkeiten ergeben, noch andere Wege zu suchen, um mehr Mittel zu bekommen, oder ob andere Wege der Organisation zu gehen sind, um das Funktionieren der Universitäten entsprechend zu garantieren.

Dr. Busek

Das, was wir nämlich hier vermuten und von dem wir meinen, daß es eine politische Tendenz darstellt, ist, daß die Universitäten immer weniger für den normalen Betriebsaufwand bekommen, daß sie finanziell immer stärker vom Ministerium abhängig werden und daß die Autonomie der Universitäten, über die wir uns doch hoffentlich im Prinzip einig sind, eigentlich dadurch auf der Strecke bleibt. Nominell bleibt sie im Gesetz, in der rechtlichen Regelung weiter verankert, aber praktisch – denn ich kann ja eine Autonomie nur ausüben, wenn ich die entsprechenden Mittel dazu habe – wird sie faktisch geringer, weil nicht einmal der Rest der Finanzautonomie, den das Universitäts-Organisationsgesetz gelassen hat, in Wirklichkeit bei der Budgeterstellung für 1978 Berücksichtigung findet.

Da liegt der Geist, der hinter dem Universitäts-Organisationsgesetz steckt oder der seitens Ihrer Regierung und seitens der Ressortverantwortlichen hier einfach hineingelegt wird und eine Tendenz verfolgt, die man vom Prinzip her, nämlich vom Grundgedanken der Autonomie der Universitäten, einfach nur ablehnen kann, weil dieser Geist in der Tendenz einen Weg aufzeigt, der für Österreich, für seinen wissenschaftlichen Nachwuchs, aber auch für die gesamte Entwicklung des Landes nicht gut sein kann. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Sie haben, Herr Kollege Radinger, auch hier Rechnungen vorgeführt, daß es eigentlich den Studenten besser gehe, wobei ein eigenartiger Unterton drinnen gewesen ist. Es wurde ihnen quasi gedroht, sie sollten sich doch lieber mit anderen Bereichen vergleichen, wo die Situation kritischer sei. Es kamen auch gewisse historische Rückblendungen. Außer Frage: Dem Studenten des Jahres 1977 geht es besser als dem der Vor- und Nachkriegszeit.

Nur, Herr Kollege Radinger und meine Herren von der Mehrheitsfraktion, das sind an sich keine Beweise. Wir sind im gesamten stolz darauf, daß es anders geworden ist. Hier, glaube ich, kann man die nicht trösten, die 1977 Probleme haben, indem man ihnen erklärt, wir hätten es 1937 anders gehabt. Gott sei Dank haben sie es anders. Aber schauen wir bitte, daß es so bleibt, und drohen wir nicht mit Zuständen, die wir alle in Wirklichkeit nicht wollen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Eines aber, Herr Kollege Radinger, können Sie nicht leugnen, nämlich daß bei den Studenten in sehr wesentlichen Bereichen gespart wird. Die Argumentation mit der Zweitinskription war hier zu kurz. Der Sozialaufwand im gegenwärtigen Budget für 1978 ist gekürzt, und es gibt eine drastische Kürzung der Mittel für die Studentenheime. Das ist meines

Erachtens im Zusammenwirken mit dem geringeren Sachaufwand und mit der problematischen personellen Situation ein stiller Numerus clausus, den wir nicht wollen, mit dem wir uns aber auseinandersetzen müssen, wo wir eben bessere Lösungen suchen müssen, um ihn zu umgehen und um etwas zu verhindern, was wir befürchten, nämlich eine Aushungerung des universitären Bereichs.

Wenn ich dann die Äußerungen der Frau Bundesminister in Tageszeitungen verfolge, in denen bereits angesichts voller Universitäten – Gott sei Dank voller Universitäten – gegen leere Universitäten polemisiert wird, so halte ich das für äußerst problematisch.

Ich glaube es sogar als eine besondere Form von Zynismus ansehen zu müssen, wenn man sagt, es gibt arbeitende Menschen, die täglich in der Straßenbahn stehen müssen. Ich glaube, Sie wollen doch nicht die Universitäten zu Straßenbahnen machen, denn die Argumentation, die hier angewandt wird, nämlich daß es zu bestimmten Zeiten leere Hörsäle gibt, gilt auch für die Straßenbahnen. Und Sie werden die nicht trösten, die eine überfüllte Straßenbahn vorfinden, wenn Sie ihnen sagen: Fahren Sie nicht um sechs, sondern fahren Sie um halb elf, da werden Sie einen Platz finden. Mit der Lösung, glaube ich, kann man hier nicht dienen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Leider, meine Damen und Herren, Hohes Haus, ist die Situation im Bereich der Forschungsförderung nicht anders: Hier ist sie noch drastischer als im Bereich des Sachaufwandes der Universitäten. Wenn ich nämlich hergehe und mir ansehe, wie sich im Bereich des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung unter Berücksichtigung der Indexentwicklung die Situation entwickelt hat, so sind wir 1976 bei 143 Millionen. Wenn ich das als 100 Prozent annehme, sind das im Voranschlag 1978 nur mehr 88,84 Prozent in der Wirksamkeit, und gehe ich gar auf den OECD-Index von 26 Prozent, so komme ich auf 82,54 Prozent.

Noch drastischer als die wissenschaftliche Forschung hat sich leider der Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft entwickelt. Hatte er im Jahr 1976 mit 169,9 Millionen, die ich als 100 Prozent annehme, noch ein entsprechendes Ergebnis, so hat er bei Berücksichtigung des Indexes, bei den 170 Millionen, die wir für 1978 veranschlagt haben, nur mehr 90,89 Prozent der Wirksamkeit, und nach dem OECD-Index, der gerade im Bereich der wirtschaftlichen Forschung als sicher gilt, sind es nur mehr 74,54 Prozent, also nur mehr drei Viertel der Wirkung des Jahres 1976. Und das gerade zu einer Zeit, in der uns die Forschung besonders in diesem Bereich sehr angelegen

Dr. Busek

sein sollte; ein Problem, auf das ich dann noch eigens eingehen werde.

Ich glaube, wir müssen aber auch Klarheit schaffen in bezug auf die Methode, die hier vorliegt. Wir haben nämlich in Wirklichkeit im Budget – und das verschwindet dann in der Summierung, die Sie vornehmen – eine Umschichtung von Mitteln aus dem autonomen Bereich in den Ermessensbereich der Forschungsbürokratie. Sie werden dem autonomen Bereich entzogen, um auf diese Weise durch eine Staatsforschung, die sicher in Punkten Gutes leisten kann, wo man aber in anderen wieder über die Zweckmäßigkeit diskutieren kann, dem Ministerium und der Regierung mehr Einflußmöglichkeiten zu geben.

Dabei kommt noch verstärkend hinzu, daß hier unterschiedliche Bewertungen durch das Budget vorgenommen werden und in einer Reihe von Ansätzen klar wird, daß das Budget nicht einmal stimmt, also in Wirklichkeit in wesentlichen Bereichen unterbudgetiert ist.

Ich möchte Ihnen hier einen Vergleich der Ansätze für Schreibsachen und Büromittel, für Energiebezüge und Leistungen der Post im Bundesfinanzgesetz zwischen Universität und Ministerium vorlegen. Hier müssen Sie nämlich feststellen, daß im Erfolg 1976 etwa für Schreib- und Büromittel seitens der Universitäten 11 298 000 Schilling verbraucht wurden, im Voranschlag 1978 aber nur mehr fünf Millionen Schilling stehen. Für Energiebezüge wurden 76,4 Millionen Schilling verbraucht, im Voranschlag 1978 stehen aber bei steigenden Energiekosten nur 61,6 Millionen Schilling. Für Leistungen der Post waren 1976 36,2 Millionen Schilling im Erfolg, für 1978 sind 27,5 Millionen Schilling budgetiert.

Nun könnte man sagen: Das ist ein enormer Erfolg an Sparsamkeit, der seitens der Universitäten geleistet wird oder den das Ministerium verordnet. – Weit gefehlt! Ich sagen Ihnen jetzt schon voraus – dazu würde mich eine Stellungnahme der Frau Minister interessieren –, daß es ein Budgetüberschreitungsgesetz geben wird, wo das nachgeliefert wird. Hier wird mit der Optik gearbeitet, aber in Grenzen, meine Damen und Herren. Wenn man sich nämlich das Ministerium ansieht, so werden dort für Büromittel im Erfolg 1976 501 000 Schilling ausgewiesen, für 1978 aber 700 000 Schilling budgetiert – also da brauchen wir mehr! Für Energiebezüge sind im Jahre 1976 307 000 Schilling ausgewiesen, 1978 sind es 500 000 Schilling. Und bei Leistungen der Post ist man realistisch: 1976 waren es 1,2 Millionen Schilling, 1978 sind es 1,6 Millionen Schilling.

Hier ist also dem Ministerium etwas erlaubt,

was den Universitäten per Budget verboten wird. Hier wird einer Erhöhung Rechnung getragen, die halt offensichtlich passiert. Die Sparsamkeit wird vermißt, die den Universitäten im Wege des Gesetzes zwangsverordnet wird.

Dadurch, meine Damen und Herren, Frau Bundesminister, ist dieses Budget in Wirklichkeit unglaublich, weil ja die Ansätze gar nicht stimmen. Ich bewundere Sie, daß Sie dem die Zustimmung geben können. Sie beschließen hier wissentlich etwas Falsches. Daß Sie dieses Budgetüberschreitungsgesetz einmal hier im Hause haben werden und daß dann bedauernd gesagt werden wird, es sei halt etwas anderes herausgekommen, können wir heute schon fixieren. Da bin ich schon auf die Rede des Kollegen Radinger sehr neugierig, aber wahrscheinlich wird er sich dazu gar nicht melden.

Es kommt also noch dazu, daß dieses Budget auch eine Verlagerung im Bereich der Forschung durchführt, worauf ich bereits hingewiesen habe; eine Verlagerung, die die autonomen Bereiche der beiden Fonds, aber auch der Akademie der Wissenschaften entsprechend einschränkt durch die finanzielle Entwicklung, dem Ministerium aber mehr Möglichkeiten schafft. Bei Energie- und Rohstoffforschung sind 30 Millionen Schilling in Summe ausgewiesen, wobei noch sonstige Entgelte an physische und juristische Personen hinzukommen, sodaß wir neben den Fonds, neben der Akademie der Wissenschaften und neben der schon so oft genannten Ludwig Boltzmann-Gesellschaft bereits einen De-facto-Fonds des Ministeriums von 52 Millionen Schilling haben.

In dem Zusammenhang ist auch noch festzustellen, daß es zum Vollzug des Lagerstättengesetzes erstmals einen Ansatz von 10 Millionen Schilling gibt, wobei das Groteske ist, daß in einer Fußnote im Teilheft vermerkt wird, daß die Ausgabe nur im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie durchgeführt werden kann. Hier weiß also offensichtlich der Gesetzgeber nicht, nämlich der, der hier das Budget beschließen wird, was der Gesetzgeber schon einmal beschlossen hat. Wenn Sie sich die Vollzugsklausel des Lagerstättengesetzes aus dem Jahre 1947 ansehen, dann ist es genau umgekehrt, denn hier steht: Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für Handel- und Wiederaufbau – damals hieß es noch so – im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Unterricht betraut.

Also das ist auch ein Budgetansatz, der in Wirklichkeit an der Stelle, wo er ausgewiesen wird, gar keinen Platz hat, wobei die Frage, was damit geschieht, noch eine zweite Angelegenheit ist. Hier wird also offensichtlich ein

Dr. Busek

Budgetansatz künstlich aufgefettet, der in Wirklichkeit gar nicht so groß ist, weil das eigentlich das Handelsministerium zu machen hat, oder aber es werden hier einfach zusätzliche Möglichkeiten gegen eine gesetzliche Situation, wie wir sie haben, geschaffen, wobei die Problematik der Koordination zwischen den Ministerien – hier ist wiederholt von diesem Pult aus darauf hingewiesen worden – neuerlich zutage tritt.

Die Schwierigkeit, die wir im Bereich der Auftragsforschung noch sehen, meine Damen und Herren – das ist aus der Auswertung unserer Anfrage über die Vergabe der Forschungsaufträge und Expertengutachten eindeutig ersichtlich –, ist nämlich die, daß die gleiche Zugänglichkeit, die Chancengleichheit für die österreichischen Forscher und damit auch für die wissenschaftlichen Anstalten nicht gegeben ist. Zuerst wurde uns grundsätzlich und wohltonend versichert, daß selbstverständlich eine Ausschreibung stattfindet. Dann mußten wir aber feststellen, daß 1976 nur ein einziger Forschungsauftrag ausgeschrieben wurde, und zwar entgegen den Vorbringungen hier im Hause, entgegen den Informationen, die dem Ministerium gegeben wurden.

Man merkt, daß damit offensichtlich die Absicht besteht, ein Netz von Abhängigkeiten zu schaffen, das weder der so oft zitierten Transparenz dient, noch, glaube ich, in der Lage ist, eine – und hier ist der Begriff der Objektivität durchaus am Platze – entsprechende Objektivität der Entwicklung überhaupt zu garantieren.

Wie ist das dann mit der Koordination? Warum haben wir dann autonome Gremien? Das läßt auch eine Befürchtung hinsichtlich des beabsichtigten Forschungsorganisationsgesetzes zu, nämlich daß dieser Weg, der durch die Auftragsforschung eingeschlagen ist, offensichtlich auch die Zielvorstellung für die kommende Forschungsorganisation darstellt. Hier muß aber auch Klarheit in bezug auf die Ziele geschaffen werden. Wenn man nämlich den Problemerkatalog für das SP-Programm liest, so heißt es dort auf Seite 73: Als erster nicht abschließender Schritt in dieser Richtung – wobei diese Richtung als demokratische Selbstorganisation der Wissenschaftler im Verein mit fortschrittlichen Kräften der Arbeiterschaft mit Mitbestimmung aller am Wissenschaftsprozess Beteiligten und Transparenz der Entscheidungs- und Willensbildungsprozesse zu verstehen ist – wären UOG-konforme Verhältnisse in sinngemäßer Anwendung sozialistischer Vorstellung einer demokratischen Universitätsorganisation auch im außeruniversitären Forschungsbereich zu verwirklichen.

Wenn Sie hier die Realität des Universitätsorganisationsvollzuges, der mehr an Abhängigkeiten gegenüber dem Ministerium, der mehr an Bürokratisierung und mehr an Zentralisierung geschaffen hat, ansehen, dann kann man daraus entnehmen, was die Forschungsorganisation zu erwarten hat. Das ist völlig im Gegensatz – das sei der Ordnung halber hier angemerkt – zu den Ergebnissen, die die Alpbacher Gespräche heuer im Sommer 1977 gezeigt haben. Aber offensichtlich sind diese Gespräche nur dazu da, um als Beruhigungspillen verabreicht zu werden, und nicht, um wirklich die Absichten und die politische Tendenz, die dahinter steht, entsprechend klarzumachen.

Nun erlauben Sie mir, meine Damen und Herren, auch auf den Ansatz Energieforschung und Rohstoffforschung einzugehen. Es steht außer Frage, daß einer entsprechenden Sparsamkeit auf dem Sektor der Energie und der Entwicklung neuer Möglichkeiten jedes Augenmerk zuzuwenden ist, das es überhaupt gibt. Aber warum glaubt man, daß das im Wege der beiden Forschungsförderungsfonds nicht geschehen kann? Es ist außer Frage, daß die Rohstoffforschung bei Knappheit der Rohstoffe eine entsprechende Bedeutung hat. Warum glaubt man, das nicht im Wege der wissenschaftlichen Anstalten und durch Kooperation mit der Wirtschaft besorgen zu können, etwa unter der entsprechenden wissenschaftlichen Vergabe?

Eines aber bitte ist es nicht, nämlich das, was die Frau Bundesminister in einem Interview im Österreichischen Rundfunk am 30. November gesagt hat: Unmittelbar wirtschaftswirksam. Die Investition in diese Bereiche hat nämlich bestenfalls mittelfristige Auswirkungen. Wir sind uns aber darüber einig in diesem Haus – es war ein wenigstens verbal erklärtes Ziel dieser Bundesregierung –, daß die unmittelbare Belebung der Wirtschaft, der unmittelbare Anreiz zu neuen Produktionsmethoden, der unmittelbare Anreiz, mit neuen Produkten auf die in- und ausländischen Märkte zu kommen, das erklärte Ziel der Bundesregierung und, wie ich glaube, aller Parteien dieses Hauses in Wirklichkeit sind.

Dieser Schwerpunkt, meine Damen und Herren, also die Anregung im Bereich der Forschung und Entwicklung, unterbleibt durch dieses Budget. Wenn schon mehr Mittel im Bereich der Auftragsforschung, Frau Bundesminister, so wäre das der entscheidende Gesichtspunkt, den wir in Wirklichkeit dringend brauchen. Hier liegt ein Gebot der Stunde. Ich muß aber in dem gleichen Interview lesen, daß Ihrer Ansicht nach ein Gebot der Stunde die Gründung eines Institutes für internationale Politik sei. Es steht außer Frage, daß das sehr

Dr. Busek

schön sein kann, aber da sollte man lieber überlegen, ob das die Universitäten nicht im eigenen Bereich sehr gut besorgen könnten. Aber die entsprechenden Anregungen im Forschungsbereich zu geben, ich würde sagen, ein antizyklisches Forschungsbudget zur wirtschaftlichen Entwicklung vorzulegen, die Innovationsfunktion im Bereich der Wirtschaft und in anderen Bereichen zu beleben, das unterläßt das Budget.

Da, Frau Bundesminister, kann man ruhig einmal in andere Länder blicken. Hier möchte ich Sie auf das verweisen, was Ihr Kollege Matthöfer in der Bundesrepublik Deutschland tut. Es ist in den Mitteilungen des Bundesministeriums für Wissenschaft und Technologie ausgewiesen, daß die Bundesregierung – die deutsche – die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen im Bereich der Forschung verstärkt. Hier steht zu lesen, daß wir mehr als bisher schnell verfügbare externe Forschungs- und Technologiehilfen brauchen. Ja da wäre doch die Möglichkeit, wenn es schon sein muß, der Auftragsforschung die entsprechende Belebung zu geben.

Das, meine Damen und Herren von der Mehrheitspartei, ist auch der Grundgedanke, der unseren 44 Punkten zur Forschungsförderung zugrunde liegt. Hier haben Sie ein drittes alternatives Konzept nach dem Arbeitsplatzsicherungskonzept, nach dem Konzept zur Kommunalpolitik. Aber bevor Sie es überhaupt gelesen haben, hat es für Sie die Frau Bundesminister bereits abgelehnt und erklärt: Es ist eh schon alles gemacht. Also den Punkt, meine Damen und Herren, der entsprechenden wirtschaftlichen Belebung, den bleibt uns das Budget 1978 schuldig.

Bitte hier nachzulesen (*der Redner zeigt eine Broschüre vor*) und vielleicht auch befolgen. Zuerst lesen, zuerst darüber reden und dann erst ablehnen. Oder vielleicht nicht ablehnen, miteinander machen, auf jeden Fall durchführen, aber dafür sorgen, daß wir die entsprechende Belebung im wirtschaftlichen und sozialen Bereich haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und ein zweites, Frau Bundesminister, was wir brauchen, ist ein Mehr an Koordination. Hier werden Sie mir ein wenig Schadenfreude erlauben: Als nämlich Ihr Ministerium gebildet und eine eigene Forschungssektion errichtet wurde, ist stolz verkündet worden: Jetzt wird koordiniert. Heute hat man den Eindruck, daß es nicht einmal gelungen ist, die Aktivitäten der Hochschulsektion und der Forschungssektion im eigenen Ministerium miteinander zu koordinieren.

Ich rede schon gar nicht von der Koordina-

tionsfunktion gegenüber der Forschungsvergabe in anderen Ministerien, etwa im Bundesministerium für Bauten und Technik. Hier ist nämlich klar nachzuweisen – das können Sie den Anfragebeantwortungen der verschiedenen Ministerien entnehmen –, daß überhaupt keine Koordination existiert, sondern daß einfach wild in die Gegend – laßt tausend Blumen blühen – nach irgendwelchen Gesichtspunkten Forschungsaufträge vergeben werden, und das bei einer Knappheit der Mittel, wo wir eigentlich gezwungen wären, uns auf die wichtigen Dinge der Wirtschaftsbelebung, der entsprechenden Versorgung aller Bereiche zu konzentrieren, nicht aber Dinge zu verfolgen, die vielleicht irgend jemand besonders gefallen.

Und da verweise ich Sie auf den Punkt 43 unserer 44 Punkte – weil immer gesagt wird, es gibt schon alles –, etwa auf die notwendige Schaffung eines Wissenschaftsrates. Das ist ein Vorschlag, den die Rektorenkonferenz längst vertreten hat, den der Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung aufgegriffen und entsprechend behandelt hat, wo wir auch die Möglichkeit hätten, mit den außeruniversitären Bereichen, mit den Bereichen, die nicht zu Ihrem Ministerium ressortieren, eine entsprechende Koordination zu suchen.

Der dritte Punkt neben der Frage der entsprechenden antizyklischen Forschungsförderung und neben der Koordination ist einmal mehr der von uns vertretene Gesichtspunkt einer Bildungspartnerschaft. Ich glaube, so einfach, wie man es sich seitens der Mehrheit macht, daß man sagt: Es gibt keine Akademikerarbeitslosigkeit, und daher brauchen wir über die Problematik gar nicht reden!, so einfach können wir es uns nicht machen. Denn viele Studentendiskussionen werden Sie darüber informieren, daß die Sorge um den Arbeitsplatz auch in diesem Bereich heute eine vordringliche Sorge ist.

Es geht uns gar nicht darum – wir lassen uns das auch nicht unterschieben –, hier ein Gespenst an die Wand zu malen, sondern es geht uns darum, bevor etwas passiert die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen.

Und einmal mehr möchten wir vorschlagen – das ist nicht geschehen –, daß im Zusammenwirken von Hochschulen, von Wirtschafts- und Sozialpartnern, von den Ländern und dem betroffenen Ministerium einfach bestimmte Probleme angegangen werden: Laufbahnalternativen für Hochschulabsolventen, entsprechende Umstiegsmöglichkeiten – es gibt eine Reihe von Berufshemmnissen in einer Reihe von Standesgesetzen – oder zusätzliche Arbeits- und Berufsmöglichkeiten.

Dr. Busek

Kollege Radinger hat nicht geleugnet, daß der sogenannte Mittelbau – ein sehr häßlicher Begriff für eine sehr wichtige Sache – heute mit Recht seine Sorgen hat bezüglich seines Aufstiegs. Es gibt in anderen Ländern, etwa in der Bundesrepublik, dafür ein Heisenberg-Programm, die Heisenberg-Professur, das Heisenberg-Stipendium. Das wäre ein Weg, um eben jenes geistige Potential, das unser Land hier hat und Gott sei Dank reichlich hat, entsprechend zu nützen. Wir müssen es ja nicht so nennen, das ist sicher auch nicht sinnvoll, aber ein solches System einzuführen in Ergänzung zu dem, was im Bereich der Forschung hier geschehen kann, erschiene uns zielführend.

Daß hier die Situation nicht so ist, daß man sagen kann, daß jedem Assistenten die Möglichkeit zur Entfaltung garantiert ist, kann in Wirklichkeit nicht geleugnet werden, sonst gäbe es nicht den verzweiferten Versuch der entsprechenden Vertretungsorganisationen, im Instrument der Pragmatisierung eine entsprechende Absicherung zu finden. Ich glaube, daß das ein mögliches Instrument ist, aber meines Erachtens nach das letzte Instrument sein sollte. Bevor wir auf die Nummer Sicherheit gehen, sollten wir bitte auf die Nummer Chance und die Nummer Entwicklung gehen und schauen, daß wir diesen jungen Menschen die Möglichkeit bieten, das, was sie gelernt haben, das, was sie sich geistig geschaffen haben, auch entsprechend umzusetzen.

Leider sind aber gegenwärtig die Universitäten auf Grund der Durchführung des UOG behindert, und zwar durch Zentralismus und Bürokratie, wobei hier äußerst unterschiedliche Maße stattfinden. Wenn ich mir zum Beispiel ansehe, daß an der Wirtschaftsuniversität Wien 15 betriebswirtschaftliche Institute zu einem Großinstitut zusammengefaßt werden, und gleichzeitig feststellen muß, daß Professoren an der Linzer Universität, die Ihrer Partei, Frau Bundesminister, nahestehen, wie etwa die Professoren Strasser und Nowotny, Einmann-Institute erhalten, obwohl sie genauso in eine Großinstitutskonstruktion hineinpassen würden, dann weiß ich, was ich von der Art der Vollziehung zu halten habe.

Wenn einmal mehr gesagt werden muß, daß das UOG in vielen Bereichen unvollziehbar ist, was die Art der Durchführungserlässe sehr deutlich zeigt, die ja in vielen Punkten neben dem Gesetz, außerhalb des Gesetzes und in einigen auch gegen das Gesetz entsprechend erlassen wurden und eben zu einer Novelle des Universitäts-Organisationsgesetzes führen, und wenn es 600 Beschwerden darüber gibt, dann muß man sagen, daß hier eindeutig gezeigt ist,

daß der Weg des UOG, wie er in der Praxis gehandhabt wird, problematisch ist.

Zu einer Reihe von Prinzipien des UOG, etwa zu dem der Mitbestimmung, bekennen wir uns. Nicht aber bekennen wir uns zu einer Vollziehungspraxis, die ein Mehr an Abhängigkeit im Bereich der Universitäten schafft.

Wir haben Hoffnung auf die Universitäts-Organisationsgesetz-Novelle, und ich stimme hier durchaus mit dem Kollegen Frischenschlager überein, daß alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden müssen, um bessere Lösungen im Einvernehmen mit allen Beteiligten zu erzielen.

Ich glaube aber, daß der entsprechende Geist, nämlich bereit zu sein, zuzugeben, daß wir ein Mehr an Bürokratie und damit ein Mehr an verwaltungsmäßiger Belastung geschaffen haben, für kein Ministerium und keine Mehrheitspartei in Wirklichkeit eine Schande ist.

Hier kann man sich auf die Praxis beziehen, und die Praxis liegt eindeutig vor. Man kann den Universitäten nur gratulieren, daß sie es in vielem geschafft haben, sozusagen über das UOG hinaus pragmatische Lösungen zu finden, die zwar nicht in der Vollziehung mit dem Gesetz übereinstimmen, die aber, und das ist das Wichtigste, das Funktionieren der Universitäten garantieren.

Es muß hier einmal mehr darauf verwiesen werden, daß wir eine Fülle von ungelösten Personalproblemen im Bereich der Universitäten haben, wobei mit völlig klar ist, daß die budgetär begrenzte Situation, die wir vorfinden, eines der Hindernisse ist. Aber es gibt auch die zusätzlichen der schleppenden Besetzungen, es gibt auch die Tatsache, daß der Dienstpostenplan in vielem mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmt, und wir werden uns über die problematische Situation etwa der Kunsthochschulen in diesem Zusammenhang noch entsprechend zu unterhalten haben.

Aber vielleicht könnte man auch dem Gedanken vermehrter Einsparungen im Bereich des Wissenschaftsministeriums ein wenig mehr Augenmerk zuwenden. Wenn man sich ansieht, daß im Jahr 1976 zwei Millionen für Druckwerke, sonstige Druckwerke des Ministeriums, veranschlagt gewesen sind, daß 1977 2,8 Millionen hier budgetiert sind und daß es für 1978 3,36 Millionen sind, dann frage ich angesichts der reichen und teuren Publikationstätigkeit des Ministeriums, was da noch gedruckt werden soll.

Ein Beispiel, ein sehr problematisches Beispiel ist die Broschüre, die allen zugegangen ist, zur Frage des Falles Schaden aus wissenschaftspublizistischer Sicht. Offensichtlich wird hier,

Dr. Busek

weil das Ministerium sich mit bestimmten Journalisten im Krieg befindet, sehr viel Geld riskiert, um eine Fülle von Zeitungsabschnitten einfach abzukopieren.

Das ist meines Erachtens, meine Damen und Herren, Verschwendung. Das kann man auch billiger machen. Dem Vernehmen nach soll der Autor dieser Broschüre 45 000 Schilling gekriegt haben, und einen ähnlichen Betrag soll das Drucken gekostet haben.

Meine Damen und Herren! 90 000 Schilling, um zu beweisen, daß sich jemand geirrt hat, was längst in anderen Medien drinnen gestanden ist? Da kann ich nur den Herrn Bundeskanzler zitieren: Tausender auf Tausender legen, da einen Tausender sparen, dort einen Tausender sparen. Hier sind offensichtlich schon 90 Tausender zu finden, mit denen man auf einem anderen Sektor beziehungsweise zum Beispiel in der Forschung einiges hätte machen können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn schon Steigerung bei der Boltzmann-Gesellschaft – Frau Bundesminister, die Antwort sind Sie uns schuldig geblieben –, warum wurden dann nicht in gleichem Ausmaß, in gleichen Prozentsätzen die Fonds und die Akademie der Wissenschaften von 1977 auf 1978 gesteigert? Hier wären, glaube ich, Möglichkeiten einer budgetären Beweglichkeit, die einfach von Ihrer Seite nicht genutzt werden.

Wir könnten aber damit ein Mehr an Kreativitätspotential für unser Land locker machen, denn die Kreativität ist ja nicht durch die Herstellung etwa UOG-konformer Verhältnisse zu erzielen, sondern nur durch die Garantie eines entsprechenden Freiheits- und Entwicklungsraumes.

Damit, meine Damen und Herren, komme ich zum Bereich Kunst und zum Bundesministerium für Unterricht und Kunst. Hier müssen wir mit Bedauern feststellen, daß sich die knappe finanzielle Situation des Bundes in diesem Bereich, der ja durch Ermessenskredite gekennzeichnet ist, voll auswirkt. Einmal mehr ist hier die problematische Situation zu erkennen: Wer nicht „seine Ansätze“ durch Gesetze gesichert hat, der schaut halt, wenn es knapp zugeht, durch die Finger. Es wird die Situation noch dadurch verstärkt, daß sich natürlich in Bereichen, die über Fixkosten verfügen – das sind durch die Personalkosten etwa die Theater, die Orchester –, keine Reduktionen ermöglichen lassen, während im kreativen Bereich, dort wo bildende Kunst, Literatur und Musik im Kreativen gefördert werden, die entsprechenden Kürzungen ergriffen werden.

Hier trifft die Knappheit der Mittel und damit die Wirtschaftspolitik dieser Regierung im

vollen Ausmaß die Kreativen dieses Landes, wobei noch die eigenartige Politik dazukommt, daß wir seit der Ära Sinowatz ein Anwachsen von Vereinen und Instituten haben, die sich irgendwo im Vorhof der Sozialistischen Partei bewegen und entsprechende Dotierungen seitens des Ministeriums erfahren.

Die Förderung rutscht hier sozusagen in bestimmte Bereiche aus, sie rutscht auch in lustige Bereiche aus – auch das muß gesagt werden. Ich habe zum Beispiel unter den Ausstellungskostenzuschüssen und Förderungsbeträgen einen ganz großen Happen gefunden: Wolfgang Mayr-König 27 000 Schilling. Das ist der größte Betrag, der vergeben wurde, und zwar an den Sekretär des Herrn Bundeskanzlers, der ein Autor ist. Was bekommt er? Einen Ausstellungskostenzuschuß für eine Ausstellung in der Kleinen Galerie. Ein bisserl viel und ein bisserl eigenartig.

Ich glaube, die Chancengleichheit ist hier nicht für alle gewahrt. Da gibt es renommierte Künstler wie Bruno Gironcoli, der mit 8 000 Schilling zufrieden sein muß, Roland Goeschl mit 12 000 Schilling und ein paar Beispiele mehr. Kedl etwa, der voriges Jahr zur Biennale gesandt wurde, erhielt 18 000 Schilling – ein ausgewiesener Bildhauer. Ein Sekretär des Herrn Bundeskanzlers, der sich als Literat versucht, erhält für eine Ausstellung als Zeichner 27 000 Schilling. Ich glaube, bei solchen Dingen sollte man etwas vorsichtiger sein und ein solches Ausrutschen in diese Richtung vermeiden, denn daß das nicht Chancengleichheit ist, daß hier alle gleich, aber ein paar gleicher sind, um Orwells „Farm der Tiere“ zu variieren, können Sie so einer Förderungspraxis eindeutig entnehmen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich möchte auch in dem Zusammenhang auf Ihre Anfragebeantwortung, die Sie zur Auftragsvergabe an Professor Hausner gegeben haben, ein wenig eingehen. Hier handelt es sich um ein Wandbild, das von der Republik Österreich am 18. Jänner 1972 in Auftrag gegeben wurde, wobei der Vertrag vorsieht, daß es am 31. Dezember 1973 fertiggestellt sein sollte, und zwar um einen Millionenbetrag. Das tut aber in dem Fall nichts zur Sache; die Sache soll ihr Geld wert sein. Heute aber haben wir 1977, und zwar Ende des Jahres, also vier Jahre später ist dieses Werk noch nicht fertig. Der Künstler bringt eine Reihe von Gutachten vor, daß es sozusagen etwas Wesentliches wird, aber ich glaube, ein bißchen mehr Gleichheit der Chancen sollte hier doch auch existieren.

Ich glaube, daß in der Art der Förderung nicht alle so behandelt werden. Oder sollte etwa ein Zusammenhang mit dem Unterschreiben von

Dr. Busek

Listen zu bestimmten Wahlzeiten bestehen? Das will ich bitte nicht annehmen, Herr Bundesminister. Hier wird doch hoffentlich mit gleichem Maß vorgegangen. Oder werden etwa andere Künstler heftiger gemahnt? Ich glaube, hier sollte man eine Ordnung suchen, die sich nicht an der Politik und an irgendwelchen persönlichen Prioritäten orientiert, sondern allen gleichermaßen zugute kommt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

In die gleiche Richtung, Herr Bundesminister, geht auch die von mir wiederholt hier angezogene überproportionale Förderung des „Neuen Forum“ aus Mitteln der Literaturförderung. Sie sind mir auch im Ausschuß die Antwort darauf schuldig geblieben, warum etwa eine ausgewiesene Literaturzeitschrift wie „Literatur und Kritik“, ein sehr bedeutendes Organ in diesem Zusammenhang, ich glaube, 160 000 oder 170 000 Schilling erhält, warum die „Manuskripte“ – als Literaturzeitschrift ausgewiesen – mit 110 000 Schilling zufrieden sein müssen, das „Neue Forum“, das einen äußerst unterproportionalen Anteil an Literatur enthält, aber mit 250 000 Schilling nach Hause gehen kann.

In dem Zusammenhang hat es schon eine entsprechende Polemik gegeben. Worum es hier geht, ist, daß eine einseitige Subventionierung vorgenommen wird und man offensichtlich auch nicht acht gibt, wohin die Gelder gehen. Die Mehrheitspartei dieses Hauses ist uns auch die Beantwortung der Frage nach der Sorgsamkeit im Umgang mit Mitteln schuldig geblieben. Statt dessen hat gestern der Herr Zentralsekretär der Sozialistischen Partei geglaubt, er müsse hier alles mögliche an politischen Diffamierungen und Beschimpfungen, was es nur gibt, orgeln. Wenn man das also zusammenfaßt – ich habe seine Rede andächtig nachgelesen –, so sind wir offensichtlich Faschisten, besorgen die Geschäfte der Terroristen, wobei noch der Kollege Fischer mit dem Verdacht auf Kommunismus dazukommt. Also es ist bereits das ganze Spektrum, das uns hier gewidmet wird. Ich muß nur dazu sagen: Die Lächerlichkeit dieser Vorbringungen ist für mich erwiesen.

Noch ein anderes Problem existiert hier. Ich glaube beziehungsweise ich bedauere, daß Kollege Blecha nicht hier ist. Man kann es sich halt nicht so einfach machen, man kann nicht mit Chile und Pinochet kommen und damit Nenning entschuldigen. Herr Kollege Blecha, die Museumstraße liegt nicht in Santiago oder in Berlin, sondern die liegt in Wien, ganz in unserer Nähe, und mit den Problemen haben wir uns auseinanderzusetzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei! Was wir hier von Ihnen wollen und was, glaube ich, die Demokratie braucht, ist, eine Klärung im eigenen Bereich vorzunehmen

und sich die Dinge nicht so einfach zu machen, bestimmten Gruppen hier „Stillhalteprämien“ zu geben. Als solches ist es ja von Blecha dargestellt worden, also daß er sozusagen das Geld dafür verwendet, daß irgend jemand vom Terrorismus abgehalten wird; so kommt es ja heraus. Hier muß man, glaube ich, aufpassen, daß nicht mehr passiert, und mit der Sorge um das Geld für solche Gruppen vielleicht auch die geistige Sorge verbinden; nicht einfach sagen: Die kriegen eh ein Geld und damit sind sie ruhig. Man kann geistige Herausforderungen einer Zeit und Probleme einer Auseinandersetzung über die Prinzipien der Demokratie nicht einfach mit Geld beseitigen, sondern nur wieder mit Auseinandersetzung. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Hier muß zweitens noch gesagt werden, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei: Die wiederholt geübte Praxis von Ihrer Seite, mit Denunzierungen des politischen Gegners vorzugehen und alle möglichen Extremismen zu bemühen, um die Probleme mit den Extremismen in den eigenen Reihen zu kaschieren, ist, glaube ich, kein Weg, der gut für die Demokratie ist. Das ist kein Beitrag zur Entwicklung der Demokratie.

Das ist – das sollte Sie mit uns in der Sorge vereinen – ein Beitrag zu einer mangelnden Glaubwürdigkeit der demokratischen politischen Parteien, denn wenn uns hier in der Öffentlichkeit zugehört wird, was wir zu diesem Problem zu sagen haben, so werden die politischen Parteien – alle, wie wir hier sind – nicht glaubwürdiger, indem wir uns wechselseitig alles mögliche heißen und zeihen, sondern der Skeptizismus gegenüber den politischen Parteien wird noch zunehmen. In diesem Sinn hat der Herr Abgeordnete Blecha gestern einen bedauernswerten Beitrag dazu geleistet, daß die Glaubwürdigkeit der demokratischen Parteien nicht steigt, sondern sinkt. Sorgen Sie dafür, daß solche Vorfälle in diesem Haus nicht mehr passieren! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister! Erlauben Sie mir hier in der Diskussion noch einige Gesichtspunkte zur Situation der Bundestheater beizutragen. Es ist bereits im Finanz- und Budgetausschuß diskutiert und auch kritisiert worden, daß gerade diese Budgetansätze der Bundestheater ein Maximum an Unübersichtlichkeit bieten und dem Abgeordneten kaum die Chance geben, festzustellen, wofür das Geld ausgegeben wird. Es ist nicht möglich, festzustellen, wo etwa die Sparsamkeit entsprechend ansetzen kann, wobei aber der, der sich um die Situation der Bundestheater bemüht, feststellen muß, daß man sich etwa seitens der Direktionen der diversen Häuser um Sparsamkeit bemüht, denn wir

Dr. Busek

haben ja in Wirklichkeit nur mehr Neuinszenierungen in entsprechend alten Kostümen oder mit alten Bühnenbildern, sodaß man manch liebegeordnete Inszenierung von vor zehn Jahren heute wiederentdecken kann und sich manchmal wundern muß, ob denn das Bühnenbild noch in die Zeit paßt. Aber die Tapferkeit der Direktionen sei hier durchaus anerkannt.

Sie haben aber in einer Anfragebeantwortung ganz locker festgestellt, daß allen Anregungen des Rechnungshofes seitens des Bundesministeriums für Unterricht und seitens des Bundestheaterverbandes Rechnung getragen wurde. Nach wie vor aber – und das können Sie etwa den Feststellungen des Herrn Zentralsekretärs Schweinzer entnehmen – klappt es mit der Koordination nicht. Nach wie vor sind die vom Rechnungshof kritisierten teuren Überstunden, die für Produktionen von Kostümen und Bühnenbildern außerhalb der zentralen Werkstätten der Bundestheater bezahlt werden müssen, eines der Probleme, die das Budget ganz eindeutig belasten. Nach wie vor ist hier die Rechnungshofkritik nicht entsprechend berücksichtigt.

Das, was der Bundestheaterverband, so wie er geschaffen und von Ihnen durchgeführt wurde, in Wirklichkeit gebracht hat, ist ein Mehr an zentraler Verwaltung, aber nicht ein Mehr an Autonomie und nicht ein Mehr an Ökonomie im Bereich der Durchführung der einzelnen Bundestheater.

Da haben Sie eine besondere Verantwortung, Herr Bundesminister, weil nämlich die Diskussion über die Bundestheater in der Öffentlichkeit dazu führt oder leicht dazu führen kann, daß die, die man sieht, entsprechend kritisiert und als Verschwender angesehen werden.

Die, die man sieht, sind die Schauspieler, die dann mit der Schwierigkeit zu kämpfen haben, daß man sie als Verschwender ansieht. Das ist ja der bedauerliche Beitrag, den die Sozialistische Partei in ihrer Oppositionszeit zur Diskussion um die Bundestheater geleistet hat, nämlich daß sie Spitzengagen in die Öffentlichkeit gestellt hat, von denen der Bürger annehmen mußte, daß sie in Wirklichkeit die Normalgagen der einzelnen Theater darstellen.

Dann, glaube ich, haben Sie die volle Verantwortung, dafür zu sorgen, daß dort, wo man es nicht sieht, entsprechend gespart wird, damit nicht die Schauspieler, damit nicht jene, die für uns agieren, entsprechend dann Objekte der Kritik oder gar der Beschimpfung werden, weil hier eben ein Defizit vorliegt, das in seiner Höhe für das Gesamte unseres Bundesbudgets problematisch geworden ist.

Es sei anerkannt: Es ist unter den Direktionen,

die in Ihrer Zeit eingesetzt wurden, vieles besser geworden, wobei sich aber sicher noch einiges anders machen läßt.

Es sei anerkannt, daß man sich insbesondere mehr und mehr dem Gedanken akkommodiert, daß moderne Inszenierungen und moderne Stücke oder alte Stücke, die auf neue umgeschrieben werden, nicht unbedingt die Aufgabe haben, die Besucher aus dem Theater zu treiben, sondern daß man durchaus auch so inszenieren kann, daß die Leute im Haus bleiben; daß man nicht unbedingt so mit Gewalt modern und anders inszenieren muß, daß die Verständlichkeit nicht mehr gegeben ist, sondern daß man alles dazu tun kann, um ein Mehr an Zugänglichkeit zu erzielen. Das zeigen etwa jene Stücke, die für Kinder im Burgtheater inszeniert werden, das zeigen auch die Bemühungen in Oper und Volksoper.

Nur, glaube ich, haben Sie im Bereich der Zentralverwaltung um im Bereich des Bundestheaterverbandes dafür zu sorgen, daß hier noch ökonomischer vorgegangen wird. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß die vielfache Belastung des Generalsekretärs des Bundestheaterverbandes ein Hemmnis für den ungehinderten Einsatz ist. Und wenn ich den Zeitungen entnehmen muß, daß er nun die Geschäftsführung des Eirich-Verlages zurücklegt, dann geht das auf eine Anregung zurück, die wir schon lange gegeben haben. Das hätten wir früher machen können, da hätten wir mehr Energie für die Dinge selbst einsetzen können und uns wahrscheinlich mit mehr Einfallsreichtum auch mehr erspart, was hier an zentraler Verwaltung existiert.

Da würde ich Sie bitten, in Zukunft im Rahmen der Bundestheater auch auszuweisen, was in den einzelnen Bereichen ausgegeben wird, denn die summarischen Darstellungen genügen nicht.

Ein zweites: Ich glaube, wir werden beziehungsweise Sie werden Gespräche dahingehend führen müssen, daß offene Probleme, die sich durch eine Gewerkschaftsproblematik in den verschiedensten Bereichen ergeben können, bald einer Lösung zugeführt werden.

Nun noch ein letzter Gesichtspunkt, nämlich der der Bundesmuseen, die in letzter Zeit in eine stärkere Diskussion gekommen sind. Problematisch ist der Bereich schon allein deswegen, weil sie nicht zur Kunst ressortieren, sondern zu Wissenschaft und Forschung, sodaß hier die Koordinationsproblematik einer unterschiedlichen Verwaltung zweier Ministerien schon vom Ansatz her existiert.

Wir haben aber besondere offene Frage im Bereich der zeitgenössischen Kunst. Es gibt hier

Dr. Busek

offene Fragen hinsichtlich der Bestände, die im Museum des 20. Jahrhunderts gezeigt und nicht gezeigt werden können. Wir haben das Problem der Sammlung des 20. Jahrhunderts, die im Oberen Belvedere zu sehen ist und nicht zu sehen ist. Es geht um die Teile der Stallburg, um die offene Frage der Sammlung Ludwig, die bereits in den Medien diskutiert wurde, und um das Versprechen eines Wotrubas-Museums, das diesem bedeutenden Künstler unseres Landes gegeben wurde und bis heute noch nicht vollzogen ist – und das, bitte sehr, auch hin- und hergeschoben wird. Die Gemeinde Wien hat hier Dinge noch nicht vollzogen, und das Ministerium erklärt in Beantwortung einer schriftlichen Anfrage, daß es eigentlich da überhaupt keine Kontakte gepflogen habe.

Wenn man aber die Aufgabe der Museen, der musealen Verwahrung, nämlich das Herzeigen und nicht das Verschweigen eines Schaffens, entsprechend bewältigen will, dann, glaube ich, müssen wir uns auch diesen Problemen widmen und uns nicht auf Kompetenztatbestände ausreden. Auf diesem Gebiet ist die bisherige Politik des Ministeriums sehr bunt und wenig durchsichtig.

Eine Zeitlang hat es geheißsen, es wäre eigentlich der Messepalast geeignet, wobei aus einer Anfragebeantwortung hervorgeht, daß bis 1986 quasi keine Chance existiert, und wobei die Frau Minister erklärt, daß dieser Aufstellungsort besonders für die Teppichsammlung geeignet wäre.

Dann ist es darum gegangen, das freigewordene Palais Liechtenstein entsprechend einzusetzen. Laut Anfragebeantwortung, Frau Bundesminister, befindet sich dieses Palais im 4. Bezirk, ich würde es als Kenner der Situation im 9. Bezirk locieren.

Aber viel entscheidender ist neben dieser Bemerkung, daß es eigentlich kein Konzept dafür gibt, keine entsprechenden Gutachten über Aufstellungserfordernisse und Adaptierungskosten, wobei das Ministerium stolz erklärt, daß ein Gebäudefachmann überhaupt nicht erforderlich sei. Aber die Frage einer notwendigen Klimatisierung muß gerade in einem solch alten Bau einfach geklärt werden, weil deren Notwendigkeit im Verhältnis zu der Verantwortung für diese Kunstwerke zweifellos existiert.

Damit Sie mich nicht mißverstehen: Ich bin sehr dafür, daß das Palais Liechtenstein entsprechend genutzt wird. Ich glaube aber, daß die Lösung, die als letztes von Ihnen vorgeschlagen wurde, nämlich das Museum des 20. Jahrhunderts, den Schwarzer-Pavillon, zuzusperren, äußerst problematisch ist. Das ist, meine Damen

und Herren, der einzige moderne Museumsbau, den wir uns in der Zweiten Republik geleistet haben. Das ist für ein Land, das darauf pocht, ein Ort der Künste zu sein und für Kultur etwas übrig zu haben, eigentlich ein problematischer Zustand.

Wobei der Zustand noch problematischer wird, wenn wir feststellen müssen, daß für dieses Haus so wenig getan wurde, daß inzwischen Sanierungskosten von 16 Millionen Schilling auflaufen, und daß das als ein Grund dafür genommen wird, es einfach zuzusperren oder vielleicht, wenn sich jemand findet, der es saniert, anderen Zwecken zuzuführen.

Dabei halten wir uns vor Augen: Der Fassadenputz der zwei Bundesmuseen am Ring kostet insgesamt 300 Millionen Schilling. Dann sind da die 16 Millionen Schilling, Frau Bundesminister, für die Renovierung des Schwarzer-Pavillons, für das Museum des 20. Jahrhunderts, unseres Jahrhunderts – und dafür haben wir das Geld nicht.

Das heißt nicht, daß man das eine durch das andere ersetzen kann, aber es läßt die Frage nach den Prioritäten zu. Ja es geht der Zustand – und hier kann man ihn Skandal nennen – sogar so weit, daß nicht einmal der Normalbetrieb gesichert ist und mitten in der Ausstellungszeit die Heizung abgedreht wurde, weil man offensichtlich entweder vergessen hat oder auch wegen der Unterbudgetierung, von der ich vorhin gesprochen habe, die Heizkosten zu überweisen, sodaß der, der sich in Wien mit österreichischen Künstlern des 20. Jahrhunderts auseinandersetzen will – hoffentlich waren keine Ausländer darunter –, auch noch frieren muß, wenn er das tut. Die Problematik dieser Politik der Museen ergibt sich hier eindeutig.

Ich erlaube mir, Frau Bundesminister, dazu auch einen Vorschlag zu machen. Ich glaube, wir können es uns nicht leisten, diese architektonische Leistung, dieses Haus, das inzwischen in der Moderne eine gewisse Tradition hat, einfach zuzusperren. Ich gebe Ihnen zu überlegen, ob nicht mit reduzierter Assanierung des Schwarzer-Pavillons unter Hinzufügung eines Neubaus entsprechend mehr Möglichkeiten für eine Plastiken-Sammlung und für den Wotrubas-Nachlaß, also für eine, ich möchte sagen, neue Pinakothek des 20. und – hier sollten wir weiter denken – auch des 21. Jahrhunderts geschaffen werden können.

Ich glaube, daß zuerst zu untersuchen wäre, ob ein Zusatzgebäude im Schweizer Garten als Alternative vor einer endgültigen Entscheidung, wo das neue Zentrum der modernen Kunst untergebracht werden soll, durchaus am Platz wäre. Sonst haben wir die tragische Situation,

Dr. Busek

daß etwa ein bedeutender Architekt wie Hans Hollein zwar in Wien kein Museum gebaut hat, aber dafür in Mönchengladbach.

Ich glaube, hier sollten Sie Möglichkeiten für Österreicher, für Künstler, die in diesem Lande etwas geleistet haben, schaffen. Hier sollten Sie Möglichkeiten für Architekten schaffen, die eigentlich auch etwas davon verstehen.

Interessant ist, daß der Herr Bundeskanzler, wie schon so oft, anderer Meinung ist als die Frau Bundesminister. Er hat nämlich die Errichtung eines Zentrums der modernen Kunst auf der Donau-Insel vorgeschlagen. Das war am 21. August, das war die Mallorca-Periode (*Heiterkeit bei der ÖVP*), aber vielleicht war es doch ein ernst zu nehmender Vorschlag.

Ich würde ihn jedenfalls, was die Schaffung betrifft, unterstützen. Ob die Donau-Insel unter Ruderbooten der geeignete Ort ist, möchte ich dahingestellt sein lassen.

Warum aber nicht die Chance des Schweizer Gartens nutzen? Warum nicht die Chance eines vorhandenen Museums nutzen, das uns die Möglichkeit gibt, in der Öffentlichkeit entsprechend dazustehen?

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir zusammenzufassen. Wir lehnen das Kapitel Wissenschaft und Forschung ab, weil unseres Erachtens nach Geld am falschen Platz eingesetzt wird, weil die Art und Weise der Verwendung der Mittel nicht garantiert, daß die Entwicklung der Universitäten gewährleistet werden kann gegenüber den Anforderungen, die bestehen, weil die Art und Weise der Budgetierung nicht garantiert, daß die Forschung im Rahmen unserer gesamten wirtschaftlichen und sozialen Situation einen Weg gehen kann, sodaß wir mehr an geistigen Begabungen für unser Land nützen können.

Wir lehnen dieses Kapitel ab, weil wir der Ansicht sind, daß damit für die Entwicklung des Landes ein nicht genügender Dienst geleistet wird, daß der Schwerpunkt der Kreativität – und das ist der eigentliche Stolz, den wir Österreicher haben – nicht entsprechend gesichert ist.

Wir haben als kleines Land, glaube ich, eine einzige Chance, zu überleben, zu leben und mehr zu erreichen in der Zukunft, wenn wir all jenen Begabungen, die wir in reichem Ausmaß haben, auch jene Chancen bieten, die sie brauchen, um für die Gemeinschaft unseres Landes entsprechend nutzbar zu werden. Die Pflege der Begabungen ist unsere größte Aufgabe. Das vorliegende Budgetkapitel ist leider ein schlechter Dienst daran. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Wille. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Wille (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Frau Bundesminister! Herr Busek, ich wollte Sie fragen: Wo bleibt das Positive? Wo bleibt das Positive, muß man auch fragen, wenn Sie nach Aufstellung der Steigerungsraten zur Auffassung kommen, es handle sich dabei um Potemkinsche Dörfer. (*Abg. Dr. Busek – ein ÖVP-Konzept vorzeigend –: Hier ist die Alternative!*)

Ich habe mir einmal die Aufgabe gesetzt, einzelne große Budgetgruppen seit 1970 zusammenzustellen, um die Steigerungsraten und damit auch Gründe für die Staatsverschuldung zu sehen. Ich habe dabei entdeckt, daß kein Kapitel, wenn der Ausdruck erlaubt ist, so explodiert ist wie das Kapitel Wissenschaft und Forschung. Es ist zweifellos sehr merkwürdig, wenn Sie sagen, die Objektivität würde durch die Opposition nicht hinausgedrängt. (*Abg. Dr. Frühwirth: Herr Kollege! Wir schauen nach 1978 und nicht zurück! Sie wollen alles bewahren! Sie sind konservativ!*)

Kollege Busek, ich glaube, Sie sind zu jung, um alles schwarz zu sehen. (*Abg. Dr. Busek: Herr Kollege, Sie sehen rot!*) Ich bin zudem der Meinung, daß das Klischee des Wiener oder des Österreichers als Raunzer nicht gepflegt werden sollte dadurch, daß wir alles schwarz sehen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Nun haben Sie, Kollege Busek, auf den Vorsitzenden der Rektorenkonferenz hingewiesen und haben gemeint, Komarek hätte „Fakten“ aufgezeigt. Wie immer die Mißverständnisse des Herrn Komarek waren, ich habe nur eines im Auge – und das ist durch eine Reihe von Zeitungsausschnitten zu bestätigen –: daß Komarek die Meinung vertreten hat, das Wissenschaftsbudget wäre eine „Katastrophe“.

Gleich hat er natürlich gelehrige Schüler gefunden. Denn der Vorsitzende der Hochschülerschaft erklärte daraufhin, es gäbe eine Pleite in der Bildungspolitik. Ich frage mich: Was werden sich da arbeitende Menschen denken, wenn ein Kapitel um rund 10 Prozent im Jahr steigt und dann von „Pleite“ und „Katastrophe“ die Rede ist?

Ich frage mich: Wie werden die nächsten Lohnrunden in den großen Bereichen der Industrie ausschauen, wenn eine Erhöhung von 10 Prozent mit „Pleite“ und „Katastrophe“ qualifiziert wird.

Ich kritisiere auch die Aussagen des Vorsitzenden der Rektorenkonferenz, wir hätten sozusagen nach höheren Mitteln für die Reini-

Wille

gung saubere Universitäten, aber diese Universitäten wären unterrichtslos. Komarek selbst zu seinen Feststellungen: Sie sind „zynisch“. Ich glaube, das ist eine Selbstbelobigung. Sie sind einfach falsch und unkundig.

Wir haben nicht zu Unrecht seit dem UOG einen Universitätsdirektor. Nichts wäre näherliegend gewesen, als daß ein Chemiker den Universitätsdirektor fragt, wie denn ein Budget zu lesen und zu beurteilen ist. Es ist ja nicht zu erwarten, daß jeder Chemiker, auch nicht jeder gute Chemiker (*Abg. Dr. Blenk: Auch nicht jeder Gewerkschaftssekretär!*), das Budget richtig zu lesen vermag.

Es ist unbestritten, Kollege Gruber, daß das Wissenschaftsbudget nicht gekürzt wird, sondern daß es um 10 Prozent steigt. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber.*) Ich sage das nicht, aber bevor ich derartiges behaupte, bequeme ich mich dazu, mich zu erkundigen, Kollege Blenk. (*Abg. Dr. Blenk: Das UOG ist auch nicht für die Gewerkschaft gemacht worden!*)

Außerdem weist Komarek auf die große Raumnot hin. Ich bin der Meinung, daß die Frau Bundesminister mit sehr viel Recht gekontert hat, daß die Universitäten das halbe Jahr leerstehen. Kollege Blenk! Sie kommen ja aus der Industrie. Nun frage ich Sie: Was passiert denn in der Industrie, wenn große Aufträge vorhanden sind, wenn ein großer Kapitaleinsatz notwendig ist? Dann ist es eben in der Wirtschaft gang und gäbe, daß man versucht, mit einer zweiten oder mit einer dritten Schicht organisatorisch das Problem zu lösen. Vor allem dann, wenn man weiß, daß sich in wenigen Jahren das Problem wieder anders darstellt, weil die Zahl der Studenten abnimmt. Wir haben in der Industrie ähnliche Probleme, wir weisen darauf hin, daß die Universitäten industrienah geführt werden sollen, als Unternehmen; man redet ja auch von einem Management. (*Abg. Dr. Busek: Wenn für die Industrie auch das UOG gilt, dann können Sie das Unternehmen nicht mehr führen!*)

Warum geht man denn nicht von seiten der Universitäten und von seiten der Professoren dazu über, Vorschläge zu machen, wie man das Problem lösen könnte? (*Abg. Dr. Busek: Kennen Sie das UOG, Herr Kollege?*) Einerseits hören wir täglich, der Staat soll sparen, die Staatsschulden sind zu hoch, die Staatsquote soll gesenkt werden. Auf der anderen Seite sehen wir zu, wie der Steuerzahler Universitäten finanziert, die das halbe Jahr sozusagen geschlossen sind. (*Abg. Dr. Gruber: Ein halbes Jahr ist übertrieben!*) Ich bin gerne bereit, wenn Sie andere Ziffern haben, darüber zu diskutieren.

Ich glaube, daß man maßhalten soll. Wir sehen aber, daß gerade Funktionäre in supergeschützten Bereichen nicht in der Lage sind, sich einem Maßhalteappell anzuschließen. Dazu zähle ich gewisse Ärztfunktionäre, Anwälte, Universitätslehrer, zum Teil auch das Gewerbe. In der Industrie hören wir eine ganz andere Sprache und ganz andere Vorstellungen. (*Abg. Dr. Wiesinger: Sie können doch die Universitäten nicht mit der Industrie vergleichen!*) Beispielsweise hat der Zentralvorstand der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie erst kürzlich darauf hingewiesen, daß es unerträglich ist, wenn einige soziale Gruppen – und das ist eine Anspielung auf die Universitäten – ohne jedes Verständnis für weltweite wirtschaftliche Auseinandersetzungen jede Belastung bekämpfen, während Arbeitnehmer die Belastungen im Interesse einer möglichst hohen Beschäftigung zu tragen bereit sind und sich mit dem Risiko eines weltweiten Wettbewerbs auseinanderzusetzen haben.

Ich glaube also, daß das Verständnis, sich in die gesellschaftlichen Zusammenhänge und Notwendigkeiten einzuordnen, fehlt. Es wäre aus diesem Grunde gut, wenn man die gesellschaftlichen Notwendigkeiten auch im Bereich der Hochschule anzuerkennen bereit wäre.

Aus diesem Grunde habe ich auch nicht das geringste Verständnis, wenn die Diskussion um die Mitbestimmung an den Universitäten durch die Beschwerde von fünf Professoren sozusagen fortgesetzt wird. Wir freuen uns, daß diese Beschwerde zur Gänze abgelehnt wurde. Da es sich im Grunde – deswegen ist es auch für uns so interessant – um ein Gebiet handelt, das in der Wirtschaft genauso diskutiert wird, stellt sich auch in der Wirtschaft immer wieder die Frage: Wie weit ist Mitbestimmung verfassungskonform, wie weit ist Mitbestimmung verfassungsgerecht?

Nun hat der Verfassungsgerichtshof aber gerade mit der Verfassungsbestimmung „die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei“ zum Ausdruck gebracht: Sie bezieht sich nicht auf einen bestimmten Personenkreis, und das bezieht sich auf die Professoren, denn die Norm ist schlechthin gültig. (*Abg. Dr. Blenk: Aber über die politische Problematik des Verfassungsgerichtshofes werden wir noch zu reden haben, Herr Abgeordneter!*) Ja sicher. Aber sie haben jahrelang versucht, bei der Universitätsreform gegen die Mitbestimmung aufzutreten. (*Abg. Dr. Blenk: Wer hat sie denn eingeführt?*) Eine Drittelbestimmung oder eine beschränkte Drittelbestimmung ist noch nicht alles. Nicht? (*Abg. Dr. Blenk: Pardon: Wer hat die Mitbestimmung eingeführt?*) Kollege Blenk!

Wille

Dann bekennen Sie sich dazu! Warum wird sie dann bekämpft? Warum haben Sie sie dann nicht vertreten? (*Zustimmung bei der SPÖ. - Abg. Dr. Blenk: Wen meinen Sie damit?*)

Jedenfalls fanden wir eine Bestätigung. Zudem ist es für uns unerträglich, daß man immer wieder die Gesetzzerdung zu verhindern versucht, dem Gesetz auch nicht beitrifft, dann zum Verfassungsgerichtshof geht, aber das Urteil ebenso kritisiert. (*Abg. Dr. Blenk: Der einzige, letzte Ausweg, den man gegenüber dieser Partei hat!*) Und weil der Verfassungsgerichtshof etwas entscheidet, was nicht gefällt ... (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.*) Nein, Sie nicht. Sie haben aber - und das werden Sie ja vom Kollegen Ermacora gehört haben - den Standpunkt eingenommen, daß dieses Urteil sozusagen auch kritikwürdig wäre; Sie sind heute genauso gegen das Urteil, wie Sie gegen das UOG waren. (*Abg. Dr. Blenk: Wir waren ja gegen das UOG an sich! Sie wissen auch warum!*)

Warum wir für die Mitbestimmung an den Universitäten waren, ist ganz einfach so zu sehen, daß wir der Meinung waren: An den Universitäten sind die Studenten ebenso in die Verantwortung und in die Entwicklung einzubinden, wie das für die Arbeiterschaft in der Wirtschaft gilt. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.*) Wenn die Studenten an den Universitäten nicht eingebunden sind, dann haben wir damit zu rechnen, daß der Radikalismus zunimmt und nicht bekämpft wird.

Ich habe zum wiederholten Male darauf hingewiesen, daß ich es erlebt habe, wie einer der Studentenfunktionäre an der Wiener Technischen Universität bei einer öffentlichen Veranstaltung erklärt hat: Das sind nicht unsere Universitäten, das sind nicht unsere Professoren, das ist nicht unser Rektor. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.*) Wie sollte man von diesen jungen Menschen erwarten, daß man sie einfach aussperrt, daß sie sich zur Zukunft dieser Universität bekennen? (*Abg. Dr. Blenk: Minderheit!*) Nicht „Minderheit“. Das ist nicht „Minderheit“. (*Abg. Dr. Blenk: Weil Sie sagten: Das sind „nicht unsere“! Wessen sind es dann?*) Sie sind eine Eigenproduktion. Die Universität ist mehr als eine Professorenuniversität! (*Abg. Dr. Blenk: Was heißt: „Nicht unsere“?*) Ich habe Ihnen gesagt, daß dieser Studentenfunktionär erklärt hat: „Das sind nicht unsere Professoren, wir haben sie nicht gewählt!“ Wenn Sie das so besser verstehen.

Nun meine ich: Wenn schon Rektoren die Meinung vertreten, daß eine Steigerung von 10 Prozent eine Katastrophe bedeutet, wenn Professoren die Mitbestimmung ablehnen, dann ist es nicht zu verwundern, wenn Studentenfunktionäre von „Bildungspleite“ reden und, wie es in einer anderen Stellungnahme heißt, „jede staatliche Gewalt verabscheuungswürdig“ finden.

Sie haben in den letzten Tagen immer Dr. Nennung zitiert. Ich habe nicht den geringsten Grund, ihn zu verteidigen oder mich zu seiner journalistischen Tätigkeit zu bekennen. Ich wundere mich nur, warum Sie nicht den „Report“, die Zeitschrift für Bildung und Politik der Österreichischen Studentenunion, die der ÖVP nahesteht, zitiert haben. Ich entnehme dem „Kurier“ vom 3. November 1977, daß unter anderem einer der Studenten schreibt:

„Anarchie, das könnte man auch mit einem anderen Wort bezeichnen: Reich Gottes. Ich gestehe, ich bin Christ. Und darum bin ich Anarchist. Und deshalb Sympathisant.“ (*Abg. Dr. Blenk: Wer ist denn dieser Herr? - Abg. Dr. Mussil: Wer hat Ihnen denn das aufgesetzt?*)

Aber bitte, ich möchte Sie nicht provozieren. Ich sage Ihnen gar nicht, daß Sie das sind. Ich möchte Sie nämlich auch deswegen nicht provozieren, weil ich von dieser ganzen Diskussion sehr wenig halte. Ich bin viel eher der Auffassung, daß derartige Zitate einzelner Studenten in einer Gesellschaft, die frei und stabil ist, nicht dramatisiert werden sollten. Aus diesem Grund ist es höchst unverständlich, daß wir bereits seit Tagen eine sogenannte Terroristendiskussion abwickeln. (*Abg. Dr. Frühwirth: Hat sich die Redaktion der Zeitung damit identifiziert?*)

Ich möchte nun zu einigen Fragen der Forschung kommen. Der Forschungsbereich hat eine Zunahme von 5 Prozent. Wir haben schon gehört: Es wird immer wieder die Teuerungsrate herangezogen und geprüft, ob eine reale Steigerung zu erwarten ist. In diesem Zusammenhang erlaube ich mir wieder Hinweise auf eine Betrachtung der Industrie. Wenn man bei Forderungen für das kommende Jahr die Inflationsraten einrechnet - bei lohnpolitischen Überlegungen und dergleichen -, dann bekämpft man die Inflation nicht, sondern dann schreibt man sie zumindest fort. Kollege Mussil (*Abg. Dr. Mussil: Ist nicht von mir!*), die Ideen kommen von Ihnen. Ich versuche diese Idee nur auf diesen Bereich zu übertragen.

Das heißt also: Wenn wir wirklich mehr Stabilität wollen, ist es zweifellos nicht zulässig, Inflation fortzuschreiben. Wenn das fallweise geschieht oder geschehen ist, dann ist das zweifellos kein Weg zur Lösung inflationsbedingter Probleme.

Ich meine daher, daß der Bereich Forschungsbereich mit 5 Prozent zwar nicht dramatisch gut

Wille

bedient ist, aber eben entsprechend den gegebenen Verhältnissen.

Nun möchte ich auf zwei Probleme hinweisen, auf das Problem Energieforschung und auf das Problem Informationskrise, wie wir sie im Bereich der Forschung haben.

In einer Aussage der Bundeswirtschaftskammer wird darauf hingewiesen, daß Experten annehmen, in Österreich werde nur etwa die Hälfte jenes Forschungsaufwandes betrieben, zu dem die Gesamtheit der Unternehmungen in Österreich befähigt wäre. Ich meine, das sollte uns motivieren, für mehr Forschungsgesinnung zu werben. Es ist zweifellos viel zu tun. Neben ganz großen und erfolgreichen Forschungsvorhaben, die gegenwärtig bewältigt werden, wie im Generatorenbau, im Motorenbau, in der Kabelproduktion, ist es aber sehr interessant, daß soviel für die Energieforschung getan wird.

Wir wissen, daß Öl durch nichts zu ersetzen ist. Die Ölvorräte werden aber voraussichtlich um das Jahr 2020 erschöpft sein, auch wenn die Ölproduktion jährlich um 3 Prozent wächst. Wir wissen, daß auch Uran um diese Zeit erschöpft sein wird, wenn es nicht zum „Schnellen Brüter“ kommt. (*Abg. Dr. Mussil: Haben Sie noch nie etwas gehört vom Sparverein Kreisky?*) Die Brütertechnologie oder die Plutoniumökonomie könnte zwar für Hunderte Jahre Energie liefern, aber heute ist in keiner Weise absehbar, ob diese Technologie für die Gesellschaft annehmbar ist. Es ist daher sinnvoll, mehr Energie-Effizienz zu verlangen, mehr Aufmerksamkeit dem Energiesparen zuzuwenden und vor allem auch dem Bau von Sonnenkraftwerken ernstliche Untersuchungen zu widmen.

Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung hat erst vor wenigen Tagen eine Studie „Solarstrom in Österreich“ vorgelegt, in deren Einleitung die Frau Bundesminister erwartet, daß diese Studie neue Impulse für die Energieforschung bringt, was zweifellos geschehen wird. Diese Studie zeigt auf, wie ein solarhydraulisches Kraftwerkesystem die Energieversorgung Österreichs zur Gänze übernehmen könnte. Sie ist ausgearbeitet worden von einem der führenden Wissenschaftler des Internationalen Instituts für angewandte Systemanalyse. (*Abg. Graf: Das erinnert mich an einen Roman von Jules Verne, Herr Wille!*) Ja. Dipl.-Ing. Weyss geht auf diese Einwände ein. Und Dipl.-Ing. Weyss kennt natürlich derartige Behauptungen.

Aber es gibt ja nicht nur die eine Auffassung, und ich will mich hier gar nicht zu einer der zwei Auffassungen bekennen. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*)

Es gibt eben auf der einen Seite die

Auffassung: Die Atomenergie wird uns retten!, und auf der anderen Seite die Auffassung: Atomenergie wird nicht die Probleme der Zukunft lösen!

Nun ist ein namhafter Vertreter des Internationalen Instituts für angewandte Systemanalyse der Meinung, daß es sehr wohl möglich ist, mit einem Solarhydraulischen Kraftwerkeverbund ein System – das natürlich Jahrzehnte erfordert – zu errichten, das uns eine autonome Energieversorgung ermöglicht. Zudem wäre ein derartiges System biologisch unbedenklich, in der Stabilität des Klimas hervorragend und hätte unerschöpfliche Energiequellen zur Verfügung.

Ein weiteres Problem, auf das ich noch kurz hinweisen will, ist die Informationskrise im Bereich der Forschung. Eine ganze Reihe von Funktionären der Forschungsorganisation, auch der Patentämter, haben darauf hingewiesen, daß beträchtliche Mittel der Forschung deswegen verlorengehen, falsch eingesetzt sind, weil die Forscher die Ergebnisse nicht kennen. Der Leiter des deutschen Patentamtes weist unter anderem darauf hin, daß zirka zwei Drittel aller Patentanmeldungen deswegen zurückgewiesen werden müssen, weil darüber schon publiziert worden ist. Das heißt, enorme Beträge gehen verloren.

Jedesmal, wenn ich einen Industriebetrieb besuche, der eine gewisse Größenordnung hat, lautet meine Frage: Was treiben Sie auf dem Gebiete der Forschung? Ich versuche dann ganz konkret den Weg der Forschung zu verfolgen. Sehr oft endet dieser Weg in einer verstaubten Bibliothek. Auch in großen Unternehmungen mit hohen und respektablen Exportquoten.

Auf die Frage: Kennen Sie RECON?, ist mir zu wiederholten Malen in großen Firmen geantwortet worden: Nein, wir wissen nicht, was das ist!

Es ist daher notwendig, weiterhin auf dieses Informationssystem hinzuweisen. Das Ministerium macht das nahezu ständig. Es wird auch ständig publiziert. Dieses Informationssystem, dem zehn weitere Systeme angegliedert sind, steht uns praktisch kostenlos zur Verfügung, weil wir über Spacelab die Möglichkeit haben, uns daran zu beteiligen. Wir sollten es nützen. Gebiete der Metallurgie, der Technologie, der Elektronik, der Chemie, der Mechanik, ja praktisch alle Bereiche der Naturwissenschaften stehen zur Verfügung.

Gegenwärtig sind bereits 20 Industrieunternehmen mit Erfolg an die Gesellschaft für Sonnenenergie und Weltraumfragen herangetreten, um die kostenlosen Probelaufe zu beanspruchen. Wir weisen deswegen darauf hin, weil 20 Industrieunternehmen einfach zuwe-

7300

Nationalrat XIV. GP - 76. Sitzung - 7. Dezember 1977

Wille

nig sind, weil es notwendig ist, daß wir diesem Problem mehr Bedeutung zumessen.

Ich möchte damit zum Schluß kommen und sagen: Zweifellos wird auch in diesem Bereich Kritik berechtigt sein, wie sie die Opposition vorbringt. Wir sollten aber auch sehen, daß dieses Ministerium in den letzten Jahren in hohem Maße die Forschung motiviert hat, daß es die Forschung in hohem Maße finanziell begünstigt hat, daß in höchstem Maße Grundlagen für hervorragende Informationen ermittelt worden sind und daß die Informationsquellen sehr oft erst erschlossen und ermöglicht worden sind.

Trotz Krise und Sparbudget können die Forschungsaufwendungen im kommenden Jahr entsprechend der Forschungskonzeption gehalten werden. Wir werden für Forschung und Entwicklung 1,25 Prozent des Bruttonationalprodukts ausgeben, und das entspricht unseren langfristigen Zielvorstellungen auf diesem Gebiet. Ich glaube, daß es aus diesem Grunde angebracht ist, dem Ministerium für die sehr erfolgreiche Arbeit zu danken. Wir nehmen mit großer Genugtuung die Leistungen zur Kenntnis, die in den letzten Jahren erzielt worden sind. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Peter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Peter** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir Freiheitlichen lehnen das Kapitel Unterricht und Kunst ab.

Unsere Ablehnung ist nicht allein in der finanziellen Ausstattung dieses Budgetkapitels begründet. Unser freiheitliches Nein fußt in grundsätzlichen Bedenken, die wir gegen das derzeit in Geltung befindliche Bildungssystem vorzubringen haben. Wir werfen der derzeitigen Bundesregierung vor, daß sie im Bereich der Bildung nicht in der Lage war, die Schule aus dem Experimentierstadium herauszuführen.

Die Schulreform, von der wir Freiheitlichen meinen, daß sie verfehlt ist, wurde 1962 beschlossen. 15 Jahre danach ist die Schule noch immer nicht in dem Maß zur Ruhe gekommen, wie dies sein müßte, ohne daß die Schule als ausschließlicher Hort der Ruhe angesehen werden könnte. Schule und Bildung brauchen Kontinuität, um ihre Aufgabe erfüllen zu können. Um diese Kontinuität geht es uns Freiheitlichen. Wir meinen, daß gerade sie in der gegebenen bildungspolitischen Situation nicht gewährleistet ist.

Ich habe dem Herrn Bundesminister für Unterricht und Kunst bei den Ausschlußberatun-

gen vorgeworfen – und wiederhole diesen Vorwurf heute –, daß es ihm „gelungen“ sei, das Jahr 1977 zum Jahr der Verwirrung in der Bildungspolitik zu machen, zum Jahr der Verwirrung und der Verunsicherung, zum Jahr der Unruhe und der Unübersichtlichkeit.

Was meine ich damit? – In diesem Jahr hat der Bundesminister für Unterricht und Kunst viele bildungspolitische Fragen angerissen und der Öffentlichkeit vorgelegt, ohne sie zu einem Ergebnis zu führen. Daraus sind wieder nur neue Probleme für Schüler, Lehrer und Eltern entstanden.

Vorerst wurde am Beginn des Jahres vom Herrn Bundesminister die Fünftage-Schulwoche proklamiert. Die Einführung war zum Zeitpunkt der Verkündung, wenn ich das so formulieren darf, nicht vorbereitet. Mit dieser Forderung nach Einführung der Fünftage-Schulwoche versuchte damals Bundesminister Dr. Sinowatz, den ÖVP-Bundesparteitag zu unterlaufen, der sich zur selben Zeit auch mit der Fünftage-Schulwoche befaßte.

Im Verlauf dieses Jahres wurde dann von sozialistischer Seite die Forderung nach Realisierung der Integrierten Gesamtschule erhoben. Zugleich damit haben sich neue Verwirrungen in Richtung Ganztagsschule ergeben. Die betroffene Öffentlichkeit hat zu diesen beiden Themen bis zur Stunde noch sehr verschwommene Vorstellungen.

In diese Situation hinein kündigte dann der Herr Bundesminister die Einrichtung einer „Servicestelle“ für Schüler, Eltern und Lehrer beim Bundesministerium für Unterricht an.

Ebenso wurde im Jahr 1977 vom Herrn Bundesminister die Aktion „Schule konkret“ proklamiert, ohne daß er bis heute in der Lage gewesen wäre, hiezu seine Vorstellungen zu konkretisieren.

In der zweiten Hälfte des Jahres wurden wir mit Teilforderungen zur Lehrplanreform im Bereich des berufsbildenden Schulwesens konfrontiert, und die jüngste Ankündigung bot uns der Herr Bundesminister für Unterricht und Kunst mit der Errichtung einer „Kulturservicestelle“.

Die Unübersichtlichkeit im Bereich der Bildung ist derzeit ohne Grenzen: Die Unübersichtlichkeit ist gegeben bei den Schulversuchen, die Unübersichtlichkeit ist gegeben bei den ungelösten Fragen der Lehrerbeschäftigung; die Unübersichtlichkeit ist gegeben bei den ungelösten Problemen der Klassenschülerhöchstzahl, und die Unübersichtlichkeit wird verschärft durch eine Flut von Verordnungen und Erlässen

Peter

sowie durch immer neue ministerielle Änderungen.

Die Schule befindet sich nach 15 Jahren der Schulgesetzgebung des Jahres 1962 in einem permanenten Experimentierstadium auf Kosten der Schüler, Lehrer und Eltern.

Herr Bundesminister, Sie haben es bei der heurigen Beratung des Kapitels Unterricht und Kunst im Budgetausschuß verstanden, so viele Fragen offenzulassen, wie ich das noch nie in der Zeit Ihrer Amtsführung erlebt habe. Darf ich daher die Frage wiederholen: Was soll die Aktion „Schule konkret“ den Schülern, Lehrern und Eltern denn bringen? Was wird diese Aktion kosten? Was soll mit dieser Aktion „Schule konkret“ schließlich erreicht werden?

Fragezeichen, nichts als Fragezeichen liegen über diesen ministeriellen Ankündigungen. Wer hat Ihnen, Herr Bundesminister, diese Idee eingebracht? Oder war – das ist die Frage, die man an Sie richten muß – und ist die Schule bisher nicht konkret, sodaß es dieser Aktion „Schule konkret“ bedürfte?

Nun zu Ihrer nächsten Ankündigung, der „Servicestelle“ für Schüler, Eltern und Lehrer. So etwas muß man doch nur dann einrichten, Herr Bundesminister, wenn die Schule nicht transparent ist. Eine solche „Servicestelle“ ist dann vonnöten, wenn eine Überorganisation durch unklare und unübersichtliche Gesetzgebung vorliegt oder wenn unübersichtliche Gesetze einfach nicht mehr von den Betroffenen verstanden werden.

Wenn wir beim Reichsvolksschulgesetz von 1869 beginnen, heraufgehen über das Hauptschulgesetz von 1927 bis zur Schulgesetzgebung 1962, dann kannte man sich noch einigermaßen aus. Die eigentliche Verwirrung begann mit dem Schulunterrichtsgesetz des Jahres 1974, dem bereits 1976 die erste Novelle folgen mußte. Der Ruf nach einer weiteren Novelle des Schulunterrichtsgesetzes steht ja bereits unüberhörbar im Raum.

Sie, Herr Bundesminister, behaupten, die „Schulservicestelle“ für Schüler, Eltern und Lehrer koste nichts. Liest man die „Sozialistische Korrespondenz“ vom 6. September 1977 mit einiger Aufmerksamkeit, dann stößt man auf folgenden Satz: Die Servicestelle soll schließlich auch sozialwissenschaftliche Studienaufträge für jene Bereiche erteilen, in denen der Schulalltag besonders häufig Probleme aufwirft.

Kosten solche Aufträge nichts, bzw. wie werden diese Aufträge bezahlt? Soll die „Schulservicestelle“ entwirren oder soll sie eine vorhandene Überorganisation abbauen? Was ist der eigentliche Zweck dieser Institution?

Ich kann mir vorstellen, daß es notwendig ist, den vorhandenen Gesetzes-, Erlaß- und Verordnungswirrwarr zu entwirren. Ich bezweifle aber, daß eine „Schulservicestelle“ in der Lage sein wird, dieses Problem zu lösen, und daß eine „Schulservicestelle“ geeignet sein wird, die Unübersichtlichkeiten für die Betroffenen zu entwirren. Manchmal wird man im Bereich der Schulgesetzgebung und ihres Verordnungswezens an jene Überorganisation erinnert, die einem heute auf überdimensionierten Flugplätzen begegnet. Dort bedarf man auch im vermehrten Maß der Informationsstellen. Ähnlich geht es heute im Schulalltag Österreichs zu.

Ich komme jetzt auf ein Problem zurück, das wir Freiheitlichen in diesem Haus diskutieren, seit es einen sozialistischen Unterrichtsminister gibt; nämlich auf die ungelöste Frage, ob das derzeit in Geltung befindliche Beurteilungssystem noch ausreicht. Nach Meinung der sozialistischen Kinderfreunde reicht das Beurteilungssystem nicht aus. Allerdings wollen die sozialistischen Kinderfreunde, im Gegensatz zu uns Freiheitlichen, eine Schule ohne Noten und eine Schule ohne Beurteilung der Schülerleistung.

Der Kinderfreunde-Forderung vom 12. Oktober 1977 setzte der Herr Bundesminister einen Tag später die Meinung entgegen, daß die Schulnoten so lange zu bleiben hätten, bis etwas Besseres kommt. – Einen weiteren Tag darauf erneuerten die sozialistischen Kinderfreunde ihre Forderung nach Abschaffung der Noten.

Ich präzisiere den freiheitlichen Standpunkt: Wir treten für keine Abschaffung der Leistungsbeurteilung ein, sehr wohl aber für ein objektiver messendes Beurteilungssystem. Sie meinen, Herr Bundesminister, gerade aufgrund Ihrer jüngsten Aussage im Finanz- und Budgetausschuß, daß vorerst daran nicht Hand anzulegen sei, daß nichts zu geschehen brauche und daß die ziffernmäßige Leistungsbeurteilung so lang bleibt, bis etwas Besseres käme.

Ja wer ist jetzt für dieses Bessere zuständig? Sie, das Ministerium, oder wer anderer? Wenn Sie der Meinung sein sollten, was ich annehme, daß wer anderer für eine bessere Leistungsbeurteilung in den Schulen zuständig ist, dann sollten Sie sagen, wen Sie meinen.

Wir beklagen – ich unterstreiche das noch einmal – diese Lücke seit Jahren. Wir Freiheitlichen taten es im besonderen bei der Debatte über das Schulunterrichtsgesetz im Jahre 1974. Überrascht war ich, als ein Beamter Ihres Hauses heuer die Öffentlichkeit falsch informierte, wenn er sagte, in der Schulreformkommission sei darüber noch nie geredet worden. Dieser Beamte hat recht, wenn er sich auf die in den Einladungen ausgewiesenen Tagesordnungs-

Peter

punkte beruft. Nicht richtig ist es aber, daß in der Schulreformkommission darüber nicht geredet worden wäre; ich selbst habe in der Schulreformkommission darüber gesprochen. Herr Minister, setzen Sie also dieses Problem auf die Tagesordnung, damit dieser Beamte nicht neuerdings zu beklagen hat, es wäre das noch nie auf der Tagesordnung der Schulreformkommission gestanden. Jedenfalls haben wir Freiheitlichen seit Jahren – leider vergeblich – die Lösung dieses offenen Problems gefordert. Bei den jüngsten Beratungen im Finanz- und Budgetausschuß haben Sie uns ja unmißverständlich vor Augen geführt, Herr Bundesminister, daß Sie kein offenes Ohr für eine Verbesserung und Erneuerung der Leistungsbeurteilung in unseren Schulen haben.

Sie wissen so gut wie ich, daß seit Jahren Vorwürfe gegen das derzeitige Beurteilungssystem im Raum stehen. Namhafte Vertreter der wissenschaftlichen Pädagogik vertreten die Ansicht, daß das derzeitige Leistungsbeurteilungssystem unzuverlässig sei. Wogegen ich mich wehre, ist der Vorwurf verschiedener wissenschaftlicher Pädagogen, daß der Gesetzgeber bei der Lösung dieses Problems versagt hätte. Ich mache noch einmal, zum x-tenmal, darauf aufmerksam, daß wir freiheitlichen Abgeordneten in der Gesetzgebung seit Jahren auf die Lösung dieses Problems gedrungen haben, daß aber das Bundesministerium für Unterricht und nicht der Gesetzgeber bei der Lösung dieser offenen Frage säumig ist. Wenn nun verschiedene wissenschaftliche Pädagogen von einem Versagen in dieser Frage sprechen, dann kann es sich hier nicht um ein Versagen des Gesetzgebers, sondern es muß sich wohl um ein Versagen des Bundesministeriums für Unterricht handeln.

Meine Frage lautet daher, Herr Minister: Bleiben Sie bei Ihrem Grundsatz, das jetzige ziffernmäßige Beurteilungssystem, das jetzige fächerisolierte Beurteilungssystem soll weiterbestehen, wenn nichts Besseres kommt, oder können wir zumindest darüber reden, was geschehen sollte und was geschehen müßte, damit wir zu einem besseren Leistungsbeurteilungssystem in den Schulen kommen?

Dem derzeitigen Leistungsbeurteilungssystem wird unter anderem Unzuverlässigkeit vorgeworfen. Einer der wissenschaftlichen Pädagogen erhob sogar den Vorwurf, daß es sich hier um ein „Lotteriespiel“ handeln würde, und mehrere wissenschaftliche Pädagogen sprachen, wie schon unterstrichen, vom Versagen des Gesetzgebers.

Hinsichtlich der Unzuverlässigkeit meinte einer der wissenschaftlichen Pädagogen: Wir Wissenschaftler und empirischen Pädagogen

haben nachweisen können, daß die Benotungen, welche Lehrer erteilen, höchst unzuverlässig und wenig objektiv sind.

Dazu gibt es die von mir schon zitierte Meinung eines wissenschaftlichen Pädagogen, der sagt:

Die Leidtragenden dieses Notensystems sind eigentlich die Lehrer, die Lehrer, die von allen im Stich gelassen werden. Die Lehrer werden vom Gesetzgeber verpflichtet, Noten zu erteilen, die von unerhörter Bedeutung für die beurteilten Schüler sind, sie erhalten aber vom Gesetzgeber keinesfalls jenes Maß zur Verfügung gestellt, das es dem Lehrer ermöglichte, die Noten mit hinreichender Objektivität zu erteilen.

Was tut also das Bundesministerium für Unterricht, um die Lehrer in die Lage zu versetzen, künftig Noten auf der Grundlage ausreichender Objektivität zu erteilen?

Ich bin dagegen, daß man so zur Tagesordnung übergeht, Herr Bundesminister, wie Sie es beim Kapitel Unterricht und Kunst im Finanz- und Budgetausschuß vor 14 Tagen getan haben. Denn diese Frage brennt den Betroffenen unter den Nägeln. Daß in anderen Ländern rund um uns in diesem Zusammenhang bereits vieles geschah, ist eine Realität. Man könnte ja auf Erfahrungswerte zurückgreifen, die in anderen Ländern jahrelang erarbeitet worden sind, und könnte prüfen, inwieweit solche Erfahrungswerte zu einer positiven Nutzenanwendung in Österreich führen könnten. – Ich möchte meine Zeit nicht überschreiten und erspare es mir daher, die Beurteilungssysteme der einzelnen europäischen und außereuropäischen Länder aufzuzeigen.

Nun zur Gesamtschule: Auch diese wurde von Ihnen, Herr Bundesminister, und von der Sozialistischen Partei in diesem Jahr besonders strapaziert.

Ich habe als Kritiker der Schulreform 1962 immer respektiert, daß diese Schulgesetzgebung ein in Österreich seit Jahrzehnten anstehendes und offenes Problem gelöst hat: daß die Schulgesetzgebung des Jahres 1962, so meinte ich, den Kulturkampf ein- für allemal beendet hat. Aber nach dem, was sich in den letzten Monaten an Diskussionen rund um die sozialistische Forderung nach Einführung der Integrierten Gesamtschule ergeben hat, erscheint mir die Frage berechtigt, ob ein Kulturkampf neuer Prägung nunmehr vom Zaun gebrochen werden soll.

Ich verstehe den Herrn Präsidenten des Stadtschulrates Wien nicht, wenn er am 23. August 1977 zum Thema „Integrierte Gesamtschule“ in der Sozialistischen Korrespondenz“

Peter

unter anderem erklärte: „Es gibt keinen pädagogischen und psychologischen Grund, Kinder im Alter von zehn Jahren in zwei getrennte Schularten zu schicken. Die Teilung“, so sagte Präsident Dr. Schnell, „der zehnjährigen Kinder in eine AHS-Gruppe und in eine Restgruppe ist unmenschlich und undemokratisch.“ – Ich nehme an, daß Ihre Ausführungen von der „Sozialistischen Korrespondenz“ richtig wiedergegeben worden sind.

Mich würde nur interessieren, ob der Herr Bundesminister für Unterricht diese Meinung des Herrn Präsidenten Schnell teilt, daß also unser heutiges differenziertes Schulsystem der Zehn- bis Vierzehnjährigen, das Sie, meine Herren von der Sozialistischen Partei, mit den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei 1962 beschlossen haben, „unmenschlich und undemokratisch“ in diesem Altersbereich ist. *(Zustimmung bei der FPÖ.)*

Dazu sind, Herr Bundesminister, allmählich Meinungsäußerungen fällig! Man kann ja nicht auf der einen Seite sagen: Das Vorhandene ist ein ausgezeichnetes Schulwesen, während einer der maßgeblichsten Schulpolitiker der Sozialistischen Partei Zug um Zug erklärt, hier handle es sich um ein unmenschliches und undemokratisches Schulsystem.

„Jahr der Verwirrung“! Das ist alles, Herr Bundesminister für Unterricht und Kunst, was Ihnen im Jahr 1977 gelungen ist! Aber eine Lösung der anstehenden pädagogischen und schulorganisatorischen Probleme, eine Lösung der offenen bildungspolitischen Fragen ist im Jahre 1977 zu meinem allergrößten Bedauern nicht erreicht worden.

Was ist mit der Reform der Hauptschule, die sie unter anderem am Anfang dieses Jahres angekündigt haben? Wann wird dieser so wichtige Schultyp, von dem wir Freiheitlichen meinen, daß er erhalten werden soll, reformiert? Oder lassen wir diesen Schultyp schon beiseite, weil er ja ohnehin in der Integrierten Gesamtschule aufgehen soll? Ist also die Integrierte Gesamtschule ein so brennendes Problem, daß sie früher ins Haus steht, als durch Ihren Herrn Dr. Pusch interpretiert wurde, der Ansätze in Richtung der achtziger Jahre voraussagte? Dr. Pusch meinte, die im Jahre 1977 von der Sozialistischen Partei in die Wege geleitete Diskussion sei nur die Ouvertüre, weil man rechtzeitig darüber reden müsse, damit die Gesamtschule in den achtziger Jahren realisiert werden könne.

Dazu werden Sie aber die Zweidrittelmehrheit und damit die Zustimmung der Österreichischen Volkspartei brauchen. Es wird sich zum gegebenen Zeitpunkt erweisen, ob die Österrei-

chische Volkspartei die sozialistischen Intentionen hinsichtlich der Integrierten Gesamtschule übernimmt.

Sie wissen, Herr Bundesminister, daß die Schulversuche durch die wissenschaftliche Pädagogik in diesen Tagen stark ins Zwielicht gerückt worden sind. Ich bedaure das außerordentlich, weil gerade die wissenschaftlichen Pädagogen an der Wiege der Schulreformkommission den Schulversuchen sehr stark das Wort redeten.

Sie waren so freundlich, uns über den „Informationsdienst für Bildung und Forschung“ darüber zu informieren, welche Kosten die Schulversuche nunmehr gefordert haben. Für das Schuljahr 1975/76 waren 211 Millionen Schilling zur Durchführung der Schulversuche notwendig. Hier darf man die Frage anfügen: Was wurde bis jetzt mit diesem materiellen Aufwand in pädagogischer Hinsicht erreicht, und wie wird in absehbarer Zeit in gesetzgebungsmäßiger Hinsicht ein konkreter Nieder-schlag herbeigeführt werden können?

Was weitere pädagogische Erfordernisse kosten würden, ist uns in diesem „ibf“ auch mitgeteilt worden. Die Einführung der Vorschulklasse würde einen Betrag von 270 Millionen bis 340 Millionen Schilling erforderlich machen, die fremdsprachliche Vorschulung einen weiteren Betrag von 72 Millionen Schilling, und schließlich würde die Einführung der Integrierten Gesamtschule weitere 260 Millionen Schilling verschlingen.

Ich wiederhole einmal mehr meine schon so oft gestellte Frage: Wie lange noch wird der Steuerzahler in der Lage sein, das derzeitige Bildungswesen so zu finanzieren, daß dieses Bildungswesen den Ausdruck „seriös“ verdient? Denn mit dem quantitativen Bildungsangebot allein, Herr Bundesminister, ist es nicht getan!

Das qualitative Bildungsangebot ist heute beinahe von jedem Redner, der bisher am Wort war, wenn schon nicht in Zweifel gezogen, so doch mit ernsthaften Anmerkungen versehen worden. Dieser Frage kann nicht einmal die sozialistische Mehrheitsfraktion ausweichen.

Ich gehe nicht so weit, daß ich so formuliere, wie ein namhafter wissenschaftlicher Pädagoge in Österreich, der sagte: Die Schulversuche kosten viel und bringen nichts! Das ist meines Erachtens überzeichnet. Sie haben sicher positive Erträge erbracht. Darüber aber, ob sie so positiv sind, daß sie den eingesetzten Geldaufwand rechtfertigen, wird man sich zum gegebenen Zeitpunkt noch unterhalten müssen.

Eine Frage steht für alle Bildungsbereiche sehr ernsthaft im Raum, eine Frage, auf die wir

Peter

alle miteinander keine befriedigende Antwort geben können: Wir wissen, daß die Zahl der Hörer an unseren Hochschulen und Universitäten 100 000 überschritten hat. Darauf ist die Regierungspartei sehr stolz. Es ist erfreulich, daß ein so breiter Zugang zu den Hochschulen und Universitäten geschaffen wurde. Ein ungelöstes Problem ist es jedoch, daß wir heute bereits weitaus mehr Allgemeinmaturanten, zum Teil auch schon mehr Maturanten von berufsbildenden höheren Schulen haben, als Staat, Wirtschaft und Gesellschaft unterbringen können. Ist dieser Einsatz von Volksvermögen in jenem Umfang, wie er derzeit gesetzlich statuiert ist, weiterhin gesichert aufrechtzuerhalten, wenn schon jetzt, bevor diese gesamte Bandbreite noch zur vollen Entfaltung gekommen ist, Vollakademiker, darunter auch Volljuristen, froh sind, im Bereich der öffentlichen Verwaltung B-Positionen übernehmen zu können, und uns nunmehr Nachrichten erreichen, daß Vollakademiker auch nach C-Positionen im öffentlichen Dienst greifen?

Hier muß man eine Frage zur Diskussion stellen, auf die die Sozialistische Partei eine andere Antwort gibt als die Freiheitliche Partei, nämlich die Frage, ob aus einer höheren Bildung, ob aus einem akademischen Grad zumindest das moralische Recht auf einen gleichwertigen Beruf erwächst. Ich bejahe diese Frage. Ich bin der Meinung, daß ein junger Akademiker und ein Maturant das moralische Anrecht haben, daß ihnen die Gesellschaft einen gleichwertigen Beruf zur Verfügung stellt.

Anders scheint die Auffassung im Lager der Sozialistischen Partei zu sein. Der Herr Bundesminister für Unterricht formulierte es so: Mit einem Zeugnis ist kein Rechtsanspruch auf einen bestimmten Schreibtisch verbunden, das Studium ist kein Freibrief auf eine bestimmte Karriere. – Stimmt. Auf einen bestimmten Schreibtisch soll kein Anrecht verbunden sein, und ein Studium soll kein Freibrief für eine Karriere sein. Aber glauben Sie, daß diese Akademiker zufrieden sein werden, Herr Bundesminister, wenn sie auf B- und C-Positionen ihr Berufsleben gestalten müssen, anstatt die Hoffnungen erfüllt zu sehen, die eine sozialistische Werbung, eine sozialistische Öffentlichkeitsarbeit und eine sozialistische Propaganda zumindest seit jener Zeit geweckt haben, als diese Partei die Regierung im Jahre 1970 übernommen hat?

Hier offenbart sich die Bruchlinie der sozialistischen Gedankenführung. Denn Zehntausende an die Hochschulen und an die Universitäten heranzuführen, um dann gewärtigen zu müssen, daß Tausende keinen akademischen Beruf ausüben können, zu welchen Konsequenzen

das führen könnte, Herr Bundesminister, ist uns doch in Schweden schon vor Augen geführt worden. Gerade den schwedischen Weg wollen wir Freiheitlichen in der Bildungspolitik nicht gehen. Daß die österreichischen Sozialisten vom Weg der schwedischen Sozialisten im Bereich der Bildungspolitik nichts gelernt haben, bekümmert mich außerordentlich.

Nun darf ich die Frage aufwerfen, wie es mit den Schülerrechten im besonderen auf Grund der derzeit gültigen Grundlagen des Schulunterrichtsgesetzes steht. Reichen nach Ansicht der beiden anderen Fraktionen die Schülerrechte aus oder bedürfen die Schülerrechte einer weiteren Ergänzung?

Meiner Meinung nach kann man an dieses Problem nur vom Verfassungsgrundsatz herangehen, daß wir Bürger gleiche Rechte, aber auch gleiche Pflichten haben. Überall, wo die Forderung nach mehr Schülerrechten im Raum steht, ist zugleich auch die Ergänzung in Richtung jener Pflichten vorzunehmen, die Schüler nach meiner Überzeugung ebenso zu erfüllen haben.

Ruft man sich die Debatte über das Schulunterrichtsgesetz 1974 in Erinnerung, dann kann man zumindest auf Grund der damaligen Äußerungen der ÖVP-Sprecher der Meinung sein, die Schülervertretungsrechte reichen auf Grund dieses Schulunterrichtsgesetzes 1974 aus.

Dazu führte der Herr Abgeordnete Gruber am 6. Februar 1974 aus: „Daß auch die Rechte der Schüler in dem Gesetz verankert sind, halte ich für richtig. Warum sollten nicht auch die Rechte der Schüler sehr deutlich hier formuliert werden.“ – Das ist geschehen. Das war die positive Einstellung des Herrn Abgeordneten Gruber zu diesem Problem.

Noch präziser und für mich noch befriedigender führte am gleichen Tag dazu der damalige ÖVP-Abgeordnete Harwalik aus: „Der Piffel-Entwurf sah selbstverständlich einen Katalog der Schülerpflichten vor. Im Gratz-Entwurf waren nur mehr die Pflichten der Lehrer angeführt.“

Hinsichtlich der Schülerpflichten ist in dem beschlossenen Schulunterrichtsgesetz eine starke Abschwächung zu dem vorhanden, was seinerzeit im Piffel-Entwurf vorgeschlagen war.

Weiter sagte Harwalik: „Ich bin überzeugt, daß diese Form einer institutionalisierten Schülermitverwaltung bei Eltern, Lehrern und Schülern jene Zustimmung findet, die unseren erzieherischen Grundvorstellungen entgegenkommt.“

Nun meine ich, daß im Schulunterrichtsgesetz 1974 Schülerrechte genug und ausreichend statuiert worden sind. Ich möchte daher jetzt den

Peter

Abgeordneten Dr. Gruber, der nach mir zu Wort kommt, fragen, ob er seine, von diesem Platz aus im Jahr 1974 geäußerte Meinung geändert hat, ob er heute unter dem Eindruck steht, es gäbe zu wenig Schülerrechte. Denn zu diesem Schluß darf man kommen, wenn man an jenen Initiativantrag denkt, den der Herr Abgeordnete Dr. Gruber am 30. November des vorigen Jahres über ein Schülervertretungsgesetz eingebracht hat.

In diesem Gruber-Antrag lese ich von sehr vielen Rechten. Der Gleichheitsgrundsatz hinsichtlich der Pflichten scheint mir hier nicht ausreichend berücksichtigt zu sein. Wir Freiheitlichen glauben, daß die Schülerrechte im Schulunterrichtsgesetz 1974 so ausreichend postuliert sind, daß sie keiner weiteren Ergänzung bedürfen. Warum aber die ÖVP nunmehr zu einer anderen Schlußfolgerung gekommen ist, interessiert mich deswegen außerordentlich, weil sie ja bei diesen in dem zitierten Abänderungsantrag enthaltenen Vorstellungen weit über jene Zielsetzungen hinausgeht, die bis jetzt die Sozialistische Partei zum Thema Schülerrechte vertreten hat.

Mein letztes Thema zur Schule und Bildung ist die „Kulturservicestelle“, die nunmehr eingerichtet wurde. Wenn man im Bereich der Schule mit Servicestellen argumentiert und operiert, wird es problematisch. Wenn man jetzt aber auch schon an die Schule und für die Schule mit einer „Kulturservicestelle“ Kultur vermitteln muß, dann scheint es um die anderen Kulturträger in unserer Republik, die es in reichem Maße gibt, sehr schlecht bestellt zu sein.

Schon wieder eine staatliche Servicestelle für Kultur. Schon wieder ein neues Büro. Schon wieder ein neuer Vorstand. Schon wieder ein neuer Beirat. Schon wieder eine neue Budgetbelastung im Ausmaß von 6,5 Millionen Schilling im nächsten Jahr!

Letzten Endes, Herr Bundesminister, ist diese „Kulturservicestelle“ nichts anderes als eine Kulturvermittlung für Kulturvermittler. Oder sind die heute in den Schulen tätigen Verantwortlichen nicht in der Lage, der Jugend aller Schulkategorien die Kultur nahezubringen, sodaß es dazu einer staatlichen Kulturvermittlungsstelle bedarf?

„Jahr der Verwirrung“ steht über der Bildungspolitik des Jahres 1977. Alles ist komplizierter, alles ist unübersichtlicher, alles ist unüberschaubarer geworden. Lösungsmöglichkeiten gibt es im Bereich der Bildung und der Schule im Jahr 1977 keine. Daher gehen wir Freiheitlichen mit größter Skepsis an das Jahr 1978 heran.

Ich möchte nun mit wenigen Worten auf die Situation der Bundestheater eingehen. Kaum etwas ist im Budgetvoranschlag so unübersichtlich wie der Bereich der Bundestheater. Sie finden dort keine Untergliederungen, Sie finden dort keine Unterteilungen vor. Sie können nur etwas sehr Interessantes tun: Sie können die Bundestheaterberichte, die bis zum Jahre 1976 reichen, mit den jeweiligen Budgetansätzen vergleichen. Dann kommt man zu sehr interessanten, wenn auch sehr problematischen Schlüssen.

Ich war einer von jenen, die seinerzeit, als vom Minister Gratz der Bundestheaterverband kreiert wurde, daran glaubten, daß man mit Hilfe des Bundestheaterverbandes die österreichischen Bundestheater auf ihrer künstlerischen Höhe halten und sie in finanzieller Hinsicht rationalisieren könne. Ich habe mir das Managerprinzip damals einreden lassen, dessen Aufgabe darin bestehen sollte, die einzelnen Theaterleiter in ihrer künstlerischen Entfaltung nicht einzuengen, aber dafür zu sorgen, daß das vom Staat zur Verfügung gestellte Geld sich in Grenzen hält. Daher hat mich heute die Frage des Verwaltungsaufwandes interessiert: Wie hoch war er früher, als die Bundestheater von einer Sektion des Unterrichtsministeriums geführt wurden, und wie hoch ist er heute? Ich verwende bei meinen Reden sehr wenig Ziffern, aber einige möchte ich in diesem Zusammenhang doch zur Kenntnis bringen.

1970 – das letzte Jahr, da die österreichischen Bundestheater von einer Sektion des Unterrichtsministeriums geführt worden sind – betrug der Verwaltungsaufwand 9,95 Millionen Schilling. Inzwischen sind die Werkstätten und die Bühnenmusik dazugekommen. Im Jahre 1975 machte der Verwaltungsaufwand des Bundestheaterverbandes 130,69 Millionen Schilling aus. Von rund 10 Millionen auf 130 Millionen ist der Verwaltungsaufwand des Bundestheaterverbandes in fünf Jahren gestiegen. Ich gebe zu, da sind die zwei erwähnten Verzerrungen enthalten. Die Verzerrungen können aber gar nicht so groß sein, daß ein einigermaßen befriedigendes Vergleichsergebnis herauskommt.

Aber wenn vielleicht manches für Ihre Auffassung, Herr Bundesminister, sprechen sollte, dann vergleichen wir doch einmal die Einspielergebnisse mit dem Verwaltungsaufwand: 1971, im ersten Jahr nach Anlaufen des Bundestheaterverbandes, betrug der Verwaltungsaufwand 15,75 Millionen Schilling. Damals wurden 121 Millionen im Vergleich zu diesen 15 Millionen eingespielt. Im Jahre 1975 machte der Verwaltungsaufwand des Bundestheaterverbandes 130 Millionen Schilling aus, und eingespielt wurden 171 Millionen. Von den

7306

Nationalrat XIV. GP – 76. Sitzung – 7. Dezember 1977

Peter

eingespielten 171 Millionen Schilling aller Bundestheater hat im Jahre 1975 der Verwaltungsaufwand des Bundestheaterverbandes sage und schreibe 130 Millionen Schilling aufgefressen.

Damit, Herr Bundesminister, kommen wir doch zu folgender Frage: In der letzten Gesetzgebungsperiode gab es einen Entwurf für ein Bundestheatergesetz; wegen Auslaufens der Gesetzgebungsperiode ist er gegenstandslos geworden. Zwei Jahre dieser Legislaturperiode sind vorüber. Wir stehen in der Mitte der Gesetzgebungsperiode. Werden Sie wieder erst im letzten Jahr dieser Gesetzgebungsperiode mit einem Bundestheatergesetzentwurf ins Parlament kommen, der dann wieder nicht verabschiedet werden kann, oder werden Sie sich entschließen, Lösungsvorschläge in Form eines Gesetzentwurfes dem Nationalrat rechtzeitig zu überantworten?

Das, was man jüngst als Reformpfusch für die Bundestheater der Öffentlichkeit vorgelegt hat, nämlich eine Zusammenlegung der Staatsoper und der Volksoper, war, gelinde gesagt, eine Zumutung. Wenn den Verantwortlichen nicht mehr einfällt, als auf Grund dieses Vorschlages geäußert wurde, dann soll man sich zum Thema „Reform der Bundestheater“ besser nicht äußern. Aber das war ja ein Theaterdirektor, der diese Meinung äußerte. Wie aber, Herr Bundesminister, sehen Ihr Reformkonzept und Ihr Einsparungskonzept für die Bundestheater aus? Weder das eine noch das andere ist für das Budgetjahr 1978 erkennbar.

Ich fasse zusammen:

In der Bildungspolitik: Verwirrung, Verunsicherung, Unruhe, Unübersichtlichkeit.

In der Kunstpolitik: kein Filmförderungsgesetz. Wenn man in eine Debatte über die Frage eintritt, warum ist dieser oder jener nicht förderungswürdige Film gefördert worden, dann beruft sich der Herr Bundesminister auf eine Jury und sagt: Weil die Jury mir das empfohlen hat, darum habe ich diese Subvention genehmigt! Ich strapaziere die beiden Filme, über die wir in den letzten Tagen schon gesprochen haben, nicht. Jeder weiß, was gemeint ist. Der eine Film wurde mit 1,1 Millionen Schilling, und der andere Film wurde mit 1 060 000 S vom Unterrichtsministerium subventioniert. Das Filmförderungsgesetz wird seit dem Jahr 1971 verschleppt. Ich fordere daher die sozialistische Mehrheit auf, die fehlenden Förderungsgrundlagen für den Film dadurch zu klären, daß im Jahre 1978 ein Filmförderungsgesetz beschlossen wird.

Im Bereich der Bundestheater: Reformpfusch

statt Rechtsgrundlagen, kein Bundestheatergesetz.

So schaut die bildungspolitische Landschaft, so schaut die Kunstlandschaft und so schaut die Landschaft der österreichischen Bundestheater derzeit aus. Alles das sind Gründe dafür, deretwegen wir Freiheitlichen das Kapitel Unterricht und Kunst ablehnen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Schnell. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Schnell** (SPÖ): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Beim Kapitel Unterricht und Kunst wiederholt sich dasselbe wie bei allen übrigen Budgetkapiteln: die Oppositionsparteien lehnen das Budget ab. Die Begründung dafür geht in die Richtung, es stünden zu wenig Mittel zur Verfügung, die vorhandenen Mittel seien falsch eingesetzt, die Politik in diesem Abschnitt sei falsch. Herr Abgeordneter Peter hat jetzt hinzugefügt, es bestehe Verwirrung und Unruhe. *(Abg. Dr. Gruber: Meine Argumente kennen Sie aber noch nicht!)* Herr Abgeordneter Gruber, wenn ich Ihre Argumente im Detail auch noch nicht kenne, nehme ich an, sie werden nicht weit von denen liegen, die ich jetzt angeführt habe, beziehungsweise werden sie sich unter diese Kategorien einordnen lassen. *(Abg. Dr. Koren: Also Sie kennen sie doch schon!)* Es ist kein Wunder, wenn ich sie kenne, weil wir ja in einem dauernden Gespräch miteinander die Fragen diskutieren und die heutige Budgetdebatte nicht ein einmaliger Anlaß ist, über Fragen der Bildungspolitik in Österreich zu sprechen.

Ich habe daher die Aufgabe – und ich verfolge sie mit Engagement, weil ich überzeugt bin, daß die derzeitige Bildungspolitik richtig ist –, diese Bildungspolitik darzustellen. Ich gehe dabei nicht davon aus, wie der Herr Abgeordnete Busek meinte, für uns habe die Welt 1970 begonnen, als eine sozialistische Regierung die Verantwortung übernahm, sondern in Erkenntnis der Tatsache, daß die österreichische Bildungspolitik ein Kontinuum darstellt, wobei allerdings auch wir das Recht haben müssen darauf hinzuweisen, daß im Jahre 1969 eine schwierige bildungspolitische Situation entstand und daß aus dieser schwierigen bildungspolitischen Situation der damalige Unterrichtsminister auch die Konsequenzen zog.

Es war einmal so, daß ein drückender Raum- und Lehrermangel die österreichische Bildungssituation belastete, daß die gewaltige Bildungsexplosion, die in den Budgetdebatten 1968, 1969, 1970, 1971, 1972 von allen Rednern angesprochen wurde, nicht bewältigt wurde.

Dr. Schnell

Es kam uns darauf an, als Zielvorstellung doch auch den Grundsatz der Chancengleichheit in einem stärkeren Ausmaß zu verwirklichen, und zwar sowohl in den materiellen Voraussetzungen, die dann später eingerichtet wurden mit der Schülerfreifahrt, mit der Schulbuchaktion, mit der Schülerbeihilfe, vor allem aber auch in den Schulversuchen zur Strukturveränderung unseres Schulwesens, wie im besonderen auch in der Frage des inneren Schulbetriebes und der Lehrplangestaltung.

Das Schulgesetz 1962 hat in der österreichischen Bildungsgeschichte eine erste Einigung über eine Reihe von kontroversiellen Auffassungen über das österreichische Bildungswesen gebracht, und zweifellos hat die Sozialistische Partei gemeinsam mit der Österreichischen Volkspartei eine Reihe von grundlegenden Verbesserungen der österreichischen Schule erzielt.

Nun aber ging es darum, diese Verbesserungen zunächst einmal materiell abzusichern. Da gibt es eine Reihe von Verbesserungen seit 1970, die so gravierend sind, daß niemand daran vorbeigehen kann; ich bin davon überzeugt, daß eine spätere Geschichte des österreichischen Bildungswesens diese Entwicklung auch richtig darstellen wird.

In erster Linie war es notwendig, dem enormen Andrang von Schülern zu den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen Rechnung zu tragen, denn allein in dem Jahrzehnt von der Mitte der sechziger Jahre auf die Mitte der siebziger Jahre trat eine Verdoppelung, ja mehr noch als eine Verdoppelung der Schülerzahlen in den allgemeinbildenden und in den berufsbildenden Schulen ein.

Wenn in dieser Zeit von 1970 bis 1977 145 große Schulbauprojekte mit 64 000 Plätzen fertiggestellt wurden und wenn 77 Projekte mit einem Gesamtfinanzvolumen von mehr als 10 Milliarden Schilling im Bau beziehungsweise vor der Fertigstellung sind, dann können wir doch, glaube ich, gemeinsam stolz sein auf diese Entwicklung, die in diesen Jahren Platz gegriffen hat und von der ich persönlich überzeugt bin, daß sie die Bildungspolitik auch um die Jahrtausendwende noch sehr günstig beeinflussen wird, denn damit erhält ja das österreichische Bildungswesen eine Infrastruktur für die nächsten Jahrzehnte bis in die Mitte des nächsten Jahrhunderts. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Im besonderen möchte ich mir gestatten, auf die Neubauten der Pädagogischen Akademien hinzuweisen und heute einmal dieses Problem herauszugreifen, weil an diesem Problem sehr deutlich aufgezeigt werden kann, daß doch beträchtliche Anstrengungen unternommen

werden mußten und die mitunter sehr pessimistische Einstellung, die eine Reihe jener hatte, die beim Schulgesetzwerk 1962 beteiligt waren, sich im Grunde genommen als nicht zutreffend erwiesen hat.

So kann ich mich noch sehr gut daran erinnern, daß Politiker wie Beamte sowohl der Österreichischen Volkspartei als auch der Sozialistischen Partei im Jahre 1962 nicht daran glaubten, daß es uns in kurzer Zeit gelingen werde, die neuen Pädagogischen Akademien zu errichten, und zwar mit jener technischen Ausgestaltung und Einrichtung, wie es ein modernes Schulwesen verlangt.

Man muß dabei bedenken, daß im Jahre 1962 das Schulorganisationsgesetz beschlossen, 1966 mit dem Schulversuch der Pädagogischen Akademie begonnen wurde –, erst 1968 der Beginn der Pädagogischen Akademien erfolgte und wir heute, neun Jahre später, feststellen können, daß von den acht Pädagogischen Akademien des Bundes sechs bereits fertiggestellt und in Neubauten untergebracht sind. Es sind dies, wie Sie alle wissen, mitunter sehr große Projekte, wobei auch Bildungsanstalten oder Oberstufenrealgymnasien mit diesen Projekten verbunden sind. Nur ein Projekt befindet sich im Bau und ein Projekt in Planung. Dabei möchte ich gar nicht auf die Schwierigkeiten in den Ländern eingehen – es handelt sich dabei um die Linzer Pädagogische Akademie und um die Grazer Pädagogische Akademie –, die schon im Jahr 1962 in den Voraussetzungen, in den Grund- und Planungsfragen gelegen waren und die, wie man damals schon gesehen hat, eine lange Nachwirkung bis zum heutigen Tag haben.

Ich möchte zweitens darauf hinweisen, daß, global gesprochen, der drückende Lehrermangel in einer außerordentlich kurzen Zeit überwunden werden konnte. Ich verschweige andererseits nicht, daß wir heute die Sorge haben, nicht alle Lehrer unterbringen, vor allem nicht dort unterbringen zu können, wohin sie sich um eine Stelle bewerben.

Aber wenn wir uns noch einmal die Situation der Jahre 1969, 1971 vor Augen halten, so müssen wir festhalten, daß Klassen mit 50 Schülern keine Seltenheit waren, daß es sogenannte „lehrerlose Klassen“ gab, daß drei bis vier Lehrer in einer Volksschule gemeinsam den Unterricht mit je einigen Stunden erteilten, weil kein Klassenlehrer zur Verfügung stand. Es gab in einer Reihe von Schulen einen großen Ausfall von Stunden. Bis heute konnte jedoch eine Aufstockung sowohl bei den Landeslehrern wie auch bei den Bundeslehrern erfolgen, und es stehen mehr als 87 000 Lehrer im Dienst.

Dr. Schnell

Ich habe mir die Arbeit gemacht und sowohl die Jahre der Ersten Republik wie auch die der Zweiten Republik in den Statistiken durchgesehen. Wir hatten in diesen Jahren niemals mehr als 55 000 Lehrer. Wenn man diese Höchstzahlen von 55 000 mit den 87 000 Lehrern in Relation setzte, die jetzt ihren Dienst verrichten, sieht man, daß hier eine gewaltige materielle, budgetäre Anstrengung, aber doch auch eine gewaltige Anstrengung im Hinblick darauf erfolgt ist, daß es uns gelungen ist, diese Lehrer heranzubilden.

Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, als wir im Rahmen einer Delegation, die die Pädagogischen Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland und im besonderen in Baden-Württemberg besuchte, die Sorge hatten, daß wir nicht genügend viele Maturanten finden könnten, weil sie in der Relation zum Lehrerberuf nicht vorhanden waren, und welche Überlegungen wir anstellten, um doch in einer verhältnismäßig kurzen Zeit diesen unerhört drückenden Lehrermangel überwinden zu können. Das ist doch in dieser Zeit gelungen.

Ich möchte drittens darauf hinweisen, daß wir in diesen Jahren die Klassenschülerzahlen beträchtlich herabgesetzt haben. Im Hinblick auf die Klassenschülerzahl hat sich in der Diskussion inzwischen die Überzeugung durchgesetzt, daß kleinere Klassen dem Lehrer mehr Möglichkeit einer individuellen Betreuung liefern und daß die kleine Klasse die Voraussetzung dafür ist, modernen Unterricht zu geben. Den modernen Unterricht kann nur der Lehrer geben, aber die „kleine Klasse“ muß der Staat dem Lehrer zur Verfügung stellen.

Die Herabsetzung der Klassenschülerzahlen beträgt für die Jahre 1970 bis 1977 in der Volksschule mehr als 20 Prozent, nämlich von 32 auf 26, in der Hauptschule von 31 auf 27 und selbst in der allgemeinbildenden höheren Schule mehr als 10 Prozent: von 33 auf 30. Das sind die effektiven Klassenschülerzahlen.

Natürlich sind wir außerordentlich daran interessiert, Herr Abgeordneter Peter – Sie haben ja dieses Problem heute angesprochen –, auch eine Regulierung der Klassenschülerhöchstzahl zu finden. Sie wissen aber ganz genau, daß die Festlegung der Klassenschülerhöchstzahl wegen der regionalen Verschiedenheiten und wegen der verschiedenen räumlichen Voraussetzungen außerordentlich schwierig ist.

Die Forderung, die jetzt vorgebracht wird, die Klassenschülerzahlen herabzusetzen, ist durch die bildungspolitische Entwicklung der letzten Jahre im Grunde erfüllt. Diese bildungspolitische Entwicklung, die wir im Pflichtschulbe-

reich haben, wird – das ist für mich überhaupt keine Frage – in den nächsten Jahren auch in den Bereich der allgemeinbildenden höheren Schule und in den Bereich der berufsbildenden Schule übertragen werden, sodaß wir auch dort die Klassenschülerzahlen herabsetzen.

Ich möchte dann auch noch darauf hinweisen, daß wir doch nicht übersehen sollten – damit komme ich zu einem sehr wesentlichen gesellschaftspolitischen Anliegen unserer Bildungspolitik –, daß sich ohne Maßnahmen, ich meine dabei ohne Zwangsmaßnahmen, ohne Maßnahmen der Regierung oder des Gesetzgebers, die Typenproportion an unserem Schulwesen sehr beträchtlich verändert hat, das heißt, daß von Seite der gesellschaftlichen Entwicklung, von den Eltern und auch von den Schülern durch die Notwendigkeit gefühlt wurde, den Kindern eine bessere Vorbildung mitzugeben. Im Schuljahr 1965/66, vor zwölf Jahren, war es noch so, daß 55 Prozent, also etwas mehr als die Hälfte aller Zehn- bis Vierzehnjährigen in Österreich die Hauptschule und mehr als ein Viertel dieser Altersgruppe die Volksschuloberstufe besuchten, während heute, zwölf Jahre später, über 70 Prozent – weit über 70 Prozent – unserer Zehn- bis Vierzehnjährigen die Hauptschule besuchen, aber weniger als ein Prozent die Volksschuloberstufe. Das ist ein Rückgang um 27 Prozent auf weniger als ein Prozent. Bei den Schülern, die die allgemeinbildenden höheren Schulen besuchen, ist ein Anstieg von 15 auf 20 Prozent zu verzeichnen.

Zusammenfassend möchte ich dazu sagen: Es ist eine enorme Verschiebung im Bildungsangebot festzustellen, das der Staat den Schülern zur Verfügung stellt, eine Verbesserung des Bildungsangebotes. Dabei müssen wir uns natürlich im klaren sein, daß damit die Begabung, der Leistungswille und die Ausschöpfung des Bildungsangebotes noch immer nicht voll wirksam werden und wir mit einer Reihe von Verhaltensformen, die da und dort auftreten, nicht voll einverstanden sind.

Ich möchte zum Schluß doch auch darauf hinweisen, daß damit selbstverständlich eine gewaltige Ausdehnung des Budgetrahmens verbunden war. Wenn dieses Unterrichtsbudget von 7,8 Milliarden Schilling auf nunmehr über 23 Milliarden Schilling angewachsen ist, dann ist das ein nomineller Zuwachs von 94 Prozent. Ich rechne genauso, wie Kollege Busek meinte, die Inflationsrate von etwas mehr als 60 Prozent ab, ich muß aber in Rechnung stellen, daß dazu noch die Schülerfreifahrten und die Schulbuchaktion kommt, sodaß in den Budgetausgaben für Bildung ein realer Zuwachs im Ausmaß von etwa 140 Prozent eingetreten ist.

Schaut man sich aber, sehr verehrte Damen

Dr. Schnell

und Herren, an, wie diese bildungspolitische Situation und diese bildungspolitische Entwicklung bewertet werden, dann sieht man auf der einen Seite das Herausstellen der Tatsachen und auf der anderen Seite eine völlig negative Darstellung und eine vollständige Verneinung dieser Bildungspolitik.

Der Herr Abgeordnete Taus hat in seiner Budgetrede gemeint, das Budget sei die in Zahlen gegossene Politik eines Landes. Wenn ich also die in Zahlen gemessene Bildungspolitik mit einem realen Zuwachs von 140 Prozent gegenüber 1970 darstelle, dann ist dies eine Bildungspolitik, die sich international sehen lassen kann und die beweist, daß für die österreichische Regierung, für diese sozialistische Regierung Bildung weiterhin Vorrang hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der Herr Abgeordnete Gruber hat im Ausschuß gemeint, daß wir mit diesen Darstellungen Schönfärberei betrieben, wenn wir nämlich diese Fakten darstellen und aufzeigen. Ich bin nicht dieser Auffassung, ich glaube vielmehr, daß wir uns gemeinsam zu den Fakten bekennen, sicherlich aber dort, wo qualitative Meinungsunterschiede bestehen, diese zum Ausdruck bringen sollten.

Herr Abgeordneter Peter hat heute zum Ausdruck gebracht, aber dies auch in der letzten Zeit mehrmals deutlich hervorgehoben, daß wir an der Grenze der Finanzierbarkeit angelangt sind. Ich glaube, daß er das Problem durchaus richtig sieht, daß eine Grenze der Finanzierbarkeit besteht und wir uns genau überlegen müssen, welche Leistungen wir mit der Finanzierung durchführen und bestreiten.

Selbst die Gewerkschaft der Lehrer an den allgemeinbildenden höheren Schulen, die dem Herrn Bundesminister für Unterricht und Kunst ja nicht immer sehr freundlich gegenübersteht, hat in einem Schreiben, das sie auch den Landesschulräten zur Verfügung gestellt hat, zum Ausdruck gebracht, daß die anerkannten Leistungen auf dem Gebiet der Schulentwicklung zu einer völligen Änderung - zu einer völligen Änderung! - der Situation auf dem räumlichen und personellen Sektor des Schulwesens geführt haben. Ich habe dem nichts hinzuzufügen. Ich bestätige, daß diese Darstellung stimmt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich nun ganz kurz mit zwei Fragen beschäftigen, die der Herr Abgeordnete Peter als die wichtigen Probleme, die gegenwärtig im Mittelpunkt der Diskussion stehen, herausgestellt hat. Es ist dies die Integrierte Gesamtschule und die Leistungsbeurteilung. Die Integrierte Gesamtschule stellt für mich zweifellos

jenen Teil der Zielsetzungen im Strukturreformprogramm dar, der am stärksten in den Vordergrund der Aufmerksamkeit tritt. Auf der anderen Seite ist die Frage der Leistungsbeurteilung als ein Teil der inneren Schulreform diskussionswürdig, und wir sollten diese Diskussion führen.

Zuerst zur Integrierten Gesamtschule: Ich habe den von Ihnen zitierten Ausspruch getan. Ich verwehre mich aber dagegen, Kollege Peter, daß dieser Ausspruch, die Einteilung der Schüler nach der vierten Volksschulklasse in eine Unterstufe der allgemeinbildenden höheren Schule und eine Hauptschule sei unmenschlich und undemokratisch, unkontrolliert auf das gesamte Schulwesen übertragen wird, denn die Volksschule, die Grundschule, hat damit überhaupt nichts zu tun. Sie wird sicherlich in der 4. Klasse damit tangiert. Die Oberstufe in den berufsbildenden Schulen hat nur unter den Folgewirkungen zu leiden.

Es ist ja auch kein Zweifel, daß das Unbehagen dort, wo es zum Ausdruck kommt, am stärksten die Mittelstufe betrifft, die Mittelstufe deshalb, weil auf der einen Seite die Zuteilung in den ersten oder in den zweiten Klassenzug nicht mehr den Begabungen der Schüler entspricht und nicht mehr in dem Ausmaß korrigiert wird und weil auf der anderen Seite in den allgemeinbildenden höheren Schulen genauso wie in den Hauptschulen sich Schüler befinden, die auf Grund ihrer Leistungsfähigkeit und ihres Leistungswillens - wie sich später herausstellt - doch die allgemeinbildende höhere Schule mit ihren Bildungsanforderungen besser nicht besuchen sollten. Die Hauptschule beendet noch immer eine Reihe von Schülern, die sehr wohl am Unterricht auch in einer allgemeinbildenden höheren Schule teilnehmen könnten.

Der von Ihnen zitierte Universitätsprofessor Weiss - Sie haben heute nicht den Namen genannt, aber ich weiß genau, daß Sie ihn meinen - hat ja einmal in dieser Frage sehr deutlich festgestellt, daß es für die Schule keinen Test und kein Instrument gibt, eine solche Teilung auf der Stufe der Zehnjährigen zuverlässig vorzunehmen. Wird dieses Instrument sehr streng gewählt, dann werden sehr viele Schüler in der Hauptschule zurückbleiben. Wird es aber so gewählt, daß viele Schüler übertreten können, dann werden sich in der allgemeinbildenden höheren Schule weiterhin Schüler befinden, die später in dieser Schule ihre Schullaufbahn nicht beenden können. Gerade der von Ihnen zitierte Professor Weiss hat sich ja auch sehr deutlich für eine gemeinsame Mittelstufe - wie immer diese nun

Dr. Schnell

differenziert ist oder wie wenig oder wie stark sie differenziert ist – ausgesprochen.

Ich glaube nicht, daß es einen Kulturkampf gibt. Ich möchte aber noch auf einen Irrtum in einer Angelegenheit hinweisen, die Sie vielleicht nicht so gemeint haben, die ich aber als Irrtum aufgefaßt habe. Sie haben nämlich gesagt, die Sozialistische Partei habe mit der Österreichischen Volkspartei das Schulgesetz 1962 beschlossen, und jetzt spräche ich von einer „unmenschlichen Schule“.

Ich muß dazu sagen: Im Jahre 1962 stand die Frage einer Allgemeinen Mittelschule – wie wir uns damals ausgedrückt haben – zur Diskussion. Wir sind mit diesen Anliegen, wie Sie genau wissen, nicht durchgekommen. Der von Ihnen so hoch geschätzte Otto Glöckel hat ja schon im Jahr 1927 das Ziel der Allgemeinen Mittelschule als das zentrale Anliegen einer Schulreform in Österreich gesehen. 1927 – es sind jetzt in diesen Tagen genau 50 Jahre her – ist dieses Projekt gescheitert, weil die Sozialdemokratische Partei sich damals und weil die Sozialistische Partei sich 1962 mit diesem Projekt wegen der erforderlichen Zweidrittelmehrheit im Parlament nicht durchsetzen konnte. Für uns ist das nicht eine Frage des Kulturkampfes, sondern eine Zielvorstellung, bei der wir nicht müde werden, sie dem österreichischen Volk als die bessere Alternative zu der gegenwärtigen Schulorganisation vorzustellen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ein paar Worte zu der Frage des veralteten Notensystems. Ich glaube, in dieser Frage sind sehr viele emotionale Haltungen vorhanden. Ich möchte nicht den wissenschaftlichen Pädagogen einen Vorwurf machen, vor allem nicht der Universitätspädagogik in diesem Rahmen. Ich habe dazu bei anderer Gelegenheit Stellung genommen, weil es im Grunde genommen nicht genügt, wenn die Universitätspädagogik Kritik an einem bestehenden Zustand übt, sie aber von den wissenschaftlichen Einsichten her keine Lösung für die Weiterentwicklung der Leistungsbeurteilung anbietet.

Nun weiß aber die wissenschaftliche Pädagogik genauso wie wir, daß diese Weiterentwicklung sehr schwer ist, weil es eine objektive Leistungsbeurteilung nur dort gibt, wo ein standardisierter Leistungstest diese Beurteilung bietet. Nun wissen wir aber von den Ländern, die standardisierte Leistungstests in der Schule verwenden, sehr wohl, daß die Schule dort nicht humaner wird, sondern daß im Gegenteil der standardisierte Leistungstest zu einer schärferen Auslesefunktion beiträgt, als das im österreichischen Schulwesen der Fall ist.

Das von Ihnen so viel gepriesene Punktesy-

stem geht meiner Meinung nach an der Tatsache vorbei, daß weder die Punkte noch die Noten objektiv sind, sondern daß die Beurteilung und die Zuordnung der Beurteilung zu einem Punktesystem sehr viele subjektive Momente enthält.

Deshalb würde ich vorschlagen, daß wir – wie wir das im Rahmen der Schulreformpädagogik immer gesagt haben – überhaupt der Beurteilung nicht so große Bedeutung beimessen, daß wir das Repetieren nicht an ein Nichtgenügend binden – wie wir das im Schulunterrichtsgesetz begonnen haben –, daß wir die verbale Beurteilung in den Volksschulen ausdehnen – die ersten Erfolge, die wir zu verzeichnen haben, sind durchaus vielversprechend – und daß wir uns doch zu dem schulpolitischen, bildungspolitischen Grundsatz bekennen, daß der Förderung des Schülers mehr Bedeutung als dem Selektionsprozeß in der Schule zukommt.

Damit komme ich schon zum letzten Thema, dem ich mich widmen möchte, und zwar zu dem, was Sie sagen, Herr Abgeordneter Peter, und was als ein Thema in der letzten Zeit durch die Presse gegangen ist. Trotz der enormen Leistungen, trotz der beachtlichen Verbesserungen, trotz der materiellen Unterstützungen gibt es Klagen über das Schulleben. Es geht darum, daß wir die Qualität der Bildung verbessern wollen. Wir hören Klagen darüber, daß die Kinder überfordert sind, daß es einen Schulstreß und Erziehungsschwierigkeiten in der Schule gibt.

Aus diesem Grund – so glaube ich – haben wir die Aufgabe, uns darauf zu konzentrieren, den Erziehungsstil in unseren Schulen zu verbessern. Dieser ist nicht generell in unseren Schulen schlecht. Auch das ist eine Unterstellung, die nicht richtig ist. Wir haben in vielen Schulklassen großartige Lehrer, aber es ist mir auch bekannt, daß das Versagen von Eltern, Lehrern und Schülern natürlich in der Öffentlichkeit stärker wahrgenommen wird als eine gute Führung.

Aus diesem Grund sollten wir im Hinblick auf das Ziel unserer Erziehung, den demokratischen, mündigen Bürger heranzubilden, versuchen, einen demokratischen Erziehungsstil in der Schule einzurichten.

Es gibt keine Schule zur Demokratie, wenn nicht demokratische Verhaltensformen das Verhältnis zwischen Schülern und Lehrern auszeichnen und wenn nicht Schüler und Lehrer gemeinsam bemüht sind. Es geht darum, daß wir an Stelle der Macht – Kollege Hauser meinte gestern, es wäre gefährlich, die Macht in Frage zu stellen; ich finde es nicht gefährlich, die Macht in Frage zu stellen – die Autorität der Persönlichkeit des Lehrers in den Vordergrund

Dr. Schnell

stellen. Es geht darum, dem Lehrer Hilfe zu geben, nicht mit Macht, sondern mit der Einsicht, Konfliktsituationen zu lösen, den Schülern mehr Sicherheit und Geborgenheit zu geben – statt einer menschlichen Kälte, über die geklagt wird – und die Rolle des Lehrers als Helfer im Erziehungsprozeß statt als Richter und als Zensor in den Vordergrund zu stellen. Mit einem Wort geht es um eine Schule, in der mehr menschliche Wärme vorhanden ist und in der die Strafe und der Druck zurücktreten. Das wird uns gemeinsam gelingen.

Aus diesen und allen anderen angeführten Gründen stimmen wir Sozialisten dem Budget zu. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Gruber. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Gruber** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde nicht, wie Herr Präsident Schnell gemeint oder vermutet hat, eine negative Wertung des Kapitels Unterricht in den Vordergrund stellen. Wir haben aber unsere Gründe, warum wir auch dieses Kapitel ablehnen.

Dieses Unterrichtsbudget ist in erster Linie durch eine gewisse Starrheit und Unbeweglichkeit gekennzeichnet. Das drückt sich darin aus, daß der Personalaufwand plus den gesetzlichen Verpflichtungen im Sachaufwand mehr als 87 Prozent des gesamten Ausgabenrahmens ausmacht. Dazu ist noch die Tatsache anzuführen, daß auch im übrigen Sachaufwand der Bund eben als gesetzlicher Schulerhalter in Erscheinung treten muß, sodaß der Unterrichtsminister aus diesem Rahmen gar nicht so sehr ausbrechen kann. Er hat sich in den Bereichen, in denen er vielleicht etwas mehr den Erfordernissen des Unterrichts und der Schule zum Durchbruch hätte verhelfen können, wahrscheinlich auch nicht so sehr angestrengt oder nicht so sehr durchgesetzt; das kann ich jetzt nicht beurteilen. *(Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.)*

Wo ein Spielraum in diesem Budget gegeben ist, ist aber auch hinreichend Grund zur Kritik. Ich verweise etwa auf den Bereich der Erwachsenenbildung, auf den Bereich Jugendförderung, auf den Bereich Sport und insbesondere auch auf den Bereich Kunst. Darüber ist heute zum Teil schon gesprochen worden, oder es wird noch gesprochen werden.

Was wir an diesem Budget kritisieren und damit indirekt dem Herrn Minister zum Vorwurf machen, ist, daß dieses Budget die Entwicklung unseres Schulwesens nicht in einer adäquaten Weise widerspiegelt. Das Budget müßte in einer wesentlich intensiveren Art auf die Schulent-

wicklung eingehen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf den Bericht, den uns der Herr Bundesminister im Juni dieses Jahres als Bericht über das Schulentwicklungsprogramm der Bundesregierung vorgelegt hat.

In diesem Bericht des Herrn Bundesministers wird als Ziel unter anderem angeführt, daß damit eine längerfristige Vorschau geliefert werden solle. Herr Bundesminister! Dieses Ziel wird nicht und kann auch gar nicht mit diesem Bericht erreicht werden, denn die Grundlagen, die Sie zum Ausgang Ihrer Überlegungen genommen haben, sind schlichtweg unrichtig; sie entsprechen nicht den Tatsachen.

Da heißt es etwa auf Seite 6, die zehn- bis vierzehnjährige Bevölkerung werde von 1975 bis 1985 um jährlich über 2 Prozent sinken, sodann wieder ansteigen. Dazu muß ich sagen, daß man wohl vor einigen Jahren noch vermutet hat, daß die Geburten ab dem Jahr 1976 wieder ansteigen werden. Aber das stimmt ja nicht mehr. Sie hätten in Ihrem Bericht bereits die neueste Entwicklung berücksichtigen müssen. Es ist daher für uns Abgeordnete als eine Zumutung zu bezeichnen, daß Sie uns einen Bericht mit längst veralteten Unterlagen liefern. Was dem einzelnen Abgeordneten möglich ist, nämlich sich neuere Daten zu besorgen, das müßte doch, Herr Minister, auch Ihrem Beamtenapparat möglich sein. Daher muß ich Sie auffordern, daß Sie diesem Bericht, den Sie uns vor einem halben Jahr geliefert haben und den wir in der nächsten Zeit behandeln sollen, auch die entsprechenden Korrekturen folgen lassen.

Wie sieht es tatsächlich aus? Im Schuljahr 1977/78 gibt es erstmals seit vielen Jahren einen Rückgang der Gesamtschülerzahl. Wir haben bereits einige Jahre hindurch einen Rückgang im Bereich des Pflichtschulwesens zu konstatieren gehabt, nun aber sinken die Schülerzahlen auch global gesehen. Daher stelle ich die Frage: Wie viele Schüler zwischen 6 und 14 Jahren gab es, gibt es und wird es geben? Herr Minister, Sie müssen ja diese Daten auch kennen.

Im Schuljahr 1974/75 hatten wir – ich betone noch einmal: im Bereich der Sechs- bis Vierzehnjährigen – den Höchststand mit 1 045 000 erreicht. Im Jahre 1977/78 haben wir nur mehr 988 000 Schüler dieser Alterskategorie, also bereits ein Minus von 56 000. Und im Schuljahr 1983/84 werden es nur mehr 786 000 sein; das heißt mit anderen Worten: Gegenüber dem heurigen Schuljahr wird es im Bereich der Sechs- bis Vierzehnjährigen ein Minus von 201 000 Schülern geben. Auf sechs Jahre aufgeteilt, bedeutet das, daß wir pro Jahr etwa 33 000 Schüler weniger in den Volksschulen, Hauptschulen und der Unterstufe der AHS haben werden. Das aber berücksichtigt Ihr

Dr. Gruber

Bericht keineswegs, denn auch die AHS ist in diesen Bereich einbezogen, und Sie müßten daraus bereits die Konsequenzen ziehen.

Dieser Rückgang der Schülerzahlen bedeutet, auf Klassen umgerechnet, im Jahre 1983/84 ein Minus von 7460 Klassen, ein Minus gegenüber dem heurigen Schuljahr. Auf Lehrerdienstposten umgerechnet ist es ein Minus von 11 190. Dabei sind immer jene Werte berücksichtigt, die Sie selbst in der Schulstatistik angegeben haben, also 27 Schüler pro Klasse oder 18 Schüler pro Lehrer. Diese Probleme übertragen sich ab 1980 in verstärktem Maße auf die Schulen der Fünfzehn- bis Neunzehnjährigen; also gerade jener Bereich, für den Sie in den Bundesschulen zuständig sind.

Es kommt noch eine weitere Überlegung hinzu: Mit einem wesentlichen Ansteigen der Schülerzahlen bis zum Jahre 2000 ist nicht zu rechnen. Es wird zwar noch ein leichtes Ansteigen geben, aber das bleibt in einer sehr bescheidenen Bandbreite.

Und jetzt frage ich: Wie reagiert der zuständige Minister auf diese Entwicklung, die man wahrhaft als besorgniserregend bezeichnen muß? Er reagiert eigentlich überhaupt nicht. – Warum sage ich „besorgniserregend“? Wenn man sich diese Entwicklung genauer ansieht, dann wird man sie als eine echte Gefahr für die Höhe unserer Schulorganisation auf dem flachen Land bezeichnen müssen.

Aber wir haben nicht nur in dieser Hinsicht Sorgen, denn der Herr Präsident Schnell hat auf einen anderen Umstand hingewiesen. Es gibt auch Sorgen bezüglich der Anstellung der Absolventen der Pädagogischen Akademien. Wir haben derzeit in Österreich noch einen Stand an Studierenden an den Pädagogischen Akademien von etwa 9 000. Sie alle sollen in den nächsten Jahren auf Posten unterkommen.

Wir haben schon frühzeitig gewarnt und gesagt, daß es wahrscheinlich in den nächsten Jahren Schwierigkeiten geben wird. Man sieht aus der Entwicklung in den letzten zwei Jahren, daß die Studierenden auch sehr rasch auf diese Situation reagieren. Trotzdem ist, glaube ich, die wesentlichste Maßnahme, die zu setzen wäre, von Ihnen nicht in Angriff genommen worden, Herr Bundesminister. Ich sage, daß die Senkung der Klassenschülerzahlen hier eine ganz wichtige Sache ist; eine wichtige Sache in pädagogischer Hinsicht, aber auch eine wichtige Sache im Hinblick auf die Unterbringung von jungen Menschen in entsprechenden Stellen.

Warum ist die Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen und damit auch die Klassenschülerdurchschnittszahl eine wichtige Sache? – Erstens ist sie pädagogisch höchst wünschens-

wert. Ich bin dem Herrn Präsidenten Schnell dankbar, daß er gerade auf diesen Umstand hingewiesen hat. Denn nur mit kleineren Klassen sind eine Individualisierung des Unterrichtes und eine innere Differenzierung, von der so viel gesprochen wird, möglich. Es ist einfach ein besserer Unterrichtsertrag mit der kleineren Klasse zu erzielen. Daher glauben wir, daß damit und nicht so sehr mit der Änderung der Schulorganisation, die immer besonders in den Vordergrund geschoben wird, eine Verbesserung unserer Schulverhältnisse erreicht werden kann.

Ich möchte aber doch auch gleich dem Herrn Präsidenten Schnell antworten, daß es mit der bisherigen Methode einfach nicht weitergehen kann. Das können Sie, Herr Präsident, noch in Ihrem Bereich des großen Ballungszentrums machen, daß Sie allmählich in einzelnen Schulen die Klassenschülerdurchschnittszahlen senken. In den anderen Räumen, die nicht den Ballungsräumen zuzuordnen sind, sieht die Situation völlig anders aus. Dort wird nämlich aus der vierklassigen Volksschule in einigen Jahren eine dreiklassige und dann eine zweiklassige, und die zweiklassige wird zu einer einklassigen oder sie wird überhaupt aufgelöst. Und viele unserer kleinen Schulen auf dem Lande sind von der Auflösung bedroht, wenn hier nicht eine gesetzliche Maßnahme getroffen wird.

Das, was pädagogisch wünschenswert ist, ist für die Erhaltung unserer Schulorganisation lebenswichtig.

Es ist das aber auch ökonomisch durchführbar – das möchte ich dazusagen –, ohne daß der Staatshaushalt zusätzlich belastet wird. Wenn es 1977 nur mehr 60 Prozent der Geburten des Jahres 1963 gegeben hat, oder wenn es 1983 nur mehr 75 Prozent der Schüler von 1974 geben wird, dann muß doch eine Senkung der Klassenschülerzahlen um etwa 16 Prozent auch möglich sein. Das wäre nämlich das Ausmaß, wenn man die Klassenschülerhöchstzahl von 36 auf 30 senken würde oder die Durchschnittszahl von derzeit 30 auf etwa 25.

Diese Senkung kann durchaus auch in Stufen erfolgen. Wir sind bereit, hier auch ein flexibles System einzuführen, aber es muß einmal in Angriff genommen werden.

Der Herr Bundesminister ist bereits darauf hingewiesen worden, daß es nicht nur der Änderung des Schulorganisationsgesetzes bedarf, um einen Zustand, der heute bereits sozusagen in Gang gekommen ist, auch gesetzlich zu sanieren, sondern es bedarf auch entsprechender Finanzausgleichsverhandlungen. Denn wenn der derzeitige Finanzausgleich

Dr. Gruber

bestehen bleibt, dann wird der Herr Finanzminister zu Recht sagen, er refundiere den Bundesländern den Lehrpersonalaufwand der Pflichtschulen nur in dem Ausmaß, als die Klassenschülerdurchschnittszahl 30 nicht unterschritten wird. Kommt es nicht zu einer Änderung im Finanzausgleich, dann werden die Länder auch auf diesem Gebiet zusätzliche Lasten übernehmen müssen, etwas, wogegen sich sicherlich die Lehrer mit Recht wehren, wogegen sich aber auch die Länder wehren. Wogegen sich, so glaube ich, auch die Länder wehren, weil sie dann einem unterschiedlichen Besoldungssystem ausgesetzt würden.

Zu dem gesamten Komplex gehört auch, daß endlich einmal realistisch erstellte Dienstpostenpläne hinzukommen. Das trifft sowohl für die Bundesschulen zu wie auch für den Bereich der Pflichtschulen. Dort haben aber die Länder, ich glaube, in einer wesentlich unbürokratischeren Weise, dem Problem Rechnung getragen.

Herr Bundesminister, Sie wissen ganz genau, der Herr Finanzminister Androsch hat im Jahr 1974 bei seiner Budgetrede gemeint, es sei der Dienstpostenplan so erstellt, und zwar auch im Bereich der Bildung, daß eine nennenswerte Ausweitung des Personalstandes künftig nicht mehr vertreten werden kann. Nun, daß das im Jahre 1974 nicht gestimmt hat, haben Sie inzwischen ja selbst einbekennen müssen, indem Sie für das heurige Jahr zusätzliche 1 200 Dienstposten beantragt haben. Sie haben aber in einer Anfragebeantwortung auch zugegeben, daß die Mehrdienstleistungen, die heute noch im Bereich der Pflichtschule und der Bundesschulen, also der weiterführenden Schulen, geleistet werden, zusätzliche 6 000 Dienstposten erfordern würden. Wir wissen ganz genau, daß diese natürlich jetzt nicht zusätzlich zur Verfügung gestellt werden können, auch nicht müssen, weil wir ja auch mit einem Rückgang der Schülerzahlen rechnen. Aber es muß zunächst einmal eine realistische Betrachtung Platz greifen und an die Stelle der heute schon mehrmals genannten Vogel-Strauß-Politik treten, die im Bereich des Unterrichtsressorts lange Zeit betrieben wurde.

Und da habe ich noch die Frage an den Herrn Unterrichtsminister, wie er sich jetzt zu dem Memorandum der Gewerkschaft Höhere Schule stellt, das ihm vor wenigen Tagen überreicht worden ist. Wird er nun auf die dort angeschnittenen Probleme eingehen, und in welcher Weise gedenkt er das zu tun?

Und noch eine weitere Frage in dem Zusammenhang: Ich habe bereits vor einem Jahr den Herrn Unterrichtsminister gefragt, wie es mit der Studie „Lehrerbedarf bis zum Jahre 1990“ aussieht. Sie haben mit der Frau

Wissenschaftsminister gemeinsam eine solche Studie in Auftrag gegeben, weil ja auch der Bereich Höhere Schule sehr stark davon betroffen wird.

Der Herr Unterrichtsminister hat vor einem Jahr gemeint, im Frühjahr 1977 werde die Studie fertig sein. Sie mag fertig sein, aber sie ist nicht publiziert worden, sie ist uns nicht zur Verfügung gestellt worden. Sie ruht allem Anschein nach in den Schubladen des Ministeriums. Wenn nicht, Frau Minister, dann bitte heraus damit! Wir wären sehr interessiert daran, wirklich einmal den Lehrerbedarf bis zum Jahr 1990 zu erfahren. Ich möchte nicht gerne, daß ich mir das auch noch alles selbst errechnen muß, wie ich mir bereits die Entwicklung der Schülerzahlen selbst errechnet habe, weil das Unterrichtsministerium nicht in der Lage war, uns die entsprechenden Zahlen zu liefern.

Eines kann man jedenfalls in dem Zusammenhang sagen: Herr Minister Sinowatz! Lehrerbedarf ist nicht das, was finanzierbar ist, wie Sie einmal gesagt haben, sondern Lehrerbedarf ist das, was die pädagogischen Notwendigkeiten ergeben. Und ich bitte sehr, wenn Sie Schwierigkeiten mit der Finanzierung haben, das mit Ihrem Kollegen Androsch auszumachen, aber nicht auf den Rücken der Lehrer und vor allen Dingen nicht auf den Rücken der Kinder fallen zu lassen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte noch ein anderes Problem kurz streifen, das uns in der letzten Zeit auch sehr stark beschäftigt hat: das ist das Problem der politischen Bildung. Zunächst einmal will ich meiner Genugtuung darüber Ausdruck geben, daß es gelungen ist, nach langen Gesprächen zwischen Ländern und Verbänden für Erwachsenenbildung auf einer gemeinsam erarbeiteten Basis das Institut für politische Bildung in Mattersburg zu installieren. Ich bin auch sehr froh, daß klargestellt wurde, welche Aufgaben dieses Institut für politische Bildung zu erfüllen hat, daß es vor allen Dingen nicht die Lehrerfortbildung in Sachen politischer Bildung zu betreiben hat. Dafür sind die pädagogischen Institute zuständig. Ich glaube, hier ist von Anfang an eine klare und reinliche Scheidung notwendig.

Wir sagen aber auch, daß die politische Bildung in den Schulen von besonderer Bedeutung ist, und daher haben wir den Grundsatzerslaß über die politische Bildung in den Schulen auch von Anfang an positiv bewertet. Wir waren nur nicht mit der Ausgestaltung, die uns der erste Entwurf gebracht hat, zufrieden. Wir haben daher an der Überarbeitung mitgetan, und ich glaube, man kann sagen, der Entwurf ist wesentlich besser geworden. Herr Bundesminister, es wäre, glaube ich, nicht fair von Ihnen,

Dr. Gruber

wenn Sie das jetzt abstreiten würden. Wir sind sehr froh, daß es uns gelungen ist, unsere Vorstellungen mit einzubringen und wir einen Großteil unserer Meinungen dabei auch durchzusetzen.

Wir waren nicht der Meinung, daß Analysen des politischen Geschehens ohne Faktenwissen vorgenommen werden können, daß daher die Wissensvermittlung vorauszugehen hat.

Wir waren nicht der Meinung, daß die kritische Hinterfragung ohne Kriterien der Beurteilung erfolgen kann. Wir waren nicht der Meinung, daß die Motivierung zum Handeln ohne Wertvorstellungen vor sich gehen könne und ohne Bekenntnis zu den Grundwerten unserer Gesellschaftsordnung. Das hat sich geändert. Wir sind sehr froh darüber.

Wir waren auch nicht der Meinung, daß es genüge, die Konfliktaustragung zum Modell des politischen Handels zu propagieren. Wir waren vielmehr der Meinung, daß es auch die Lösung durch Konsens und durch Kompromiß gibt. Und wir waren schließlich nicht der Meinung, daß die Systemüberwindung das Ziel der politischen Bildung sein könne, sondern nur ein verantwortungsbewußtes Mitgestalten der Gesellschaft.

Und weil nun dieser Grundsatzentwurf über das Unterrichtsprinzip politische Bildung eine andere Form erhalten hat, sind wir natürlich auch für die möglichst rasche Umsetzung in die pädagogische Wirklichkeit.

Wenn ich nun noch einige Bemerkungen zu Äußerungen in der Debatte mache, dann nur mehr schlagwortartig.

Herr Abgeordneter Peter! Zur Frage der Notengebung: Die Pädagogen kritisieren das System. Zu Recht? Zu Unrecht? – Eher wahrscheinlich zu Recht. Aber so wie Schnell gesagt hat, beklage auch ich, daß wir von der gleichen Seite keine Vorschläge bekommen, wie wir das System verbessern sollten. Herr Bundesminister! Ich habe mehrfach die Anregung gegeben: Geben Sie doch Forschungsaufträge in dieser Hinsicht, daß wir endlich einmal aus der eher fruchtlosen Diskussion herauskommen und zu konkreten Vorschlägen für eine Verbesserung unseres Beurteilungssystems finden.

Wenn der Kollege Peter gefragt hat, ob die ÖVP die Intentionen der SPÖ in Fragen Gesamtschule übernehmen wird, dann kann ich ihn beruhigen: Wir werden es nicht tun, weil wir diese Gesamtschule, diese Einheitsschule nicht als jenes Schulsystem ansehen, das der individuellen Begabung der Schüler am ehesten gerecht wird. Es ist einfach eine Unterstellung, wenn gesagt wird, diese Schulen der Zehn- bis

Vierzehnjährigen, die wir heute haben, seien unmenschlich und undemokratisch.

Ich glaube, daß wir heute gerade die Vielfalt des Bildungsangebotes und damit auch das qualitative Bildungsangebot in der Schulreformdiskussion betonen müssen und daß wir uns nicht von einem Prinzip der Gleichmacherei leiten lassen können (*Abg. Dr. Schnell: Wir wollen nicht gleichmachen!*), wenngleich wir natürlich für das Prinzip der Gleichheit der Ausgangschancen sind. Aber zu diesem Ausgang, der gleich sein soll, muß auch die entsprechende Leistung hinzutreten. Und da ergeben sich notwendigerweise die Differenzierungen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Der Herr Abgeordnete Radinger hat im Hinblick auf die Zahl der Maturanten und Akademiker gemeint – er zitierte einen Artikel der „Zeit“ –, es müßten eben auch die Arbeitgeber entsprechende Konsequenzen ziehen. Herr Minister! Dazu muß ich sagen, daß eigentlich Sie der Arbeitgeber schlechthin sind, der angesprochen ist, etwa bei den Studierenden der Lehramtsstudien und bei den Studierenden an den Pädagogischen Akademien. Was tun Sie dann im Sinne der Ausführungen des Abgeordneten Radinger, um hier zu geänderten Verhältnissen zu kommen?

Der Herr Abgeordnete Peter hat mich noch gefragt, warum wir jetzt beim Schülervertretungsgesetz eine andere Haltung einnehmen als seinerzeit beim Schulunterrichtsgesetz. Keine andere Haltung! Das Schulunterrichtsgesetz regelt die Rechte der Schüler im Bereich der Schule. Das Schülervertretungsgesetz soll eine gewisse Mitsprache der Schülervertreter auch außerhalb der Schule im Bereich der Schulverwaltung sicherstellen. Natürlich nur ein Mitspracherecht, weil wir es in unserer monokratisch gestalteten Verwaltung gar nicht anders als in Form eines Beirates machen können. Ich glaube nicht, daß sich hier ein Widerspruch ergibt.

Der Kollege Schnell hat von einem Unbehagen an unserem Schulwesen gesprochen, er hat auf die Stufe der Zehn- bis Vierzehnjährigen hingewiesen und gleichzeitig gesagt, daß sich das Unbehagen eigentlich in erster Linie gegen das heutige System der Hauptschule richtet. – Gerade weil dieses Unbehagen sehr allgemein ist, hat die Österreichische Volkspartei in diesem Bereich auch Vorschläge unterbreitet, wie man zu einer neuen, zu einer differenzierten Hauptschule kommen kann. Ich glaube, daß wir weit über das hinausgegangen sind, was man von einer Oppositionspartei erwarten könnte. Wir haben die Vorschläge für die Neugestaltung des Schulwesens gemacht, die man eigentlich von der Regierungspartei erwarten mußte.

Dr. Gruber

Aber wenn Sie, Herr Minister, keinen Ausweg aus Ihrer Situation finden und keinen Weg wissen, der in die Zukunft weist, dann lade ich Sie ein: Gehen Sie ein Stück Weges mit uns, Sie werden dann sicherlich nicht auf dem Holzweg sein! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Maderner.

Abgeordneter DDr. **Maderner** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! In der gestrigen Debatte hat die Frau Abgeordnete Schmidt eine Beziehung zwischen den Problemen des Terrorismus und denen des Bildungssystems herzustellen versucht. Es ist eine dankenswerte Anregung, darüber zu sprechen, was man gemeinsam tun könnte, um einer solchen Entwicklung zuzusteuern. Zweifellos kann ein Zusammenhang zwischen Bildungssystem, Bildungsmethoden und jener geistigen Entwicklung, die in diese abwegige Richtung führt, nicht ausgeschlossen werden.

Leider wird die antiterroristische und anti-anarchistische Stimmung, die berechtigterweise in der Bevölkerung besteht, dazu benützt, parteipolitisch Boden zu gewinnen. Würde es die Würde des Hohen Hauses nicht verbieten, müßte man von Demagogie sprechen. Die Zusammenhänge zwischen dem Bildungssystem und den geistigen Irrwegen werden besonders dadurch verdeutlicht, daß Anarchisten meist junge, intelligente, behütete Menschen aus begüterten Familien sind, die nie im Leben die Härte des Daseinskampfes, wie ihn andere zu bestehen haben, kennenlernten. Wenn in amerikanischen Nobeluniversitäten Milch und Orangensaft aus Wasserhähnen rinnt – man diese nur aufzudrehen braucht, um sich zu erfrischen –, entsteht leicht die Vorstellung, daß die Güterfülle der Welt ebenfalls unerschöpflich, daß die Welt eine bunte Spielwiese ist. Was an Mühen und was an Arbeit hinter der Wohlstandskulisse steckt, wissen viele junge Menschen nicht. Gerade deshalb, weil sie nie gefordert werden, kommen sie zu der schrecklichen Gedankenkette, die bei dem Traumleben in der Drogenwelt beginnt und über anarchistische Ideologien zu den verabscheuungswürdigen Verbrechen des Terrorismus führen kann.

Wir sollten nicht sosehr versuchen, auch dann Gegensätze hochzuspielen, wenn es eine gemeinsame Arbeit zu verrichten gibt, sondern uns zur gemeinsamen Arbeit bekennen. Wenn Landeshauptmann Kery im Wahlkampf vor einigen Monaten nicht vom politischen Gegner, sondern vom politischen Partner gesprochen hat, so könnte das gerade für die Bildungspolitik ein richtungsweisendes Wort sein. Denn der wichtigste und größte Teil der Schulgesetzgebung

erfordert eine Zweidrittelmehrheit. Es kann daher auf diesem Sektor nur Partner und nicht Gegner geben.

Warum stimmen Sie also gegen das Budget? Der Herr Abgeordnete Gruber hat sich ziemlich schwer getan, Argumente zu finden, es abzulehnen, nachdem er eine Reihe positiver Entwicklungen anführte, ich will nicht sagen, anführen mußte. Er hat zum Teil den Rückgang der Schüler- und Kinderzahl, die von vielen Menschen als etwas Negatives – entgegen den Warnungen von Konrad Lorenz – empfunden wird, mit heranziehen müssen, um eine negative Haltung einzunehmen.

Dr. Gruber hat die Bedrohung der Arbeitsplätze der jetzigen Studenten an Pädagogischen Akademien oder an Universitäten, soweit sie das Lehramt anstreben, mit ins Kalkül gezogen und mehr Lehrer, mehr Einsatz durch Erhöhung der Klassenschülerhöchstzahl gefordert. Das ist durchaus berechtigt! Das ist sogar im doppelten Sinn berechtigt, weil es sich gerade in einer Periode einer weltweiten Arbeitslosigkeit zeigt, daß die Reduzierung der Arbeitsplätze nicht mit einer Reduzierung des Sozialproduktes einhergeht, daß vielmehr die Arbeitsplätze deshalb eingespart wurden, weil sie infolge der technologischen und rationalen Entwicklung gar nicht mehr nötig sind. Es gibt daher nicht nur die Möglichkeit einer antizyklischen Bildungspolitik, eine solche wird direkt herausgefordert. Man kann mehr für die Bildung tun, zumal infolge der Verringerung der Schülerzahl dieses Mehr keine zusätzlichen Kosten erfordert. Es wird sich in qualitativer Hinsicht niederschlagen.

Daß die FPÖ das Budget für Unterricht und Kunst ablehnt, ist nicht zu verwundern, denn sie hat schon 1962 eine Außenseiterposition eingenommen und ist bei den weiteren Entwicklungen nicht mehr zum Zug gekommen. Aber wo bleiben die konkreten Vorschläge? Sie sind nicht da, vielmehr wird von einer „Verunsicherung“ und einer „Verwirrung“ gesprochen, wenn Neues erprobt wird.

Dabei ist doch das alte lateinische Wort, daß man für das Leben und nicht für die Schule lernt – *non scholae, sed vitae discimus!* – nach wie vor gültig, ebenso wie die Feststellung, daß sich die Zeiten ändern und wir mit Ihnen, und eine Schule nicht jenseits der Entwicklung der Gesellschaft stehen kann, sondern in ihr stehen muß. Sie muß eine Entwicklung mitmachen und neue Wege auf ihre Zweckmäßigkeit erproben.

Was hat sich seit 1970 alles geändert? Immer weniger Österreicher nach dem 15. Lebensjahr bleiben der Schule fern. Immer mehr werden in das Schulsystem einbezogen, in Berufsschulen

DDr. Maderner

als Begleitschulen für das Lehrverhältnis im dualistischen System oder als Schüler an mittleren oder höheren Lehranstalten.

Bei den Berufsschulen hat sich von ursprünglich 123 441 Berufsschülern die Indexzahl von 1969/70 bis 1977/78 auf 148 erhöht. Dabei hat sich die Indexzahl in hauswirtschaftlichen und land- und forstwirtschaftlichen Berufsschulen verringert, sodaß ohne diese die Indexzahl sogar 160 betragen würde.

Die Qualität der Ausbildung an Berufsschulen wird systematisch angehoben, die ersten Schritte in dieser Richtung wurden erfolgreich durch die Einführung der Berufspädagogischen Akademien getan. Wir haben in Linz, Graz, Innsbruck und Wien Berufspädagogische Akademien mit insgesamt 557 Studierenden, wobei natürlich das Ziel der Berufspädagogischen Akademien nur darin liegen kann, eine höhere fachliche und pädagogische Ausbildung zu sichern. Wunder kann man von den Akademien allerdings nicht erwarten, denn Pädagogik ist an Universitäten und Akademien weitgehend eine Wissenschaft, im Klassenzimmer eine Kunst; die Übertragung ist nicht immer einfach.

Die markantesten Zahlen aber lassen sich für das berufsbildende mittlere und höhere Schulwesen anführen.

Hat es in mittleren Schulen 1969/70 63 516 Schüler gegeben, so ist 1977/78 die Indexzahl dazu 147. Selbst in land- und forstwirtschaftlichen mittleren Schulen, obwohl ja der Anteil der Bevölkerung, der in der Land- und Forstwirtschaft arbeitet, deutlich zurückgegangen ist, erreicht die Indexzahl 135. Es gibt einen bestimmten Typ, nämlich die sozialberuflichen mittleren Schulen, in denen die Indexzahl sogar auf 346 angestiegen ist. Durchschnittswerte technischer und kaufmännischer Schulen liegen um den allgemeinen Index, nämlich 146 bei technischen und 148 bei kaufmännischen.

Noch markanter ist die Entwicklung bei berufsbildenden höheren Schulen. Von 1969/70 mit 28 476 Schülern stieg die Indexzahl 1977/78 auf 212; die Zahl der Klassen ist etwa in gleicher Weise gestiegen. Auch hier sind die land- und forstwirtschaftlichen höheren Schulen mit einer Indexzahl von 171 an der Steigerung wesentlich beteiligt.

Eine sehr starke Steigerung hatte die Handelsakademie mit der Zahl 242 und die höchste hatten die frauenberuflichen höheren Schulen mit 304. In den Oberstufen allgemeinbildender höherer Schulen sind die Indexzahlen nicht so markant wie in den berufsbildenden Schulen. Aber auch hier betragen sie 143 an den Oberstufen für allgemeinbildende höhere Schulen, an denen für Berufstätige 114; die Index-

zahlen der Lehrer, also die Zunahme der Lehrer an diesen Schulen, bei allgemeinbildenden Schulen 147 und bei berufsbildenden 163.

Der Vorstoß der Lehrer, von dem Herr Abgeordneter Gruber gesprochen hat, nun endlich die Klassenschülerhöchstzahl zu reduzieren, kommt, das kann man sagen, im richtigen Moment. Aber diese Entwicklung braucht auch ihre Zeit, denn noch ist es ja nicht so, daß wir zu viele Räume und zu viele Lehrer hätten. Es gibt, wie wir auch von Herrn Abgeordneten Gruber gehört haben, noch eine Fülle von Überstunden, aber es ist abzusehen, daß in relativ kurzer Zeit ein Zustand eintreten wird, in dem man dieser Entwicklung tatsächlich Rechnung tragen kann.

Über den Schulbau hat Herr Abgeordneter Schnell einige Zahlen angeführt. Lassen Sie mich die Zahlen für die berufsbildenden höheren Schulen ergänzen: Seit 1970 sind 70 derartige Anstalten mit 31 000 Ausbildungsplätzen baulich fertiggestellt worden. Gegenwärtig sind 50 derartige Anstalten mit 20 000 Ausbildungsplätzen in Bau, das sind 51 000 Ausbildungsplätze an diesen Schulen. Mit den AHS zusammen sind 100 000 neue Ausbildungsplätze seit 1970 geschaffen worden oder sie stehen direkt vor der Fertigstellung.

Wesentlich sind nicht nur diese äußeren Entwicklungen, die sich in Statistiken widerspiegeln, sondern natürlich auch Fragen der inneren Reform, der Lehrerbildung, der Lehrerauswahl und der Lehrpläne. Auf diesem Gebiet hat das Bundesministerium für Unterricht ebenfalls Markierungen gesetzt.

Ein Beispiel dafür sind die kaufmännischen Lehranstalten, in denen es gelungen ist, nach intensiven, jahrelang dauernden Beratungen und Planungen völlig neue Lehrpläne zu erstellen.

Selbstverständlich muß mit der Entwicklung der Zeit, auch wenn das der Abgeordnete Peter nicht sehen will, wenn er von der Unruhe im Schulwesen spricht, manches von alten Stoffgebieten gestrichen und fallengelassen werden, weil es nicht mehr zeitgemäß ist, anderes muß besonders betont oder erst neu entwickelt werden. Wer hätte etwa vor 30 Jahren an Probleme der Datenverarbeitung denken können?

Die neuen Lehrpläne unterscheiden sich von den alten in zwei wesentlichen Dingen: Erstens ermöglichen sie bei einem gemeinsamen Plan für die ersten Jahrgänge bei gemeinsamen Unterrichtsfächern einen relativ leichten Übergang von der Handelsschule, der mittleren Lehranstalt, zur Akademie, zur höheren Lehranstalt, und umgekehrt. Zweitens wird die ange-

DDr. Maderner

strebte und nun im Lehrplan in manchen Gebieten fixierte Lehrfächerintegration Zweigeleistungen vermeiden, Kosten sparen und effizienter sein. In dieser Hinsicht ist wahrscheinlich auch für andere Lehranstalten und Lehrpläne ein Vorbild geschaffen worden.

Die wichtigste Reform, die angestrebt und durch die quantitative Steigerung des berufsbildenden Schulwesens auch weitgehend bereits erreicht wurde, ist die Überwindung des Gegensatzes von Arbeit und Bildung. Darin liegt ja das Problem; eingangs habe ich davon gesprochen. Gerade im berufsbildenden Schulwesen ist dieser Gegensatz überwunden; im allgemeinbildenden Schulwesen wird man sich zweckmäßigerweise überlegen müssen, ob nicht in Zukunft berufsbildende Elemente in die Lehrpläne eingebaut werden könnten.

Warum ist die ÖVP bei einzelnen Phasen dieser Entwicklung nicht mitgegangen? Warum hat manches durch ihre Verzögerungstaktik eine bedeutende Verspätung erleiden müssen? Warum zum Beispiel ist es nicht möglich gewesen, eine Reduktion der Ausbildungszeit an allgemeinbildenden höheren Schulen für Berufstätige von neun auf acht Semester, die so zweckmäßig wäre, durchzusetzen? Gleichzeitig wird von der Bedeutung des Zweiten Bildungswegs gesprochen, in der Praxis aber wurde eine Reform verhindert. Da sind offene Fragen, auf die sich jeder selbst eine Antwort geben kann.

Die weitere Entwicklung, die vor uns liegt, die vor allem die Kluft zwischen Arbeit und Bildung überbrücken soll, wird sich auf drei Ebenen vollziehen: Der zweite Bildungsweg wird in seiner Struktur neu durchdacht werden müssen; die Ansätze dazu sind bereits da. Die Externistenlehrgänge werden einer besonderen Überprüfung, der Fernunterricht wird einer gesetzlichen Regelung bedürfen; auch dafür wurden die Vorarbeiten bereits geleistet.

Man wird sich zu der Erkenntnis durchringen müssen, daß am Abend lernende berufstätige Schüler keine altgewordenen Kinder sind, sondern daß es sich um vollentwickelte Menschen handelt, die ihre Erfahrung in anderen Bereichen gesammelt haben und die daher nicht genau so behandelt werden sollten, wie das bei Heranwachsenden zweckmäßig ist.

Die politische Bildung und die Erfolge auf diesem Gebiet wurden durch Herrn Abgeordneten Gruber erwähnt. Die Umformung des Grundsatzterlasses hat zweifellos Vorteile. Der neue Erlaß wird klarer, präziser, leichter lesbar und leichter verständlich sein, und er wird hoffentlich seine Wirkung tun. Aber auch da soll man sich keiner Illusion hingeben. Es kommt auf die Lehrer an, wie sie diesen Erlaß handhaben,

und das Bundesministerium für Unterricht wird noch eine Fülle von Arbeit leisten müssen, um den Lehrern ergänzendes, stützendes Material zur Verfügung zu stellen.

Was das Institut für politische Bildung in Mattersburg betrifft, so ist das ein wunderschönes Beispiel für die Möglichkeit der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern, die sich die Kosten teilen. Für 1977 waren das je eineinhalb Millionen Schilling, also zusammen 3 Millionen Schilling. Hier wird eine Fülle von Arbeiten geleistet werden können durch Veranstaltungen, durch Publikationen und durch Informationen, die letzten Endes der österreichischen Bevölkerung zugute kommen und nicht zuletzt dazu dienen sollen, die anarchistischen Tendenzen, die es bisweilen unter Studierenden, in Österreich im Verhältnis zu anderen Ländern relativ selten, gibt, zu unterlaufen.

Das Erleben der Arbeitswelt, die Befreiung von der Illusion, daß es ein Leben ohne Mühe, ohne Arbeit und ohne Leistung geben kann, die Befreiung von der Wirkung von Phrasen wird ein sehr wesentliches Anliegen sein.

Freilich sollte man versuchen, Phrasen auch hier, im Hohen Haus, nicht weiter zu verwenden, wie etwa der Abgeordnete Mock mit seinen Worten über den Marxismus. Er hat so getan, als würde er ... *(Abg. Graf: Wenn Sie dabei an Herrn Blecha denken, sind Sie gut beraten, Herr Doktor! Keine einseitigen Zensuren!)*

Ich habe sehr aufmerksam zugehört, was der Herr Abgeordnete Mock gesagt hat, und ich bin überzeugt, daß es ihm nicht entgangen sein kann, daß gerade in der jüngsten politischen Literatur die Vergleiche zwischen manchen Gedanken von Karl Marx und Enzykliken, vor allem „Rerum Novarum“, so augenfällig sind, daß eine direkte gemeinsame geistige Wurzel überhaupt nicht ausgeschlossen werden kann.

Selbstverständlich ist der Marxismus kein Dogma, und es ist überhaupt kein wirklich echt faßbarer Begriff, denn kein Geringerer als Karl Marx hat schon gesagt: Marxismus, was ist denn das? Ich weiß es nicht. Ich weiß nur eines: Ich bin kein Marxist! – Er hat damit andeuten wollen, daß man mit einem solchen Begriff nichts anfangen kann, es sei denn, ihn propagandistisch zu mißbrauchen, um ein Schreckgespenst vorzugaukeln, was mit Prinzipien einer aufgeklärten politischen Bildung sicher nicht vereinbar ist. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Es gibt auf dem Gebiet der Bildungspolitik eine Fülle gemeinsamer Ansichten, gemeinsamer Wege und gemeinsamer Ziele, und es kann nicht unmöglich sein, bei diesen Gemeinsamkeiten auch einen Konsens zu finden. Es ist bedauerlich, daß dieses hervorragende, expan-

DDr. Maderner

sive Budget für die Bildungspolitik von den Oppositionsparteien nicht unterstützt wird. Wir Sozialisten sind mit der Entwicklung auf den Gebieten von Unterricht und Kunst ebenso wie auf dem Gebiet von Wissenschaft und Forschung sehr zufrieden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort kommt der Herr Abgeordnete Dr. Stix.

Abgeordneter Dr. **Stix** (FPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Vorredner, Herr Dr. Maderner, hat sein Erstaunen darüber geäußert, daß diesem „herrlichen“ Bildungsbudget die Oppositionsparteien ihre Zustimmung nicht geben können. Er hat darauf verwiesen, welch enormer Mitteleinsatz hier schwerpunktmäßig Platz gegriffen hat, und er glaubte daraus ableiten zu können, dem müsse man doch zustimmen.

Es ist keine Frage, daß es in den früheren Jahren auf diesem Gebiet eine Schwerpunktbildung gegeben hat. Wir vermissen sie seit etwa zwei Jahren. Diese Entwicklung ist zweifelsohne zum Stillstand gekommen. Ich werde darauf noch näher eingehen.

Aber eine Frage, Herr Dr. Maderner, in diesem Zusammenhang. Wie denken Sie darüber? Wir Freiheitlichen stehen unter dem Eindruck, daß mit einem enormen Geldaufwand im Bereich der Schule vieles versucht und eine quantitative Politik betrieben wird. Wir haben aber immer mehr die Befürchtung, daß dieser Quantität nicht die Qualität entspricht, die man sich eigentlich als den Erfolg eines so ungeheuren finanziellen Aufwandes wünschen müßte. *(Abg. Dr. Maderner: Machen Sie doch Vorschläge!)* Meine Fraktionskollegen haben Vorschläge unterbreitet.

Unser Schulsprecher Klubobmann Peter hat wiederholt Vorschläge unterbreitet. Wir haben das Bildungsmarketing verlangt. Wir haben verlangt, daß eine Art Marktforschung im Bildungsbereich Platz greifen möge, damit man zu einem halbwegs aussagekräftigen Abwägen von Mitteleinsatz auf der einen Seite und Erfolg auf der anderen Seite gelangen kann. Heute haben wir leider den Eindruck, daß eben diesem enormen Geldaufwand nur quantitative Erfolge mit einem fragwürdigen qualitativen Nebeneffekt beschieden sind. Und das bereitet uns Sorge.

Aber nun zu meinem eigentlichen Thema. Ich habe die Absicht, einige freiheitliche Aussagen zur Forschungsorganisation zu machen, ganz allgemein zur Situation auf dem Sektor Forschung und Entwicklung in Österreich.

Vorweg dazu einige Bemerkungen zu einem Thema, zu dem sich der sozialistische Vorredner

Wille geäußert hat und das mir ja auch sehr am Herzen liegt. Er hat über die Erforschung der Sonnenenergienutzung in Österreich gesprochen, und was er gesagt hat, findet in beinahe allen Punkten auch die Zustimmung von uns Freiheitlichen und im besonderen auch meine Zustimmung.

Ich stehe nicht an, der Frau Minister Dr. Firnberg zu bescheinigen, daß sie auf diesem Gebiet forschungsmäßig einen Schwerpunkt gesetzt hat. Es gibt da Aktivitäten, die wir Freiheitlichen umsomehr begrüßen, als wir ja die ersten waren, die in diesem Haus über die Notwendigkeit, sich der Erforschung der Sonnenenergienutzung zuzuwenden, gesprochen haben.

Es ist also auf diesem Gebiet forschungsmäßig tatsächlich Aktivität entfaltet worden. Ich stehe nicht an, das anzuerkennen. Aber – und das ist ein Punkt, der mich beim Budgetkapitel Handel – Energie sehr beschäftigen wird – es fehlt heute in Österreich immer noch die Querverbindung zwischen der bereits angelaufenen Sonnenenergieforschung auf der einen Seite und dem Einbinden der Ergebnisse aus dieser Forschung in die österreichische Energiepolitik selber. Hier schweigt die Sektion Energie im Handelsministerium, und hier findet sich noch keinerlei praktische Umsetzung, die heute sehr wohl mindestens in ihren Anfängen möglich wäre und längst sichtbar sein müßte.

Nur so viel zu diesem Thema, worüber noch ein anderes Mal ausführlich zu sprechen sein wird.

Wir leben heute in einer abklingenden Konjunktur, um nicht zu sagen, in dem Übergang in eine länger dauernde Stagnation, zumindest aber, bei vorsichtiger Abschätzung, in eine länger dauernde Wachstumsabschwächung. Persönlich glaube ich allen jenen Analytikern, die sagen: Das ist zurückzuführen auf große Strukturveränderungen im weltwirtschaftlichen Gefüge und im Hinblick darauf auf zweifellos vorhandene Strukturschwächen in der österreichischen Wirtschaft.

Wie kann man dem begegnen?

Da gibt es ein neues großes Zauberwort, das von allen Seiten ausgesprochen wird. Es ist die Rede von der Innovation. Wir müssen Neuerungen durchführen, wir müssen zu neuen Ufern durchbrechen.

Die Innovation ist ganz sicher einer jener Schlüssel, die, wenn sie richtig gesteckt werden, geeignet sind, das Schloß aufzusperren, hinter dem die Lösungen für unsere wirtschaftlichen Probleme liegen.

Wie dramatisch und keineswegs günstig für

Dr. Stix

Österreich es auf diesem Gebiet aussieht, mag nur eine einzige Feststellung beleuchten, die Feststellung nämlich, daß von allen Patentanmeldungen in Österreich rund drei Viertel von Ausländern vorgenommen werden.

Innovation. Das große Zauberwort. Es wird auch von den Sozialpartnern, von beiden Seiten, immer mehr in den Vordergrund geschoben.

Wenn ich mir die Zeitschrift „Die Industrie“ anschau, dann finde ich im Heft Nummer 45 vom 11. November 1977 einen längeren und sehr guten Artikel zum Thema Innovation. Ich will nur einiges daraus zitieren, um dann daran anknüpfend die Probleme weiter zu verfolgen.

Es steht hier drin, daß die Innovation „vielmehr das ihr gemäße Klima“ erfordere. Dieses Klima ist in Österreich nicht vorhanden. Es gibt lediglich Teilbereiche, von denen man sagen kann: Dort ist man innovationsfreudig. – In weiten Bereichen ist es leider tatsächlich nicht der Fall. Es muß in diesem Zusammenhang aber auch gesagt werden: Wie soll in einem Land Innovationsfreudigkeit entstehen bei einer Finanz- und Steuerpolitik, wie sie uns diese Regierung beschert!

Aber zurück zum Zauberwort „Innovation“. In „Der Industrie“ – ich meine die eben zitierte Zeitschrift – ist davon die Rede, daß es auf Schwerpunktbildung ankommt. Es heißt darin wörtlich:

„Es ist anzunehmen, daß sich reiche Möglichkeiten auf folgenden Gebieten ergeben werden: Entlastung der Umwelt, Freizeitindustrien ..., energiesparende Verfahren, Problemlösungen für öffentliche Dienstleistungen (Volks Gesundheit, Verkehr, Bildungswesen), medizinische Technik und ähnliches.“

Das sind Aussagen zum Inhalt einer innovatorischen Tätigkeit. Aber dann kommt schon gleich jene Klage, die uns noch weiter beschäftigen wird müssen. Es wird nämlich auf organisatorische Probleme hingewiesen. Da heißt es, wiederum wörtlich:

„Ohne Zweifel wertvoll wäre die Schaffung eines Kontakt- und Beratungsgremiums zu den Universitäten und zur Wissenschaft, das die Industriellenvereinigung in einschlägigen Fragen beraten und die wechselseitigen Beziehungen zwischen den hohen Schulen und der Industrie ausgestalten könnte.“

Richtige Aussagen von Seiten der Industrie, die ernstgenommen werden müssen. Aber genauso ernstgenommen müssen fast gleichlautende Aussagen werden, die von der anderen Sozialpartnerseite kommen, und ich darf einige Zitate aus einem jüngst in „arbeit & wirtschaft“ erschienenen Artikel bringen. Auch hier geht es

wieder um das Zauberwort „Innovation“, heißt es doch gleich am Anfang wörtlich:

„In der gegenwärtigen Diskussion um die notwendigen Strukturveränderungen in der österreichischen Wirtschaft spielt die Frage der Innovation eine besonders große Rolle.“

Und auch hier wird zum Inhalt von Seiten der Arbeiterkammer etwas ausgesagt. In der Zusammenfassung lautet die vielleicht dichteste Aussage wörtlich:

„So erscheint es unabdingbar, ein Technologiekonzept zu erstellen, das jene Sektoren aufzeigt, in denen Österreich konkurrenzfähig werden beziehungsweise bleiben kann.“

Dann folgt aber auch hier in diesem Organ der Arbeitnehmerseite ganz ähnlich wie im Organ der Industrie die Klage über fehlende organisatorische Voraussetzungen. Es ist hier die Rede von der Diskussion um die Neuordnung der Forschungsorganisation. Es ist hier die Rede davon, daß bei der Förderung etwa der Forschung im gewerblichen Bereich diese Förderung oft „auf Grund ‚negativer Kompetenzkonflikte‘“ einfach nicht zustande kommt. Und es sind der weiteren Vorhaltungen mehr.

Beides, sowohl die Klage von Seiten der Industrie wie auch die Klage von Seiten der Arbeiterkammer, unterstreicht doch nur eindringlich, wie sehr unsere freiheitliche Forderung berechtigt ist, die da lautete: Österreich braucht dringend neue Rechtsgrundlagen für seine Forschungsorganisation!

Es ist das ein Kapitel, dem die Frau Bundesminister Dr. Firnberg durchaus ihre Aufmerksamkeit widmet. Aber meines Erachtens gehen wir in dieser Angelegenheit viel zu langsam vor.

Ich weiß, ein Forschungsorganisationsgesetz ist nicht etwas, was man aus dem Ärmel schütteln kann, geht es doch letztlich um die Frage: Wie organisiere ich das Unvorhersehbare? – Es steht aber dessenungeachtet außer Frage, daß wir unsere gesamte Forschungstätigkeit organisatorisch auf eine neue Rechtsgrundlage stellen müssen.

Wenn ich mir etwa den „bericht 1976 der bundesregierung an den nationalrat gemäß ... des forschungsförderungsgesetzes“ hernehme, dann finde ich darin einen ausdrücklichen Hinweis auf die Regierungserklärung 1975, in der es heißt:

„Eine Neuordnung der Forschungsorganisation ist notwendig. In diesem Zusammenhang wird auch eine Novellierung des Forschungsförderungsgesetzes und eine Kompilation und Neuordnung der Rechtsgrundlagen für die

Dr. Stix

Akademie der Wissenschaften vorzusehen sein.“
– Richtig. Eine Absichtserklärung aus dem Jahr 1975.

Tatsächlich sind wir aber bis heute über die ersten Schritte trotz offenbar guten Willens der Frau Bundesminister nicht hinausgekommen. Wir hängen noch immer bei dem erstellten Problemerkatalog, und es gibt bis heute vom Ministerium keinen Begutachtungsentwurf für ein derartiges Forschungsorganisationsgesetz.

Ganz selbstverständlich eine Aufgabe der Opposition, auf derartige Schwachstellen hinzuweisen! Wir glauben, daß nicht mehr Zeit verstreichen darf, daß schon zu viel Zeit verstrichen ist, um ein solches Forschungsorganisationsgesetz endlich Wirklichkeit werden zu lassen. Unsere Wirtschaft ganz allgemein, aber auch andere gesellschaftliche Probleme in unserem Lande zeigen doch zwingend, daß genau aus jenem Bereich die Abhilfe und die Hilfe für die Lösung dieser vielen Probleme kommen kann, der eben einer Sanierung durch ein solches Forschungsorganisationsgesetz bedürfte.

Wir Freiheitlichen haben von Anfang an nicht nur diese Forderung erhoben, sondern wir waren auch bereit, konstruktiv mitzuarbeiten. Wir haben in verschiedenen Gremien mitgewirkt, wir haben im Rahmen des freiheitlichen Bildungswerkes eine eigene Enquete zur Forschungspolitik durchgeführt. Umsomehr bedauern wir, daß alle diese Aktivitäten über ein bescheidenes Anfangsstadium noch nicht hinausgediehen sind, und ich appelliere an Sie, Frau Bundesminister Dr. Firnberg, hinter dieses so notwendige Vorhaben nun doch etwas mehr Dampf zu setzen.

Eine richtige Forschungsorganisation könnte uns auch helfen, ein anderes Problem zu lösen und in den Griff zu bekommen, das uns sehr beschäftigt. Es hat heute schon mein Kollege Dr. Frischenschlager auf die enorme Zunahme von Assistenten, auch von habilitierten Assistenten hingewiesen. Angesichts der allgemeinen Entwicklung läßt sich sehr leicht an den zehn Fingern ablesen, daß diese große Anzahl qualifizierter junger Wissenschaftler die größten Probleme haben wird, überhaupt wissenschaftlich tätig bleiben zu können. An den Hochschulen jedenfalls – das läßt sich wohl quantitativ bereits zutreffend abschätzen – werden alle diese mit sehr viel Steuergeldern ausgebildeten und hochqualifizierten Leute auf die Dauer nicht wissenschaftlich arbeiten können.

Es ist daher auch die Aufgabe eines richtigen Forschungsorganisationsgesetzes, die Mobilität des wissenschaftlichen Personals zu ermöglichen. Mit anderen Worten, es ist Aufgabe eines

solchen FOG, sicherzustellen, daß wissenschaftliche Laufbahnen nicht nur universitär, sondern austauschbar auch außerhalb der Universität in Forschungsstellen möglich sind, daß es da einen reibungslosen Austausch, ja Wechsel, vielleicht sogar Hin- und Herwechsel geben kann, ohne daß dadurch Karrieren – ich meine wissenschaftliche Karrieren – abgeblockt, verhindert oder zerstört werden.

Es wird eine sehr wichtige Aufgabe der Bildungspolitik im weiteren Sinne, aber auch unserer Forschungspolitik im engeren Sinne sein, dieses ungeheure Gehirnkapital, das Österreich nicht nur besitzt, sondern auch mit enormem Steueraufwand ausbildet, dann letzten Endes sinnvoll zu nützen.

Ich bin überzeugt davon, daß uns dies nicht gelingen wird, wenn wir uns nicht eine neue Struktur im Bereich der Forschungsorganisation zulegen. Aber die Zeit drängt, wir haben in Österreich nicht mehr viel Zeit, sonst bekommen wir dann die richtige Lösung für die Forschungsorganisation, wenn uns die Probleme inzwischen längst über den Kopf gewachsen sind. Hier kommt es auch sehr darauf an, daß nicht nur das Richtige getan wird, sondern daß das Richtige auch rechtzeitig getan wird, Frau Bundesminister.

Einem Problem kommen wir nicht aus, es wurde heute schon mehrfach erwähnt, ich darf das daher nur ganz kurz machen, um noch einmal die Beweisführung, die hier dargetane, zu unterstreichen.

Die Explosion im Aufwand für Bildung und Forschung, die in den letzten Jahren stattgefunden hat, ist längst zum Stillstand gekommen, im Gegenteil, wir haben bereits so etwas wie eine Kontraktion. Das zeigt sich besonders deutlich, wenn man sich nur die Dotation der verschiedenen Fonds anschaut. Dabei ist es ganz gleich, ob Sie sich den Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung hernehmen, den Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft oder die Österreichische Akademie der Wissenschaften. Alle drei haben im Jahre 1978 weniger Mittel zur Verfügung, als sie im Jahr 1975 schon hatten. Das ist die klare Stagnation, von der lediglich das Boltzmann-Institut ausgenommen wurde, das im Jahr 1978 um etwa 6 Millionen mehr haben wird als im Jahr 1975. Aber ich räume ein, Frau Bundesminister, daß man hier nicht nur die Relativzahlen vergleichen darf, sondern daß man eben sehen muß, daß bisher in bezug auf die absoluten Ziffern das Boltzmann-Institut ja der am bescheidensten dotierte Bereich dieser vier Säulen der österreichischen Forschung ist.

Was tatsächlich notwendig wäre, das zeigt

Dr. Stix

ebenfalls Ihr Bericht, Frau Bundesminister, über die Situation der Forschung. Denn in diesem Bericht 1976 ist zu lesen, was die verschiedenen Forschungsinstitutionen erwarten. Der Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung sagt, er bräuchte 236 Millionen, er bekommt 144; der Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft sagt, er bräuchte 250 Millionen, er bekommt 170; die Österreichische Akademie der Wissenschaften sagt, sie bräuchte 110 Millionen, aber sie bekommt in Wirklichkeit nur 84 Millionen.

Es ist wiederum kein Wunder, daß angesichts der Wichtigkeit der Forschung eben im Hinblick auf das Zauberwort Innovation sowohl die Industrie wie auch die Arbeiterkammer, also beide, sagen, daß auf diesem Gebiet mehr getan werden muß.

Ich zitiere als Beleg nur den Schlußsatz aus dieser Veröffentlichung in „arbeit & wirtschaft“. Da heißt es schlicht und einfach: „Insgesamt gesehen wird jedoch eine Steigerung der entsprechenden Budgetansätze notwendig sein.“

Ich möchte das namens der Freiheitlichen ausdrücklich unterstreichen, denn die Innovation ist wirklich der Schlüssel zur Lösung jener Probleme, die uns unter den Fingernägeln brennen. Und man muß, wenn man Schwerpunktbildung überhaupt mit Sinn durchführen will, dann diese Schwerpunktbildung dort vornehmen, wo sie eben hilft, die Zukunftsprobleme zu lösen.

Ich möchte jetzt abschließend nur noch aus freiheitlicher Sicht ein Problem kurz diskutieren, das ebenfalls auftaucht im Zusammenhang mit der Debatte um ein Forschungsorganisationsgesetz. Da sich diese Debatte auf ein Gebiet bezieht, in welchem ganz offenbar ein enormer Verteilungskampf im Gange ist, nämlich ein Kampf um die Verteilung von Forschungsgeldern, von Förderungsmitteln, entsteht hier sehr leicht ein Mißverständnis. Das Mißverständnis kommt aus dem bisher als Interessensgegensatz Empfundenen: hier universitäre Forschung – dort außeruniversitäre Forschung.

Jedes Wachstum auf seiten der außeruniversitären Forschung nährt natürlich auf Universitätsseite den Verdacht, die Befürchtung, daß eine Degradierung der Hochschulen zu erwarten sei, daß die Hochschulen der Forschung immer mehr entkleidet und mehr und mehr dafür zu Fachschulen abgestempelt werden sollen.

Ich glaube, daß die Entwicklung nicht so sein darf, bin aber auch der Meinung, daß sie auch nicht so verlaufen muß, wenn man sich um ein richtiges Gleichgewicht zwischen universitärer und außeruniversitärer Forschung bemüht.

Ich möchte hier ebenfalls aus der Publikation Ihres Ministeriums, Frau Bundesminister, „Forschungstheorie, Forschungspraxis“ eine Stelle aus der Abhandlung von Professor Speiser zitieren:

„Es ist und bleibt eine feststehende Tatsache, die die drei Tätigkeiten des Lehrens, des Lernens und des Forschens unzertrennlich miteinander verknüpft sind. Diese Tatsache hat ihre Ursache in der menschlichen Natur und wird sich nicht ändern. Hervorragende Forscher haben das unstillbare Bedürfnis, ihr neu erarbeitetes Wissen an jüngere Kollegen weiterzugeben, und eine Umgebung, in der ihnen diese Möglichkeit fehlt, wird sie auf die Dauer nicht befriedigen. Umgekehrt wünscht der Lehrer, seinen Lehrstoff den neuesten Ergebnissen anzupassen; und um sich diese Kenntnisse zu erwerben, braucht er den Kontakt mit dem wissenschaftlichen Geschehen, der nur durch eigene, aktive Teilnahme erworben werden kann. Wollte man Lehre und Forschung in verschiedene, getrennte Institutionen verweisen, würde man die Lehranstalten zu reinen Fachschulen degradieren.“

Wir Freiheitlichen sind mit dieser Sicht der Probleme ganz einverstanden. Trotzdem erkennen aber auch wir die Notwendigkeit, daß es außerhalb der Universitäten ein breites Spektrum an außeruniversitärer Forschung, an derartigen Forschungseinrichtungen, aber auch an Auftragsforschung geben muß, denn – das wurde heute auch schon einmal gesagt – Wissenschaft ist nicht nur Selbstzweck, sie kann es sein, aber sie kann es dann nicht sein, wenn dafür Milliarden und Milliarden an Steuergeldern von einer Gesellschaft, von einer Wirtschaft, von einem Volk, das sich ohnedies einer Vielzahl ungelöster Probleme gegenüber sieht, aufgewendet werden.

Die Steuerzahler dürfen erwarten – mit Recht können sie das tun –, daß die Wissenschaft hilft, ihre Probleme zu lösen. Daher bedarf es neben der universitären Forschung auch einer fundiert ausgebauten außeruniversitären Forschung und Auftragsforschung.

Damit aber für beide jenes harmonische Gleichgewicht hergestellt werden kann, das auf der einen Seite die Verschleuderung von Steuermitteln verhindert, auf der anderen Seite aber jenes Klima der Kreativität, jenes von den Sozialpartnern eingemahnte Klima der Innovation bewirkt, verlangen wir Freiheitlichen, daß es raschestmöglich zur Schaffung eines guten Forschungsorganisationsgesetzes kommt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Bundesminister Dr. Hertha Firnberg. Ich erteile es ihr.

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. Hertha **Firnberg**: Herr Präsident! Hohes Haus! Die Sprecher der Regierungspartei, insbesondere der Herr Abgeordnete Radinger und der Herr Abgeordnete Wille, haben ja bereits den Nachweis erbracht, daß es keine Kürzungen und keine Stagnation im Budget des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung, weder bei den Hochschulen noch bei der Forschung, gibt.

Ich möchte dem Herrn Abgeordneten Frischenschlager, dem ich für seine Kooperationsbereitschaft bestens danke, noch ausdrücklich sagen: 10 Prozent Erhöhung des Wissenschaftsbudgets und des Hochschulbudgets bedeuten eine Expansion des Budgets! Wir haben im übrigen mit einem Anteil von 2,82 Prozent am Gesamtbudget trotz Sparbudget den Anteil am Gesamtbudget und am Bruttonationalprodukt halten können; durchaus zum Unterschied von anderen Ländern, auch gegenüber dem vom Herrn Abgeordneten Dr. Busek angezogenen Budget des entsprechenden Ministeriums in der Bundesrepublik Deutschland, das den Anteil am Budget nicht halten konnte.

Wenn wir eine etwas längerfristige Betrachtung der Entwicklung des Wissenschaftsbudgets anstellen, dann zeigt sich ganz eindeutig die Priorität, die Wissenschaft und Forschung innerhalb der einzelnen Bereiche zugemittelt ist, und zwar an dem überdurchschnittlichen Wachstum der Hochschulausgaben und der Wissenschaftsausgaben im Zeitraum von 1970 bis 1978. Ich darf wiederholen, daß sich in dieser Zeit die Ausgaben für unsere Hochschulen von 2,3 Milliarden auf 7,3 Milliarden erhöht haben, das bedeutet mehr als eine Verdreifachung, eine Zahl, die zweifellos die Priorität von Wissenschaft und Forschung betonen kann!

Ich möchte dem Herrn Abgeordneten Dr. Busek – er ist leider nicht hier; vielleicht teilt ihm das dann jemand mit – noch sagen, daß alle Deutungen und alle Kurvenumstellungen diese Zahlen nicht widerlegen können, daß vor allem aber die Fakten nicht widerlegt werden können. Es stehen eben in unserem Lande die Hochschulbauten, die apparative Ausstattung, die wesentlich verbessert ist. Wir haben mehr Personal. Es ist ja heute mehrfach betont worden, daß die Zahl der Assistenten und die der Professoren gewaltig gewachsen sind. Das sind eben Fakten! Die Expansion von Wissenschaft und Forschung und der Universitäten ist unbestreitbar.

Die Universitäten werden auch durchaus

ausreichende Unterrichts-, Forschungs- und Betriebserfordernisse haben, sofern nach den Grundsätzen der Sparsamkeit und der Wirtschaftlichkeit vorgegangen wird. Es bedarf übrigens keiner besonderen Motivation zum Sparen; das möchte ich auch noch betonen. Hier müßte eigentlich der Gesetzauftrag völlig genügen.

Die Hochschulen und die Institute sind weder mittellos noch vom Ministerium abhängig. Die Autonomie durch Rahmenkredite ist durchaus gegeben. Die Mittel werden aber doch gelegentlich unrichtig verteilt oder zweckentfremdet verwendet.

Eine Gebarungsüberprüfung der Universität Wien, Ende Oktober 1977, hat zum Beispiel ergeben, daß doch unverbrauchte Dotationsmittel in gar nicht kleinem Maße gehortet werden, daß in einzelnen Instituten Beträge bis zum Dreißigfachen des Monatsbezuges vorliegen. Bei einer Monatsdotation von zum Beispiel 29 976 Schilling betrug der Saldo der Instituts-gelder 394 800 Schilling, bei einem zweiten 340 000 Schilling, bei einem Institut mit einer Dotation von 8 540 Schilling war der Saldo 244 600 Schilling. Mehr als sechs Monate der Dotation lagen in einer ganzen Reihe von Instituten unverbraucht auf Konto.

Nun gehört es zur Verwaltungsreform – auch das möchte ich dem Herrn Abgeordneten Frischenschlager sagen –, daß die Ausgaben der Zweckwidmung entsprechend ausgegeben werden.

Herrn Dr. Busek möchte ich in diesem Zusammenhang sagen, daß er völlig recht hat, wenn er meint, daß beim Verwaltungsaufwand für Post, Heizung, Reinigung und so weiter nicht immer eine Übereinstimmung zwischen dem, was das Budget ausweist, und dem, was dann tatsächlich ausgegeben wird, besteht. Die Ansätze stimmen nicht. Das ist richtig. Aber unser Versuch, sie richtigzustellen, zielt eben darauf ab, das Budget so umzustellen, daß die Ansätze richtig veranschlagt werden, mit dem Erfolg, daß dann „arm, aber sauber“ das Schlagwort für die Universitäten war.

Richtige Verwendung der Mittel: Das ist das, was die Verwaltungsreform und die finanzielle Autonomie der Hochschulen tatsächlich charakterisieren kann. Aber diese Autonomie ist durch die Verpflichtung zur Budgetklarheit und zur Budgetwahrheit begrenzt.

Auch hier geschieht manches, was nicht ganz diesen Grundsätzen entspricht, etwa, wenn an einer Universität Repräsentationsausgaben unter „Unterrichtserfordernisse“ gebucht werden, und an einer anderen Universität – und das kommt sehr häufig vor – unter „Anlagen“

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

Unterrichtserfordernisse verbucht beziehungsweise angeschafft werden: Kühlzentrifugen, Tischrechner und so weiter. Es kommen ganz merkwürdige Ausgabenposten vor, zum Beispiel Weckaufträge an das Telefon, die auch aus „Unterrichtserfordernisse“ bezahlt wurden.

Im großen und ganzen möchte ich sagen, daß große Anstrengungen die Entwicklung der Hochschulen und der Wissenschaft kennzeichnen und, wie ich meine, doch auch manche Erfolge; vielleicht der wichtigste – das sagt uns ein Blick über die Grenzen –: das Offenhalten der Universitäten, das Verhindern des Numerus clausus! Und ich bin einigermaßen verwundert, daß man sagt, es gibt einen stillen Numerus clausus, gleichzeitig aber sagt, daß die Studentenzahlen so ungeheuer wachsen, daß wir mit nichts durchkommen. Beides kann nicht stimmen! Es ist heute allgemeine Überzeugung – und ich darf sagen, ich bin sehr froh darüber, denn es war nicht immer so –, daß es eine richtige Politik war, mit allen Mitteln und allen Anstrengungen einen Numerus clausus an den österreichischen Hochschulen zu verhindern.

Ich glaube auch, daß wir beim Hochschulraum mehr getan haben als jemals zuvor. Es ist in diesen wenigen Jahren ein Zuwachs von 200 000 m² Hochschulraum zu verzeichnen, eine Fülle von Gebäuden, ein Zuwachs von 50 Prozent; es wurde noch nie so viel gebaut wie heute. Wir haben ein Hochschulbauvolumen von 5 Milliarden Schilling in Bau und 3 Milliarden Schilling in Planung, die Liste der Bauten und die Zahl der Eröffnungen von neuen Bauten sind Zeugen für die Anstrengungen beim Hochschulbau! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Daran ändert auch nichts, daß manche Hörsäle kurzfristig überbesetzt sind. Ich gebe gerne zu, daß keineswegs alles so ist, wie es sein sollte, aber so dramatisch und so vorausschaubar ist diese Überfülle auch nicht. Denn gerade bei den Juristen, wo bisher nachweislich am Anfang des Semesters nur 10 Prozent der inskribierten Hörer und am Ende des Semesters 5 Prozent der inskribierten Hörer die Vorlesung besuchen, jetzt eine plötzliche Überfüllung zu finden, ist ein wenig erstaunlich. Aber bei all dem: ja weiß man denn in Wien nicht, daß wir an einem Juristengebäude bauen? Die Juristentürme wachsen ja sozusagen schon in den Himmel. Es kann nicht schneller fertiggestellt werden, und es werden sich unsere Studenten, unsere Juristen, die jetzt so eifrig die Vorlesungen besuchen, doch bis zu der Zeit gedulden müssen, bis zu der dieses Riesengebäude fertig sein wird. Dann werden noch mehr Juristen Platz finden, als jetzt die Vorlesungen besuchen, und ich darf vielleicht daran erinnern, daß wir in Wien das größte Hochschulbauvorhaben haben,

das es in Österreich je gegeben hat: das Hochschulzentrum Althanplatz; daß die Technische Universität vor neuen Bauten steht – auch im Bau –, daß das Allgemeine Krankenhaus schließlich auch die Universitätskliniken beherbergen wird und daß wir in der Sensengasse gleichfalls bauen, ganz abgesehen von den vielen Sanierungen, die in Wien vorgenommen wurden, von den Anmietungen und von den Häuserkäufen, die auch getätigt worden sind.

Ich darf dem Herrn Abgeordneten Frischenschlager noch sagen: Es ist bedauerlich, daß es in Salzburg noch nicht zum Hochschulbau gekommen ist, aber die Schuld liegt sicherlich nicht beim Ministerium. Die Schuld liegt bei den Salzburgern selbst, die auch heute noch nicht ganz so sicher sind, wie sie eigentlich diesen Hochschulbau wünschen. Wir werden also die weitere Entwicklung abwarten müssen, ehe wir eine Aussage machen können, wie wir die Hochschulfrage in Salzburg endgültig lösen können.

Ich gebe Ihnen völlig recht, daß heute in der Hochschulpolitik eine gewisse Änderung eingetreten ist, nämlich daß keine Hochschulneugründungen stattfinden, sondern daß wir die neugegründeten konsolidieren werden. Ich habe das mehrfach schon betont, aber das heißt nicht auch, daß wir nicht weiterentwickeln.

Und der Fall Universität Linz – Studienrichtung Chemie, den Sie, Herr Abgeordneter Frischenschlager angeführt haben, ist kein richtiges Beispiel dafür, weil in Linz beim Chemiestudium keine Duplikation schon vorhandener Studien, wie sie etwa an den technischen Universitäten oder in der Universität Wien durchgeführt werden, angeboten wird, sondern ein ganz neues Studium, nämlich das Chemie-Wirtschaftsingenieur-Studium, das von vielen Seiten gewünscht wird, insbesondere auch von der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, eine Berufsausbildung, die naturwissenschaftliche und wirtschaftswissenschaftliche Ausbildung vereinigt und ein dringendes Erfordernis ist.

Nun ein paar Worte noch zur Frage Sozialaufwendungen für Studierende, die ja heute mehrfach angezogen worden ist. Es ist hier genauso wie bei den anderen Fragen. Wir haben eine ungeheure Steigerung, natürlich zuerst für die sozial und wirtschaftlich Schwachen gedacht, und man soll nicht übersehen, daß ein Großteil unserer Studierenden ja aus sozial gut situierten Familien stammt. Ich sehe das am besten beim sogenannten „Härtefonds“, also bei dem Fonds für außerordentliche Studienunterstützungen. Neben echten Notlagen kommen hier schon sehr merkwürdige Illustrationen von

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

dem vor, was manchmal als Notlage angesehen wird.

Die Sozialaufwendungen sind von 160 Millionen Schilling im Jahr 1970 auf 390 Millionen Schilling im Jahr 1978 angestiegen, wenn wir die Freifahrten und den Hochschultaxenentfall noch dazurechnen, auf 870 Millionen Schilling, und unter Einrechnung der Familienbeihilfen, die ja auch noch für unverheiratete, unter 27jährige Studierende bezahlt werden, dann kommen wir auf weit über eine Milliarde Schilling Sozialaufwendungen. Ich glaube nicht, daß man bei diesen Tatsachen von einem Sozialstopp reden kann! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es sind die Stipendien heuer von 3 000 auf 3 500 beziehungsweise bei verheirateten Studierenden auf 3 900 Schilling als Maximum angehoben worden, und dazu kommt die Freifahrt und immerhin eine wesentlich verbesserte Mensenausstattung mit einem Sozialmenü, das durchaus angänglich ist. Ich bin auch der Überzeugung, daß manch andere Kreise arbeitender Menschen mit dieser Situation und mit dieser Soziallage nicht unzufrieden wären. Das sollte man auch dabei bedenken.

Die Studienförderung ist von 290 Millionen Schilling auf 296 Millionen Schilling angehoben worden, die Sozialversicherung für Studenten – und das betrifft immerhin 10 000 Studenten, die bisher nicht versichert waren – von 6,5 Millionen auf 8,5 Millionen Schilling im kommenden Jahr, Stipendien für Graduierte – eine sehr wichtige Post, weil hier auch die Nachwuchsförderung mitspielt – von 3,2 Millionen Schilling im Jahre 1977 auf 6,7 Millionen Schilling im Jahre 1978, also verdoppelt. Die Ausgaben für Studentenheime und Mensen sind mit 73 Millionen Schilling gegenüber 27 Millionen Schilling im Jahr 1970 veranschlagt. Es sind zwar nominell 5 Millionen Schilling weniger für Studentenheime als im Vorjahr vorgesehen, das wird aber ausgeglichen – das habe ich den Studierenden auch mitgeteilt – durch die Tatsache, daß wir bei den Posten für die Förderung von Studentenheimen und Mensen, die ja getrennt, aber revirementfähig sind, diesmal dadurch eine Einsparung erzielen, daß die geplanten Aufwendungen für eine Mensa in Klagenfurt nicht gebraucht und daher den Heimen zugeschlagen werden können. Es ist also für die Studierenden eine Erhöhung in allen Sparten vorgesehen und keine Verringerung, und es besteht kein Grund und kein Anlaß zu einer Beschwerde, daß für die Studenten das kommende Budget zu wenig oder weniger vorsieht, im Gegenteil. Der Staat Österreich macht gegenwärtig für seine Studenten so viel wie nie zuvor. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nun ein paar Worte zur Forschung: Ein Teil

der Fragen, die der Herr Abgeordnete Dr. Busek hier gestellt hat, wurden ja vom Herrn Abgeordneten Wille bereits beantwortet. Ich will noch einiges hinzufügen: Die Forschung hat eine außerordentlich kräftige Entwicklung genommen. Im Fünfjahresschnitt 1966 bis 1970 – und man muß das etwas längerfristig ansehen – sind die Aufwendungen des Bundes in der Höhe von 5,3 Milliarden, im Fünfjahresschnitt 1974 bis 1978 auf 18 Milliarden Schilling angewachsen. Ich glaube nicht, daß irgend jemand bezweifeln kann, daß dies eine beachtliche Verstärkung und Förderung der Forschung bedeutet. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Was soll also eine Kurvendarstellung, die die Steigerung etwas geringer darstellt, wie der Herr Abgeordnete Dr. Busek es getan hat? Das sind unbestreitbare und unbezweifelbare Ziffern. Man kann uns nicht vergleichen mit der Bundesrepublik und dem „Matthöfer-Ministerium“. Das „Matthöfer-Ministerium“ ist ein Ministerium für Forschung und Technologie, ohne Universitäten. Es erfüllt zum Teil die Aufgaben, die bei uns die Fonds, das Bautenministerium mit seinem Forschungsfonds, oder das Handelsministerium erfüllen. Es fördert auch Technologien. Das kann man nicht vergleichen mit einem Ministerium wie dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, das technologische Förderungen nicht zur Aufgabe hat.

Nicht jede Art von Forschung, meine Damen und Herren, ist Investition in der Zukunft. Wenn man an Wirtschaftsförderung, an Wachstumspritzen denkt, wie immer wieder gesagt wird, dann ist eine sehr strenge Selektion für jene Forschungsvorhaben notwendig, die gefördert werden sollen. Im Ministerium wurden sehr starke und deutliche Akzente gesetzt, die Förderungspriorität geht nach erarbeiteten Konzepten vor und ist direkt bestimmt, Wirtschaftsförderung und Innovationsförderung zu betreiben. Daher die Verstärkung der Auftragsforschung.

Wir haben im Jahre 1978 einen eigenen Budgetansatz für Energieforschung, eine beträchtliche Aufstockung für diese Förderungs-posten. Damit soll ermöglicht werden, und zwar dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, gezielte Forschungsvorhaben auf dem Gebiete der Energieforschung und der Rohstoffforschung in Auftrag zu geben. Es handelt sich dabei vor allem um Forschungsvorhaben, die auf Grund ihres großen Risikos oder weil sie vorwiegend im öffentlichen Interesse liegen, primär von der Industrie oder von Forschungsinstituten nicht aufgegriffen werden, sehr wesentlich die Erfüllung einer zielführenden Energieforschungsstrategie beeinflussen.

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

Es können nur auf diese Weise – durch Forschung auf Auftrag und nicht durch Forschung auf Antrag – die gesteckten Ziele erreicht werden, wobei ich noch hinzufügen muß, daß selbstverständlich die Förderung von Forschungsprojekten durch die beiden Forschungsförderungsfonds von großer Wichtigkeit bleiben.

Herr Abgeordneter Dr. Busek hat sich ein wenig über manche Ausführungen, Projekte und Konzepte lustig gemacht, zur Solarenergie etwa. Er hat gemeint, es klingt ein wenig nach Jules Verne. Vielleicht darf ich dazu sagen: Jules Verne war der, der den Flug zum Mond vorausgesagt und in einer Utopie geschildert hat. Der Glaube an die Forschung ist genau genommen dadurch bestätigt worden.

Wir haben alle diese Konzepte, nach denen jetzt sehr gezielt Forschungsförderung betrieben wird, gemeinsam zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung erarbeitet. Es gibt erstmalig eine wirklich systematische Kooperation mit der Wirtschaft. Ich erinnere nur etwa daran, daß es zum ersten Mal gelungen ist, Wirtschaft und Wissenschaft im Spacelab-Projekt zu vereinigen. Eine Reihe von Impulsen für Innovationen über Auftragsforschung oder Forschungsprojekte wurde gegeben. Durch internationale Mitwirkung oder durch bilaterale Kooperationen wurden Beispiele solcher Kooperation zwischen Industrie und Wissenschaft unter Verwaltung des Ministeriums gegeben.

Ich darf nur einige wenige aufzählen: Zum Beispiel ein Projekt Werkstoffe für supraleitende elektrische Maschinen in Zusammenarbeit der Technischen Universität Wien mit vier verschiedenen Industrieunternehmen Österreichs, es gibt eine gemeinsame Finanzierung durch das Ministerium und durch den Forschungsfonds der gewerblichen Wirtschaft.

Es wurde die Sonnenheizung für das Institut für Molekularbiologie der Akademie der Wissenschaften mit Firmen gemeinsam erarbeitet. Das österreichische 10-Kilowatt-Solarkraftwerk für die Entwicklungsländer wird gemeinsam von der Technischen Universität Wien und einer Reihe von österreichischen Firmen erarbeitet – auf Anregung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung.

Die Erprobung von konzentrierenden Sonnenkollektoren war eine Anregung, die von der Wissenschaft und vom Ministerium ausgegangen ist. Die Ausgestaltung einer Sonnenenergie-Demonstrationsanlage in Malta hat Firmen beschäftigt, hat österreichische Industriebetriebe beschäftigt.

Aus der allgemeinen Auftragsforschung

wurde ein Auftrag für Remote-Sensing-Anwendung in Österreich einer Firma übertragen.

Es gibt eine ganze Reihe von internationalen Kooperationsforschungen, zum Beispiel mit Saudi-Arabien auf dem Gebiet der Korrosionsforschung, Universitäten und Firmen in Österreich arbeiteten diesbezüglich zusammen.

Es besteht eine internationale Kooperation zwischen Österreich–Frankreich auf dem Gebiet der Metallurgie; beteiligt sind Universitäten und österreichische Betriebe.

Es ist also nicht so, daß das sozusagen ein „wissenschaftlicher Leerlauf“ ist, sondern hier sind sehr konkrete Impulse und Anregungen direkt ausgegangen von Auftragsforschungen und von Kooperationen.

Ich möchte dem Herrn Abgeordneten Stix noch sagen – der ja besonders an der Sonnenenergie interessiert ist, tatsächlich ist von ihm eine sehr starke Anregung ausgegangen auf diesem Gebiet –, daß wir in Zusammenarbeit mit dem Außenministerium die neu zu erbauende österreichische Botschaft in Senegal mit einer Solarausrüstung versehen werden, auch mit wissenschaftlichem Instrumentarium ausgestattet; die Industriebeteiligung österreichischer Firmen ist selbstverständlich gegeben, und wir hoffen sehr, daß damit auch ein Markt für österreichische Firmen eröffnet wird.

Wir haben in vielen Fällen versucht, die Verbindung zwischen Wirtschafts- und Gesellschaftsbereichen und der Wissenschaft zu beschleunigen und herzustellen. Ich möchte zum Beispiel daran erinnern, daß in Kürze ein Institut für Wildtierforschung gegründet werden wird, eine Kooperation zwischen den Interessenten, den Jägern und Instituten der Universitäten. Die Kooperation fehlt nicht, und sie soll durch das Forschungsorganisationsgesetz ja noch institutionell verankert werden.

Herr Abgeordneter Dr. Stix, es geht Ihnen die Erarbeitung eines Forschungs-Organisationsgesetzes zu langsam. Das mag sein, aber es ist für ein so schwieriges und wichtiges Gesetz, wie ein neues Gesetz für die Forschungsorganisation, die Diskussion mit allen Beteiligten nötig. Wir haben den Zeitplan, den wir von allem Anfang an erstellt haben, durchaus eingehalten: Beginnend im Jahr 1976 mit der großen Befragung von etwa 200 Experten und der Ausarbeitung dieser Befragungsergebnisse bis zur letzten Sitzung des Redaktionsbeirates, die vor wenigen Tagen stattfand.

Die weitere Vorgangsweise ist terminplanmäßig ganz genau aufgezeichnet. Es gibt Arbeiten, die eben leider nicht rascher beendet werden können, weil sie sehr kompliziert sind und weil

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

man die Diskussion mit allen Beteiligten eingehend pflegen muß. Ich glaube nicht, daß wir hier zu langsam vorgehen. Wir gehen nur mit der gebotenen Sorgfalt und Vorsicht vor.

Ich darf dem Herrn Abgeordneten Stix auch noch sagen, daß die Hochschulforschung den weitaus größten Teil der Forschungsmittel beansprucht, 67,5 Prozent, also fast drei Viertel der gesamten Bundesmittel für Forschung, wird von den Hochschulen beansprucht. Die Hochschulforschung liegt für das kommende Jahr um mehr als 10 Prozent über dem Stand von 1977, und die Mittel für die Hochschulforschung für 1978 betragen das 2,7fache des Jahres 1970.

Weil das Problem Boltzmann-Gesellschaft immer wieder angeschnitten wird – Herr Dr. Busek wie Herr Dr. Stix haben von der Boltzmann-Gesellschaft gesprochen –, so darf ich dazu einmal nichts anderes sagen als das, was uns der OECD-Beirat bei Prüfung der österreichischen Wissenschaftspolitik 1969 und 1970 in seinem Gutachten mitgegeben hat. Es schreiben dort die OECD-Prüfer: „Der Ausschluß der Ludwig Boltzmann-Gesellschaft von der staatlichen Förderung stellt, was immer die formellen Gründe für diese Entscheidung gewesen sein mögen, eine bedauerliche Situation dar, für die eine Lösung gefunden werden sollte.“

Meine Damen und Herren! Wir haben diese Lösung gefunden, wir haben wieder gutgemacht, was in der Zeit vorher schlecht gemacht wurde, wir haben dafür gesorgt, daß auch die Ludwig Boltzmann-Gesellschaft ihren Aufgaben nachkommen kann.

Und im übrigen, die Auftragsforschung ist nur ein winziger Bruchteil der Forschungsmittel, die in Österreich vom Bund zur Verfügung gestellt werden. Von den 4,2 Milliarden Schilling stehen unmittelbar disponibel für Bundesstellen 7,5 Prozent zur Verfügung, 316 Millionen Schilling.

Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung hat 60,6 Millionen Schilling disponibel, das sind 1,4 Prozent der ganzen Bundesmittel. Das steht zur Disposition, und ich glaube, es brauchen weder die Hochschulen noch andere Forschungsinstitutionen darüber beängstigt sein, daß ein zu großer Teil der Bundesmittel für die Forschung unmittelbar im Rahmen der Disposition des Ministeriums aufgewendet wird.

Nun noch ein paar Worte, auch an Herrn Dr. Busek gerichtet – der Kollege, der ihm berichten wird, wird eine Menge zu tun haben – betreffend die Pläne für ein Museum für moderne Kunst. Herr Dr. Busek sorgt sich um das „20er Haus“, um das Museum des 20. Jahrhunderts. Wer hat ihm gesagt, daß es gesperrt wird? – Niemand hat davon gesprochen, daß es gesperrt wird. Im

übrigen war das gegenwärtige Gebäude dieses Museums seinerzeit ein Pavillon für die Weltausstellung 1958 – nur für einen Sommer gedacht, der jetzt schon 20 Jahre lang währt. (Abg. Graf: *Ein schöner Sommer!*) Es ist dies kein schöner Sommer, sondern ein „österreichischer Sommer“.

Es gibt keine Alternative zwischen der Restaurierung der beiden großen Ringmuseen und dem „20er Haus“. Aber wenn es eine Alternative gäbe, soll man die Ringmuseen restaurieren oder das „20er Haus“ reparieren? – Da muß ich doch sagen, die großen österreichischen weltberühmten Museen, die zur weltberühmten Ringstraße gehören, der auch ein 20bändiges Werk gewidmet wird, waren und sind sehr gefährdet. Die Figuren und der Putz sind Sandstein, und es ist nichts, niemals seit sie erbaut wurden, etwas restauriert worden. Es war allerhöchste Zeit, hier etwas getan zu haben, und ich bin sehr dankbar, daß ich mit dem Bautenminister die Restaurierung der Fassaden dieser Museen verabreden und durchsetzen konnte.

Ich bin nicht so sicher, ob die Priorität, die Herr Dr. Busek hier gesetzt hat, nämlich daß man lieber das „20er Haus“ als die beiden großen Ringmuseen reparieren sollte, von der Mehrheit der Wiener und der Mehrheit der Österreicher gebilligt wird. (Abg. Graf: *Aber, Frau Minister, das hat er nicht gesagt! Er hat Ihnen die Entscheidung abverlangt!*) Er hat es schon gesagt. Was sollte dies sonst für eine Fragestellung gewesen sein? Die beiden Museen an der Ringstraße werden restauriert, das geschieht, aber es ist keine Alternative zur Reparatur des Museums des 20. Jahrhunderts.

Ich habe sehr viel Zustimmung und sehr viele Dankesbriefe dafür erhalten, daß diese „Pawlat-schen“, die den Eingang wirklich verzerrt und verstellt haben, von den großen Museen endlich weggekommen sind, und ich glaube, daß es durchaus im Sinne Österreichs und Wiens ist, wenn diese Arbeiten in Gang gesetzt wurden.

Nun zum Museum moderner Kunst. Daß wir ein solches brauchen, ist, glaube ich, unbenommen. Wien mit seinen großen Museen und herrlichen alten Beständen braucht zur Ergänzung ein Museum mit moderner Kunst. Bei Planungen sind Alternativen nötig. Man braucht Vorschläge und man muß die Realisierungsmöglichkeit prüfen. Es ist keine Entschlußlosigkeit, wenn man überlegt, ob der Messepalast oder das Palais Liechtenstein oder ein anderes Objekt in Betracht kommen könnten, sondern man muß alle Möglichkeiten prüfen. Das ist geschehen.

Eine grundsätzliche Prüfung hat die Eignung des Palais Liechtensteins ergeben, die Verhand-

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

lungen für die Anmietung dieses Objektes sind im Gange, dann erst – und nicht vorher – kann die Detailplanung einsetzen, zu der man den Gebäudfachmann braucht und nicht früher, ehe man weiß, ob das Objekt zur Verfügung steht. Dann braucht man den Gebäudfachmann, den Architekten, den Museumsexperten, und sie sind bereits bestellt.

Auch die Alternative eines Neubaus ist natürlich überlegt worden. Ich weiß nicht, woher der Herr Abgeordnete Dr. Busek die Idee nimmt, daß ich mit dem Bundeskanzler so selten übereinstimme. Es bestehen keinerlei Diskrepanzen. Sein Plan, ein Museum moderner Kunst auf der Donauinsel zu errichten, ist etwas durchaus Positives, nur ist er nicht rasch zu realisieren. Die Errichtung eines Museums für moderne Kunst drängt ein wenig.

Er ist vor allem nicht dort zu realisieren, wo der Herr Dr. Busek es vorschlägt, nämlich auf dem Areal des Museums des 20. Jahrhunderts im Schweitzer-Garten. Ich staune eigentlich, daß er als Wiener Stadtrat das nicht weiß. Der Baugrund, den er vorgeschlagen hat, ist auf Grund der Flächenwidmungsplanung nicht mit einem Zubau zu versehen. Es ist ein Zubau dort nicht möglich, weil die Verbauung von öffentlichen Parkflächen – und der Schweitzer-Garten ist dies – nicht gestattet ist; eine derartige Verbauung ist nach der Widmung als Grünfläche unzulässig. Er wird also, wenn er einen Neubau eines Museums, eines modernen Museums plant, anderswo planen müssen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Blenk.

Abgeordneter Dr. **Blenk** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Bundesminister! Ich habe nun schon einige längere Jahre das Vergnügen, Sie zu kennen, vor allem auch in Ihrer parlamentarischen Arbeit zu kennen. Ich gestehe Ihnen aber ganz offen, ich stehe immer wieder hilflos, ich möchte fast sagen, manchmal fassungslos, vor gewissen Haltungen, die wir im Disput, in der Diskussion mit politischen Widerparts erleben.

Ich habe schon einige Male, auch im Ausschuß, ähnliches gehört, wie Sie es heute eigentlich wieder gesagt haben, daß Sie nämlich sagen, was die Herren von der Opposition sagen, das ist alles sehr subjektiv, das ist alles sehr einseitig und jedenfalls falsch. Und wenn Sie dann berichten, dann kommt das Objektive.

Ich glaube, das ist einfach nicht richtig. Sie haben eine Einstellung zu den Diskussionspartnern und auch vor allem zum politischen Gegner, und ich würde hier noch konkret sagen

auch zum Parlament, Frau Bundesminister, der ich nicht folgen kann. Sie sagen zum Beispiel bei einigen Fragen, die der Abgeordnete Busek hier stellt als Abgeordneter an die Vertreterin der Regierungsvorlage, also der Exekutive, diese Fragen wurden schon von Herrn Wille oder von Herrn Radinger beantwortet.

Sie haben mir schon einige Male hier im Hause gesagt: Auf Ihre Antworten, auf Ihre Äußerungen, auf Ihre Vorbringen brauche ich nicht zu antworten, denn da hat schon irgendwer aus dem Plenum geantwortet.

Das ist doch keine Haltung, Frau Bundesminister, die Sie dem Parlament gegenüber als Vertreterin der Exekutive, der Verwaltung, also des Ressorts einnehmen können.

Zu dieser Objektivität muß ich Ihnen sagen, das ist halt leider so, wie wir das auch seit Jahren feststellen. Sie bringen hier Zahlen und behaupten – ich unterstelle nicht einmal in allen Fällen wider besseres Wissen, vielleicht meinen Sie das wirklich –, daß das nun die echten Zahlen seien. Daß Sie dabei immer die Dinge herausziehen, Frau Bundesminister, oder vielleicht herausgezogen bekommen, die gerade für den jeweiligen Fall passen, einmal die absoluten Werte, dann zum anderen einmal Statistik und dann wieder längerfristige, dann wieder kürzerfristige Vergleichsbereiche, das ist auch eine jener Praktiken, von denen wir glauben, daß sie einer wirklichen Erhellung der Materie nicht dienlich sind.

Ich habe hier von dieser Stelle aus, Frau Bundesminister, im Laufe von Jahren immer wieder auf die Entwicklung des Bildungsbudgets hingewiesen. Es haben einige Herren Kollegen, auch der Abgeordnete Stix, darauf verwiesen, es sei in den ersten Jahren der sozialistischen Regierung das ganze Bildungswesen explosionsartig nach oben gegangen.

Ich muß Ihnen sagen, das stimmt leider nicht, Frau Bundesminister. Ich gebe Ihnen jetzt einige Zahlen, und es würde mich sehr interessieren, wenn Sie mir hier – ich habe es seit Jahren getan, Sie haben es nie widerlegt, Sie werden es auch heute nicht tun – etwas dagegen sagen könnten.

Ich habe immer wieder auf das Bildungsbudget und die Entwicklung des Bildungsbudgets verwiesen und möchte Ihnen heute zum Beispiel neuerdings sagen, daß das Bildungsbudget, die Summe der beiden Budgets Unterricht und Wissenschaft und Forschung, in den Jahren 1966 bis 1970 jährlich um 0,4 Prozent im Anteil am Gesamtbudget gestiegen ist. Es war eine, wenn Sie wollen, relativ explosive Entwicklung, dann nämlich explosiv, wenn ich die Entwicklung seit 1970 damit vergleiche. Dort ist nämlich genau

Dr. Blenk

ein Drittel die Steigerungsquote, um 0,13 Prozent ist im Schnitt der letzten sieben Jahre dieses Bildungsbudget gestiegen.

Wenn Sie die Zahlen haben wollen, dann kann ich sie Ihnen geben. Die Prozentanteile dieses Budgets: in den ersten vier Jahren von 8,79 auf 10,42 Prozent und in den letzten sieben Jahren von 1971 bis 1978 von 10,70 auf 11,66 Prozent. Das sind ganz schlichte Rechnungen, die man natürlich auch anstellen muß, wenn man über die gesamte sogenannte Bildungsschwerpunktproblematik spricht.

Wenn ich das Budgetkapital Wissenschaft und Forschung hernehme – Sie lieben es ja, vom Jahr Null an, wie wir das heute schon mehrfach gehört haben, zu rechnen –, dann stellen wir zum Beispiel fest, daß die Entwicklung dieses Budgets knapp über dem Gesamtbudget lag, in den Jahren 1971 bis 1978 plus 178 Prozent, daß aber die Ausgaben für die Zentrale, also das, was wir unter dem Aufgabenbereich 43 oder 140 sehen, um 288 Prozent, also mehr als hundert Prozent mehr gestiegen sind und daß sogar die Personalausgaben für dieses zentrale Ministerialkapitel um sage und schreibe 354 Prozent gestiegen sind. Das sind nun die Schwerpunkte, Frau Bundesminister, die man nicht einfach so mit einer Pauschalsteigerungsquote umschreiben darf, sondern man muß doch in Gottes Namen einfach die Schwerpunktentwicklung darstellen.

Mir scheint das deswegen besonders interessant zu sein, weil, wie gesagt, im Jahre Null seinerzeit in diesem Hause die Diskussion über die Gründung Ihres Ministeriums abgeführt wurde. Der Herr Abgeordnete Kotzina hat es damals die „Lex Firnberg-Scrinzi“ genannt, weil Sie das damals mit einer sehr nachdrücklichen Geburtshilfe der FPÖ und vor allem ihres Sprechers Dr. Scrinzi gemacht haben. Damals haben Sie immer gesagt, wir werden kaum ein Mehrpersonal kriegen, wir werden uns quasi durch Zellteilung die Aufgaben teilen.

Ich habe nachgesehen, was Herr Dr. Scrinzi damals gemeint hat. Er hat gesagt, und das war die Bedingung, unter der er diesem Ressort zugestimmt hat: „Wir werden einige Beamte mehr haben müssen, und zwar besonders qualifizierte Leute aus der praktischen Forschung.“ Das klingt sehr gut, es klingt vor allem sehr gut, wenn man die weiteren historischen Hintergründe der damaligen Illusion etwas aufhellt.

Herr Dr. Scrinzi hat nämlich damals weiter gemeint, ein weiterer Vorteil dieses Ministeriums sei es – da möchte ich bitten, das einmal im Lichte der heutigen Situation zu sehen –, daß die Transparenz der österreichischen Wissen-

schaft in einem eigenen Ministerium sehr viel größer sei. Ich möchte fragen: Ist es mit dieser Transparenz, die wir dauernd versuchen aufzuhehlen, wirklich so gut geworden?

Heute meine ich, daß wir gerade im Bereich der Forschung genau das Gegenteil als Faktum vor uns haben, nämlich eine Aushöhlung der kontrollierten Forschung, also jener Institutionen, die wie die beiden Forschungsförderungsfonds, wie die Akademie der Wissenschaften tatsächlich eine entsprechende Forschungskontrolle vom Anfang bis zum Ende garantieren, daß an Stelle dessen eine ständige Verlagerung der Mittel etwa für die Forschung in den unmittelbaren ministeriellen Entscheidungsbereich hinein erfolgt, wo Forschungsziele und Forschungsprojekte, wie wir leider feststellen müssen, immer unübersichtlicher, immer intransparenter, immer unkoordinierter und teilweise, wie gerade die Vorlage dieser Auftragsforschungsberichte zeigt, willkürlicher werden.

Ich erinnere mich dabei an eine Liste, die wir bei der Diskussion des letzten Forschungsförderungsberichtes vorliegen hatten, an jene Liste von vergebenen Forschungsaufträgen, die als Anlage diesem Bericht beige-schlossen waren.

Frau Bundesminister! Das war, und darauf haben wir hingewiesen, eine unsystematische Aufzählung von subventionierten und dotierten Forschungsarbeiten, die meist ohne Ausschreibung und ohne Vorprüfungen und vor allem ohne Ergebniskontrollen abgerollt sind. Wir haben Sie gefragt: Was ist dabei herausgekommen, wie ist die Effizienz dieser Forschungen? Die Antwort war Null. Wir haben schriftlich nachgestoßen, die Antwort war Null.

Ich komme wieder zurück auf das Jahr Null. Damals hat der Herr Abgeordnete Scrinzi unter anderem auch gemeint, wir haben gefordert, daß außerbudgetäre Finanzierungswege beschränkt werden. Und auf einen Zwischenruf hat er gesagt, „das war eine der Bedingungen, die wir gestellt haben.“

Ich habe den Eindruck, daß Sie hier die Leichtgläubigkeit, die Ahnungslosigkeit, könnte man wohlwollend sagen, Ihrer damaligen Partner doch etwas mißbraucht haben. Denn nichts ist aus der außerbudgetären Finanzierung der Forschung geworden, ja schlecht, sehr schlecht steht es um die budgetäre.

Mir scheint, daß hinter all dem mehr und mehr unverhülltes Konzept steht, Frau Bundesminister. Ich habe schon darauf verwiesen bei dieser Verlagerung. Unter dem Vorwand der Schaffung neuer Forschungsschwerpunkte werden, wie ich schon gesagt habe, diese ganzen unmittelbaren, unkontrollierten Vergabebereiche der Ministerialbürokratie ständig ausgeweitet, ich wieder-

Dr. Blenk

hole es noch einmal: zu Lasten der dafür an sich zuständigen Forschungsinstitutionen, der Fonds. Jener Fonds, die Sie seit drei Jahren stagnieren lassen, Frau Bundesminister.

Im Ausschuß, als wir Sie darauf angesprochen hatten, haben Sie dazu etwas Bemerkenswertes gesagt. Heute wurde es hier schon gesagt: Real sind die Dotationen dieser entscheidendsten Forschungsförderungsbereiche in Österreich in den letzten drei Jahren um rund ein Viertel gesunken – um rund ein Viertel gesunken! Und Sie haben gesagt, das sei eben deswegen der Fall, weil diese Fonds gewisse schwarze Konten haben, aus denen sie sich dotieren könnten, das sei sowieso vom Finanzministerium gerügt worden.

Ich muß hier sagen: Entweder sind Sie wirklich nicht besser informiert gewesen, oder es war nur eine Antwort, mit der Sie sich, Frau Bundesminister, über die Hürden geholfen haben. Denn das stimmt einfach nicht. Fragen Sie einmal bei den Fonds nach, wie es aussieht.

Natürlich sind gelegentlich gewisse Monats- oder Halbmonatskontenbeträge noch nicht ganz ausgeschöpft worden, aber genauso oft wurden die Konten ja überzogen. Auch das wurde sehr nachdrücklich vom Finanzministerium kritisiert.

Eine Besprechung, die vor kurzer Zeit stattgefunden hat, hat letztlich alle diese Dinge sanktioniert. Das Finanzministerium hat zugegeben, daß Sie durchaus diese Überziehungen vornehmen können. Vielleicht wissen Sie es nicht, aber dieser Forschungsförderungsfonds etwa der gewerblichen Wirtschaft hatte oft und oft mangels Mittel – ich wiederhole: 25 Prozent realer Rückgang im Laufe der letzten drei Jahre – an Stelle von entsprechenden Direktförderungen nur Haftungsübernahmen vornehmen können.

Sie können nicht sagen, Frau Bundesminister, daß die Fonds schlecht wirtschaften. Denn ich glaube, Sie selbst haben bei jeder sich bietenden Gelegenheit die sinnhafte Verwaltung und die Nützlichkeit dieser Fonds unterstrichen. Die OECD hat, wie wir wissen, diese Fonds geradezu hochgelobt, hat gemeint, etwas Besseres an Forschungsförderungsinstrument gebe es in Europa kaum.

Und wahrhaftig, wenn ich den Blick über die Grenze tue, dann muß ich sagen, es stimmt sehr wohl. Denn wenn ich etwa schwedische Verhältnisse oder deutsche Verhältnisse ansehe – ich will Sie mit Zahlen jetzt nicht belasten, Hohes Haus –, dann muß ich sagen, daß unsere Verwaltung dieser Fonds ungeheuer effizient und sparsam ist.

Es ist überhaupt so, Frau Bundesminister, daß

die Struktur der Vergabe von der Selbstverwaltung weg in die Ministerialkompetenz oder Ministerialbürokratie in sehr breiten Bereichen offensichtlich weit größer ist, als wir es hier als schlichte, nur immer teilsinformierte und diffusinformierte Parlamentarier wissen.

Wenn ich richtig gelesen habe, dann ist vor kurzem einmal in einem Bericht gestanden, daß etwa im Jahre 1976 allein im Bereiche der öffentlichen, lies ministeriellen Auftragsforschung der verschiedenen Ressorts vom Bautenressort über das Handels-, Gesundheits- und so weiter -ressort bis zu Ihrem Wissenschaftsressort sage und schreibe 484 Millionen Schilling vergeben worden seien.

Ich möchte hier die Frage anknüpfen, die wir sehr oft schon gestellt haben: Wie sieht es denn angesichts dieser Situation mit der Ihnen laut Kompetenzgesetz überantworteten Koordinierungsfunktion aus?

Es bedeutet also eine ständige Aushöhlung der Fonds, eine Entwicklung weg von der seinerzeitigen und an sich gesetzlich fundierten Entwicklung in eine weitgehend bürokratische.

Die Folge davon ist, daß wir einen ständig wachsenden Bereich solcher Forschungsvorhaben haben, die keine formelle Prüfung, die keine transparente Vorprüfung, die keine Kontrolle des Fortgangs und vor allem keine Ergebnis- und keine Verwertungskontrolle haben. Das ist die Situation, Frau Bundesminister, im Forschungsbereich.

Ich komme nun zu den Hochschulen. Hier haben Sie immer, wenn man es hören wollte, Frau Bundesminister, mit dem Brustton der Überzeugung erklärt: Der Nachholbedarf im Hochschulbereich ist erfüllt, daher können wir – so meinten Sie und so müßte man schließen – uns praktisch auf der Stelle bewegen. Ein Auf-der-Stelle-Bewegen ist es ja, Frau Bundesminister. Es ist doch mehr – es ist ein Rückschreiten.

Ich frage mich nur, wenn Sie sagen, der Nachholbedarf ist erfüllt: Meinen Sie das wirklich, Frau Bundesminister? Meinen Sie das wirklich, denn ich habe echte Zweifel daran, daß Sie die Situation an den Hochschulen über mehr als den Schreibtisch kennen. Ich habe heute in der Zeitung gelesen, Frau Bundesminister, Sie haben es neuerlich abgelehnt, nach vier Jahren zum ersten Mal wieder einer Einladung der Hochschülerschaft zur unmittelbaren und persönlichen Besichtigung der Situation zu folgen. Sie haben gesagt, nein, das tun Sie nicht. Wenn die Meldungen stimmen, waren Sie das letzte Mal im Jahre 1973 auf Hochschulboden, es sei denn, Sie haben Dekorationen oder Auszeichnungen verliehen oder Festreden gehalten. Aber

7330

Nationalrat XIV. GP - 76. Sitzung - 7. Dezember 1977

Dr. Blenk

das ist doch nicht der Hochschulbetrieb, Frau Bundesminister.

Wir sagen seit Jahren, daß Sie Engpässe haben, daß Sie besser täten, wenn Sie diese Misere einmal zugeben. Im letzten, vorletzten Jahr haben wir gesagt: Wie können Sie sich vor den Finanzminister hinstellen und irgendwelche Forderungen bringen, wenn Sie immer erklären, wir sind ja sowieso hinreichend befriedigt?

9,3 Prozent macht heuer die nominelle Steigerung des Budgets aus. Wie schaut es aus? Ich habe vorher den siebenjährigen Zeitsprung erwähnt, wo wir eine ungeheuer starke, überdurchschnittliche Ausweitung der zentralen bürokratischen Ausgaben haben. Der Sachaufwand der Universitäten ist um 3,5 Prozent gestiegen. Das heißt de facto, er geht natürlich real gigantisch zurück. Der Personalaufwand ist um 16 Prozent und etliches gestiegen, aber wie wir auch wissen, vor allem wegen der entsprechenden Gehaltsentwicklungen. Aber die Zentrale wiederum, und das ist nun schon bemerkenswert, ist trotz dieses sogenannten Sparbudgets um 25 Prozent gestiegen.

Das sind die Werte, die wir betrachten müssen, wenn wir heute, Frau Bundesminister, Ihr Budget so loben lassen, wie Sie es durch Ihre Parteigenossen tun.

Sie haben weiter gesagt – das war im Ausschuß so –, es sei uns gelungen, die Inflationsrate bei den Sachaufwendungen abzufangen. Ich habe schon gesagt, mit 3,5 Prozent können Sie das nicht ernstlich meinen. Es sind Stimmen da mit einem gewissen realen Hintergrund, die meinen, daß durch dieses Budget, das Sie jetzt hier vorlegen und diskutieren, im nächsten Jahr höchstens noch 20 bis 30 Prozent der laufenden Betriebsmittel der ordentlichen Dotationen der Institute gedeckt werden können. Das heißt also: 70 bis 80 Prozent, rund drei Viertel der Sachmittel der Universitäten, werden künftighin – und auch das scheint eine Politik zu sein – der reinen Ministerialentscheidung vorbehalten sein.

Ich meine daher, daß die Finanzautonomie, die mit dem UOG den Universitäten so groß und so positiv vorgezeichnet wurde, tatsächlich ein Danaergeschenk, ich möchte sagen, sogar eine Farce war.

Die Raumnot an den Hochschulen, haben Sie vor kurzem übrigens gesagt, und das widerspricht eigentlich anderen Äußerungen, die Sie früher gemacht haben, sei derzeit lange nicht so groß, wie sie oft geschildert wird.

Frau Bundesminister, der Nachholbedarf ist also erfüllt, alles ist so gut, wie der Herr Wille gemeint hat, der beklagt hat, daß man hier nur

Negatives sage und nichts Positives. Ich habe in Ihrem Votum, Herr Wille, eigentlich lange darauf gewartet, auch einmal etwas Negatives als Ausgleich zu Ihrem Positivem zu hören. Aber Sie färben hier genauso rosa wie das Ministerium. Kein Wunder, von mir aus soll es Ihr legitimes Recht sein. Nur sage ich, muß man dann die Fakten auch so anhören wollen, wie sie tatsächlich sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und was Sie dann noch gesagt haben, Frau Bundesminister, ist für mich einfach ein Ausdruck einer nicht ganz ausgewachsenen, würde ich fast sagen, Haltung eines echten Nahverhältnisses zu den Bereichen, für die Sie verantwortlich sind. So sagen Sie zum Beispiel zunächst, die Raumnot sei nicht so groß, und dann sagen Sie weiter: Zu Semesterbeginn – und das haben Sie heute auch wieder gesagt – oder wenn Journalisten kommen, dann quillt ein Hörsaal über, und 14 Tage später ist er wieder halbvoll. Außerdem haben Sie gemeint – auch das ist eine eigenartige Haltung –, sei es gar kein Malheur, wenn die Studenten keinen regulären Sitzplatz hätten. Auch arbeitende Menschen – man höre und überlege einmal diese Argumentationsrichtung – müßten in der Straßenbahn stehen. Ich unterstelle, daß es stimmt, Frau Bundesminister. Ich kann nur sagen, mit dieser Aggressionshaltung, die Sie gegen alles haben, was Hochschule ist: gegen die Studenten, gegen die Professoren... *(Zwischenruf von Bundesminister Dr. Hertha Firnberg.)* Frau Bundesminister, ich komme noch drauf.

Es ist eine für mich unfassbare Tatsache, daß Sie zumindest seit etlichen Jahren mit allen Hochschulebenen in einem permanenten Kampf stehen. Ich weiß nicht, muß das sein? Ich glaube nicht. Es ist eine Frage der Gesprächsbereitschaft. Wenn Sie es so halten, wie Sie es letzthin im Ausschuß gehalten haben „was die sich herausnehmen,“ meinten Sie, weil ich mir erlaubt habe, einen Ihrer Konsulenten zurückzuweisen, weil er einem unserer Abgeordneten sagte: Da müssen Sie halt lernen, die Dinge im Zusammenhang zu sehen. Ich habe mir erlaubt zu sagen: Das ist eine seltsame Äußerung. Darauf haben Sie gesagt: Was die sich herausnehmen gegen meinen Konsulenten, den ich mir als Hausinformanten halte.

Frau Bundesminister! Das ist keine Haltung. Daher muß ich Ihnen sagen, mich wundert vieles von dem nicht, was sich an negativen Äußerungen gegen Sie in allen Ebenen der Hochschule ergibt. Denn es ist nicht nur eine Frage der zu schwachen Dotierung, gewisser einseitiger Dotierungen und so weiter, es ist auch eine Sache Ihrer persönlichen Haltung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Frau Bundesminister! Ich möchte hier einige

Dr. Blenk

Sachen erwähnen – Sie wissen ja, was sich alles getan hat; das sind alles die jüngsten Dinge – zur Untermauerung dessen, was ich meine: Firnberglehre, Gegenlehre, Universitäten, wir bauen für Studenten. Da haben Sie also diese Äußerungen gemacht.

Da steht eine Glosse in der „Presse“ vom 1. 12. „Raumnot – ja gibt es die?“ Ich möchte mir ersparen, die vorzutragen. Ich meine, das, was hier zu Ihrer ganzen Politik in einem Kommentar gesagt wird, ist für eine Dame – ich will das nicht vorlesen – nicht sehr schmeichelhaft.

Jedenfalls wird hier gesagt, Frau Bundesminister, daß Sie immer wieder dann, wenn die Dinge tatsächlich vor Ihnen stehen, mehr oder weniger gekonnt oder mehr oder weniger gewollt um die Dinge herumreden.

Der Vorsitzende der ÖH Wien – ich kenne den jungen Mann persönlich, und ich muß Ihnen sagen, er hat einen Umgangstil, der meiner Meinung nach in jeder Richtung akzeptabel und gediegen ist; aber manchmal scheint man die Leute zu provozieren – sagt in einem Presseartikel: „Sie weiß nicht mehr, worüber sie spricht.“ – Das war im Zusammenhang mit der von Ihnen heute kritisierten Diskussion über das Budget 1978. Dann hat er gemeint: „Sie spricht von einer Steigerung von 10 Prozent für die Universitäten und weiß vielleicht gar nicht, daß diese Vermehrung beim Personalaufwand nicht für neue Lehrkräfte, sondern zur Abgeltung der steigenden Gehälter gedacht ist. Sie weiß vielleicht gar nicht, daß die Steigerung beim Sachaufwand nicht einmal die Inflationsrate deckt.“ – Das war, was Sie richtig vermerkt haben, daß Juridikum und die Zoologie planmäßig wachsen, daß aber etwa die medizinischen Institute, die 1973 fertig sein hätten sollen, noch nicht einmal begonnen sind.

Sie haben, Frau Bundesminister, bis heute den langfristigen Entwicklungsplan für die Hochschulbauten, den Sie im Jahre 1971 vorgelegt haben, der damals schon überholt war, bis heute nicht neu aufgelegt. Es ist also hier offensichtlich nicht möglich – das deckt sich im übrigen mit der Praxis der ganzen Budgetpolitik –, hier längerfristig konzipiert zu denken. Ich sage noch einmal, Frau Bundesminister, alle universitären Ebenen sind im Grunde einmütig anderer Meinung als Sie.

„Uni Wien platzt aus den Nähten.“ „Rektor, Studenten einig: Qualitätsverlust droht.“ „Universitäten klagen.“ „Kurier“, „Wiener Zeitung“, „Presse“-Auszüge und so weiter.

Flugblätter der ÖH, der Österreichischen Hochschülerschaft, die Sie sicher kennen. „Die Universitäten aushungern.“ „Firnberg gibt uns zu wenig Geld ... für Universitätslehrer ... für

Studentenheime“, für Hochschulbauten und so weiter!

Das alles in den letzten zwei, drei Wochen.

„Vorlesung im Freien ... Unsere Hörsäle sind so überfüllt, daß Medizinstudenten um 6.30 Uhr um einen Sitzplatz kämpfen müssen. Jusstudenten, die sich für eine Vorlesung um 10 Uhr interessieren, um 7.30 Uhr kommen müssen. Englisch-Studenten“ in ÖH-Sitzungszimmern Platz finden, weil sie keinen Platz für ihre Sprachübungen haben.

Ich gehe davon aus, Frau Bundesminister, daß Sie diese ganzen Dokumentationen ja auch bekommen haben. Und das sind also keine vielleicht nur ad hoc auf Grund von journalistischen Ankündigungen gefüllten Lehrsäle, sondern in diesem konkreten Fall ist das zum Beispiel eine Vorlesung aus medizinischer Chemie, wo ich nicht annehme, daß Ihre ganzen Minimalisierungen tatsächlich zutreffen.

Frau Bundesminister! Ich komme noch zu diesem neuerdings herausgekommenen Exemplar der Hochschulzeitung: Diskussion um das Wissenschaftsbudget. Sie haben hier einen Einleitungsartikel geschrieben, in dem Sie natürlich alles das wieder so schön verbrämen, was wir ja gewohnt sind. Sie sind objektiv. Andere reden natürlich subjektiv. Es erscheint uns daher notwendig, nüchtern die Fakten darzulegen. Und wenn man dann die Zeitung weiter durchblättert, dann sehen wir, daß bis auf eine Ausnahme – und das ist der Herr Professor Novotny aus Linz, von dem wir heute schon gehört haben, daß er zu den wenigen Glücklichen gehört, die ein eigenes Ein-Mann-Institut bekommen haben –, nämlich bis auf Ausnahme dieses verständlicherweise sehr wohlwollenden Mannes praktisch alles nur kritisch und negativ lautet. Verdrängungseffekt durch Personalausgabenausweitung: Professor Andreae, Innsbruck; Professor Smekal, Innsbruck: Realer Rückgang der Ansätze: Die Sachausgaben weisen einen realen Rückgang der Ansätze aus; es fällt ins Gewicht, daß im kommenden Jahr ja gigantische Zugänge an Studierenden wieder zu verzeichnen sind. Herr Professor Komarek, der Rektor der Wiener Universität: Investieren in die Zukunft. Es ist schwer, in einer Zeit, in der der Zustrom so weiter ansteigt, ein stagnierendes Wissenschaftsbudget zu haben und mit ihm zufrieden zu sein.

Dann kommt ein Kommentar, Frau Bundesminister – auch das subsumiere ich, auch das unterstelle ich jener Aussage, daß Sie es eben offenbar nicht verstehen, mit den Leuten zu reden –: Stummer Rektor, guter Rektor. Was hat der Rektor Komarek gewagt? Es wurde heute schon gesagt, er hat es gewagt, die Ansätze

Dr. Blenk

dieses Budgets, die wir heute hier, ich möchte sagen, einfach zwangsläufig zerlegen müssen, diese Ansätze zu kritisieren. Daraufhin wurde ihm der bekannte Maulkorb umgehängt, er wurde verdächtigt, von Freundschaftsdiensten für Parteifreunde angefangen, bis zu Unzumutbarkeiten und Unzukömmlichkeiten wurde alles gesagt.

Und in dem Bericht, der von der Frau Dr. Rohrer hier als Gastkommentar niedergelegt wurde, steht zum Beispiel: „Ein stummer Rektor ist ein guter Rektor. Von der Umschichtung zugunsten der Bürokratie, der Reduzierung der von den Universitäten autonom zu verwaltenden Gelder wurde nicht gesprochen. Der erste spontane Versuch von Rektor Komarek wurde von Firnberg fernschriftlich in einem Lehrstück der Parteipolemik niedergeknüppelt.“

Frau Bundesminister! Ich sage jetzt nicht, daß man das nicht anders formulieren kann. Aber was ich meine, ist: Ist es tatsächlich notwendig, daß man im Grunde alle Ebenen der Hochschule permanent gegen sich hat? Ein erschreckendes Zeichen der derzeit herrschenden Intoleranz unpassenden Argumenten gegenüber, wird dann weiter gesagt.

Budgetärer Numerus clausus, schreibt der Vorsitzende der ÖH. (*Abg. Wille: Sind 10 Prozent Erhöhung eine Katastrophe?*) Pardon, ich glaube, Sie waren vorher nicht herinnen, Herr Wille, sonst hätten Sie vielleicht zugehört, aber Ihnen sage ich es noch einmal schnell, daß diese 10 Prozent eine rein formale Geschichte sind. Sie könnten auch sagen: Sind 25 Prozent eine Katastrophe, denn das ganze Kapitel 140, das ist die ganze zentrale ministeriale Bedarfsanstalt – pardon, ich möchte das jetzt nicht abwertend sagen, aber es ist immerhin interessant – wächst um 25 Prozent, während die ganzen Aufwendungen für die Hochschulen um sage und schreibe 3,5 Prozent steigen. Das ist doch ein Faktum! Ich bitte Sie, das wurde doch gar nicht bestritten. Lesen Sie im Arbeitsbehelf nach, dann sehen Sie, daß es da drinnen auch enthalten ist.

Es geht dann weiter. 1 985 Mehrbedarf von 900 Professoren und 3 260 Studenten. Frau Bundesminister! Ich meine nur, diese ganzen Dinge kann man nicht damit aus der Welt schaffen, daß man heute sagt: Schauen Sie, das Verhältnis Professoren – Studenten interessiert mich nicht. Es gibt soundso viele tausend Studenten, die nicht studieren gehen.

Natürlich, immer war das so. Aber ich kann nur die Entwicklung dieser Relation betrachten. Ich kann genauso wenig sagen: Ab dem Jahre 1985 werden wir vielleicht keinen Zuwachs mehr haben. Das sind immerhin noch acht Jahre,

Frau Bundesminister. Das ist nicht polemisiert, weil alles, was gegen die derzeitige Regierungsversion gesagt wird, polemisiert ist. Sie würden sagen, ich bringe die objektiven Fakten.

Frau Bundesminister! Ich nehme an, es wird noch jemand von Ihnen sprechen, dann soll er das widerlegen, was ich hier sage.

Ich komme zum Schluß, Hohes Haus. Ich möchte meinen, dieses Budget – das wurde heute schon hinreichend gesagt – ist in den Ansätzen weitgehend ungenügend. Es stimmt im großen Teil nicht. Es hat Verlagerungen aufzuweisen, die der ganzen Zukunft der Universität, der Autonomie der Universität, vor allem der Entwicklung der Universität in keiner Weise gerecht werden. Es ist weitgehend eine Aushungerung der Universitäts- und der sonstigen Forschungsbereiche. Es ist kein Sparbudget, Frau Bundesminister, weil dort gespart wird, wo nicht gespart werden dürfte. Ich meine vor allem den ganzen Hochschulsachanforderungsbereich, den ganzen Forschungsbereich. Es wird dort nicht gespart, wo es etwa um Probleme der zentralen ministeriellen Fragen geht. In diesen Bereichen wird nicht gespart.

Es ist ein Budget nicht nur der Stagnation, sondern des Rückschritts, es bedeutet eine Aushöhlung der Universitäten und der Forschung, und daher können wir diesem Budget, wie schon gesagt wurde, nicht zustimmen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Luptowits.

Abgeordneter **Luptowits** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Zuerst einmal eine Feststellung zu dem, was Kollege Blenk hier vom Rednerpult aus gesagt hat.

Es ist unfassbar, daß ein Redner, auch wenn er von der Opposition ist, der Frau Bundesminister Firnberg vorwirft, ein gespanntes Verhältnis zum Parlament zu haben, der Frau Bundesminister, die 150 Stunden lang geduldig über das UOG mit allen Parteien geredet, gesprochen und verhandelt hat. Ich glaube, den persönlichen, allzu persönlichen, zum Teil verletzenden Ton, den Kollege Blenk hier gegen die Frau Bundesminister angezogen hat, müssen wir strikte ablehnen. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Schauen Sie, meine Damen und Herren, ich werde dann noch einige andere Dinge auch noch sagen. Es hat zum Beispiel einen Fall gegeben, den der Professor Ermacora hier vorgetragen hat, daß es im Gebälk in irgendeinem Institut rieselt. Dann hat die Frau Bundesminister die Beamten beauftragt, diesen Dingen

Luptowits

nachzugehen. Was hat sich herausgestellt? (*Abg. Graf: Es rieselt nicht!*) In Wirklichkeit hat sich herausgestellt, daß es eben nicht rieselt, sondern daß hier bestimmte Dinge vorgenommen wurden, daß Regale gebaut wurden, die eine übermäßige Belastung bedeuteten, und dadurch natürlich gegen die Vorschrift gehandelt wurde. Aber hier der Frau Bundesminister vorzuwerfen, daß sie ihrer Sorgepflicht nicht nachkommt, meine Damen und Herren, das geht doch wohl ein bißchen zu weit.

Ich glaube, daß heute Kollege Busek dem Kollegen Radinger vorgeworfen hat, er hätte sich im Stil vergriffen. Meine Damen und Herren, wenn ich das, was Kollege Radinger heute hier gesagt hat, mit dem, was Kollege Blenk hier aufgeführt hat, vergleiche, dann muß ich sagen, man kann das überhaupt nicht vergleichen. (*Zustimmung bei der SPÖ. - Abg. Dr. Busek: Blechal!*)

Ja, Kollege Busek, wir werden ja noch darüber sprechen, denn ich glaube, daß ich immer eingetreten bin für eine faire, sachlich harte Auseinandersetzung. Ich war immer dafür, in jedem Wahlkampf und auch hier im Parlament. Aber das kann nicht... (*Abg. Graf: Was fair ist, bestimmt die Mehrheitspartei!*) Nein, Herr Kollege Graf! (*Abg. Graf: Natürlich!*) Nein, das stimmt nicht. Ich meine, Sie haben schon gemerkt, daß das bei mir und bei einem Großteil meiner Kollegen sicherlich nicht der Fall ist. (*Abg. Dr. Fischer: Wenn Sie wollen, daß wir es bestimmen, werden wir uns dieser Verantwortung nicht entziehen! - Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Ich muß auch sagen, Herr Kollege Glaser: Entgleisungen können manchmal in der Hitze des Gefechtes vorkommen, aber wenn sie bewußt die ganze Rede durchgezogen werden, wie es Kollege Blenk gemacht hat, dann muß ich das ablehnen. Dafür habe ich überhaupt kein Verständnis. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Es ist ja auch nicht das erste Mal, daß Kollege Blenk die Frau Bundesminister so angreift. Wir haben ja bereits die Methode kennengelernt, die von dieser Seite kommt.

Wir haben in den letzten Tagen und Wochen über die Nützlichkeit, über den Wert und Unwert des Vor-sich-hin-Theoretisierens, über Fragen des Wohls unserer Gemeinschaft, unseres Gemeinwesens diskutiert. Wir haben über Verdienste diskutiert. Und da erinnere ich mich, als hier das Streitgespräch sozusagen auf dem Höhepunkt war, an einen Literaturbrief, den Gotthold Ephraim Lessing gegenüber seinem Streitpartner Gottsched verwendet hat. Dieser Literaturbrief - es ist der siebzehnte - ist in die Literaturgeschichte eingegangen. Lessing beginnt dort mit einem sehr treffenden Satz. Er

sagt: Niemand wird bezweifeln wollen, daß sich Herr Gottsched große Verdienste um die deutsche Sprache erworben hat, aber - so setzt er dann fort - ich bin dieser Niemand, der dies eben bezweifelt.

Ich glaube, man kann das bei der ÖVP ungefähr auch so sagen. Wenn man die Verdienste der ÖVP in den letzten Wochen und Tagen prüfen sollte, dann müßte man sagen: Es gibt überhaupt keine Verdienste, die sich diese Partei hier erworben hat. (*Abg. Graf: Sie können ja unsere Verdienste gar nicht prüfen!*) Herr Kollege Graf, natürlich. Es ist halt... (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Graf. - Abg. Dr. Busek: Und das nennen Sie Stil?*) Na ja, Kollege Busek, von Ihnen kann ich noch viel, viel lernen, was den Stil betrifft. (*Rufe bei der ÖVP: Ja, sicher! Sicherlich!*) Ich glaube ja, aber im negativen Sinne natürlich, denn auf diese Ebene werde ich mich nie begeben, da können Sie sicher sein. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Natürlich ist es sehr schwer für eine Partei, die von einem Generalsekretär ins Trockendock beordert wird, dann aus diesem Trockendock hinausspoltert und hinausrollt (*Abg. Dr. Gruber: Das ist Ihr Stil!*) in die Rolle einer Neinsagerpartei, die zu allen Dingen nein sagt, und dann mit einem Kraftakt versucht, hinaufzuturnen, um zu sagen: Wir wissen alles besser. Schließlich und endlich landet sie wieder mit einem Generalsekretär, der in den letzten Tagen in der „Presse“ wörtlich sagte: „Ein bißl Don Quijote spielen schadet nichts“. (*Abg. Dr. Busek: Sie sinken auf das Niveau der „SK“ ab!*)

Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, wann der Kollege Lanner zuletzt den Don Quijote gelesen hat. Ich habe mir hier zwei Bilder, zwei Figuren des Don Quijote herausgesucht. Ich glaube, Kollege Lanner könnte sich bei diesen Bildern überlegen, welches ihm besser zusagt. (*Abg. Graf: Welches wäre Ihnen denn lieber? Machen Sie einen Vorschlag, Herr Luptowits!*)

Ja, Herr Kollege Graf, das überlasse ich Ihnen. Ich will keine Wertung durchführen, aber lassen Sie mich lesen. (*Abg. Dr. Busek: Das Aussuchen der Bilder, allein schon wie Sie es aussuchen, ist eine Wertung! Geben Sie es doch zu!*) Herr Kollege Busek, ich überlasse es Ihnen, dann noch andere Bilder zu Figuren zu finden. Ich habe ja die treffenden, die auf den Kollegen Lanner passen, ausgesucht. (*Ruf bei der ÖVP: Das entscheiden Sie? - Abg. Dr. Busek: Das kann Kollege Lanner nur entscheiden! - Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Es steht hier zum Beispiel:

„O beglückte Zeit! beglücktes Menschenalter,

Luptowits

in dem meine preisvollen Taten ans Licht treten werden, die verdienen, daß man sie in Erz gießt, in Marmor haut, und auf Tafeln zum Gedächtnis der künftigen Zeit malt!"

Soweit also Don Quijote. Aber es gibt noch ein anderes Bild, eine zweite Figur. (*Ruf bei der SPÖ: Den Sancho Pansa!*) Vielleicht paßt diese Figur besser zu dem, was Kollege Lanner hier gesagt hat. Und es heißt: Gib dich zur Ruhe, Freund Sancho, antwortete Don Quijote, das ist Kriegsglück, das am meisten von allen Dingen einem ewigen Wechsel unterworfen ist. (*Neuerliche Zwischenrufe bei der ÖVP. - Abg. Dr. Busek: Herr Kollege, werden Sie von Rosinante ... - Zwischenruf des Abg. Dr. Fischer.*)

Ich glaube, ich muß ein bisserl warten, bis es ruhiger ist, damit man das besser versteht. (*Abg. Graf: Aber lesen Sie weiter!*)

Don Quijote, in der Rechten die Lanze, sprengte mit Rosinante in vollem Galopp auf die vorderste Windmühle los. Er gab ihr einen Lanzenstich in den Flügel, den der Wind so heftig herumdrehte, daß die Lanze in Stücke sprang, Pferd und Reiter aber eine große Strecke über das Feld weggeschleudert wurden. - Soweit Don Quijote. (*Abg. Dr. Koren: Auf diese Art wird Cervantes wenigstens einmal gelesen! - Abg. Dr. Busek: Minister Sinowatz, Literaturförderung. Literaturpreis für Luptowits!*)

Nun, ich glaube, Herr Kollege Busek, Kollege Lanner hat ja noch etwas anderes gesagt. Er hat doch die Gabe der Prophetie entwickelt.

Er hat zum Beispiel in dem Interview in der „Presse“ gesagt: „Wie immer die Wahlen '79 ausgehen, wer immer die Partei danach führt ...“ Ist das schon eine Ankündigung, daß er dann selbst nicht mehr Generalsekretär ist, daß der Dr. Taus dann nicht mehr Parteiboss ist? Ich kann es mir schon vorstellen, daß es Sie natürlich nicht freut, wenn solche Dinge in der Zeitung stehen. Vielleicht hat der Kollege Lanner vergessen, daß die Druckerschwärze schon erfunden wurde, weil das nämlich festgehalten wird für alle Zeiten. Das kann man nicht wegdiskutieren und wegleugnen. (*Zustimmung bei der SPÖ. - Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr.*) Herr Kollege Zittmayr, ich werde Ihnen noch etwas sagen. (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Sie kennen sicherlich ... (*Abg. Dr. Zittmayr: Weil sonst machen wir keine Vereinbarung mehr mit euch!*)

Wenn Sie mich nicht unterbrechen, werde ich 20 Minuten reden. Wenn ich nicht fertig werde mit dem, was ich sagen will, werde ich abbrechen, das kann ich Ihnen versichern. (*Abg. Pansi: Busek: eine Stunde! - Abg. Graf: Blecha gestern! - Weitere Rufe bei der ÖVP:*

Blecha! - Abg. Dr. Gruber zu Abg. Pansi: Das war eine unsinnige Bemerkung!)

Meine Damen und Herren! Der große Philosoph - vielleicht können Sie jetzt ein bisschen zuhören, ich habe Ihnen ja auch allen zugehört - Karl Raimund Popper war mit 20 Jahren, zwischen 1920 und 1922, Lehrling bei einem Kunstschreiner in Wien namens Adalbert Pösch. Dieser Pösch - so erinnerte sich der große Philosoph - wußte Antwort auf die kniffligsten Fragen. Und er sagte dem Lehrling Popper: Da können Sie mich fragen, was Sie wollen, ich weiß alles.

So ähnlich kommt mir die ÖVP manchmal auch vor. Nur macht Popper den Kunstschreiner Pösch zu einem Schüler des Sokrates, der ja wußte, daß er nichts weiß. Aber anscheinend wissen das viele nicht, wie Sokrates eben gemeint hat. (*Abg. Graf: Ihre Vergleiche werden immer schlechter, von Minute zu Minute! Schrecklich!*) Herr Kollege Graf, ich überlasse es Ihnen, hier darüber zu urteilen, wie Sie wollen. Mein Geschmack und Ihr Geschmack sind Gott sei Dank nicht gleich.

Meine Damen und Herren, die Kulturpolitik, die wir hier in diesem Haus seit einigen Jahren vertreten, hat, glaube ich, ein Ziel. Ich will das Wesentliche noch einmal zusammenfassen. Für uns besteht nämlich ein inniger Zusammenhang zwischen Kulturpolitik, Ausbildungspolitik und Sozialpolitik. Ich vertrete die Meinung, daß jede Politik in Zukunft einen stärkeren kulturpolitischen Akzent bekommen soll. Die Gleichstellung - ähnlich wie in der Wirtschaft und im sozialen Bereich - ist das, was wir auch im kulturellen Bereich verlangen. Genauso wie wir zielbewußte Anstrengungen als Grundbedingung eines sozialen wirtschaftlichen Ausgleichs ansehen, sind zielbewußte Einsätze für eine Demokratisierung des Kulturlebens unerlässlich.

Weiters erscheinen uns wichtig koordinierte Aktionen zum Zwecke einer Verbreitung und Dezentralisierung des kulturellen Angebotes, um dem Bedürfnis verschiedener zurückgesetzter Gruppen nach kulturellen Erlebnissen nachzukommen. Hier, muß ich sagen, ist eine Aktion des Bundesministers zusammen mit der Arbeiterkammer gesetzt worden: die Bundesländer-tourneen der Bundestheater.

Ich habe mir am Samstag eine Aufführung der „Iphigenie auf Tauris“ angesehen. Ich muß sagen, daß ich sehr beeindruckt war. Wenn ich mir so das Publikum angesehen habe, aus welchen verschiedenen Schichten dieses Publikum kam, um einmal einen Klassiker zu erleben, dann, glaube ich, sollte man diese Aktionen verstärken und weiter durchführen.

Ich höre von ähnlichen Aufführungen der

Luptowits

Oper. Ich höre, daß die Collage im Vorjahr nicht ganz gelungen war, weil ich auch die Auffassung vertrete, man sollte geschlossene Einheiten bilden. Aber man sollte auch den Künstlern danken. Wenn ich daran denke, daß die Künstler am nächsten Tag in Wolfsberg gespielt haben und daß ich, als im am Montag im Akademietheater war, die Frau Orth und den Herrn Hübsch wieder auf der Bühne gesehen habe im Stück „Die Kleinbürger“, dann glaube ich, daß auch die Künstler sehr viele Strapazen auf sich nehmen, um ein künstlerisches Erlebnis den Menschen in den Bundesländern zu vermitteln. Ich kann nur sagen: Ein Bravo diesen Künstlern, die sich hier zur Verfügung gestellt haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren, welche kulturellen Förderungsmaßnahmen wurden gesetzt? Ich darf sie nur stichwortartig aufzählen, weil sie vielfach in Vergessenheit geraten. Eine neue Dramatikerförderung gibt es. Es gibt Beiträge für Filmmusik sowie für bildende darstellende Kunst, die sich alle bewährt haben. Es gibt Intendantenprämien für die Aufführung eines musikdramatischen Werkes eines österreichischen Komponisten ab 1978. Die Subventionen für die Orchester, die oftmals bei uns Kritik ausgelöst haben, wurden geteilt in eine Grundsubvention und eine Projektsubvention.

Die Kulturservicestelle wurde eingerichtet. Kollege Peter – er ist leider nicht hier – hat sie heftig kritisiert.

Ich glaube, wir alle haben diese Kulturservicestelle irgendeinmal hier verlangt, weil wir den Eindruck hatten, daß die Kommunikation zwischen den Künstlern und den Schulen, aber auch den anderen Bereichen nicht so gegeben ist, wie es wünschenswert wäre.

Wenn zuerst einmal nur die Bundesschulen, die Berufsschulen betreut werden, so sollen später auch die Pflichtschulen und die Betriebe hinzukommen. Davon verspreche ich mir sehr viel.

Wenn die Subventionierung überregionaler Projekte der Musikerziehung in Ausarbeitung ist, dann, glaube ich, ist das auch ein Verlangen, das zeigt, daß das Musikland Österreich beginnt, sich darüber Gedanken zu machen, wie es auf dem Gebiet der Musik in Zukunft weitergehen soll.

Es gibt Sondersubventionen für das Filmmuseum, für das Filmarchiv. In Mattersburg wird mit großem Erfolg ein Videoprojekt eines Kulturversuches gestartet, das auch in den anderen Ländern realisiert werden soll. Die Staatsateliers wurden renoviert. Der Sozialfonds für Schriftsteller wurde eingerichtet.

Und was das Wichtigste ist: Man spricht wieder in der Öffentlichkeit, in den Medien mehr und mehr von Kultur, von Kunst. Dieses Interesse, dieses gesteigerte Interesse an kulturpolitischen Fragen ist, glaube ich, das Positivste, was wir uns nur wünschen können.

Ich glaube, ich kann hier auf Details jetzt nicht eingehen. Nur noch ein Stichwort möchte ich sagen: daß wir die Kunst und auch die einzelnen Künste nicht isoliert sehen sollten, sondern als Gesamtheit, im Verbund. Und auch die Künstler sollen nicht isoliert sein in der Gemeinschaft.

Zum Filmförderungsgesetz. Auch dieses Problem habe ich immer wieder hier angeschnitten. Ich glaube, daß wir auf diesem Gebiet vielleicht zu einer Lösung kommen werden können, nachdem wir ja schon viele, viele Jahre über diese Frage verhandeln. Die Stadt Wien hat einen Fonds mit 10 Millionen Schilling gegründet und versucht, einen eigenen Weg zu gehen.

Ich glaube, daß auch der Bund in dieser Frage diese Überlegungen wird aufgreifen. Wie ich höre, soll nun zwischen den beiden Ministerien ein Konsens gefunden worden sein, demzufolge man sich auf die Filmförderung in der Zukunft einigen wird.

Ich sage es ganz offen: Die Filmförderung soll nicht als Almosen gegeben werden – das wäre verlorenes Geld. Ich glaube, daß man den Film gleichwertig neben Rundfunk, Fernsehen und auch die Zeitungen setzen sollte, denn der Film ist natürlich genauso ein wichtiges Medium wie all die anderen genannten Medien.

Ich glaube, daß wir diese Filme brauchen. Soll Österreich eine Rolle in der Filmwirtschaft spielen, dann sollten wir diese Maßnahmen bald setzen, damit wir nicht ins Hintertreffen geraten gegenüber anderen Ländern, die mit viel Geld, mit viel mehr Geld versuchen, das verlorene Gelände wieder neu zu bebauen.

Ich glaube, daß dieser Kommunikationsprozeß sich in den nächsten Jahren noch mehr ausbreiten wird. Und so wie jedermann heute ein Auto steuern und selbstverständlich telefonieren kann, so wird es auch in Zukunft im Filmwesen so sein, daß der Film ein echter Konkurrent des Fernsehens und der Presse werden kann.

Meine Damen und Herren! Vorschläge gibt es ja zum Filmförderungsgesetz sehr viele. Ich verweise auf die letzte Tagung in Velden, wo sich 40 Filmer aus Österreich zusammengefunden haben und dieses Problem sehr eingehend diskutiert und dem Bundesminister konkrete Vorschläge unterbreitet haben, wie man zu einer Filmförderung kommt.

7336

Nationalrat XIV. GP - 76. Sitzung - 7. Dezember 1977

Luptowits

Ich bin sehr froh darüber, daß es in den nächsten Tagen – so hoffe ich –, zu Beginn des nächsten Jahres schon konkrete Ergebnisse geben wird. Natürlich kann man mit Direktzuschüssen oder mit Darlehen arbeiten, aber das sind detaillierte Fragen, über die ich heute nicht zu sprechen habe.

Noch ein Wort zum Theater. Ist das Theater zu teuer? Diese Vorwürfe gegen das Theater hört man immer wieder, und man hört auch immer wieder, daß der Löwenanteil des Kulturbudgets für Institutionen bereit steht, die nur von einer sehr dünnen Schicht besucht werden, während andere Einrichtungen notorisch unterdotiert sind.

Selbstverständlich ist eine öffentliche Institution nicht erst dann gerechtfertigt, wenn sie von allen gleichmäßig in Anspruch genommen wird. Es genügt, daß sie allen offen steht. Man muß ein Angebot machen, und ob das angenommen wird, kann man natürlich im vorhinein nicht wissen. Aber ich glaube, wichtig ist, daß es dieses Angebot gibt. Die Frage ist für mich nicht, ob Oper und Theater subventioniert werden dürfen, sondern welchen Anteil sie haben sollen, also eine Verhältnismäßigkeit sollte dabei herauskommen.

Wenn ich daran denke, daß die Theaterlandschaft Österreichs eine gesamte Schau notwendig hat, daß also die Bundestheater für die **Infrastruktur aller anderen Theater sehr Wesentliches** tun, dann, glaube ich, kann man auch den hohen Betrag, der im Budget für die Bundestheater vorgesehen ist, rechtfertigen.

Ich glaube, daß hier allmählich ein Umdenken Platz greifen wird müssen, denn es regt sich niemand auf, wenn Beträge für Schulen, Krankenhäuser, Feuerwehr ausgegeben werden. Es wird als selbstverständlich angenommen, daß bei diesen Einrichtungen subventioniert wird.

Ich glaube, ungefähr gleichrangig sollten auch die kulturellen Einrichtungen gesehen werden. Man sollte als Kulturpolitiker nicht immer in der Rolle des Bittstellers auftreten müssen. Es kann keine rationale Debatte darüber geben, ob ein Kulturetats zu hoch oder zu niedrig ist. Wer auf die Kultur pfeift, der wird jeden Schilling als Verschwendung ansehen. Da kann man eben nichts machen. Man kann es eben nicht allen Menschen recht tun.

Ich glaube, daß wir uns auf diesem Gebiet über gewisse Gemeinsamkeiten hätten einigen sollen. Wenn auch der Spielplan oftmals kritisiert wird – sicherlich spielt der Spielplan auch eine Rolle. Man kann nicht einen Spielplan erstellen, der allen gerecht wird und der die Zustimmung aller findet.

Jede bewußte Kulturpolitik müßte eigentlich auch dieser Tatsache entgegenstehen oder ihr entgegensteuern, weil dabei sicherlich nichts Positives herauskommt. Wir sollten nicht immer versuchen, uns zu rechtfertigen, wenn diese Gelder zur Verfügung gestellt werden. Wir sollten von keiner Rechtfertigungsneurose ergriffen werden und auf diesem Gebiet die Flucht ergreifen.

Ich glaube, daß man sich um diese positiven Reaktionen, die in ersten Schritten getan wurden, auch weiterhin bemühen sollte. Ich bin davon überzeugt, daß es gelingen wird, einen größeren Teil der Menschen unseres Landes für die kulturellen Aktivitäten zu interessieren.

Natürlich ist man oftmals in einem Dilemma, wenn man auch auf diesem Gebiet die Arbeitsplätze erhalten soll, und jede Umstrukturierung bringt natürlich Härten mit sich. Aber das Subventionstheater kann eben nicht dazu da sein, alle Sänger singen und alle Schauspieler spielen zu lassen. Das ist nicht möglich. Das Subventionstheater muß natürlich auch andere Gegebenheiten sehr stark berücksichtigen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß die Kunst im Rahmen unserer Gesellschaft noch nicht den Stellenwert hat, den sie eigentlich haben sollte.

Vielleicht kann ich noch ein kurzes Zitat aus dem Buch „Kunst und Koexistenz“ vortragen und dann mit ein oder zwei Sätzen schließen. Es steht hier:

„Wenig vermag die Kunst – weniger als die sie fürchtenden, bestechenden oder zertretenden Machthaber mutmaßen – mehr, als sie zu ahnen vermögen: Träne zu sein, in der ein Traum sich spiegelt, Hauch des Irgendwann und Nirgendwo, Schritt und Schimmer des Unsichtbaren, das Auge der Medusa, das im Sterben den Mörder versteint. Und all dies, Träne und Traum, Hauch und Schritt und Schimmer und das gebrochene Auge, das nie mit geschlossenem Lid gnädig den Mörder bedeckt, all dies im Tagesgeschehen Versickernde, im Unbewußten sich Sammelnde, im Untergrund sich Vorbereitende kann plötzlich mächtiger sein als die Cäsaren, die lebenden und die toten, denn in der Stille beginnt die Wandlung und Wende der Menschen.“

Meine Damen und Herren! Literatur, Kunst sollten sich nicht immer wieder ... (*Abg. Dr. Mussil: Skandiert war das nicht!*) Ich verstehe nicht! (*Abg. Dr. Mussil: Skandiert war's nicht richtig! Da war etwas falsch, nicht ganz richtig!*) Bitte, ich werde zu Ihnen in die Schule gehen. Ich nehme gerne Ihre Rhetorik-Künste in Anspruch, wenn Sie mir hier das einmal

Luptowits

vortragen. Gerne, ja. (*Abg. Dr. Busek: Kunstförderung!*)

Meine Damen und Herren! Literatur und Kunst sollten sich immer darauf besinnen, engagiert zu sein im Ringen um Sein und Nichtsein der Menschen. Diesen Freiraum zu hüten und jede dirigierte Parteilichkeit fernzuhalten, ich glaube, das sollte unser aller Aufgabe sein.

Und wenn es oftmals hart auf hart zugeht in der Auseinandersetzung in kulturpolitischen Fragen, dann, glaube ich, Herr Bundesminister, sollten Sie sich an das Wort, das Goethe einmal gesagt hat, halten: „Willst du Turm sein, dann darf dich das Gekrächze der Raben nicht stören.“

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der SPÖ*)

Präsident: Als nächster zum Wort kommt der Herr Abgeordnete Dr. Kaufmann.

Abgeordneter Dr. **Kaufmann** (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Vorredner, der Herr Kollege Luptowits, hat sich hier mit Don Quijote beschäftigt und hat uns auch eine sehr schöne Vorlesung gehalten – sie war sehr interessant –, sie war nur leider an die falsche Adresse gerichtet, denn was die Donquijotterien betrifft, da sind, glaube ich, seine eigene Fraktion und die Regierung unübertroffen. (*Beifall bei der ÖVP*)

Natürlich hat Kollege Luptowits dann auch – wie sollte es anders sein? – das Loblied auf die Kulturpolitik dieser Regierung gesungen. Allerdings – eine nüchterne Bilanz zeigt uns das – ist es keineswegs immer so zum besten oder zum guten bestellt, wie er das hier dargestellt hat.

Es ist jetzt das siebente Mal, glaube ich, daß wir das Kulturbudget debattieren, seitdem Dr. Sinowatz Unterrichtsminister ist. Ich darf daran erinnern, daß wir ihm im Jahr 1971 einen großen Vertrauensvorschuß gegeben haben. Wir sind in vielem mit ihm gegangen, wir haben unsere Mitarbeit angeboten und, so glaube ich, wir haben auch bewiesen, daß wir nicht Opposition um der Opposition willen machen.

1977 sind allerdings die Maßstäbe, mit denen wir diese Kulturpolitik messen, strenger geworden, denn jetzt können wir uns ja auf einiges beziehen, was getan worden ist beziehungsweise nicht getan worden ist.

Sieben Jahre, Herr Bundesminister, haben Sie Zeit gehabt, Kulturpolitik nach Ihren Vorstellungen zu machen. Sieben Jahre haben Sie Zeit gehabt, Ihre seinerzeitigen Ankündigungen wahrzumachen. Und wenn wir heute die Bilanz

ziehen, so müssen wir sagen, daß diese Bilanz, gemessen an dem, was Sie angekündigt haben, eher dürrig ist. Dabei wollen wir durchaus anerkennen, daß Sie sich bemüht haben, ein Kunstminister zu sein. Sie haben versucht, die von Ihnen versprochenen neuen Wege in der Kulturpolitik zu gehen. Aber, und das ist das Fazit, das läßt sich nicht weglegen, Sie sind allzuoft auf halbem Wege stehengeblieben, Sie haben sich mit Scheinlösungen begnügt, Sie haben eine Unzahl von Gremien geschaffen, Sie sind Entwicklungen, wie Sie in den Bundesländern längst im Gange sind, nachgehinkt, ohne deren Effizienz auch nur annähernd zu erreichen. Und Sie haben die Hoffnungen der Kulturschaffenden in Österreich durch immer neue Ankündigungen und Versprechungen immer höher geschraubt, ohne auch nur einen Teil einlösen zu können.

So haben Sie – ich möchte nur einige Beispiele nennen – den Kunstbericht, den Ihr Vorgänger ins Leben gerufen hat, dankenswerterweise fortgesetzt und ausgebaut. Eine anerkennenswerte Tat. Ich stehe nicht an, das hier zuzugeben, weil damit zum erstenmal in Österreich der Versuch unternommen wurde, Licht in die Vergabe öffentlicher Subventionen zu bringen. Aber an der Tatsache, die aus dem Kunstbericht unschwer abzulesen ist, daß es sich bei unserer Kulturförderung noch immer um eine Förderung nach dem Gießkannenprinzip handelt, hat sich leider nichts geändert. Von Schwerpunkten als Folge der Erkenntnisse, die man etwa aus dem Kunstbericht hätte gewinnen können, ist leider nur wenig und nur in Ansätzen etwas zu bemerken. So ist dieser Kunstbericht zwar eine schöne Informationsschrift, eine sehr wertvolle Informationsschrift, aber im Grunde genommen ist es doch eine platonische Angelegenheit geblieben.

Ein anderes Beispiel: Sie haben von Ihren Vorgängern Mock und Gratz die Bundestheaterreform übernommen und bei Ihrem Amtsantritt versprochen, hier sehr schnell Ordnung zu machen. Wir müssen feststellen, es ist bisher weder zu dem versprochenen Gesetz gekommen, noch haben die Bundestheater aufgehört – wenn ich das so sagen darf –, der Zankapfel der Nation zu sein. Und was die geforderten Einsparungen bei den enormen Staatszuschüssen anlangt, haben Sie im Ausschuß erklärt, es gäbe hier nichts mehr einzusparen, während Ihr Parteifreund in der zuständigen Gewerkschaftsführung genau das Gegenteil behauptet. Das hat heute schon mein Kollege Busek hier erwähnt. Wenn nun aber doch etwas eingespart werden soll, wie das einem Vorwort des Generalsekretärs der Bundestheater im letzten Bundestheaterbericht zu entnehmen ist, so soll dies ausgerechnet auf dem Gebiet der künstlerischen

Dr. Kaufmann

Leistung geschehen. Und ich glaube, dort darf man am letzten sparen.

Ich weiß schon, Kollege Luptowits hat das heute auch gesagt, alle Theater haben heute ihre unübersehbaren Schwierigkeiten, in den Bundesländern genauso wie in anderen Staaten. Sie selbst, Herr Bundesminister, weisen ja auch immer wieder darauf hin. Aber dieser Hinweis ist gerade von einem Mitglied dieser Regierung merkwürdig, weil es doch Ihr Parteichef und Bundeskanzler war, der seinerzeit die Sache so **dargestellt hat, als könne man mit der Beseitigung dieses Bundestheaterdefizits praktisch das ganze Budget sanieren.**

Was der Vertrag des ORF mit den Bundestheatern bringen wird, die Übernahme etwa von Aufführungen im Rundfunk und im Fernsehen, das wird noch abzuwarten sein.

Die Bundesländertourneen – auch heute vom Herrn Kollegen Luptowits lobend genannt – sind sicher ein sehr schöner Versuch, Theater auch den Ländern zugänglich zu machen, bleiben aber doch, weil es sich dabei ja nicht um exemplarische Aufführungen handelt – und das wäre ja der Wert solcher Übertragungen beziehungsweise Gastspiele –, ein Teilaspekt.

Herr Bundesminister, Sie haben eine neue Filmförderung versucht, die unbestrittenermaßen in Ihrem Bereich erfolgreich gezeitigt hat. Das wird auch von den Filmschaffenden anerkannt. Aber es ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Von den Hunderten Millionen, die seinerzeit Bundeskanzler Dr. Kreisky, als er noch nicht Bundeskanzler war, versprochen hat, ist nichts zu sehen. Und das so dringend benötigte Filmförderungsgesetz etwa ist überhaupt nicht in Sicht, obwohl Sie es uns wiederholt versprochen haben.

Sie haben auch eine Untersuchung über das kulturelle Verhalten der Österreicher anstellen lassen, und darauf haben Sie einen Maßnahmenkatalog aufgebaut. Aber drei Jahre nach dieser Untersuchung und zwei Jahre nach dem Maßnahmenkatalog, den mein Vorredner auch so lobend herausgestrichen hat, halten wir noch immer bei Gesprächen, Enqueten und Ankündigungen. Dabei haben Sie laut „Kronen-Zeitung“ vom 23. Juli 1975 selbst erklärt: „Ich habe einfach schon genug von diesen schönggeistigen Plaudereien. Ich wollte endlich etwas Realistisches, etwas Machbares.“

Das war vor zwei Jahren, Herr Bundesminister. Und jetzt frage ich Sie: Wo ist das Realistische, wo ist das Machbare? Ein Verein für Kulturservice, der jetzt zwei Jahre später mit einer Arbeit beginnen soll, die in den Ländern seit Jahren längst und mit Erfolg gemacht wird? Ich kann das gar nicht oft genug wiederholen.

Sie sagten in einer Anfragebeantwortung: Nach Bestellung eines Geschäftsführers wird das Kulturservice im Herbst 1977 mit seiner Arbeit beginnen. In der ersten Phase ist vor allem an die Betreuung von Schulen, in der zweiten Phase von Einrichtungen der Erwachsenenbildung und der außerschulischen Jugenderziehung gedacht.

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Inzwischen funktioniert ein solches Kulturservice, das hier erst angekündigt wird, in den Ländern bereits ausgezeichnet. Ich darf vielleicht nur einige Beispiele nennen: die Aktion „Schüler gehen zu Theaterproben“ in Oberösterreich, die Aktion „Museum-Schule“ in der Steiermark, „Autoren lesen in der Schule“ in Oberösterreich, „Das Museum kommt in die Schule“ in Oberösterreich, ein Kulturservice und eine umfassende Beratung in den Gemeinden in Oberösterreich und eine sehr erfolgreiche Laienspielberatung in der Steiermark.

Sie kündigen in diesem Maßnahmenkatalog Versuche zum Abbau des Kulturgefälles Stadt – Land an. Ja, meine Damen und Herren, inzwischen ist dieser Abbau in den Ländern längst Wirklichkeit geworden.

Auch dazu nur ein paar Beispiele: Einrichtungen dezentraler Kultur- und Bildungszentren in Oberösterreich, dezentralisierte Landesausstellungen in der Steiermark, eine Aktion „Kultur im Betrieb“ in Oberösterreich, Gastspiele der Länderbühnen in den Bezirksstädten, so wie das jetzt die Bundestheater mit ihren Ländertourneen versuchen.

Sie kündigen nicht zuletzt musische Bildungswochen an, während es inzwischen, um nur zwei Beispiele zu nennen, bereits in Tirol ein musikalisches Jahr gegeben hat und in der Steiermark ein steirisches Gedenkjahr.

Offenbar ist das auch dem Herrn Bundeskanzler etwas zu wenig erschienen, obwohl er ja selbst ein Meister der Versprechungen ist, denn er hat bei der sozialistischen Kulturkonferenz in Graz Anfang Juni dieses Jahres eine radikale Änderung der Kulturpolitik in Österreich angekündigt. Allerdings konnte bisher nicht geklärt werden, was sich der Kanzler unter dieser „radikalen Änderung“ vorstellt.

Herr Bundesminister, niemand wird von Ihnen verlangen, daß Sie in sieben Jahren alle anstehenden kulturellen Probleme lösen können. Es wird zweifelsohne eine Politik der kleinen Schritte sein müssen, wie Sie selbst immer sagen. Aber die bisherigen Schritte, Herr Bundesminister, sind einfach zu klein, als daß Sie sich mit Ruhm bedecken könnten. Zumindest die Forderungen, mit denen Sie seinerzeit in den Kampf um die Regierungsverantwortung

Dr. Kaufmann

getreten sind, hätten Sie erfüllen müssen. Wenn nicht, dann ist festzustellen, daß die Regierung auch in diesem Bereich mit ihrem Latein eigentlich am Ende ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun noch ein paar grundsätzliche Worte zur Kunstförderung und zu ihrer Problematik, die sich gerade in letzter Zeit wieder bei Diskussionen um die „Staatsoperette“ und um Spitzen-subventionen für das „Neue Forum“ gezeigt hat. Allerdings sind das meiner Ansicht nach nur Spitzen eines Eisberges des Unbehagens, das sich seit geraumer Zeit über gewisse Tendenzen bei der Erwachsenenbildung, bei der politischen Bildung, bei der allgemeinen Subventionsvergabe und in der Personalpolitik angesammelt hat.

Ich will im einzelnen gar nicht darauf eingehen. Ich möchte nur grundsätzlich an dieser Stelle feststellen, daß der Kulturminister die volle Verantwortung dafür trägt, was er fördert, und diese Verantwortung ist unteilbar. Der Minister kann sich auf niemanden und auf nichts ausreden, auf keine Juroren und Gremien, noch dazu, wenn er diese selbst bestellt hat. Es geht einfach nicht an, daß der Minister oder seine Fraktionskollegen sagen, wie das in letzter Zeit wiederholt geschehen ist, an diesem oder jenem ist der Minister ja gar nicht schuld, das haben diese oder jene Juroren gemacht, das haben diese oder jene Gremien empfohlen oder vorgeschlagen.

Herr Bundesminister, Sie haben seinerzeit unseren Vorschlag, in Österreich etwa nach dem Vorbild des Goethe-Instituts, der Schweizer Stiftung Pro Helvetia oder des British Art Council eine unabhängige, freie Kunstförderung zu schaffen, mit dem Hinweis abgelehnt, Sie könnten die Entscheidungsgewalt nicht abgeben, weil diese Entscheidungsgewalt die Voraussetzung dafür wäre, daß Sie überhaupt Kulturpolitik machen können.

Nun, Herr Bundesminister, Sie haben jetzt die Entscheidungsgewalt, Sie haben Ihre Kulturpolitik. Sie haben die Verantwortung, und aus dieser Verantwortung werden wir Sie nicht entlassen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und Sie werden es sich auch gefallen lassen müssen, daß wir Ihnen sagen, was uns an dieser Kulturpolitik nicht paßt. Sie werden aber auch diese Kritik nicht damit abqualifizieren können, daß Sie jeden Kritiker in Bausch und Bogen beschuldigen, er riefe nach Zensur, nach staatlicher Intervention oder gar nach Verboten. Das ist eine unstatthafte Verwirrung der Begriffe, die eine sachliche Diskussion unmöglich macht.

Hohes Haus, ich weiß schon, es gibt nichts Heikleres als die Kunstförderung. Man wird da

sehr vorsichtig sein müssen. Investitionen im Kunstbereich – ich habe mich dazu immer bekannt – schließen von vornherein Fehlinvestitionen ein. Und ich bin der letzte, Herr Bundesminister, der Ihnen einen Vorwurf daraus machen würde, daß Sie hin und wieder in ein Projekt Geld stecken, das sich dann später, sagen wir es auf gut deutsch, als „Schmarren“ erweist. Das passiert jedem, der in der Kulturpolitik tätig ist.

Aber dabei jegliche Art von Proportionen außer acht zu lassen, nicht die notwendige Sorgfalt zu üben und auf jeden Widerspruch mit Verdächtigungen und Unterstellungen zu reagieren, wie das Ihre Parteifreunde immer wieder tun und wie das gerade in den letzten Tagen immer wieder geschehen ist, das steht auf einem anderen Blatt. Das wertet uns letztlich alle ab.

Anders gesagt: Die Kunstförderung ist natürlich untrennbar mit der Freiheit der Kunst verbunden. Kein Minister, kein Beamter, keine Partei kann und darf Kunst verordnen. Das Wort Zensur hat, dazu bekennen wir uns, in unserem Vokabular keinen Platz. Aber bei aller Offenheit und Liberalität, meine Damen und Herren, muß sich die Demokratie ernst nehmen und wird, wenn sie bestehen bleiben will, um ja und nein nicht herumkommen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Denn sonst wäre das, was wir machen, keine Kulturpolitik, sondern könnte auch von einem Computer gemacht werden. Das heißt nicht, um hier Mißverständnissen vorzubeugen, daß wir nicht bereit sind, mit der Meinungsvielfalt, mit dem Pluralismus und mit den Widersprüchen zu leben. Da werden wir nicht zimperlich sein.

Ich möchte hier auf ein Zitat von Günter Grass, dem sozialdemokratischen „Blechtrommler“ der Bundesrepublik, verweisen, der einmal bei einem Kolloquium des Europarates in Florenz das etwa so ausgedrückt hat:

„Für Vielfalt plädieren heißt, den verzweifelt-blasphemischen Ausdruck zu schützen, heißt, den allzeit blühenden Kitsch zu erdulden, heißt, dem notwendigerweise zersetzenden Zweifel überall und auch dort, wo der Glaube gewohnt ist, als geschlossene Gesellschaft aufzutreten, jederzeit Eintritt zu gewähren, heißt, jene Widersprüche auszuhalten, die die menschliche Gesellschaft kennzeichnen, also auch mit jener trüben Erfahrung zu leben, daß es zumeist die Unduldsamen sind, die für sich und ihren ausschließlichen Anspruch bedingungslose Toleranz fordern.“

Auch ich bekenne mich dazu, daß Künstler und Kunst berufen sind, Problem- und Gesellschaftskritik zu üben, und daß diese Kritik auch dort positiv ist, wo sich Kunst tatsächlich oder vermeintlich negativ gibt. Kunst und Künstler

7340

Nationalrat XIV. GP - 76. Sitzung - 7. Dezember 1977

Dr. Kaufmann

sollen der Gesellschaft, in der wir leben, sagen, wie diese Gesellschaft ist, wie sie diese Gesellschaft sehen und nicht, wie diese Gesellschaft sein möchte oder wie sich diese Gesellschaft selbst sieht, Kunst also als Spiegelbild unserer Zeit.

Wer von der Demokratie überzeugt ist, wird ebenso davon überzeugt sein, daß die Demokratie das nicht nur aushält, sondern sich sogar daran verbessert, insofern sie lebensfähig und echt ist.

Aber das kann doch nicht heißen, daß es überhaupt keine Grenzen gibt, keine Kriterien, keine Werte, daß die, die die Demokratie in der Öffentlichkeit repräsentieren, neutral nicht nur akzeptieren, sondern auch fördern, was sich an Kitsch, an politischem Dilettantismus und an Untoleranz anbietet, darüber einfach zur Tagesordnung übergehen und sagen, das müsse so sein, denn man könne keine Zensur üben.

Auch die Freiheit des Künstlers – ich glaube, auch das muß man einmal sagen – hat Grenzen. Auch die Freiheit des Künstlers findet seine Grenzen dort – so hat das einmal der französische Kulturphilosoph René Jean Dupuy formuliert –, wo die Freiheit des anderen beginnt und wo sie durch den Artikel 10 der Konvention von Rom fixiert ist.

Oder, um einen anderen Autor zu zitieren, Herbert Marcuse – auch bestimmt kein rechtsstehender Autor –, der einmal gesagt hat: Kultur ist als Möglichkeit zur Humanisierung der Gesellschaft zu verstehen. – Zur Humanisierung, Hohes Haus, und wohlgemerkt nicht umgekehrt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hier – und damit möchte ich zum Schluß kommen –, hier beginnt auch meiner Ansicht nach die Verantwortung des demokratischen Kulturpolitikers, der ja in einer Demokratie einen Wählerauftrag zu erfüllen hat und der den Willen seiner Wähler zu vertreten hat. In der Förderung, in dieser steten – ich weiß es: heiklen – Gratwanderung zwischen Zustimmung und Ablehnung, in dieser Entscheidung sehe ich den schöpferischen Beitrag des Kulturpolitikers zur Kunst seiner Zeit. Hier erweist sich seine Genialität, seine Kreativität und seine Sensibilität.

Deshalb, Hohes Haus, sollten wir diese Debatte fortführen mit Maß, mit Einsicht, mit Toleranz und in Offenheit. Aber bei aller Toleranz und Offenheit auch mit der Klarheit und dem Nachdruck eines Standpunktes, auf den die Demokratie nicht verzichten kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Dr. Sinowatz.

Bundesminister für Unterricht und Kunst Dr. **Sinowatz:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Vielleicht waren es gerade die Worte des Herrn Abgeordneten Kaufmann, die deutlich zeigten, daß man die Bildungs- und Kulturpolitik nicht allein nach dem Geschehen innerhalb eines Jahres beurteilen kann, sondern daß für eine solche Beurteilung doch ein längerer Zeitraum notwendig ist und daß es zumeist auch richtig ist, zum Grundsätzlichen vorzustößen.

Was nun die Schulpolitik betrifft, so möchte ich es nicht als einen Erfolgsbericht verstehen, wenn ich jetzt sage, daß uns in den siebziger Jahren – nicht zuletzt deswegen, weil 1962 für die Schulpolitik ein guter Geist des Konsenses geschaffen wurde – vieles gelungen ist.

So ist es etwa möglich gewesen, daß wir diese unwahrscheinliche Schülerexplosion der späten sechziger Jahre und der siebziger Jahre im Grunde genommen im großen und ganzen bewältigen konnten beziehungsweise daß wir heute um etwa 50 Prozent mehr Schüler an weiterführenden Schulen haben, also in der Berufsschule nach dem 15. Lebensjahr. Das heißt, daß viel mehr Menschen heute als früher eine viel bessere Schulbildung genießen können.

Das zweite: Wir haben auch das, was uns noch am Beginn der siebziger Jahre so bedrängt hat, weitestgehend bewältigt, nämlich den Lehrermangel. Und es ist unwahrscheinlich, wenn man so zurückdenkt, wie rasch sich die Szene verändert: Heute reden wir darüber, ob wir imstande sein werden, die Lehrer zu beschäftigen, die jetzt studieren. Vor Jahren haben wir darüber geklagt, daß es nicht möglich ist, in allen Teilen der Republik und für alle Schulen die Lehrer zur Verfügung zu haben.

Wir haben dabei, Herr Abgeordneter Gruber, eines getan, was Sie jetzt fordern: Wir haben in den letzten beiden Jahren – und das wird fortgesetzt werden – die Klassenschülerzahlen verringert. Es gibt heute nur mehr in Extremfällen etwa den Entfall von Pflichtgegenständen. Oder: Wir überschreiten die Klassenschülerhöchstzahlen nur mehr in ganz bestimmten Bereichen des Schulwesens.

Wir haben in den siebziger Jahren einen unwahrscheinlichen Erfolg im Schulbau, im Bundesschulbau errungen. Nach den großen Leistungen der Gemeinden und der Länder im Pflichtschulbau in den fünfziger und sechziger Jahren, die unwahrscheinlich gewesen sind, sind wir jetzt dabei, auch das, was im Bereich des weiterführenden Schulwesens notwendig ist, zu tun.

Meine Damen und Herren! Ich habe mir erzählen lassen, daß in der Zeit der Ersten

Bundesminister Dr. Sinowatz

Republik ein neues Gymnasium eröffnet worden ist. Seit 1970 haben wir 222 Bundesschulbauprojekte entweder fertiggestellt oder in Bau genommen. Mehr als 100 000 Ausbildungsplätze mit einem Gegenwert von etwa 11 Milliarden Schilling!

Dazu kommt natürlich auch das, was wir zur Erleichterung des Schulbesuches getan haben, und zwar bei aller Kritik und bei vielen Schwierigkeiten, die wir, wie ich zugebe, in Einzelheiten hatten. Aber der Umstand, daß wir die Schüler- und Heimbeihilfen, die freien Schulfahrten und die kostenlosen Schulbücher, die Schülerversicherung eingeführt und alle Taxen und Gebühren abgeschafft haben, war doch sehr wesentlich für die Bildungslandschaft in Österreich.

Dazu kommt, daß wir im Bereich des berufsbildenden Schulwesens vieles getan haben. Ich möchte gar nicht mit Zahlen aufwarten. Eines ist geschehen: Eine unwahrscheinliche Aufwertung des berufsbildenden Schulwesens. Der Stellenwert innerhalb der gesamten Bildungspolitik ist heute ganz anders, als das noch vor einigen Jahren oder Jahrzehnten gewesen ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Das alles erforderte eine gewaltige finanzielle Anstrengung. Ich gebe zu, daß dabei immer wieder auf die Notwendigkeiten der Budgetpolitik, auf die Notwendigkeiten in anderen Bereichen unseres Staates Rücksicht genommen werden mußte. Aber das ist eben Politik, auch Bildungspolitik: Das Mögliche letzten Endes zu erreichen. Und dazu bekenne ich mich.

Meine Damen und Herren! Das Mögliche zu erreichen, das gilt auch für die Kulturpolitik, die in den letzten Tagen sehr heftig diskutiert wurde. Herr Abgeordneter Kaufmann! Ich bin Ihnen dankbar für vieles, was Sie heute gesagt haben. Vieles von dem, was Sie sagten, deckt sich mit dem, was meine Meinung ist.

Ich habe nur das Gefühl, daß wir, die wir um die Probleme der Kunstförderung und der Kulturpolitik wissen, die Aufgabe haben – sehr besonnen, aber mit Nachdruck –, vielen diese Schwierigkeit vor Augen zu führen, so wie Sie das heute getan haben. Ich nehme gern die Kritik hin, daß manches von dem, was ich mir vor Jahren vorgenommen habe, nicht so schnell zu realisieren gewesen ist. Es ist schon so, wie ich immer sagte, daß es sehr mühsam ist und daß viele kleine Schritte notwendig sind und sich viele Hindernisse in den Weg legen. Ich weiß, daß in den Ländern vieles geschieht – die Länder sind eigentlich zuständig für die Kulturpolitik; ich komme ja aus einem Land, aber es hat zwischen Bund und Ländern noch nie soviel

Kooperation in der Kulturpolitik gegeben, noch nie so viele Bemühungen um eine sinnvolle Zusammenarbeit, wie das heute der Fall ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber über all dem steht das Problem der Kunstförderungs politik, der Kulturpolitik. Ich habe mir in meinem politischen Leben immer vorgenommen – und ich bitte, das ganze lapidar zu verstehen –, für eine Festigung des Demokratiebewußtseins und für die Freiheit in der Kunst einzutreten. Das Letztere war nicht immer leicht zu vertreten – Sie wissen es, Herr Abgeordneter Kaufmann –, nämlich daß man sowohl die großen Werte der Tradition in der Kunst zu fördern hat wie das Neue, das noch Unfertige, das, von dem man nicht weiß, was es bringt, ja das Provokatorische gewissermaßen. Das ist mit großen Schwierigkeiten verbunden.

Jeder ist für die Festigung des Demokratiebewußtseins und jeder ist für die Freiheit in der Kunst. Aber die Geister scheiden sich dann, wenn aus dem verbalen Bekenntnis eine konkrete Aufgabenstellung wird. Etwa: Wieviel und in welchem Tempo Demokratisierung? Und: Ob oder wie oder wo legt man die Grenze für die Freiheit der Kunst? Sie habendas angedeutet. Das ist eine Frage, die sich immer wieder aufs neue stellt. Darüber ernsthaft zu diskutieren, bin ich stets bereit. Hier erhebt sich nämlich – Sie haben dasselbe Wort verwendet wie Heinz Fischer – derselbe schmale Grat zwischen berechtigtem Verlangen nach mehr Sicherheit, wie er sagte, und dem Problem einer eingeschränkten Freiheit.

Auch in der Kunstförderungs politik erhebt sich immer wieder diese Frage nach der Beurteilung des inneren Wertes einerseits, nach der Bewahrung der Freiheit in der Kunst und der Ermöglichung letzten Endes, auch sich artikulieren zu können. Denn allein die Freiheit zu geben, etwas zu tun, genügt dann nicht, wenn die materiellen Voraussetzungen nicht gegeben sind, es auch wirklich tun zu können. Es ist leicht gesagt: Gut, jeder soll tun, was er will, aber fördern soll man es nicht! Das kann man nicht so sagen. Diese Fragen sind immer miteinander verbunden.

Ich muß jeden offenen oder versteckten Vorwurf im Rahmen dieser Diskussion zurückweisen, daß durch meine Bemühungen nach mehr Demokratisierung etwa im Schulbereich oder durch die Förderung nonkonformistischer Aktivitäten im Kulturbereich ich selbst in die Rolle gewissermaßen des Sympathisanten gerückt werde. Mit aller Bestimmtheit möchte ich – und das müssen Sie mir nach der Debatte der letzten Tage heute erlauben – sagen, daß ich immer und eindeutig natürlich so wie alle hier in

Bundesminister Dr. Sinowatz

diesem Saal gegen Gewalt und Terror und gegen Verbrechen in jeder Erscheinungsform bin. Aber ebenso will ich sagen, daß ich mit aller Leidenschaft die Möglichkeit der geistigen Auseinandersetzung bewahren möchte (*Beifall bei der SPÖ*), und zwar auch mit Anschauungen, die ich selbst gar nicht goutiere oder gar nicht für richtig halte, und ebenso gilt das für die Förderung von kulturellen Aktivitäten oder künstlerischen Versuchen, auch wenn ich mich persönlich mit dem einen oder anderen Ergebnis davon nicht identifizieren kann.

Wo kämen wir denn hin – meine Damen und Herren, denken Sie bitte nach –, wenn sich der Kulturminister, der Kunstminister gewissermaßen zum Geschmacksminister aufwirft? Haben wir uns nicht alle gegenseitig versichert, daß wir uns neben den sehr teuren Bemühungen um die Erhaltung der uns so wertvollen tradierten Erscheinungsformen der Kunst auch um das Neue bemühen werden? Das erfordert Opfer und das erfordert auch Risiko. Wir haben uns entschlossen, auch dem Experiment, ja der Provokation einen Raum zu geben. Beides, Experiment und Provokation, waren immer legitime Mittel der Kunst.

Hier ist die Frage gestellt worden: Wie weit kann man gehen? Meine Damen und Herren! Diese Frage zu beantworten, ist nicht immer leicht. Beiden Rechnung zu tragen, letzten Endes auch der Ministerverantwortlichkeit nachzukommen, ein Urteil abzugeben und andererseits sich vor jeder Zensur zu hüten, auch nur vor dem Anflug, Zensur zu üben, das ist sehr schwierig.

Ich sagte: Geschmack. Gerade darüber werden wir niemals einer Meinung sein – Gott sei Dank! Denn einen vom Staat verordneten Geschmack im kulturellen Bereich hat es nur in der NS-Zeit gegeben – „entartete Kunst“ –, und diesen Geschmack gibt es nur in den Diktaturen des Ostens. Die Konflikte, die dadurch entstehen, kennen wir, und hier stehen wir immer auf der Seite jener, die dagegen sind, gegen Geschmack, der von oben angeordnet wird. (*Beifall bei der SPÖ*.)

Von diesem Standpunkt, meine Damen und Herren, der für mich gar nicht immer leicht zu vertreten ist, weil ich weiß, daß sehr viele Menschen – nicht aus böser Absicht – mir nicht folgen wollen, weil sie zum Teil selbst Opfer von Vorurteilen sind oder in diese Rolle hineingepreßt werden, müssen wir das komplexe Problem der Kunstförderungs politik betrachten. Es ist komplex, und es betrifft natürlich auch die Förderung einer kulturpolitischen Zeitschrift, wie es das „Neue Forum“ darstellt.

Einerseits bin ich und sind viele bisweilen mit Beiträgen, die in dieser Zeitschrift erscheinen, nicht einverstanden. Natürlich, ich bin ja mit vielen Beiträgen in vielen anderen Zeitschriften auch nicht einverstanden. Andererseits: Muß man nicht gerade im Bereich der Kunst und der Kultur einen Platz dem Unkonventionellen geben, auch der Antithese, um überhaupt die Möglichkeit zu haben, sich auseinandersetzen zu können, überhaupt die Möglichkeit zu haben, gewissermaßen seinen eigenen Standpunkt vertreten zu können?

Vor dieser Entscheidung standen viele. Vor dieser Entscheidung standen auch jene ÖVP-Minister, die vor 1970 das „Neue Forum“ gefördert haben.

Sie sagen, es hätte damals ein anderes Gesicht gehabt. Es war auch damals die Betrachtungsweise des Kritischen und des Radikalen anders, als das heute der Fall ist. Vor diesem Problem stand der Abgeordnete Steinbauer in der Zeitschriftenkommission des Bundeskanzleramtes, als er der Förderung des „Neuen Forum“ zugestimmt hat. Sicherlich nicht vor Begeisterung, sondern weil er – ich nehme es an – nachgedacht hat und sich überlegt hat, ob es nicht notwendig ist, diese geistige Landschaft in der Vielfalt zu erhalten.

Es gibt viele Einwände. Aber hier stehe ich mit dem, was die Abgeordneten Taus und Mock in Bad Gastein bei einer ÖVP-Klausur gesagt haben, als sie mit aller Eindringlichkeit meinten, daß die Freiheit der Kunst als politische Absichtserklärung notwendig ist. Absolute Freiheit, so sagten sie, für die Kunst selbst dann, wenn sie Produkte hervorbringt, die uns politisch nicht in den Kram passen. – Das ist durchaus etwas, was wir vertreten.

Einer Zeitung aus Vorarlberg entnehme ich das, was Abgeordneter Busek vertreten hat. Es heißt hier: Als Gast der Festspiele schätzt er – Busek – die künstlerische Perfektion, die hier geboten wird. Er meinte in Bregenz. Als Herrn Busek aber faszinieren ihn die Suchenden, auch wenn das, was sie bieten, Experiment, unfertig, oft sogar schlecht ist. – Durchaus zu unterstreichen!

Hier beginnt dann die besondere Schwierigkeit in der Filmförderung. Ich möchte Sie nicht lange aufhalten.

Meine Damen und Herren! Es ist ja kein Zufall, daß wir so lange Zeit um ein neues Filmförderungsgesetz ringen: weil das eine besonders schwierige Materie ist. Sie kennen die Verhältnisse bis 1974, als es den Filmbeirat nicht gegeben hat. Danke, Herr Abgeordneter Kaufmann, daß Sie in einer Situation, in der es gar nicht so leicht gewesen ist, auch für Sie

Bundesminister Dr. Sinowatz

nicht, die Filmförderung, die wir jetzt im Unterrichtsministerium haben, lobend erwähnt haben.

Ich gestehe Ihnen dafür zu, daß ich natürlich nicht den Filmbeirat gewissermaßen als Schild hier vorzeigen möchte, sondern ich bekenne mich dazu, daß ich, nachdem der Filmbeirat in einer sehr ernsthaften Arbeit mir Vorschläge macht, zu entscheiden und auch die Verantwortung dafür zu tragen habe, was geschieht.

Nur eines: Können Sie sich vorstellen, und so war es früher, 320 Filmvorhaben, die in drei Jahren zur Begutachtung eingereicht wurden, von dem Minister oder von einem Beamten beurteilt werden, wie das letzten Endes der Fall gewesen ist? Es sind von diesen 320 Filmprojekten 40 von einer wirklich ernsthaft arbeitenden Kommission ausgewählt worden, von Fachleuten, sehr pluralistisch zusammengesetzt.

Wir haben uns dabei die Aufgabe gesetzt, weniger Spielfilme, vor allem Experimentalfilme zu fördern und keine Kommerzfilme, wie es übrigens als Forderung im Bildungsplan 4 der ÖVP wörtlich steht. Es sind uns dabei, glaube ich, beachtliche Erfolge in der Filmförderung geglückt.

Zum ersten Mal sind österreichische Filme auch im Ausland wieder genannt worden, wieder beachtet worden, aber die Problematik ist hier schwieriger als etwa in der Literatur, in der bildenden Kunst und auch in der Musik, schwierig deswegen, weil ja hier kein fertiges Drehbuch vorliegt; besonders beim modernen Film ist es ein Exposé, etwas, das ja noch nicht völlig fertig ist.

Meine Damen und Herren! Man hat sich hier wirklich große, große Sorge gemacht, und das Urteil im allgemeinen – der Herr Abgeordnete Kaufmann sagte es schon – war sehr gut.

Zwei Filme von 40 sind in den letzten Tagen diskutiert worden. Ich wünschte, daß die anderen 38 auch so heftig diskutiert worden wären, wie das bei diesen beiden Filmen der Fall gewesen ist.

Und noch etwas. Man ist so leicht bei der Hand mit dem Geld: 1 Million! – Ja, meine Damen und Herren, ein Spielfilm kostet in Österreich etwa 5, 6, 7, 8 Millionen Schilling, die großen Spielfilme im Ausland das Vielfache dessen. Wir bemühen uns ja, mit unseren bescheidenen Mitteln möglichst viele Möglichkeiten für die Künstler zu geben, aber ohne kalkuliertes Risiko – noch einmal – gibt es keine Förderung des zeitgenössischen Films, der zeitgenössischen Filmkunst.

Kalkuliertes Risiko, sagte ich. Aber auch hier keine einsame Entscheidung des Ministers und

des Beamten. Natürlich nicht. Das ist undenkbar. Können Sie sich vorstellen, daß der Minister gewissermaßen diesen Entscheidungsprozeß einleitet und nachher sich nicht daran hält? Nein, das ist undenkbar und ist auch nicht mit meinen Absichten vereinbar.

In den beiden umstrittenen Filmen – das möchte ich noch sagen – handelt es sich um Künstler, die Sie ja alle kennen. Herr Abgeordneter Kaufmann! Otto Zykan hat beim Steirischen Herbst einen beachtlichen Erfolg errungen mit der „Symphonie aus der heilen Welt“. Ich weiß nicht, ob Sie als Generalsekretär des Steirischen Herbstes wußten, als Sie den Auftrag gegeben haben, daß dieses Experiment glücken wird. Sie wußten es nicht. Aber Sie wußten, daß Zykan ein hervorragender Künstler ist, ein Mann, der bewiesen hat, daß er zweifellos im kulturellen Bereich bereits auf viele Erfolge hinweisen konnte.

Und auch Novotny ist letzten Endes ein erfahrener Filmmacher. (*Abg. Steinbauer: Was hat der Herr Novotny schon gemacht?*) Ich habe, Herr Abgeordneter Steinbauer, heute die Absicht, wirklich mich auf der Ebene, auf dem Niveau auseinanderzusetzen, das der Herr Abgeordnete Kaufmann bei seiner Rede heute vorgesetzt hat. (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Steinbauer: Man wird doch noch fragen dürfen!*)

Und das gilt auch für den zweiten so heftig diskutierten Film, der auch in der Öffentlichkeit so heftig diskutiert wird. Die Schöpfer waren Valie Export und Peter Weibel.

Hier würde ich fast wünschen, daß der Abgeordnete Busek aufsteht und über die Qualität dieser beiden Künstler berichten würde. Beide gehören zum Kreis der „Galerie nächst St. Stephan“. Sie haben dort ausgestellt – Valie Export erst in der Zeit, in der der Film in Wien gelaufen ist. Und Peter Weibel, der auch in Zeitungen der ÖVP als sattem bekannter Mann der Provokation bezeichnet wird, hat auf dem Parteitag der ÖVP in Linz (*Abg. Dr. Kreisky: Pech!*) im offiziellen Kulturprogramm mit dem Abgeordneten Busek diskutiert, und in dem 140 Seiten starken Katalog, der von der ÖVP damals herausgegeben wurde, hat das Vorwort Peter Weibel geschrieben, und Peter Weibel hat in diesem Vorwort Wort für Wort gewisse Passagen verwendet, die nachher in diesem Film verwendet worden sind. (*Zwischenruf bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Ich bekenne mich dazu, daß wir den Mut haben müssen, auch für das Experiment einzutreten, ganz besonders im Bereich des modernen Filmkunstwerkes. Aber

7344

Nationalrat XIV. GP - 76. Sitzung - 7. Dezember 1977

Bundesminister Dr. Sinowatz

ich bitte Sie, diejenigen, die guten Willens sind und die das Problem kennen, mir zu helfen.

Gerade dieser Film hat unwahrscheinliche Kritiken im Ausland und auch im Inland erhalten.

Der „Berliner Tagesspiegel“ spricht davon, daß er zu den eindrucksvollsten Beiträgen in Berlin gehört.

„Die Welt“ sagt: Ein aufregender, ein professionell konzipierter, ein kluger Film.

Die „Süddeutsche Zeitung“ sagt: Es ist dieser Film eine der beiden wichtigsten Überraschungen beim Filmfestival in Berlin.

Die „Frankfurter Rundschau“ spricht von einem faszinierenden Film.

Derselbe Erfolg ist diesem Film bei den Londoner Filmfestspielen im Dezember beschieden gewesen. Hier heißt es, daß dieser Film – so meint der Direktor dieses Filmfestivals – der interessanteste Beitrag seit Cocteau gewesen sei. Und derselbe Film ist von diesem Institut angekauft worden.

Er wird im Zweiten deutschen Fernsehen ausgestrahlt werden.

Meine Damen und Herren! Der Film wird jetzt verunglimpft, er wird von vornherein abqualifiziert, und eine Hexenjagd wird veranstaltet. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Noch eines. Sie sehen, wie problematisch Kunstförderung und letztlich auch Kulturpolitik ist. Ich möchte Sie nur bitten, daß wir uns trotz allem, trotz Vorsicht und Umsicht, die Sie verlangt haben, Herr Abgeordneter Kaufmann, um jene geistige Offenheit bemühen, von der ich vorhin gesprochen habe, daß wir sie nicht aufgeben, daß wir uns im kulturellen Bereich durchaus auch gefallen lassen, daß bisweilen provokatorische, ja problematische, radikale, vielleicht bisweilen unzulässige Töne angeschlagen werden.

Dann allerdings, wenn das nicht der Fall wäre, würden wir kapitulieren. Gerade in jenem Freiheitsraum des Geistes zuerst, hier würden wir dem Terror, der Gewalt weichen, gerade auf einem Gebiet, das auf weite Sicht vielleicht das wichtigste für uns ist. Wir würden von unserem Selbstverständnis hinsichtlich einer freiheitlichen Demokratie abweichen, in der jetzt Platz ist für die Vielfalt kultureller und ideeller Kräfte und Gegenkräfte. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich habe – ich sage es zum Schluß – niemanden zu verteidigen von jenen, die hier genannt worden sind und die in den letzten Tagen in Verbindung mit vielem Schlechten angeführt wurden. Was ich aber tun will, ist das,

was ich hier auch für andere im Kulturbereich immer tat: nämlich ihren Anspruch auf ein Feld der Artikulation, der Darstellung, des Experimentierens zu bestätigen. *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Als nächster zum Wort kommt der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Hanreich.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Hanreich** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Soeben hat der Herr Bundesminister die schwierige Situation dargelegt, in der sich die Kunstförderung befindet, und er hat sich auch zur Förderung des Experiments, zur Förderung riskanter Projekte bekannt. Aber er hat in seiner Ausführung jetzt zuletzt, in einem der letzten Sätze, eine Formulierung gebraucht, die ich auf das schärfste zurückweisen muß, weil sie den Mißbrauch eines Wortes beinhaltet, das genau Anlaß für diese Diskussion und Auseinandersetzung ist, nämlich des Wortes „Terror“.

Er hat davon gesprochen, daß ein Zurückweichen von der Position, zu der er sich bekannt hat, ein Zurückweichen vor dem Terror bedeuten würde.

Bitte, Herr Bundesminister, welchen Terror haben Sie denn jetzt gemeint? Die Tatsache, daß andere Leute ihre negative Einstellung über Zeitungen darlegen, daß andere Leute, die nicht Ihre Vorstellung haben, in der Öffentlichkeit auftreten und sagen: So wollen wir das nicht haben; das als Terror zu bezeichnen, Herr Bundesminister, das geht zu weit, denn das bedeutet ganz eindeutig, die Wertmaßstäbe zu verschieben.

Für uns hat das Bekenntnis zum Risiko, zur Förderung der Provokation, das Bekenntnis zu einer Freiheit für schöpferische Entfaltung auch einen hohen Stellenwert. Aber die Grenze ist dort, wo der echte Terror herausgefordert wird, wo dazu aufgerufen wird, den anderen nicht mit den demokratischen Mitteln des Widerspruchs, meinetwegen der Provokation, entgegenzutreten, sondern wo zu Mord und Totschlag aufgefordert wird. Dort ist für uns die Grenze!

Und wenn es schon vorkommt – und es erscheint mir durchaus möglich angesichts der schwierigen Situation, die die Kunstförderung in sich birgt –, daß man einmal einen Künstler vorweg fördert, der dann nachher einen Aufruf zu Terror und Mord in dieses Kunstwerk mit oder ohne Führungszeichen einbaut, dann erscheint es uns notwendig, daß sich ein Verantwortlicher für die Kunstförderung wie Sie, Herr Bundesminister, von solchen Darlegungen bewußt und mit aller Deutlichkeit distanziert.

Dipl.-Ing. Hanreich

Nur das, nur eine solche bewußte Abgrenzung gegenüber einem gegenüber der Gemeinschaft verantwortungslosen Handeln rechtfertigt die Tatsache, daß dem Spielraum der künstlerischen Entfaltung eben ein Freiraum gewährt wird, so wie Sie ihn gesichert haben wollen.

Noch einmal daher mit aller Deutlichkeit: Die Gegenüberstellung einer anderen Meinung in Massenmedien, hier im Parlament oder wo auch immer als Terror zu bezeichnen, das ist eine echte Fehlverwendung und Verharmlosung dieses Begriffes, gegen den nicht präzise genug Stellung bezogen werden kann. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Kohlmaier.)* Ja.

Und die Art, wie Begriffe gehandhabt werden, möchte ich, weil wir schon dabei sind, an der Haltung des Kollegen Schnell demonstrieren, um Ihnen zu zeigen, wie sorglos mit so gewichtigen Begriffen umgegangen wird.

Mein Klubobmann hat dem Abgeordneten Schnell vorgeworfen, daß er sich in der „Sozialistischen Korrespondenz“ in allzu drastischer Form mit der Frage der Trennung in Leistungsgruppen und so weiter auseinandersetzt. Daraufhin hat sich der Abgeordnete Schnell zu folgender Formulierung in der „Sozialistischen Korrespondenz“ bekannt: „Die Teilung der zehnjährigen Kinder in eine AHS-Gruppe und in eine Restgruppe ist unmenschlich und undemokratisch, schloß Stadtschulratspräsident Schnell.“

Bitte, Herr Abgeordneter Schnell, wo ist hier die reale Bewertung dieser Begriffe, die Sie da verwenden? Wenn Sie die Trennung in verschiedene Leistungsgruppen, die im pädagogischen Interesse sehr oft sinnvoll und notwendig sein kann, schon von den unterschiedlichen Anlagen der Kinder her, als unmenschlich bezeichnen, bitte, wie bezeichnen Sie es dann, wenn meinetwegen in unterentwickelten Ländern, in denen die demokratischen Spielregeln nicht beherrscht werden, Leute bestialisch ermordet werden? Dann fehlen Ihnen dafür die Worte. Sie mißbrauchen Worte, die eine große und gewichtige Bedeutung haben, für Probleme, die in viel sachlicherer und ihrer Bedeutung nach viel adäquaterer Formulierung viel treffender gesagt werden könnten.

Und was bitte hat das mit Demokratie zu tun, wenn in einer Schule unterschiedliche Ausbildungsmöglichkeiten für unterschiedliche Gruppierungen geboten werden? Eine solche Artikulation, eine solche Bewertung mit „unmenschlich“ und „undemokratisch“ geht ganz einfach an der Bedeutung des diskutierten Sachverhaltes vorbei.

Damit, Herr Abgeordneter Schnell, machen Sie sich einer Haltung schuldig, die eben die

Ursache dafür ist, daß mit Begriffen wie „Terror“ und ähnlich bedeutenden Dingen so umgegangen wird, wie es eben der Herr Minister leider auch vorgeführt hat.

Ich selbst möchte nun zu den beiden im Augenblick diskutierten Kapiteln zwei sachliche Beiträge leisten, die einerseits das Denkmalschutzgesetz betreffen und andererseits die Situation des Kunsthandwerks.

Die Veranstaltung eines Denkmalschutzjahres hat dem Denkmalschutz einen bedeutenden Auftrieb gegeben. Das Bewußtsein der Bevölkerung für das historische Erbe ist angehoben worden, das Verständnis ist gestiegen.

Umso dringlicher wird für die Lösung der anstehenden Probleme ein Denkmalschutzgesetz erwartet. Die Beratungen im Ausschuß sind weit gediehen gewesen, und es war eigentlich nahe daran, dieses Denkmalschutzgesetz in das Hohe Haus, zur Beschlußfassung ins Plenum zu bringen. Nunmehr hat sich das verzögert.

Wie ich höre, soll die Diskussion mit der Kirche zu diesem Thema wegen der Unzahl der in ihrem Besitz befindlichen denkmalschutzwürdigen Bauten nun bereinigt worden sein, was mich daher veranlaßt, die Aufforderung an die Frau Bundesminister zu richten, dieses Denkmalschutzgesetz zur Beschlußfassung ins Parlament einzubringen, vor allem weil ich mit der Bereinigung dieses Diskussionspunktes mit der Kirche hoffe, daß auch die Frage der Finanzierung und der steuerlichen Anerkennung von Aufwendungen für den Denkmalschutz einer vernünftigen Regelung wird zugeführt werden können. Denn das, was in dem im Ausschuß diskutierten Entwurf des Denkmalschutzgesetzes geboten wurde, kann unsere Zustimmung nicht finden.

Es ist aber so, daß gerade dieses Denkmalschutzgesetz für die Praxis der Ortsbildpflege, der Erhaltung von Ensembles, von besonderer Bedeutung ist und, wie im Kapitel Bauten noch näher zu besprechen sein wird, auch eine wesentliche Hilfe für die Altstadtanierung bedeutet.

Der zweite Punkt, der mir am Herzen liegt, betrifft das Unterrichtsministerium und die Situation des Kunsthandwerks. Ich habe schon mehrfach hier erwähnt, daß das Kunsthandwerk in der schwierigen Situation ist, immer zwischen der Kunst, der Hochkultur, wie das so schön heißt, und damit der Kunstförderung einerseits und dem Gewerbe und den gewerblichen Förderungen andererseits durchzufallen.

Es gibt viel zu wenig Maßnahmen, die dem Kunsthandwerk in der Öffentlichkeit einen gebührenden Platz einräumen, und auch von

Dipl.-Ing. Hanreich

seiten des Ministeriums zu wenig Möglichkeiten, Publikationen darüber herauszugeben, Ausstellungsmöglichkeiten zu bieten, die zeigen, welche Leistungen in unserem österreichischen Kunsthandwerk stecken. Allzusehr beschränkt man sich darauf, herkömmliche Formen, die im Sinne des Fremdenverkehrs wieder aufgewärmt werden, als die Ergebnisse des Kunsthandwerks schlechthin hinzustellen, und übersieht dabei, daß gerade die zeitgenössischen Formen, die mit perfekter Beherrschung des Materials und der Technik geschaffen werden, in Wirklichkeit viel deutlicher den schöpferischen Geist unserer Bevölkerung widerspiegeln und viel deutlicher zeigen, daß es in unserem Land Kräfte gibt, die einen wirklichen Beitrag zur Entwicklung des Kunsthandwerkes zu leisten imstande sind.

Zuletzt noch eine Bemerkung zu der Darstellung der Frau Minister Firnberg, die in Replik auf meinen Klubkollegen Dr. Frischenschlager gemeint hat, daß doch keine Kürzung und keine Stagnation im Budget festzustellen sei.

Es ist richtig, in einzelnen Bereichen hat es eine Verbesserung gegeben. Aber daß zum Beispiel die Akademie der Wissenschaften mit gleichen Beträgen das Auslangen finden soll, zeigt eindeutig, daß hier eine Stagnation eingetreten ist.

Und was die Frage der Budgetklarheit und Budgetwahrheit anlangt, so verderben halt die schlechten Beispiele die guten Sitten. Die Regierung demonstriert uns ja an diesem Budget deutlich, wie es um die Budgetklarheit, ja selbst um die Budgetwahrheit bestellt ist, wie ich auch noch im Rahmen eines Beitrages zum Bautenausschuß heute näher erläutern werde.

Was nun die Frage der Errichtung einer neuen Studienrichtung, des Wirtschaftsingenieurs für technische Chemie, anlangt: Wir sind nicht dagegen, Frau Minister, wir glauben, daß es sinnvoll ist, neue Entwicklungen voranzutreiben. Was uns aber wichtig erscheint, ist nicht nur die Frage der Verwendungsmöglichkeit der Absolventen einer solchen Studienrichtung in der Praxis – es geht ja hier um eine sehr spezielle Berufsausbildung, die auch tatsächlich dann eine Einsatzmöglichkeit finden soll –, sondern natürlich auch die Frage, wo eine solche Studienrichtung angesiedelt wird. Und das genau zu prüfen und zu dieser Prüfung aufzufordern war die Zielsetzung der Wortmeldung meines Klubkollegen Dr. Frischenschlager zu dieser Frage.

Nun noch zu einem Lapsus linguae in Sachen Ringstraße. Es ist mir klar, daß die Gebäude der Ringstraße unter den Auswirkungen der Luftverschmutzung leiden. Nur ist es nicht so, daß Figuren und Putz aus Sandstein sind, sondern

die gesamte Baumasse ist aus Naturstein errichtet, und es ist nicht der Putz, sondern es sind die Gesimse und weitere Teile, die, wie mein Lehrer seinerzeit an der Technischen Hochschule, Herr Professor Kieslinger, in seinen diesbezüglichen Werken sehr ausführlich dargelegt hat, besonders empfindlich sind im Hinblick auf die Auswirkungen der Umweltverschmutzung. Es ist positiv, daß der Versuch unternommen wird, die Oberflächen zu schützen, und daß man drauf und dran ist, auch vom Technischen her Lösungsmöglichkeiten zu finden, die uns dieses traditionelle und bedeutungsvolle Kulturgut erhalten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Frühwirth.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. **Frühwirth** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir zunächst eine kurze Bemerkung zur Abwicklung dieser Debatte. Ich halte es nicht für optimal, daß die einzelnen Teilgebiete quasi in einem Durcheinander diskutiert werden, weil man kaum auf den Vorredner in sinnvoller Weise eingehen kann.

Ich würde es begrüßen und hätte daher eine Bitte an das Präsidium, wenn man etwa im nächsten Jahr blockweise vorgehen und einen Block nach dem anderen abschließen könnte. Ich würde darum bitten. Ich weiß mich in diesem Anliegen nicht allein, es haben schon mehrere Kollegen diese Bitte und diesen Wunsch geäußert. Vielleicht kann man das im nächsten Jahr berücksichtigen. *(Abg. Peter: Ja, gerne, Herr Kollege! Aber ich lasse mich nicht gerne als Klubobmann dieser Fraktion ad absurdum führen! Entweder wir bleiben oder wir bleiben nicht dabei und machen es grundsätzlich anders!)* Bitte, ich weiß nicht, was besprochen wurde. *(Abg. Peter: Denn da gehe ich auch hinaus und debattiere darüber!)* Ich möchte nur ad personam und namens einiger Kollegen diese Bitte deponieren. Ob man dem nachkommen kann, weiß ich nicht. Ich habe die Bitte an das Präsidium, das zu prüfen. *(Abg. Peter: Entweder Einigung oder Nichteinigung! Dann halten wir uns auch nicht an die Einigung!)* Bitte. *(Abg. Peter: Dann fangen wir auch zu schimpfen an über die Einigung! Das können wir auch!)* Ich habe nicht geschimpft, Herr Kollege Peter, ich habe eine Bitte deponiert, weil ich diese Form der Debatte nicht für optimal halte. Dieses Recht muß man mir, glaube ich, einräumen.

Ich werde zum Problem Wissenschaft und Forschung, speziell zu den Hochschulen sprechen. *(Abg. Dipl.-Vw. Josseck: Dann paßt es eh schon wieder!)* Es paßt nicht sehr gut, Herr Kollege Josseck, denn vorher wurde über Schulreform und über Kunst gesprochen, und der

Dipl.-Ing. Dr. Frühwirth

nächste wird über Sport reden. Das erscheint mir wenig sinnvoll. (*Abg. Peter: Die Wissenschaft hat ohnehin in der Früh den ersten Durchgang gehabt aus Respekt vor der Wissenschaft!*) Man hätte auch mit dem Unterricht beginnen können, mit der Schulreform oder was weiß ich womit. Aber nur das Durcheinander gefällt mir nicht. (*Abg. Peter: Die Universitätsprofessoren verkomplizieren immer!*) Sie sind nur kritischer, Herr Kollege Peter. Sie verkomplizieren nicht, sondern sie denken kritisch nach.

Meine Damen und Herren! Spätestens mit der Vorlage dieses Budgets hat die Wissenschaft und Forschung in Österreich aufgehört, ein Schwerpunkt zu sein, ein Schwerpunkt der sozialistischen Regierungstätigkeit, sofern sie dies überhaupt jemals war. Und dies, meine Damen und Herren, obwohl der Herr Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung vom 5. November 1975 die Wissenschaft und Forschung verbal entsprechend gewürdigt hat, wo er unter anderem wörtlich erklärte:

„Wissenschaft und Forschung tragen im wesentlichen Ausmaß zur Erreichung gesamtgesellschaftlicher und gesamtstaatlicher Ziele bei. Wissenschafts- und Forschungspolitik verstehen sich heute als Teil der allgemeinen Gesellschaftspolitik“. Soweit der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky.

Der Herr Finanzminister hat in seiner Budgetrede vom 18. November dieses Jahres die Worte „Wissenschaft“ und „Forschung“ in seiner ganzen Budgetrede nur ein einziges Mal erwähnt und dies lediglich im Zusammenhang mit der Aufteilung der Mittel für die Bereiche Bildung, Wissenschaft und Forschung. Ansonst weiß er – offensichtlich mit gutem Grund – dazu nichts zu sagen.

Dafür wußte aber der Kollege Abgeordneter Libal – sicher, wie ich annehme, aus tiefer Einsicht in die Zusammenhänge und Problematik – am 3. November dieses Jahres hier im Plenum wörtlich zu sagen: „Die Universitäten haben im Budget mehr als genug.“ Mehr als genug. Anscheinend, so nehme ich an, hat er nicht nur an der Wand seines Hotelzimmers seinerzeit, sondern auch vor kurzem an der Tür eines von links-extremen Anarchisten besetzten Hörsaales gelauscht.

Sie sehen daraus schon, meine Damen und Herren, die taktisch richtig abgestuften Manöver der SPÖ. Der Kanzler streichelt in einer Art Sonntagsrede, die propagandistisch sehr wirksam ist, die Wissenschaftler und täuscht damit gekonnt die Wähler. Der Finanzminister schweigt klugerweise verschämt über seine dürftigen Angebote an die Wissenschaft, und der Herr Libal spricht das ungeniert aus, was die

Sozialisten wirklich über die Wissenschaft denken.

Sie hatten ja schon immer ein gestörtes Verhältnis zu den autonomen Hochschulen, und daraus, meine Damen und Herren, resultieren auch gewisse – ich sage absichtlich und betont: gewisse – Prioritäten der Frau Minister Firnberg.

Was sagt sie als die dafür unmittelbar zuständige Ressortchefin? Ihr will ich ja den guten Willen grundsätzlich nicht absprechen. Aber offensichtlich war sie zu schwach und konnte sich gegen die harte Männerwelt im Finanzbereich nicht durchsetzen. Erschwerend kommt noch hinzu, daß die ihr zuerkannten Mittel – zumindest, wie ich schon gesagt habe, teilweise – falsch eingesetzt werden, daß sie zweifelhafte Prioritäten setzt.

Frau Minister! Sie haben erst vor wenigen Tagen, am 30. November, ein Interview im „Morgenjournal“ des Österreichischen Rundfunks – Hörfunk zum Thema „Programm für 1978“ gegeben. Darin ging der Reporter von der richtigen These aus, daß gerade in Zeiten einer schwierigen wirtschaftlichen Situation die Forschungspolitik eines Landes eine erhöhte Bedeutung gewinnt, und fragte Sie, welche wichtigen Projekte Sie in dieser Hinsicht für das nächste Jahr vorhaben. Daraufhin antworteten Sie unter anderem wörtlich:

„Wir haben für das nächste Jahr ganz bestimmte Prioritäten gesetzt, die eben Rücksicht nehmen auf die Notwendigkeit künftigen Wirtschaftswachstums.“

Dann zählten Sie einige berechnete, ja notwendige und von mir durchaus begrüßte Projekte auf, wie etwa die Energieforschung, besonders im Bereich unkonventioneller Energien, etwa Sonnenenergie, Umwandlung von Biomasse in Energie und die Rohstoffforschung. Durchaus in Ordnung.

In der Folge nannten Sie aber dann, besonders hervorhebend, die Sozialforschung, wie etwa die Erforschung der Arbeiterbewegung und ein „Institut für internationale Politik.“ Auf die Frage des Reporters, was dieses Institut erforschen soll, haben Sie nur sehr allgemein geantwortet, daß es ein derartiges Institut bereits in Schweden als Vorbild gibt. Es soll sich mit Fragen internationaler Politik beschäftigen und bestimmte Spezialgebiete herausgreifen.

Ich möchte Sie daher nochmals fragen: Was soll dieses Institut tatsächlich konkret tun? Soll es etwa die Entwicklung der „Sozialistischen Internationale“ erforschen? Glauben Sie wirklich, daß mit derartigen Forschungsschwerpunkten auch nur ein einziger Arbeitsplatz in der österreichischen Wirtschaft gesichert oder neu

Dipl.-Ing. Dr. Frühwirth

geschaffen werden kann? Haben Sie nicht den Eindruck, daß es gerade in diesen Bereichen der Soziologie, Politologie und verwandten Gebieten bereits jetzt zu viele Institutionen gibt? Ist es Ihnen nicht hinlänglich bekannt, daß es besonders an den genannten Universitätsinstituten zu viele frustrierte Studenten gibt und mehr oder minder unzufriedene arbeitslose Absolventen auf diesen Gebieten?

Sie wissen doch genau so gut wie ich, daß es vorwiegend dort die mehrfach kritisierten aktiven Zellen von Unruhestiftern und linksextremen Anarchisten gibt. Wollen Sie diese noch mit Steuergeldern vermehren und fördern?

In diesem Zusammenhang möchte ich auf eine Glosse im „Kurier“ vom 3. Dezember hinweisen, wo es unter dem Titel „Uni-Probleme“ wörtlich heißt:

„Aus gegebenem Anlaß warnten der Rektor der Universität Wien und der Chef der Hochschülerschaft vor einer Pauschalverurteilung der Studenten.“

Weiter heißt es: „Recht haben sie. Aber dazu fällt einem ein, daß einander schon vor ein paar Monaten auf der Rampe der Wiener Uni rechte und linke Extremisten prügeln. (In vorderster Front ein gewisser Reinhard Pitsch, derzeit im Zusammenhang mit der Palmers-Entführung in Haft.)

Schon damals fragte man sich, wie die Universität solcher Außenseiter Herr werden könnte.

Seither ist einiges passiert, aber nichts geschehen. Oder doch: Der Rektor verlangt ein neues Ordnungsrecht für sein Haus. Das war Donnerstag.

Für Freitag abend war auf Hochschulboden eine Veranstaltung mit einem RAF-Anwalt als Starredner angesagt, und die „Aktion Neue Rechte“ machte dazu drohende Geräusche. „Gaudeamus igitur“, heißt es abschließend.

Nun, leider ist diese Sache nicht zum Freuen, sondern angesichts des Ernstes der Lage doch eher zum Weinen. (Zwischenruf des Abg. Hatzl.) Auf Sie komme ich noch zurück, Kollege Hatzl.

Wenn etwa bei der von der Studienrichtung-vertretung Politologie unter falscher Flagge aufgezogenen Veranstaltung erklärt wird: „Wir sind sehr wohl für den Massenterror der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie“, muß ich Sie fragen: wo gibt es denn die Bourgeoisie?

Das Volk fragt sich, Frau Minister: Was tut die zuständige Ressortchefin gegen eine derartige Entwicklung? Wie lange können Extremisten und Terroristen unter Benützung öffentlicher

Einrichtungen gegen unseren Staat hetzen? Die Menschen in diesem Lande wollen nicht, daß sich an den Universitäten Extremisten prügeln und öffentliches Eigentum beschädigen, sondern daß die akademische Jugend an den aus Steuergeldern finanzierten hohen Schulen studiert und sich auf die Bewältigung der Zukunft vorbereitet!

Bei der Gelegenheit noch einige Worte zu den Studenten im allgemeinen. Die Zahl der Studierenden an den Universitäten und Kunsthochschulen steigt weiter an. Allein an der Universität Wien hat sich die Anzahl der Hörer im laufenden Studienjahr gegenüber dem Vorjahr um über 13 Prozent erhöht. An der Universität für Bodenkultur gibt es in einzelnen Studienrichtungen mehr als die dreifache Menge Studenten, als adäquate Posten in der Praxis vorhanden sind. Ähnlich ist es an zahlreichen anderen Fakultäten und Hochschulen. Schon derzeit gibt es über 3 000 Lehramtsabsolventen zuviel. Trotzdem wird noch immer für ein Hochschulstudium geworben, direkt oder indirekt. Was sollen denn diese jungen Leute nach ihrem Studium anfangen? Es scheint, als würde hier bewußt ein akademisches Proletariat auf Staatskosten gezüchtet.

Wenn man bedenkt, daß die Ausbildung eines Studenten im naturwissenschaftlichen, technischen, medizinischen Bereich einige Hunderttausend Schilling kostet und die hochqualifiziert ausgebildeten Akademiker dann etwa als Taxifahrer ihr Brot erwerben müssen, so resultieren daraus doch gigantische Fehlinvestitionen.

Und hier muß man darauf hinweisen, daß die hochschulwirksamen Staatsausgaben real sinken, weil sie bestenfalls die Inflation abdecken. Und die Inflation – das wurde heute vom Kollegen Blenk schon angedeutet – beträgt im Bereich der Wissenschaft und Forschung laut OECD-Bericht 15 bis 16 Prozent. (Abg. Hatzl: Wie hat sich das Budget 1977 auf 1978 verändert in Wissenschaft und Forschung?) An Hand des Dienstpostenplanes werde ich es Ihnen genau aufzeigen.

Ich weiß mehr Zahlen, Herr Kollege Hatzl, als Sie glauben. Ich habe eine ganze Statistik da. Meine Zahlen, Herr Kollege Hatzl, sind alle bis auf Einzelheiten nachweisbar richtig. (Abg. Hatzl: Ihre Zahlen hören sich so an, als ob Sie sie in der Lotterie gezogen hätten!) Bei denen, die im Budget stehen, werde ich Ihnen sofort nachweisen, daß die falsch sind, sogar widersprechend Ihrem eigenen Dienstpostenplan. Ich komme noch darauf zurück. (Weiterer Zwischenruf des Abg. Hatzl.) Sie werden es ja sehen. Sie können alles nachlesen. Ich zitiere Ihnen die Quellen.

Dipl.-Ing. Dr. Fröhlich

Derzeit will oder kann das Wissenschaftsministerium keine Kopfquote in der Relation Student-Professor beziehungsweise Hochschullehrer bekanntgeben. Aber die Frau Minister hat dies ja im Ausschuß versprochen. Sie wird das sicherlich nachholen. Sie will einen derartigen Untersuchungsauftrag erteilen. Ich nehme an, sie wird dann das Ergebnis den zuständigen Abgeordneten im Hause zur Verfügung stellen. *(Präsident Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)*

Man argumentiert in diesem Zusammenhang auch immer wieder mit den Scheinstudenten. Ja, es gibt eine Menge Scheinstudenten, die die sozialen Vorteile eines Studenten ausnützen. Das ist bekannt. Die Anzahl ist auch absolut gestiegen. Das ist auch richtig. Aber bitte sehr, Frau Minister, der Prozentsatz der Scheinstudenten ist seit Jahren der gleiche. Das hat sich nur absolut geändert, weil es mehr Studenten gibt, aber prozentuell ist es der gleiche geblieben. Daher ist dies kein Argument, das man akzeptieren kann.

Ich möchte für diesen Bereich noch kurz zwei Anliegen urgieren, die zwar nicht neu, aber angesichts der steigenden Hörermassen umso dringender sind. Wenn es schon zumindest in absehbarer Zeit zu keiner Lösung kommen kann, so würde ich doch bitten, daß man diese zwei Probleme einer beschleunigten Verbesserung zuführt: Das eine ist der Studentenheimbau und das andere das Raumproblem.

Beide halten mit der rasanten Entwicklung der Hörerzahlen längst nicht mehr Schritt. Im Gegenteil, die Subventionen für den Studentenheimbau wurden heuer um 6 Millionen gekürzt. Das ist ein Beispiel – jetzt ist Hatzl nicht da. Im Gegensatz zum Vorjahr gibt es für den Studentenheimbau um 6 Millionen weniger. Ein Fall! Der Prozentsatz der Studenten, die sich auf dem freien Wohnungsmarkt ein Quartier suchen müssen, wird immer größer. Dabei finden diese Studenten – wie Sie alle wissen – nur Quartiere, die unzulänglich und überdurchschnittlich teuer sind.

Sie haben uns, Frau Minister, im Ausschuß und auch heute wieder erklärt, daß es im Hinblick auf die guten Erfolge im sogenannten „Mensen-Pool“ möglich sein wird, einen Teil der für die Mensen vorgesehenen Mittel dem Studentenheimbau zu widmen. Ich wäre Ihnen daher sehr dankbar, wenn Sie uns sagen könnten, um welche Größenordnung es sich dabei handelt. Ich fürchte nämlich, daß es dabei so wird wie bei den Bundestheatern, wo auch der Herr Finanzminister in seiner Budgetrede eine Reduktion der Zuschüsse zu den Bundestheatern angekündigt und versprochen hat und dann das Defizit um rund 945 Millionen Schil-

ling im laufenden Jahr auf weit über eine Milliarde Schilling im Jahre 1978 präliminiert hat, 1 013 Millionen, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, jedenfalls über eine Milliarde.

Ähnlich ist es bei den Hochschulbauten, deren Ausbau viel zu langsam fortschreitet. Die Frau Minister sprach heute von einem Zuwachs von 200 000 Quadratmetern, ohne aber dazuzusagen, daß es sich dabei auch zum Beispiel um 12 000 Quadratmeter Sportplätze auf der Schmelz handelt. Man kann doch nicht einen Quadratmeter Sportplatz mit einem Instituts-Quadratmeter vergleichen. *(Bundesminister Dr. Sinowatz: Das gehört dazu!)* Natürlich gehört es dazu. Ich weiß schon, daß dort das Turn- und Sportzentrum ist. Aber ein Quadratmeter Wiese ist doch etwas anderes als ein Quadratmeter hochwertiger Institutsbau. Das müßte man normalerweise dazu sagen, wenn man mit Quadratmetern operiert. Und daß es hierbei auch um zahlreiche Zumietungen geht ... *(Abg. Dr. Gruber: Ich bitte, sich um die Zwischenrufe von der Regierungsbank nicht zu sehr zu kümmern!)* Ich bin sachlich genug. Wenn die Minister sachlich reagieren, warum nicht?

Aus Ihrer Äußerung in der „Presse“, Frau Minister, muß man ja den Eindruck gewinnen, daß Ihnen diese Probleme mehr oder weniger gleichgültig sind. Ich glaube, der Herr Kollege Blenk hat ja schon darauf hingewiesen, wie das mit den Arbeitern oder arbeitenden Menschen in der Straßenbahn war. In einer zeitgemäßen Straßenbahn arbeitet nur einer, der Fahrer, und der hat dort auch einen sicheren Sitzplatz. Ich kenne keine moderne Straßenbahn, wo der Fahrer noch stehen muß. So weit sind wir sogar schon in der Gemeinde Wien fortgeschritten. Dabei wissen wir auf Grund der Geburtenziffern, daß der Studentenboom noch etliche Jahre – ich schätze etwa 10 Jahre – anhalten und auch später kaum zurückgehen wird.

Und der Kollege Wille – er ist leider jetzt nicht da – ich kann ja leider erst jetzt nach Stunden auf seine Ausführungen antworten beziehungsweise eingehen – meinte, die Universitäten stehen ein halbes Jahr leer. Dazu hat sich auch schon die Frau Minister mehrfach geäußert.

Das ist theoretisch richtig. Aber, meine Damen und Herren, an den Universitäten wird nicht nur gelehrt. Hier gibt es Forschung, Lehre und Verwaltung. Und auf Grund zahlreicher Erhebungen kann man feststellen, daß die Aufgabe beziehungsweise die Arbeitszeit der Hochschullehrer aus etwa einem Drittel Forschung, einem Drittel Lehre und einem Drittel Verwaltung besteht. Wenn also schon die Lehre längere Zeit entfällt, so werden zumindest die Forschung und die Verwaltung weitergeführt. Daher ist dies doch ein Argument, das man nicht

Dipl.-Ing. Dr. Frühwirth

akzeptieren kann. Und dazu möchte ich – Frau Minister, Sie kennen es sicherlich – aus der letzten Nummer der Hochschulzeitung ein kurzes Zitat von Prof. Seitelberger, dem jetzigen Prorektor der Universität Wien und ehemaligen Vorsitzenden der Rektorenkonferenz, bringen. Er schreibt da unter dem Titel: „Trimester an Universitäten?“ Warum richtet man „sein wach-sames und scharfes Auge nur auf die Universitäten, warum nicht auf andere kulturelle und sonstige Institutionen? Wie steht es mit den Theatern, deren riesige Räume nur zirka 2 bis 3 Abendstunden genutzt werden? Oder mit den Gerichtssälen, die Gottlob zeitweise leerstehen, oder etwa mit unserem Parlament? Müßte nicht viel mehr Theater gespielt werden, müßten nicht viel mehr Gerichtsurteile gefällt und noch mehr Gesetze fabriziert werden? Und warum nicht noch weiter ins Private gehen: Kann man es gutheißen, daß so viele Autos in unseren Straßen lange unbenutzt stehen oder so viele Betten nur nachts benutzt werden? Sollte nicht vielleicht noch mehr Auto gefahren oder mehr geschlafen werden?“

Das ist vielleicht ein bißchen ironisch, aber man kann natürlich dieses Spiel weiterführen ad infinitum, und damit sieht man, wie grotesk diese Überlegungen sind, zumal man ja keine konkreten Verbesserungsvorschläge hat.

Frau Minister! Auch ich bin der Meinung, daß man hier vielleicht noch einiges besser machen kann, aber das so mit einem Finger oder einer Handbewegung abzutun und zu sagen, wir werden das alles ändern, ohne genau zu wissen, wie, scheint mir zumindest ein bißchen unüberlegt.

Nun, ein trauriges Kapitel dieses Budgets ist der Dienstpostenplan für die Hochschullehrer. Während, wie schon aufgezeigt, die Zahl der Studenten weiter rapid ansteigt und wir über der 100 000-Grenze liegen, stagniert die Zahl der Hochschullehrer aller Kategorien. Hier gibt es den vom Finanzminister Androsch geprägten Begriff: „Nullwachstum“. Und damit verschlechtert sich naturgemäß die Relation Hörer-Hochschullehrer weiter, so daß der Gesetzesauftrag des Allgemeinen Hochschulstudiengesetzes 1966 nicht mehr erfüllt werden kann. Dort wird konkret unter anderem der Auftrag erteilt, von den Massenvorlesungen abzugehen und in kleinen Gruppen, etwa in Form von Seminaren, Privatissima und ähnlichen Formen zu arbeiten. Der Fortschritt liegt also offenbar darin, daß wir wieder zum alten Zustand zurückkehren müssen.

Nun, wie sehen tatsächlich die konkreten Ziffern aus? Wenn man sinnvollerweise zwischen Universitäten und Kunsthochschulen unterscheidet und beide Gruppen vergleicht, so

sind die Kunsthochschulen noch relativ besser daran.

Im Rahmen der Universitäten haben wir bei den ordentlichen Professoren 1978 einen Zuwachs von 9 Posten, das heißt, einen Anstieg von 1 100 derzeit auf 1 109 Dienstposten beziehungsweise Planstellen, wie sie jetzt richtigerweise heißen. Die Zahl der außerordentlichen Professoren bleibt mit 350 gegenüber dem Vorjahr gleich. Die Zahl der Assistenten wird um 14 für ganz Österreich vermehrt, das heißt im Durchschnitt etwa ein Assistent pro Universität. In der Summe ergibt das ein Plus von 22 Posten, womit die Zahl der hauptamtlichen Universitätslehrer im Jahr 1978 maximal 5 599 betragen kann. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß eine nicht unbeträchtliche Zahl von Dienstposten beziehungsweise Planstellen aus verschiedenen Gründen längere Zeit hindurch unbesetzt ist. Bei den Assistentenposten ist fast ein Viertel der Posten geteilt in halbtags beschäftigte Vertragsassistenten und in ein Drittel beschäftigte Demonstratoren und andere nicht voll einsatzfähige Kräfte.

Im Rahmen der Kunsthochschulen gibt es bei den ordentlichen Professoren einen Zuwachs von 19 Posten, wobei allerdings ein Teil sogenannte Sanierungsfälle, das heißt, Hebung von ao.-Professoren zu ordentlichen Professoren sind. Die Zahl der außerordentlichen Professoren sinkt daher um 3 ab und die Zahl der Assistenten steigt um 3 Posten an; zusammen ergibt das ein Plus von 19 Posten, sodaß im Jahre 1978 an den Kunsthochschulen insgesamt 405 Planstellen zur Verfügung stehen. An den Universitäten und Kunsthochschulen zusammen daher 1978 genau 6 004 Posten.

Meine Damen und Herren! Ich habe das deshalb so im Detail analysiert und dargestellt, weil der Finanzminister mit falschen Zahlen operiert, offensichtlich um die Öffentlichkeit zu täuschen. Ich kann mir keinen anderen Grund vorstellen. In seinen graphischen Darstellungen zur Budgetrede hat er eine Abbildung 32, die ich hier habe. (*Redner zeigt die graphische Darstellung.*) Und hier heißt es im Begleittext in den Erläuterungen zu dieser Graphik wörtlich: „In den letzten Jahren hat die Anzahl der Studierenden an österreichischen Universitäten und Kunsthochschulen stark zugenommen. 1977/78“ – ich bezweifle übrigens, daß er zu der Zeit, als dies gedruckt wurde, schon die abschließenden Zahlen für 1977/78 hatte, da die Inskription damals noch gar nicht abgeschlossen war, also das ist schon eine sehr vage Schätzung, aber er behauptet es jedenfalls – „studieren im Vergleich zu 1969/70,“ – dem Jahre Null – „um 50 000 Studenten mehr, was eine Steigerung um 93,6 Prozent bedeutet. Auch die Anzahl der

Dipl.-Ing. Dr. Frühwirth

Hochschullehrer wurde in diesem Zeitraum stark erhöht. Derzeit" – ich bitte, jetzt passen Sie gut auf – „lehren rund 7 800 ordentliche und außerordentliche Professoren und Universitätsassistenten an den Universitäten und Kunsthochschulen.“ Ein Widerspruch zu dem Dienstpostenplan, zu seinem eigenen Dienstpostenplan. Er weiß also im Dienstpostenplan nicht, was er vorher in den Beilagen oder umgekehrt gesagt hat. Hier, laut Dienstpostenplan, das steht im Budget bitte, schwarz auf weiß – ... *(Zwischenruf bei der SPÖ: Das ist nicht wahr!)* Ist nicht wahr? Herr Kollege, kommen Sie her, ich zeige es Ihnen, ich habe ja hier die Unterlagen, die Beweise, Sie können sie nachlesen. 7 800, und laut Dienstpostenplan aber überhaupt nur 6 000 möglich. Wie er zu diesen komischen Berechnungen kommt, weiß ich nicht. Vielleicht kann es mir die Frau Minister in einer Anfragebeantwortung erklären. Sie hat zwar schon einmal gesprochen, aber ich wäre ihr dankbar, wenn sie uns mit einer zweiten Wortmeldung aufklären könnte.

In Wirklichkeit sind es also tatsächlich auf Grund der erwähnten Teilungen von Assistendenposten in halbe Vertragsassistenten und in ein Drittel Demonstratorenposten nur 5 000, die derzeit wirklich vorhanden sind. Wo sind also die 2 800 fehlenden Posten? Auch in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 1. Dezember wurde von einer Vermehrung um 3 600 Posten gesprochen. Ja, Frau Minister, woher hat die „Arbeiter-Zeitung“ diese Zahl? Wo ist die Quelle, oder wo sind diese Posten geblieben? Sie sind jedenfalls nicht vorhanden.

Meine Damen und Herren! Sie ersehen daraus, mit welcher „Sorgfalt“ und welchen Methoden hier gearbeitet wird. Kann man denn da überhaupt noch von Budgetwahrheit sprechen? Eine weitere Irreführung in dieser Darstellung des Finanzministers liegt darin, daß aus der Formulierung „auch die Anzahl der Hochschullehrer wurde in diesem Zeitraum stark erhöht“ der uneingeweihte Leser den Schluß ziehen muß, daß diese etwa im gleichen Ausmaß erfolgte. Und einer der Herren der sozialistischen Fraktion hat – ich glaube, es war der Kollege Radinger – schon darauf Bezug genommen und gemeint, daß sich die Relation zugunsten der Studenten geändert hätte. In Wirklichkeit ist nämlich genau das Gegenteil der Fall. Es gab 1970 – bitte, schauen Sie im Bundesfinanzgesetz 1970 nach – zusammen genau 4 500 Posten für Hochschullehrer, Professoren und Assistenten. *(Ruf bei der SPÖ: Wer sagt denn das?)* Ich sage es, weil Sie es offenbar nicht gewußt haben. Die Steigerung bis 1978 geht auf 6 000 Posten, beträgt daher nach Adam Riese genau ein Drittel von 4 500 auf 6 000.

Und wenn Sie dies mit den 94 Prozent, die der Finanzminister bei der Steigerungsquote für die Studenten angeführt hat, vergleichen, so kommen Sie auf 33 zu 94. Und jetzt können Sie sich daraus die Relationsverschlechterung ausrechnen. Also eine Steigerung – ich wiederhole das noch einmal, damit sich das alle gut einprägen – bei den Hochschullehrern, das heißt Professoren und Assistenten gemeinsam um ein Drittel! ... *(Zwischenruf des Abg. Dr. Tull.)* Sie haben wieder nicht aufgepaßt, Herr Kollege Tull, obwohl Sie Vorsitzender des Finanzausschusses sind! *(Beifall bei der ÖVP.)* Daher sollten Sie besonders aufpassen und dem Finanzminister, der ja nicht da ist, berichten, was über sein Budget hier im Parlament gesagt wird. *(Abg. Dr. Tull: Der wird eine schlaflose Nacht haben, wenn er hört, was Sie hier gesagt haben!)* Die sollte er wirklich haben nach solchen Aufdeckungen, Herr Kollege Tull. *(Abg. Hatzl: Wie viele Dienstposten werden wir im nächsten Jahr mehr haben?)* Keine 20, Herr Kollege. *(Weitere Zwischenrufe.)*

Ich kann bei der Gelegenheit nur fragen, wozu haben wir bei solchen Verhältnissen überhaupt ein eigenes Wissenschaftsministerium gebraucht? Hier werden zwar laufend Posten vermehrt und diese offenbar mit engagierten Sozialisten besetzt, aber die Auswirkung auf die Hochschulen ist daraus nicht zu erkennen. Und obwohl Sie die Posten im Ministerium gewaltig vermehrt haben, Frau Minister, jammern Sie, Sie hätten noch immer zuwenig Beamtenposten. Ich habe die Frau Minister im Ausschuß gefragt, weil hier ein beträchtlicher Budget-Posten „Entgelte für Hochschulreform“ mit über 1 Million Schilling veranschlagt ist, warum sie etwa diese Arbeiten nicht von hauseigenen Beamten ihres Ministeriums machen läßt. Darauf sagte sie, sie habe zuwenig Beamte, das müsse sie also außer Haus geben. Ich habe den Verdacht, und werde ihn nicht los, daß dabei auch andere Überlegungen als die Beamtennot eine Rolle spielen.

In diesem Zusammenhang scheint mir auch interessant, welche Arbeiten für diese Million gemacht werden. Hier hat sie etwa Ausarbeitung von Durchführungserlässen zum UOG, Erarbeitung von Reformkonzepten und anderes erwähnt. Diese hochbezahlten Reformkonzepte und Durchführungserlässe, die mittlerweile bereits ein Regal füllen könnten, versuchen, wenn ich das richtig sehe, eine Art Gegenreform zum UOG. Die Erlässe klären nichts auf, im Gegenteil, sie verwirren die Situation noch mehr.

Interessanterweise habe ich den Eindruck, daß die Frau Minister damit irgendwelchen Wünschen nicht genau definierter Gruppen

Dipl.-Ing. Dr. Frühwirth

entgegenkommen will, damit aber andererseits gerade wieder jene Gruppen, um deren Gunst sie bei der Beschlußfassung des UOG – etwa die Studenten – geworben hat, vergrämt. Dort werden also verschiedene Dinge in Frage gestellt, und zwar gerade die, derentwegen Teile der Studenten und Assistenten dem UOG zugestimmt haben. So etwa haben sie sich Institutszusammenlegungen, größere Instituts-einheiten und ähnliches mehr erwartet.

Auch darüber, Frau Minister, haben Sie uns im Ausschuß keine befriedigende Antwort gegeben. Der Frage des Kollegen Ermacora nach den Ein-Mann-Instituten oder meiner Frage nach der Zahl der zusammengelegten Institute sind Sie ausgewichen, das haben Sie nicht beantwortet.

Die Assistenten haben Sie damals als die „Lieblinge der Nation“ bezeichnet. Heute sind die Lieblinge der Nation offenbar längst vergessen, und man geht nach ganz anderen Gesichtspunkten vor.

Damit komme ich abschließend noch zu einem Kapitel, das uns in der nächsten Zeit sehr beschäftigen wird, Frau Minister, und zwar ist das das kommende Dienstrecht für die Hochschullehrer. Sie wissen, daß unter Ihrer Mitwirkung beziehungsweise unter der Mitwirkung Ihres Ressorts schon vor längerer Zeit im Bundeskanzleramt ein Entwurf für das Hochschullehrer-Dienstrecht erarbeitet und an einen engen Kreis von Betroffenen verschickt wurde. Noch selten, Frau Minister, habe ich eine derart geschlossene Ablehnung eines Gesetzesentwurfes vom jüngsten Assistenten bis zum ältesten Ordinarius erlebt wie gerade bei jenem Entwurf.

Die bisherigen Verhandlungen zwischen den zuständigen Zentralstellen der Bundesverwaltung und der Gewerkschaft haben in den wesentlichen Punkten auch kaum Fortschritte gebracht. Die Verwaltung hat, besonders betreffend die Aufstiegschancen tüchtiger, junger Wissenschaftler bisher keinerlei Verständnis gezeigt. Sie haben im Ausschuß versprochen, Sie werden sich in der Frage engagieren. Ich muß Sie daher nochmals auch hier bitten, das wirklich zu tun, und möchte Ihnen zu diesem Vorhaben einige Forderungen der Hochschullehrer unterbreiten, weil der Regierung offenbar bisher nichts Besseres eingefallen ist.

Die Hochschullehrer verlangen: 1. Es muß an erster Stelle die Wahrung und Förderung des Leistungsgedankens in der Wissenschaft stehen.

2. Es muß am Beginn der Tätigkeit der Laufbahn eine strenge Auslese des wissenschaftlichen Personals erfolgen, damit im Zusammenhang muß auch eine Erleichterung

der Übertrittsmöglichkeiten der Assistenten in andere Berufe des öffentlichen Dienstes stehen.

3. Es muß eine funktionsgerechte und sozial verantwortbare, das heißt sinnvolle Laufbahn für das an Universitäten und künstlerischen Hochschulen wissenschaftlich und künstlerisch tätige Personal geschaffen werden.

4. Die Habilitation und eine gleichwertige künstlerische Leistung muß als höchste wissenschaftliche Qualifikation anerkannt und in der dienstlichen Verwendung entsprechend berücksichtigt werden.

5. Das Laufbahnmodell ist so zu gestalten, daß längerfristig eine gesunde Personalpyramide im Bereich der Hochschullehrer entstehen kann.

6. Am Ende der Laufbahn ist ein gleitender Übergang in den Ruhestand zu ermöglichen, das heißt, eine den jeweiligen konkreten Verhältnissen angemessene flexible Emeritierung zu schaffen.

7. Insgesamt sollen unter Wahrung der spezifischen Gegebenheiten die dienstrechtlichen Verhältnisse und sozialen Sicherheiten der Hochschullehrer an die Bedingungen angenähert werden, wie sie für andere Verwendungsgruppen des öffentlichen Dienstes bereits bestehen.

Wenn Sie, Frau Minister, diese Grundsatzforderungen der Hochschullehrer akzeptieren, werden Sie die Hochschullehrer als Bundesgenossen bei Ihren dienstrechtlichen Bestrebungen haben. Andererseits müssen Sie mit massivem Widerstand von ganz links bis ganz rechts rechnen. Auf keinen Fall darf eine Verschlechterung gegenüber dem derzeitigen Zustand, gegenüber den geltenden Bestimmungen eintreten.

Zusammenfassend, meine Damen und Herren, muß ich leider feststellen, daß das Wissenschaftsbudget für 1978 in den meisten Bereichen eine Stagnation bringt und besonders auf dem Sektor des wissenschaftlichen Personals im weitesten Sinne einen absoluten Rückschritt bedeutet.

Auch hier kann man wie ganz allgemein feststellen: Wenn die Sozialisten in der Gegenwart versagen, so entschuldigen sie sich mit der Vergangenheit und versprechen eine rosarote Zukunft!

Aber was heute noch Zukunft, ist morgen Vergangenheit, daher kommt es nie zur Realisierung dieser Wünsche, dieser Versprechungen, nie zur Einlösung! Auf diese Regierung ist eben kein Verlaß, und der alte Slogan: „Versprochen und gebrochen“ gilt heute mehr denn je.

Der letzte Beweis für die Unglaublichkeit

Dipl.-Ing. Dr. Frühwirth

dieser Regierung war das Wissenschaftsbudget für 1978. Man hat uns die Wissenschaft als Schwerpunkt versprochen und als Schwachpunkt legt man sie nun vor und behandelt sie. Einem solchen Budget können wir nicht zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Hilde Hawlicek. Ich erteile es ihr.

Abgeordnete Dr. Hilde **Hawlicek** (SPÖ): Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Ich bin in einer glücklicheren Lage als mein Vorredner, Kollege Frühwirth, ich kann mich zwar nicht inhaltlich, aber zumindest thematisch auf die gleiche Problematik wie er heute hier beziehen.

Nur, Kollege Frühwirth, wenn ich Ihnen gleich eines sagen darf: Ich habe hier nicht alle Dienstposten parat und vor allem nicht Steigerungsraten von Jahr zu Jahr und von Monat zu Monat, aber ich kann Ihnen eines versichern, daß, seit wir eine sozialistische Regierung haben, es Steigerungen bei den Posten der Lehrpersonen von 7 336 auf 10 624 gegeben hat, und diese Zahl ist richtig. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Frühwirth: Eine glatte Hausnummer!)*

Wissen Sie, Kollege Frühwirth, welche Zahl eine Hausnummer ist?: die von Ihnen erwähnte heurige Steigerungsrate der Studentenzahlen von 13,2 Prozent. Es gibt nämlich hier noch überhaupt keine Unterlagen, fragen wir die Statistiker über die heurigen Inskribentenzahlen. Diese Zahl kann also nicht stimmen, weil es sie noch gar nicht gibt. *(Abg. Dr. Koren: Sie könnte stimmen!)* Aber es gibt sie noch nicht, daher ist sie auch keine exakte Zahl, Kollege Koren.

Was die Raumaussnutzung an den Hochschulen betrifft, so darf ich dem Haus mitteilen, daß hier nicht nur Meinungen von Professor Seitelberger oder von Professor Frühwirth vorliegen, sondern es Gott sei Dank auch in den Reihen der ÖVP andere, meiner Meinung nach vernünftiger Meinungen gibt, wie zum Beispiel die vom Wirtschaftsbundgeneralsekretär Dr. Schüssel, dem Nachfolger von Dr. Busek, der sich erst gestern dafür ausgesprochen hat, drei Semester an den Hochschulen einzuführen, damit eben die Räume besser genutzt werden können. *(Abg. Dr. Gruber: Höchstens Trimester, Frau Kollegin!)* Dankeschön, drei Trimester einzuführen.

Wenn man sich die Reden der Opposition hier anhört, besonders die Rede des Kollegen Frühwirth, dann hat man wirklich den Eindruck, als gäbe es in Österreich eine Katastrophe auf dem Bildungssektor. Dabei ist gerade das Kapitel Bildung, Wissenschaft, Forschung, das

wir heute behandeln, eines der erfolgreichsten in der erfolgreichen Politik der sozialistischen Bundesregierung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir haben hier auch heuer wieder überproportionale Steigerungsraten von 13,2 Prozent, insgesamt auf 35,4 Milliarden Schilling. Und das Kapitel Wissenschaft und Forschung ist, wie Sie ja wissen, Kollege Frühwirth, von 2,4 auf 7,5 Milliarden Schilling, um 320 Prozent gestiegen.

Diese Kapitel waren immer schon Schwerpunkt der Politik der Bundesregierung, seit es eine sozialistische in diesem Land gibt. Kollege Busek, wie immer man Steigerungsraten interpretieren möchte, ob man jetzt die Kasterln quadratisch oder rechteckig nimmt, das haben eben Kasterln an sich, daß es quadratische und rechteckige gibt, und ob man jetzt abzieht oder hinzurechnet, eines können auch Sie nicht leugnen mit Ihren statistischen Spielereien, daß es eben Steigerungen in Österreich auf diesem Sektor in den vergangenen Jahren gegeben hat. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Gerade heute in einer wirtschaftspolitisch schwierigen Zeit, wo wir Maßnahmen treffen und Einsparungen vornehmen müssen, zeigt es sich, wie wichtig es war, daß wir nicht an der Bildung gespart haben. Das Ergebnis sind 154 neue Bundesschulen, seit 1970 wurden nämlich mehr als zwischen 1945 und 1970, also als die ÖVP für die Bildungspolitik verantwortlich war, gebaut. Das Ergebnis sind 200 000 Quadratmeter mehr Raumangebot an den Hochschulen, das bedeutet, daß seit 1970 doppelt soviel gebaut wurde wie in den Jahren 1945 bis 1970. Und das Ergebnis sind mehr Schüler an allen Schultypen, an den AHS-Schulen, aber auch an den berufsbildenden Schulen und mehr Hörer an den Hochschulen. Und das Ergebnis sind Schülerbeihilfen, Steigerung der Schülerbeihilfen, Steigerung der Stipendien und der Sozialaufwendungen. Und das Ergebnis ist eine bessere Lehrerversorgung, wir haben heute um 20 000 Lehrer mehr als 1970. Und das Ergebnis sind, wie ich Ihnen schon ausgeführt habe, Kollege Frühwirth, mehr Lehrpersonen an den Universitäten und Hochschulen und mehr Lehrbeauftragte. *(Abg. Dr. Frühwirth: Wie viele Studenten mehr?)*

Das ist die Bilanz. Studenten gibt es ebenfalls mehr, und zwar ist die Zahl von 53 000 auf 99 000 gestiegen. Aber auch das sehen wir als Verdienst unserer Politik an, weil durch unsere Öffnung der Hochschulen mehr Studenten den Zugang zu den Universitäten gefunden haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Kollege Gruber, ich habe mir die Statistiken genau angesehen und konnte feststellen, daß es

Dr. Hilde Hawlicek

zur Zeit Ihrer Regierung eine Steigerung der Studentenzahl um nur 1 000 gegeben hat. Ich weiß zwar nicht warum, aber das ist eine statistische Tatsache. Kollege Frühwirth wollte ja wissen, wie die Studentenzahlen gestiegen sind. *(Abg. Dr. Gruber: Studenten kommen meistens vom Gymnasium! Dort studiert man acht Jahre!)* Das ist die Bilanz, die wir nach acht Jahren sozialistischer Politik auf dem Bildungssektor ziehen können, und es ist eine gute Bilanz, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir haben hier bewußt einen Budgetschwerpunkt geschaffen, um einerseits mit dem Nachholbedarf und andererseits mit der Bildungsexpansion fertig zu werden. Anders als in Deutschland und in vielen anderen Staaten ist es uns gelungen, trotz internationaler Restriktion und ohne negative Auswirkungen auf die Hochschulen und die Studierenden mit diesen Problemen fertig zu werden.

Wir haben keinen Numerus clausus, wir haben keine Jugendarbeitslosigkeit und keine Akademikerarbeitslosigkeit, Kollege Frühwirth, auch wenn Sie von einem Akademikerproletariat sprechen. Das ist nämlich das Verdienst der sozialistischen Bildungspolitik, und dessen können wir uns rühmen.

Wir rühmen uns nicht, auf diesem Sektor gespart zu haben, wie es heute Kollege Busek von den ÖVP-Unterrichtsministern behauptet hat und wie es auch Dr. Taus am Ende seiner Budgetrede getan hat, wo er hervorgehoben hat, daß die Volkspartei in den 25 Jahren, in denen sie die Hauptverantwortung im Staate trug, mit dem Geld immer sparsam umgegangen ist.

Man hat ja gesehen, meine Damen und Herren, wohin diese Sparsamkeit auf dem Bildungssektor geführt hat: Drohende Schulkraumnot, Lehrermangel, Akademikerbedarf, völlige Vernachlässigung der Forschung, mit einem Wort: Bildungsnotstand und Bildungspleite.

Heute ist die österreichische Bildungslandschaft saniert. Wir Sozialisten haben nicht an unseren Kindern gespart, wir haben in die Bildung und damit in die Zukunft investiert.

Aber der Opposition ist es ja immer noch zuwenig. Kollege Busek sprach von einer Aushungerung, und die Opposition verwendet nicht nur immer die gleiche Argumentation, sondern sie zeigt auch hier immer die gleiche schizophrene Haltung, Aushungerung auf der einen Seite, auf der anderen Seite wird auf das Sparen in der ÖVP-Zeit hingewiesen.

Was aber neu ist – und damit möchte ich mich kurz beschäftigen –, ist die Vorlage eines

Konzepts, ich meine das Konzept zur Arbeitsplatzsicherung, was natürlich in Österreich gerade von besonderer Dringlichkeit ist, wo wir den Höchstbeschäftigungsstand, den es überhaupt in der Geschichte unserer Republik gegeben hat, nämlich über 2,7 Millionen, erreicht haben.

Ich frage mich übrigens, soll ich sagen ÖVP-Konzept oder Taus-Konzept, ich tue mich hier ein bisserl schwer in der Terminologie. Denn ich frage mich, ob das, wenn man Taus-Konzept sagt, wie es zum Beispiel Generalsekretär Lanner und auch andere getan haben, hier positiv zu werten ist, wenn Taus als Einzelkämpfer hervorgehoben wird, oder ob man sich eher schon rechtzeitig distanzieren möchte, um dann bei einer etwaigen später auftauchenden Schuldfrage nicht in die bei der ÖVP üblichen Streitereien hineinzugeraten.

Bemerkenswert ist übrigens, daß dieses Konzept hier totgeschwiegen wird. Busek hat zwar heute hier ein Konzept geschwenkt, aber es war sein eigenes Konzept, ein Busek-Kommunalkonzept, und man hat den Eindruck, daß jeder in der ÖVP sein Konzept hat und jeder ein Einzelkämpfer ist. *(Abg. Dr. Frühwirth: Besser als gar keines!)* Richtig, Kollege Frühwirth, besser als gar keines. Und wir haben ja Gott sei Dank genug Konzepte und genug Programme, die wir im Gegensatz zu Ihnen jetzt auch in der Lage sind, verwirklichen zu können. *(Beifall bei der SPÖ.)* Aber vielleicht ist es auch einmal bei Ihnen so weit, Kollege Frühwirth. *(Abg. Dr. Frühwirth: Früher als Sie glauben!)*

Ihr Parteiboss Taus meinte hier in der Budgetrede am 3. 11.: „Schon vor zwei Jahren habe ich gesagt, daß beschäftigungspolitische Maßnahmen außerbudgetär durchgeführt werden müssen.“ Und schon zwei Jahre nach dieser Erkenntnis gibt es ein Konzept.

Wenn wir in Österreich wirklich auf das Taus-Konzept hätten warten müssen, gäbe es sicherlich schon die ärgsten Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt. Aber zum Glück aller Österreicher ist nicht Taus verantwortlich für die Politik, die in diesem Lande gemacht wird, zum Glück für alle Österreicher sind es die Sozialisten, die alles tun, um die größtmögliche Sicherung der Arbeitsplätze auch weiterhin zu gewährleisten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte mich auf folgenden Punkt des Taus-Konzeptes, das von Journalisten als Nacht- und Nebelaktion bezeichnet wurde, nämlich auf die besonders gefährdeten Gruppen Jugend, Maturanten, Akademiker beziehen. Abgesehen von den verzerrenden Statistiken, die schon in einer Pressekonferenz der Arbeiterkammer von dem Referenten der statistischen Abteilung

Dr. Hilde Hawlicek

Krämer richtiggestellt wurden, ist die Ausgangssituation völlig falsch, denn Maturanten und Akademiker sind sogar in Ländern, wo es wirklich Arbeitslosigkeit gibt, viel günstiger dran als andere Berufsgruppen. Lesen Sie einmal, Kollege Frühwirth, den wichtigen Artikel zu dieser Frage aus der „Zeit“ vom 11. 11. mit dem Titel: „Wer studiert, hat's dennoch besser“, und dann werden Sie wohl auch hier nicht mehr von Akademikerproletariat sprechen.

Was die Jugendarbeitslosigkeit betrifft, die tatsächlich ein sehr schwieriges, nämlich nicht nur ein wirtschaftspolitisches, sondern auch gesellschaftspolitisches Problem Europas ist, wo es ja schon Länder gibt, wo die Jugendarbeitslosigkeit bis zu 50 Prozent Anteil der Arbeitslosigkeit ausmacht, so ist sie uns bisher erspart geblieben, und zwar dank der rechtzeitigen arbeitsmarktpolitischen und vor allem auch der bildungspolitischen Initiativen der sozialistischen Regierung. Das muß bei einer Bildungsdebatte betont werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die im Taus-Konzept vorgeschlagenen Maßnahmen, wie zum Beispiel verstärkte Förderung der Forschung, Ausbau des Systems der Abiturientenkurse, wurden alle schon längst getroffen, Forschungsausgaben wurden verdreifacht, die Zahl der Abiturienten seit 1970 ebenfalls verdreifacht, sodaß diese Nacht- und Nebelaktion von Taus hier eher zur Vernebelung der Problematik dient. Sie scheint mir eher eine Fortführung der Phase der Irritation zu sein, die ja laut Taus-Aussage schon bei der Klubtagung beendet gewesen sei.

Auch gibt es in dieser Frage noch kein Ende der Irritation beim ÖVP-Wissenschaftssprecher. Noch im vergangenen Jahr hat Dr. Busek hier von Akademikerschwemme und Überqualifizierung gesprochen, Kollege Frühwirth tut es noch heute, er ist also hier ein bisserl später dran. Ich dachte schon, daß Dr. Busek dazugelernt hat, als ich die vergangene Nummer der „Österreichischen Hochschulzeitung“ gelesen habe, wo Busek in einem Interview meinte: „Was die Akademikerarbeitslosigkeit anlangt, so muß man sagen, daß es sie praktisch nicht gibt.“ So Ihr Kollege Busek vergangenes Monat. Heute Busek hier im Hause: So einfach kann man es sich nicht machen. Quasi als Antwort auf die eigene Frage: Bevor etwas passiert, seien schon geeignete Maßnahmen zu treffen.

Das ist vollkommen richtig, denn genau das, meine Damen und Herren von der ÖVP, haben wir immer in der sozialistischen Regierung gemacht, genau deshalb ist hier eben nichts passiert.

Und genau in diesem ÖH-Interview bleibt es

dem von Busek zitierten Rektor vorbehalten, wahrscheinlich mit verzweifelterm Zynismus einerseits festzustellen: „Man hat sich für eine bestimmte Methode entschieden, nämlich jeden Studienwilligen zuzulassen.“ Andererseits stellt er sofort klar, daß er selbst Maturanten, die unentschieden sind, von einem Studium abraten würde.

Aber Professor Komarek, um niemanden anderen handelt es sich hier, ist ja Gott sei Dank kein Studienberater, sondern ein Rektor, sogar der Vorsitzende der Rektorenkonferenz. Ein sehr aktiver noch dazu, er führte sich gleich damit ein, daß er ankündigte, daß sich in Hinkunft die Rektoren aktiver und, wenn es sein müsse, aggressiver zu allen Aspekten der Bildungspolitik zu Wort melden müssen. Bei ihm mußte es gleich aggressiv sein. Das ist durchaus in Ordnung.

Wenn Busek sagt: Recht der Opposition – Kritik, selbstverständlich. Aber bitte, wenn Kritik, dann mit richtigen Fakten. Hier muß ich leider darauf hinweisen, daß sämtliche Zahlen, die bei der Pressekonferenz vom Wiener Rektor genannt wurden, falsch oder unseriös sind.

Auch der Wiener Rektor beginnt mit jener Zahl, die Sie hier heute anscheinend von ihm übernommen haben, mit der Steigerung der Erstinskribenten um 13,3 Prozent, die, wie gesagt, überhaupt noch nicht vorhanden ist. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Frühwirth.)*

Bei ihm ist es noch unexakter, Kollege Frühwirth, als bei Ihnen, weil er nämlich am Ende der Pressekonferenz Bezug nimmt auf die Zahlen auf der Wiener Universität und dazu sagt, es werden zumindest ebensoviele erwartet wie im Vorjahr – wie kommt es dann zu einer Steigerung? –, nämlich 6 667. Aber für das Vorjahr haben wir Zahlen, und da waren es nur 4 799. Also das ist eine exakt falsche Zahl, genauso wie die Zahl 4 500 Wohnungssuchende in Wien. Dafür gibt es keine Schätzung, sondern eine statistisch vorliegende Zahl. Es sind nach der letzten seriösen Untersuchung nur 2 800. In Salzburg gäbe es heuer 1 700 Hörer, und im vergangenen Jahr habe es nur 1 550 gegeben. Es hat aber im vergangenen Jahr tatsächlich nur 885 gegeben, also eine „kleine“ Verschätzung um 70 Prozent. Ebenfalls eine solche Verschätzung, diesmal um 90 Prozent, auf der Wirtschaftsuniversität Wien, wo es angeblich 1 646, aber in Wirklichkeit nur 853 Hörer gegeben hat.

Soweit der Wiener Rektor zu Hörerzahlen, und nun der Rektor zum Budget. Er bezeichnet es als eine Katastrophe, daß der Unterrichtsaufwand gekürzt wurde. Frau Bundesminister Firnberg hat klargestellt, daß es sich nicht um

7356

Nationalrat XIV. GP - 76. Sitzung - 7. Dezember 1977

Dr. Hilde Hawlicek

Kürzungen, sondern um Umschichtungen handelt, und hat die Fakten klargestellt.

Diese Fakten hätten übrigens auch mühelos dem Budget selbst entnommen werden können, man hätte nur den Arbeitsbehelf zum Bundesfinanzgesetz gleich auf der gegenüberliegenden Seite der Universitäten ansehen müssen – man hätte also nicht einmal umblättern müssen – und feststellen können, daß der Sachaufwand für Bibliotheken um 86,5 Millionen erhöht wurde und daß es sich, so wörtlich im Arbeitsbehelf, um eine Umschichtung und nicht um eine Verminderung handelt. Das steht dort wortwörtlich im Arbeitsbehelf, den der Herr Rektor Komarek, wie ich vermuten muß, so wie auch das Budget, nicht gelesen hat. *(Abg. Dr. Gruber: Weil ihn selbst wir verspätet bekommen haben. Den haben wir erst 14 Tage später bekommen!)*

Oder ich muß annehmen, daß er in der Pressekonferenz über das Budget gesprochen hat, noch bevor er das Budget bekommen hat. Das ist auch eine spezielle Art, wenn man in Pressekonferenzen über Dinge redet, die man womöglich noch nicht in Händen hat. *(Abg. Dr. Gruber: Das Budget ist vorgelegen!)*

Aber, Kollege Gruber, jetzt liegt das Budget schon vor, und ich kann der „Österreichischen Hochschulzeitung“ vom Dezember, die wir gestern druckfeucht in unsere Kasterln bekommen haben, entnehmen, daß der Wiener Rektor ungebrochen auch durch Lesen des Budgets und Hören und Feststellen der richtigen Fakten hier sagt – ich zitiere wörtlich –: „Die Mittel für Zwecke der Unterrichts- und Forschungserfordernisse wurden gekürzt, denn man hat etwa 50 Millionen davon“, so genau nimmt er es ja nicht, „umgeschichtet und dem Budget der Universitätsbibliotheken zugeordnet.“

Also der Wiener Rektor weiß jetzt zumindest schon von Umschichtungen – ein Fortschritt: er irrt sich um eine Kleinigkeit von 30 Millionen, aber das ist bei ihm bei den Zahlen so üblich –, aber eine Kürzung ist es trotzdem noch immer. So „sachlich“ ist nämlich die Kritik, die hier im Hause von niemand anderem als Ihrem Wissenschaftssprecher, von Kollegen Busek, heute verteidigt wurde.

Bei diesen Umschichtungen, und das muß nun einmal klargestellt werden, handelt es sich um Maßnahmen im Zuge der Bibliotheksreform. Die Universitätsbibliotheken werden nämlich dadurch in die Lage versetzt, die Auswahl der anzuschaffenden Literatur besser zu koordinieren. So steht es nämlich in § 85 Abs. 1, lit. a UOG. Oder ist das auch dem Rektor zu spät zugegangen? Das haben Sie schon seit zwei Jahren! Dadurch werden Einsparungen für eine

breitere Fächerung der Literaturanschaffungen ermöglicht.

Hier wurde nämlich bisher nicht gespart, meine Damen und Herren von der Opposition, es hat nämlich Doppel-, ja sogar Mehrfachanschaffungen in den einzelnen Universitätsinstituten gegeben, vor allem von Zeitschriften, die in der letzten Zeit unheimlich teuer geworden sind. Dadurch kann eben jetzt eingespart werden, daß diese Bestellungen zentral von den Universitätsbibliotheken vorgenommen werden können.

Im Zuge dieser Bibliotheksreform werden auch ein gemeinsames Literaturbestellwesen der Universitätsbibliothek, siehe das EDV-Modellprojekt Graz, und eine Rationalisierung der Entlehnung vorbereitet, die wegen starker Benützungsteigerung immer notwendiger wird.

Zuletzt möchte ich auch nicht unerwähnt lassen, daß diese Umschichtung nicht nur eine Umschichtung war, sondern sogar eine Erhöhung der Mittel um 7 Millionen gebracht hat.

Aber diese Reformen und Verbesserungen werden hier nicht erwähnt. Ich habe das Gefühl, Sie wollen es vielleicht gar nicht so genau wissen. Sie greifen hier lieber zu griffigen außerparlamentarischen Budgetinterpretationen.

Das machte nämlich schon Kollege Ermacora am 3. November in der Budgetdebatte. *(Abg. Dr. Gruber: Ist das auch außerparlamentarisch?)* Sie werden gleich sehen, Kollege Gruber. Ermacora rügte, daß die Frau Minister – ich zitiere jetzt wörtlich, denn ich würde so etwas natürlich nicht sagen – „dem Komarek vorgeworfen habe, er verstehe das Budget nicht.“ Ermacora führt weiter entrüstet fort: „Ich habe das Budget eigens darauf untersucht.“ Eigentümlich, daß Kollege Ermacora sofort die Schuld beim Budget finden wollte, denn nicht immer kann das Budget etwas dafür, wenn es nicht verstanden wird. Und Kollege Ermacora schließt triumphierend: „Das Budget weist überhaupt nichts aus, was den Instituten zukommt, und deshalb hat sich Komarek beschwert.“

Verehrter Kollege Ermacora – er ist jetzt nicht da, aber vielleicht richten Sie es ihm aus *(Abg. Brandstätter: Der hört am Lautsprecher zu, wie der Herr Bundeskanzler!)* –, das Wissenschaftsbudget hat noch niemals etwas über Institute ausgewiesen, weil es nämlich die Budgetpost Institute nicht gibt. Sie ist im Sachaufwand der Universitäten eingegliedert. Und wenn es vielleicht entschuldbar ist, daß ein Rektor, der erst kurz bestellt ist und zum ersten Mal ein Budget sieht, es nicht schon liest, so kann man es wohl kaum entschuldigen, wenn ein Abgeordneter, der schon seit 1971 im Hause ist und daher zumindest schon siebenmal das

Dr. Hilde Hawlicek

Budget in Händen haben muß, nicht weiß, daß es eine solche Post in dem Budget überhaupt nicht gibt. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Frühwirth.)* Daher kann man von einem Kollegen Ermacora, von einem Hochschulprofessor Ermacora, Herr Professor Frühwirth, erwarten, daß er nicht Irrtümer von Parlamentsfremden hier herein in dieses Haus trägt.

Über die zweite Äußerung von Kollegen Ermacora: „Wenn ich am Schreibtisch sitze, knistert es im Gebälk“, möchte ich lieber Stillschweigen breiten, weil das nur eine für den Professor Ermacora peinliche Darstellung in diesem Haus wäre. Es ist nur symptomatisch, und deshalb habe ich es erwähnt, daß diese beiden Aussagen – unrichtig die eine und haltlos die andere – die einzigen Beiträge des Professors Ermacora zum Wissenschaftsbudget sind.

Es ist eine Tatsache, meine Damen und Herren, daß das Wissenschaftsbudget überproportional gestiegen ist, daß auch die unmittelbar für die Universitäten ausgewiesenen Ausgaben über 10 Prozent, also auch überproportional, gestiegen sind *(Abg. Dr. Frühwirth: Die hochschulwirksamen sind gesunken!)* und daß trotz ihrer steigenden Studentenzahl von 53 000 auf 99 000 die Ausgaben der Hochschule pro Student von 35 098 S in den siebziger Jahren auf 61 300 bis 1977 gestiegen sind. *(Abg. Dr. Frühwirth: 15 Prozent Inflation!)*

Und eine Tatsache ist, daß sich die Betreuungsverhältnisse verbessert haben. In den siebziger Jahren kamen 71 Studenten auf einen Professor, und jetzt kommen nur mehr 57 Studenten auf einen Professor, und das bitte bei dieser Studentenexpansion.

Das sind wohl Beweise genug, daß die sozialistische Regierung eine richtige und gute Bildungspolitik gemacht hat. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Frühwirth: Schauen Sie sich doch einmal den Dienstpostenplan an, Frau Kollegin!)*

Das ist übrigens auch für den wissenschaftlichen Nachwuchs gut, Kollege Busek, weil Sie gerade wieder einmal das Haus mit Ihrer Anwesenheit beehren.

Auch der Aufwand für die Museen ist gestiegen, nämlich um 8,7 Prozent. Wir haben wieder 3,5 Millionen für internationale Großausstellungen. Das heißt, die kulturelle Außenpolitik kann fortgesetzt werden.

Weiterhin gibt es beste Zusammenarbeit mit den Bundesländern und Gemeinden bezüglich Ausstellungen, vor allem auch Wanderausstellungen. Es sind 8 Millionen Schilling für den Ausbau der Sammlungen vorgesehen, und

erstmal gibt es auch eine Budgetpost, was Ihnen nicht entgangen sein dürfte, Kollege Busek, für Vorbereitungen zur Errichtung eines Museums für moderne Kunst. *(Abg. Dr. Busek: Darüber habe ich geredet!)* Darüber haben Sie geredet, Kollege Busek, das wissen Sie noch. Aber Sie wissen nicht, daß die Frau Minister in der Zwischenzeit schon dazu Stellung genommen hat, weil Sie wieder einmal geruhten, außer Haus zu weilen. *(Abg. Dr. Busek: Frau Doktor, es wird Sie interessieren, daß ich ein Gespräch mit der Grazer Autorenversammlung und Günter Nenning geführt habe! – Heiterkeit.)*

Kollege Busek, mich interessiert nicht, welche Gespräche Sie außerhalb des Hauses führen. *(Abg. Dr. Busek: Nein, das war im Haus!)* Ich konnte nur feststellen, daß Sie bei der Antwort, die Ihnen die Frau Minister gegeben hat, nicht im Haus waren. *(Abg. Dr. Gruber: Wir werden genau registrieren, wann Sie da sind, Frau Kollegin!)*

Bitte, Kollege Gruber. *(Zwischenruf des Abg. Peter.)* Aber Kollege Busek konnte es sich ja fast wirklich ersparen, weil er nämlich alles schon in mündlichen und schriftlichen Antworten von der Frau Minister beantwortet bekommen hat. Ich nehme an, Kollege Busek liest zumindest die Antworten. *(Abg. Dr. Busek: Ich habe sogar zitiert!)*

Erwähnen möchte ich noch, daß die Museen steigende Besucherzahlen aufzuweisen haben. Eine Rekordzahl von 1,7 Millionen Besuchern wird heuer erwartet. Ich kann hier eine Rekordzahl von der vorigen Woche erwähnen, was den Besuch des Naturhistorischen Museums betrifft. Hier konnte nämlich der 150 000. Besucher begrüßt werden. Das ist in der Zeit der Republik überhaupt noch nicht vorgekommen, das hat es nur in der Zeit der Monarchie gegeben. *(Abg. Dr. Gruber: Sehen Sie, wie gut die Monarchie war!)* Also wir haben hier monarchische Zustände. Mit einem Wort – ich zitiere hier die „Österreichische Hochschulzeitung“ vom Dezember –: „Die österreichischen Bundesmuseen sind in den ...“ *(Abg. Dr. Gruber: Ich habe schon vorhin gesagt: Im Zweifel für die Monarchie! Es hat die Frau Minister gesagt, sie wird die Museen am Ring renovieren und nicht das des 20. Jahrhunderts! – Heiterkeit.)* Wir setzen nämlich auch Traditionen fort, Kollege Gruber, und machen uns nicht nur über das 20. und 21. Jahrhundert Gedanken; das selbstverständlich auch.

Nun wieder zu den Museen. Ich zitiere hier die „Österreichische Hochschulzeitung“ vom Dezember: „Die österreichischen Bundesmuseen sind in den letzten Jahren zu einem Bestseller geworden.“ – Dem habe ich nichts hinzuzufügen.

7358

Nationalrat XIV. GP - 76. Sitzung - 7. Dezember 1977

Dr. Hilde Hawlicek

Zum Schluß möchte ich noch zum Ausdruck bringen, daß ich es sehr erfreulich finde, daß die Bilanz, die man jetzt zur Halbzeit der Legislaturperiode ziehen kann, zeigt, daß die Versprechungen: weiterer Ausbau der Universitäten und Hochschulen, mehr Demokratie auch an den Universitäten, keine Studienbeschränkung in Österreich und neue Studienordnungen, bereits zum größten Teil realisiert sind. Wir haben also, Kollege Frühwirth, gehalten, was wir versprochen haben. (*Abg. Dr. Gruber: Das Lehramtsstudium: Sieben Jahre Zeit? Das müßten gerade Sie wissen als AHS-Professorin!*)

Ich kann Ihnen versichern, daß auch im neuen Parteiprogramm der SPÖ Bildungsfragen zentral behandelt und die Universitäten als größte und wichtigste Einrichtungen für Wissenschaft und Forschung angesehen werden, als Einrichtungen, die von großer zentraler gesellschaftlicher Bedeutung sind. Wir Sozialisten können stolz auf diese Erfolge in der Vergangenheit sein und auf Programme für die Zukunft hinweisen. Wir geben daher diesem Budgetkapitel gerne unsere Zustimmung. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident **Minkowitsch**: Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Ottilie Rochus. Ich erteile es ihr.

Abgeordnete Ottilie **Rochus** (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Während Frau Dr. Hawlicek so sehr über die phantastische und ausgezeichnete Wirtschaftsplanung der SPÖ gesprochen, sie gelobt und gepriesen hat, habe ich die heutige „Presse“ gelesen. Ich muß ihr jetzt einige Zahlen vorlesen, damit sie wieder auf den Boden der Wirklichkeit zurückkommt. Über den Wiener Finanzstadtrat Mayr wird folgendes geschrieben:

„Mayr verschweigt im Gegensatz zu früheren Finanzplänen die rapid steigende Verschuldung der Stadt. So hatte es im Vorjahr traurig, aber ehrlich geheißen, daß sich der Anteil von Tilgungen und Zinsenlasten am Budget von 45 Prozent (1977) auf 79 Prozent im Jahre 1981 steigern werde. Das entspräche einer jährlichen Steigerung von 21 Prozent.

Heute ist Mayr vorsichtiger. Die jährliche Steigerung der Belastung aus Fremdmitteln gibt er nur noch global um 16 Prozent an (und das obwohl seit dem Vorjahr Kredite teurer, Baupreise höher geworden sind) und nennt keine konkreten Summen mehr. Ebenso ist der gesamte Komplex der Wiener Stadtwerke mit den schwer verschuldeten Verkehrsbetrieben gar nicht erst in den Plan aufgenommen worden.“

Frau Dr. Hawlicek, ich glaube, Sie sollten schon einmal darüber nachdenken, wie es in

Wirklichkeit aussieht. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Nun zum Kapitel Unterricht und Kunst. Das Bundesgesetz vom 21. März 1973 über die Förderung der Erwachsenenbildung und des Volksbüchereiwesens aus Bundesmitteln hat dem Bundesminister für Unterricht und Kunst das Recht gegeben, Mittel für diesen Zweck zu vergeben. Der Ressortminister hat somit auch die moralische Verpflichtung übernommen, alle Erwachsenenbildungseinrichtungen zu fördern. Über den enorm großen Wert der Erwachsenenbildung, meine Damen und Herren, glaube ich von dieser Stelle aus nicht sprechen zu müssen. Die ÖVP hat dies schon in ihren Programmen und Konzepten des öfteren festgehalten.

Für die moderne Gesellschaft ist ein rascher Wandel in fast allen Lebensbereichen festzustellen, und das verlangt daher eine permanente und immerwährende Weiterbildung, um auf allen Gebieten am laufenden bleiben und bestehen zu können. Die Erwachsenenbildung muß für alle Lebensgebiete Entscheidungshilfen anbieten. Kurz: Die Erwachsenenbildung ist für alle österreichischen Staatsbürger wichtig und bekommt immer entscheidendere Bedeutung.

Nachdem dieser Bereich ein gesamtgesellschaftliches Anliegen ist, muß die Gesellschaft, also auch der Staat, diesen Aktivitäten eine entsprechende Förderung zukommen lassen. Es ist daher sehr verwunderlich, meine Damen und Herren, daß die vorgesehenen Förderungsmittel für die freien Institutionen der allgemeinen Erwachsenenbildung nur ein halbes Prozent der vorgesehenen Gesamtausgaben dieses Ressorts ausmachen. Auch wenn man den Voranschlag für die bundesstaatlichen Einrichtungen der Erwachsenenbildung noch dazurechnet, werden nur 0,75 Prozent des Gesamtbudgets dieses Ressorts erreicht, obwohl – das können Sie, meine Damen und Herren, im Protokoll nachlesen – die SPÖ-Regierung erklärt hat, der Erwachsenenbildung ihre besondere Aufmerksamkeit widmen zu wollen. Trotzdem erreicht das Budget nicht einmal 1 Prozent des Gesamtbudgets dieses Ressorts und wurde sogar gegenüber 1977 um 3,4 Millionen Schilling trotz der großen Teuerungen und der Inflationsrate gekürzt.

Im § 6 des bereits zitierten Gesetzes spricht sich der Gesetzgeber eindeutig für die Unabhängigkeit des Förderungsempfängers aus. Wie schaut das nun in der Praxis aus? Es zeigt sich, daß die freien und allgemeinen Erwachsenenbildungsinstitutionen – gestatten Sie, Frau Dr. Hawlicek – sie ist nicht mehr da (*Abg. Dr. Gruber: Sie ist geflüchtet! – Ruf bei der SPÖ: Ihr Blick ist getrübt, da draußen steht sie!*) – ausgehungert werden. Ich nenne das Wort noch

Otilie Rochus

einmal: ausgehungert werden, weil die Basisförderung immer geringer wird.

Diese freien Erwachsenenbildungseinrichtungen müssen für die steigenden Personalkosten aufkommen und können sich einen gesunden Personalstock gar nicht mehr halten. Auch durch die immer wieder geänderten Abrechnungs- und Einrechnungsvorschriften ist eine längerfristige Planung unmöglich.

Die Konferenz der Erwachsenenbildungsinstitutionen Österreichs hat schon einige Male versucht und ersucht, die Basis mehr zu fördern. Statt dessen fördert das Ministerium für Unterricht und Kunst immer mehr große Projekte. Es wäre auch sehr interessant zu erfahren, ob das Ministerium neue einschlägige Projekte im Auge hat.

Ich möchte hier folgendes feststellen: Es wäre unbedingt notwendig, mehr Geld für die Erwachsenenbildung durch Umschichtung im eigenen Ressort zur Verfügung zu stellen, damit die Basissubvention gesichert und vor allem die Teuerungszuschläge enthalten sind. Die freien Erwachsenenbildungsinstitutionen müssen auch mehr Mittel erhalten, um ihre Mitarbeiter aus- und fortbilden zu können.

Bei der Förderung einzelner Projekte sollte man auf die Förderungswürdigkeit mehr acht geben und sie objektiv prüfen.

Im Gesetz ist es so, daß es dem Ministerium überlassen wird, in welcher Höhe gefördert wird. Es liegt somit im Ermessen des Ministers, was er fördert und wie hoch er fördert.

Deshalb handhabt es das Bundesministerium für Unterricht und Kunst auch sehr einseitig – jetzt wird es sehr interessant – und fördert vorrangig jene Institutionen, die ihm politisch nahestehen.

Wenn man die Studienarbeit der Sozialwissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft „Erwachsenenbildung zwischen Zwang und Freiheit“ studiert, kann man zum Beispiel auf Seite 32 ganz deutlich lesen – das sind nackte Zahlen ohne Aggressionen, und ich glaube, darüber müßte man schon einmal nachdenken, wenn man von der Erwachsenenbildung spricht –:

Der Ring der österreichischen Bildungswerke hat seit 1972 einschließlich der Inflationsrate minus 71,6 Prozent erhalten. Der Verband der Volkshochschulen minus 74,2 Prozent. Die Arbeitsgemeinschaft Österreichischer Bildungsheime minus 64,9 Prozent. Der Verband der Volksbüchereien minus 32,5 Prozent. – Bitte, das ist eine wissenschaftliche Arbeit.

Aber man kann auch weiter lesen, daß bei den beruflichen Erwachsenenbildungsinstitutionen

ebenfalls jene Institutionen mehr gefördert werden, die der Regierung politisch nahestehen. So hat das Berufsförderungsinstitut, das der Arbeiterkammer sehr nahesteht, seit 1974 424,6 Millionen erhalten und – jetzt hören Sie gut zu – das Landwirtschaftliche Fortbildungsinstitut nur 26 Millionen Schilling. Dazu wurden natürlich Arbeitsmarktförderungsmittel verwendet. Aber man sieht, wohin auch diese Mittel vorwiegend gehen. Die Wirtschaftsförderungsinstitute haben für denselben Zeitraum 121 Millionen Schilling erhalten.

Ich glaube, daß diese Zahlen Bände sprechen und deutlich aufzeigen, wie die Regierung fördert. Die einen füttert man, und den anderen hängt man den Brotkorb höher, um nicht wieder aushungern sagen zu müssen.

Man sieht es bei der Förderung, Herr Minister, daß man die, die einem nicht so nahestehen, ganz einfach links liegen läßt; man möchte sie verpolitisieren, verbürokratisieren, verschulen und verstaatlichen.

Trotz dieser finanziellen Aushungerung und anderer politischer Druckmittel haben die freien Erwachsenenbildungsverbände energischen Widerstand geleistet, und sie bestehen noch immer.

Als bäuerliche Abgeordnete möchte ich aber ganz besonders auf die Probleme der Erwachsenenbildung im ländlichen Raum hinweisen. Erwiesenermaßen ist der bäuerliche Mensch beziehungsweise allgemein der Mensch im ländlichen Raum im hohen Maße bildungswillig. Diese Menschen müssen sehr viele materielle Opfer auf sich nehmen, wenn sie an der Erwachsenenbildung teilnehmen. Ich frage wirklich: Wo bleibt da die Chancengleichheit, von der so viel die Rede ist?

Man muß bedenken, daß zum Beispiel selbständig Erwerbstätige – wozu natürlich auch die Bauern gehören –, wenn sie von daheim wegfahren, Fahrtkosten und Quartier bezahlen und einen Ersatz für ihre Arbeitskraft suchen müssen. Wenn sie ihrem Unternehmen fernbleiben, gehen sie das Risiko ein, daß daheim irgend etwas fehlschlägt. Von einem bezahlten Weiterbildungsurlaub ist natürlich hier noch lange nicht die Rede. Außerdem müssen sie noch höhere Beiträge zahlen, weil sie ja an den freien Erwachsenenbildungsinstitutionen inskribiert sind, und diese müssen mehr Geld verlangen, weil sie ja weniger Förderung bekommen.

Wenn nun so ein bildungswilliger Mensch aus dem ländlichen Raum noch dazu einen Bildungspass haben möchte, der sehr schmackhaft vorgestellt wurde, dessen Druck aber auch sehr viel Geld gekostet hat, dann muß er diesen auch noch auf Grund der höheren Gebührenvor-

7360

Nationalrat XIV. GP - 76. Sitzung - 7. Dezember 1977

Ottillie Rochus

schreibung vergewähren, anstatt daß er ihn so wie ein Zeugnis frei bekommen könnte. Auch in diesem Fall schröpft der Finanzminister unsere Leute, die durch die schlechte Förderung sowieso benachteiligt sind.

Jetzt etwas, was man hier sicherlich verlangen könnte: Die Vergabe der Förderungsmittel für die Erwachsenenbildung müßte transparenter gemacht werden. Das hat der Rechnungshof in seinem Tätigkeitsbericht von 1976 schon getan. Ich werde mir erlauben, einige Dinge daraus vorzutragen, weil es wirklich interessant ist, was man mit den wenigen Geldern, die der Bildung dienen sollen, noch alles machen kann. *(Abg. Dr. Tull: Das können Sie ja bei der Behandlung dieses Tätigkeitsberichtes auch noch machen! - Abg. Dr. Gruber: Sie können ihr ja keine Vorschriften machen! - Abg. Dr. Mussil: Reden Sie da nicht dagegen! - Allgemeine Heiterkeit.)*

Ich bin überzeugt, daß Sie das sicherlich interessiert.

Zum Beispiel hat man beim Verband der österreichischen Volksbüchereien festgestellt, daß im Sekretariat und im Magazin zur Zeit der Überprüfung 11 000 aus Förderungsmitteln des Bundes angeschaffte Bücher im Wert von 935 000 Schilling gelegen sind - meine Damen und Herren, das ist ein Einfamilienhaus! -, aber in keiner Aufzeichnung festgehalten wurden. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Das nächste ist zum Beispiel, daß die Büchereien, wenn sie um Subventionen, um Förderung angesucht haben, verschiedene Formulare ausfüllen mußten. Das hat bei der Förderungsstelle ungefähr acht bis zwölf Arbeitswochen gekostet, im Ministerium wurde drei bis vier Monate daran gearbeitet, und die Förderung betrug dann oft nur 1 000 Schilling. Deshalb hat der Rechnungshof festgestellt, daß 80 Prozent der Förderungsmittel für diese Büchereien für administrative Betreuung verwendet wurden.

Aber der Rechnungshofbericht wird ja noch interessanter, wenn man liest, daß zum Beispiel bei Förderungspreisen Bargeldpreise von insgesamt 60 000 Schilling verausgabt wurden. Und jetzt hören Sie gut zu: Es wurden anlässlich der Verleihung 69 560 Schilling, das sind 116 Prozent der Bargeldpreise für Essen und Trinken, verausgabt. Das steht hier drinnen. Die Kosten für ein Mittagessen haben 600 Schilling ausgemacht! Meine Damen und Herren! Wenn man schon bei der Förderung spart, dann soll man doch die wenigen Förderungsmittel nicht für Essen und Trinken ausgeben, sondern wirklich für die Bildung! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe hier noch einige Dinge, aber die Zeit drängt. Es wurde bei einer Förderungsstelle des Landes folgendes beanstandet: Die Förderungsstelle erklärte hiezu, die beanstandeten Ausgaben seien vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst angeordnet worden. Das waren 280 298 Schilling, die ausgegeben wurden. Hierbei handelt es sich um Rechnungen für Speisen und Getränke bei Sitzungen, für Heurigenbesuche und für Mittagessen von Bediensteten des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst.

Ich wollte nur sagen, daß bei der Förderung sehr gespart wird, daß aber dann die Förderungsstellen über Auftrag des Ministeriums noch einmal das Geld zurückzahlen müssen für verschiedene andere Ausgaben, die bei Gott nicht zur Bildung gehören.

Das wenige Geld wird also auf diese Art und Weise verausgabt oder, besser gesagt, hinausgeschmissen, wenn Sie mir das zu sagen noch erlauben, Herr Tull. *(Abg. Dr. Tull: Aber ja! Ihnen erlaube ich alles!)*

Ich möchte Sie fragen: Ist das der Weg, den die Regierung für Einsparungen vorschlägt? 100 Schilling da, hat der Herr Bundeskanzler gesagt, 100 Schilling dort! Na, da geht es ja um Beträge, die man gar nicht mehr übersehen kann und die wirklich für Festessen, für Verwaltung und für die Bürokratie verausgabt werden mußten. Es ist sicherlich absurd, wenn man sieht, wie das Ministerium die Förderung für die so wichtige Erwachsenenbildung verausgabt.

Noch etwas möchte ich hier feststellen: Ohne die idealistische Mitarbeit Tausender freiberuflicher Erwachsenenbildner wäre es daher nicht möglich, in der Stadt, aber besonders im ländlichen Raum die permanente Bildung aufrechtzuerhalten, und dafür möchte ich jenen Damen und Herren von dieser Stelle aus herzlich danken. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe auch Ihr Parteiprogramm, Ihren Entwurf für das Parteiprogramm gelesen, und da steht unter „Erwachsenenbildung“ folgendes als erster Satz: „Die Erwachsenenbildung hat die Aufgabe, den Menschen zu helfen.“ Und dazu sage ich: Wenn Sie das wirklich wollen, dann helfen Sie allen bildungswilligen Österreichern und nicht nur jenen, die Ihnen parteipolitisch nahestehen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Reform der Erwachsenenbildung, von zwei SPÖ-Ministern, nämlich Gratz und Dr. Sinowatz, angekündigt, konnte aus den von mir angeführten Gründen noch nicht stattfinden. Dieser wichtige Bildungszweig, meine Damen und Herren, ist am Nebengeleise, ist abgeschooben. Es wird höchste Zeit, daß objektive und sachliche Konzepte hierfür erarbeitet werden,

Otilie Rochus

damit die Erwachsenenbildung jene Stellung einnehmen kann, die ihr auch wirklich zusteht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Tonn. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Tonn** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach nunmehr neun Stunden Debatte und Beratungen über die Gebiete Schule, Kultur, Kunst, Wissenschaft und Forschung möchte ich zum Stiefkind dieses Kapitels (*Abg. Dr. Gruber: Zum Sport!*), nicht in Zahlen (*Abg. Mag. Höchtl: Auch in Zahlen!*), aber was die Debattenredner betrifft, Herr Dr. Gruber, etwas sagen, vor allem deshalb, weil es an und für sich wenig Gelegenheit gibt, zu Sportfragen hier im Plenum Stellung zu nehmen. Das ist deshalb bedauerlich, weil der Sport in all seinen Bereichen heute ein immer mehr an Bedeutung gewinnender Faktor innerhalb unserer Gesellschaft geworden ist. (*Abg. Dr. Gruber: Aber kompetenzmäßig Ländersache!*)

Wenn wir uns manchmal die Frage stellen, und in letzter Zeit wurde das mehrfach publiziert, was denn eigentlich Politik mit Sport zu tun habe, so glaube ich, sollte man dazu auch einiges sagen, und gerade das Jahr 1978 gibt eigentlich dazu einen Ansatzpunkt.

Wir werden im Jahre 1978 zwei Jahrestage zu begehen haben: Es werden 60 Jahre sein, daß diese Republik entstanden ist, und es werden 40 Jahre sein, daß Österreich von der Landkarte verschwunden ist.

Wenn man diesen Zeitraum auch im Sport betrachtet und in Verbindung mit der Politik bringt, so kann man feststellen, daß der Sport, der sich bis zum Ende der Monarchie in einem gewissen Ghetto befunden hat, aus diesem Ghetto herausgeführt wurde. Er wurde auch sehr oft politisch unterdrückt. Wir können heute feststellen, daß der Sport nicht nur einen erhöhten Stellenwert in unserer Gesellschaft hat, sondern daß er frei und vor allem der Politik gegenüber belastungsfrei ist.

Daß dazu das Bundesministerium sehr viel beigetragen hat, brauche ich hier, glaube ich, nur als Ergänzung erwähnen, denn wir wissen um das Wirken des Bundesministeriums, und wir wissen im besonderen, daß der derzeitige Bundesminister Dr. Sinowatz in seiner Amtszeit alles getan hat, um den Sport entsprechend zu fördern. Es geht hier nicht nur um die finanzielle Förderung, sondern entscheidend für den Sport sind auch die ideelle Förderung und die Voraussetzungen, die man schafft.

Wenn die Österreichische Volkspartei im Budgetausschuß gemeint hat, die Ansätze im Budget wären zuwenig, muß man dazu folgendes feststellen: Primär für dieses Budget sind die Lösungen der wirtschaftlichen Probleme. Das wurde schon immer gesagt. Und wenn im Rahmen der Sportförderung nicht immer die Ansätze des Vorjahres erreicht wurden, dann muß man sagen: Die Kürzungen bewegen sich im Rahmen. Wir dürfen dabei die überproportionalen Förderungen und Steigerungen seit dem Jahre 1970 nicht außer acht lassen.

Es gibt aber eine ganze Anzahl wesentlicher Punkte in diesem Voranschlag für das Jahr 1978, und ich darf hier einige im Telegrammstil in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit und der Redezeit, die uns vorgegeben ist, erwähnen.

Wir haben in diesem Budget zum erstenmal 900 000 S zur Förderung des Leistungsmodells Südstadt. Man will mit dieser Summe eine organisatorische Zusammenfassung der dort tätigen Südstadtvereine erreichen, eine echte Kostenerfassung, eine Unterstützung der Trainer und die Unterstützung von Veranstaltungen.

Daß der Weg, den der Bund in der Südstadt gegangen ist, ein richtiger ist, zeigen die Erfolge in den vier Sportarten, die dort in der Hauptsache betrieben werden. Wir können im Bereich des Fechtens auf beachtliche Erfolge verweisen. Durch die Südstadtarbeit ist es gelungen, daß Österreich im Tennis europäischer Mannschaftsjugendmeister geworden ist, und die Sparte Schwimmen beweist allein durch 23 Rekorde in einem Jahr, wie erfolgreich der Weg gegangen wird, der eingeschlagen wurde. (*Abg. Dipl.-Vw. Josseck: Und alles durch den Kreisky!*)

Es gibt nur ein Problem dort, rein sportlich betrachtet, und das ist, daß die Leichtathletik stagniert.

Und wenn Sie meinen, Herr Josseck, alles dank Kreisky, dann muß ich Ihnen sagen: Dank dieser Bundesregierung, die auch für den Sport stets ein offenes Ohr hat! *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Peter: Plus Länder und Sozialpartner!)*

Herr Abgeordneter Peter! Wenn Sie einmal in Ihren Reihen klären würden, wer überhaupt für den Sport zuständig ist! (*Abg. Dipl.-Vw. Josseck: Da haben wir auf Sie gewartet!*) Das konnten Sie ja bisher nicht. Vielleicht kann dann der Kollege, den Sie nominieren oder je nachdem, wie Sie sich zusammenstreiten, die entsprechenden Zwischenrufe machen. (*Abg. Peter: Alle sind zuständig!*) Es ist gar nicht schön, wenn der Parteiohmann immer die anderen bevormundet. Herr Peter, das zahlt sich ja gar nicht aus.

Tonn

Nun zu einer anderen Aktivität des Bundes, und ich glaube, auch hier muß man sagen: vor allem dem Bundesminister Dr. Sinowatz zuzuschreiben. Ich meine damit die Fußball-Schülerliga, die es seit zwei Jahren gibt, und den Volleyballbewerb im heurigen Jahr. Es geht bei diesen Bewerben nicht nur darum, daß in der Schule Sport betrieben wird. Ich glaube, das Wesentliche daran ist, daß es mit diesen Aktionen gelungen ist, eine bewußte Öffnung der Schule für den Sport herbeizuführen. Wenn im zweiten Jahr der Fußballliga 771 Schülermannschaften teilnehmen – wenn man das mit 15 multipliziert, kommen immerhin 12 000 Aktive heraus –, und wenn man beachtet, daß beim Mädchenbewerb für Volleyball allein im ersten Jahr 307 Teams teilnehmen, dann sieht man auch hier schon, wie richtig der eingeschlagene Weg ist. Und ich möchte auch hier an dieser Stelle den Sponsoren danken, die letzten Endes dazu entscheidend beigetragen haben.

Wir dürfen aber eines nicht vergessen bei dieser Schulsportangelegenheit: daß sich diese Schulsportaktionen nicht am Leistungssport orientieren sollten. Wir wollen mit diesen Aktionen erreichen, daß das Gemeinschaftsgefühl gefördert wird, und es soll nicht erreicht werden damit, daß der Schwache in die Rolle des Versagers gedrückt wird.

Die bewußte Öffnung der Schule für den Sport ist auch durch einen Ministererlaß erfolgt, und zwar ist es nunmehr den Vereinen möglich, an den Schulen für den Vereinssport zu werben. Ich glaube, auch hier vereinigen sich eine ganze Anzahl von Möglichkeiten.

Wenn wir schon beim Schulsport sind, glaube ich, muß man noch eines sagen: Wir kennen heute die Bedeutung des Schulsportes an und für sich, und wir wissen, daß es einen sehr großen Nachholbedarf gegeben hat. Wenn man heute darauf verweisen kann, daß es mehr Lehrer gibt, die Sport unterrichten, daß wir eine große Anzahl von Neigungsgruppen haben, daß Schwerpunktschulen mit sportlichem Schwerpunkt Abhilfe schaffen und daß der Bundeschulbau – heute schon erwähnt – auch am Sektor Sport Entscheidendes geleistet hat, so kann man sagen, daß das Wirken des Bundes auch im Bereich des Sportes eine segensreiche Tätigkeit war.

Natürlich gibt es auch Probleme, das sei hier gar nicht verschwiegen, denn es ist kaum möglich, Fehler von Jahrzehnten auszumerzen.

Wenn wir schon beim Schulsport sind, glaube ich, ist es auch nicht weit zum Breitensport; eine Aktion, die ja in den letzten Monaten sehr oft erwähnt wird. Hier möchte ich dem Kollegen Höchtel vielleicht eines sagen – da er im

Budgetausschuß dem Bundesminister den Vorwurf gemacht hat, er hätte eine Breitensportquote versprochen, aber bis heute sei nichts geschehen –: Sie wissen, Kollege Höchtel, daß der ASKÖ eine solche Breitensportquote durchgeführt hat, daß alle dazu eingeladen wurden. Man sollte auch eine private Initiative unterstützen, denn gerade Ihre Partei ist es immer, die gegen mehr Staat ist. (*Abg. Mag. Höchtel: Seit wann ist das Bundesministerium mit dem ASKÖ ident?*)

Wenn nun eine private Institution hergeht und eine Anregung aufgreift, dann machen Sie dem Bundesminister den Vorwurf, er hätte nichts getan. Ich finde, das ist kleinkariert. Das haben wir gerade am Sektor des Sports nicht notwendig. (*Abg. Dr. Gruber: Das Ministerium verzichtet zugunsten des ASKÖ! Da hört sich doch alles auf!*) Herr Dr. Gruber! Regen Sie sich doch nicht so auf. Es hat keinen Zweck und schadet vielleicht Ihrer Schönheit. Das wollen wir doch nicht.

Wenn also der Breitensport besprochen wurde und alle Betroffenen von der Bedeutung des Breitensports überzeugt sind, so glaube ich, muß man dafür auch im Bereich der Schulen den Grundstein legen. Es gibt eine Anzahl von Problemen, und ich hätte hier die Bitte auch an den Herrn Bundesminister, daß wir gerade in Sachen Breitensport eine gewisse Motivationsaktion starten; vielleicht könnte man so etwas auch über die Erwachsenenbildung machen. Ich verhehle nicht, daß das auch eine sehr wesentliche Aufgabe der Medienträger wäre.

Was wir brauchen in diesem Land, ist, kurz zusammengefaßt, der Sport um die Ecke, den faktisch jeder konsumieren kann. (*Abg. Dr. Gruber: Doch nicht konsumieren! Aktiv soll er sein, nicht konsumieren!*) Sport konsumieren. Es gibt aktive und passive Sportler, und man kann also aktiv und passiv konsumieren, falls Ihnen dieser Ausdruck, Herr Dr. Gruber, nicht gefällt.

Erfolgreich war aber auch das Wirken des Bundesministeriums auf anderen, für den Sport sehr wichtigen Gebieten. Ich erwähne hier zum Beispiel die Eröffnung einer neuen Untersuchungsstation im Österreichischen Institut für Sportmedizin am 23. November. Ein Mann, dem keinesfalls nachgesagt werden kann, daß er der Regierungspartei nahesteht – es war Professor Prokopp –, meinte dort, daß jetzt endlich ein Sonnenstrahl am Horizont aufgetaucht sei, und er hat dem Bundesminister Dr. Sinowatz recht herzlich für dessen Aktivitäten gedankt und gesagt, daß besonders in den letzten Jahren sehr viel geschehen sei. Daraus kann man ersehen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß die Aktivitäten für den Sport für uns als Regierungspartei und für den zuständigen Bundesminister

Tonn

mehr als nur ein Lippenbekenntnis sind. *(Beifall bei der SPÖ.)* Vor allem, wenn man daran erinnert, daß für diese sehr wichtige Aktion, die jahrzehntelang gefordert wurde, in den nächsten drei Jahren 10 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt und damit rund 1 000 Sportler aus 49 Fachverbänden erfaßt werden. Es ist somit wieder eine sinnvolle Schwerpunktinvestition getätigt worden.

Ich möchte aber auch dem Bundesminister und den Beamten dafür danken, daß in zunehmendem Maße die Wissenschaft dem Sport zugeführt wird. Es ist dies sehr beachtlich, denn auch das ist etwas Neuartiges. Ich weiß schon, der Sport kann sich dort keine Rezeptur für Weltrekorde erhoffen, aber die Wissenschaft als Entscheidungshelfer für den Sport ist etwas sehr, sehr Wesentliches.

Nun zurück zu den Zahlen des Budgets, damit ich meine Redezeit nicht überschreite. Ich konnte etwas sehr Erfreuliches feststellen. Es wurde in den letzten beiden Jahren immer vom Bundesminister verlangt, er möge dem Plenum mitteilen, wie denn die Abrechnung der Olympiade in Innsbruck aussehe. Heute liegt diese Abrechnung vor, und wir können sagen, es ist ein Erfolg. Diese Spiele sind ja unter der Devise gestanden, daß wir einfache Spiele wollen, keine Gigantonomie. Das Gesetz sah dafür einen Ausgabenrahmen von 60 Millionen Schilling vor, die Abrechnung hat Ausgaben von 54 Millionen Schilling ergeben. Das heißt, daß auch hier sparsamst gewirtschaftet wurde, obwohl Innsbruck ein großartiger Erfolg war.

Bevor ich zu einem aktuellen Thema komme und damit zum Schluß, vielleicht noch eines. Sehr wesentlich für den Sport ist, daß sich das Bundesministerium auch um Sportabkommen mit den Oststaaten – und dort ist dies notwendig – bemüht hat, weil hier der nachbarliche Sportverkehr, den wir ganz einfach brauchen, eben unterstützt wird.

Nun am Ende etwas Aktuelles. Wir wissen, daß derzeit neben dem Schisport – das ist ja eine Angelegenheit der Jahreszeit – vor allem der Fußball und die Weltmeisterschaft 1978 im Mittelpunkt des sportlichen Geschehens stehen. Und es ergibt sich daraus die Frage: Fördert das Bundesministerium auch diese Fußballaktion?

Wir können heute feststellen, daß eine Public Relations-Aktion in Argentinien gut angelaufen ist, deshalb gut angelaufen und für uns von Bedeutung, weil dort die Werbung für Österreich neben anderen unschätzbaren Vorteilen auch die Einnahmen, an denen wir beteiligt sind, fördert. Es ist Bundesminister Dr. Sinowatz gelungen, Österreichs Weltmeister im Automobilrennfahren Lauda als Werbeträger für

Argentinien zu gewinnen, und er hat sich auch bereit erklärt, 2 Millionen Schilling in einem Budgetüberschreitungs-gesetz für diese Weltmeisterschaft zur Verfügung zu stellen.

Alles in allem ergibt das einen großen Betreuungsbogen des Bundesministeriums für Unterricht, obwohl – und das wurde schon in einem Zwischenruf gesagt – Sport eigentlich Landessache wäre. Wir sehen aber, daß die Bundespolitik wichtig für die sportliche Entwicklung ist, und das wird besonders dadurch untermauert, daß in einer Exekutivsitzung der Bundessportorganisation am 22. November dieses Gremium beschlossen hat, Bundesminister Dr. Sinowatz für seine Bemühungen bei der Erstellung des Budgets zu danken, weil es den Wünschen des Sports gerecht wird. Und ich glaube, das ist der positive Beweis für die praktizierte Sportpolitik dieser Bundesregierung.

Wir sagen daher ja zu den einzelnen Posten des Sportbudgets, weil wir wissen, daß der Situation entsprechend Optimales getan wird. Die beiden Oppositionsparteien – das hat sich schon im Budgetausschuß herauskristallisiert, und wir wissen es – sind gegen das Sportbudget; sie sind damit auch gegen eine sinnvolle Entwicklung des Sports, und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist schade. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Amtmann. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Ing. Amtmann (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich weiß nicht, was für ein Konsument welcher Sportart der Redner, der vor mir da war, ist, er prägte den Ausdruck, er konsumiere den Sport. Ich weiß nicht, ob er im aktiven oder passiven Bereich ein guter Konsument ist, aber in einem Bereich ist er ohne Zweifel ein guter Konsument, insofern, als er alles verschlingt, was ihm von der Regierung vorgegeben wird, womit sie darstellt, daß das gut wäre, was in Wirklichkeit schlecht ist. Und gefallen hat ihm auch, daß wir jetzt womöglich statt eines Sinowatz einen Laudawatz haben werden, der den Sakanina dann möglicherweise zur Fußballweltmeisterschaft begleiten wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf bitte als erstes aus der Sicht des Kärntners einen Protest einbringen, und zwar einen Protest gegen die diskriminierende Streichung von Schulbauten im Kärntner Raum, von der besonders die Stadt Klagenfurt betroffen worden ist. Es ist der erhebliche Betrag von 55 Millionen Schilling, der ausgeschieden wurde und auf irgendeinen späteren Zeitraum verschoben wor-

Ing. Amtmann

den ist. Ich knüpfe an diesen Protest das dringende Ersuchen an den Herrn Minister, hier vielleicht doch eine Korrektur innerhalb des Budgets vornehmen zu wollen, und richte auch das Ersuchen an die Kärntner Abgeordneten der SPÖ, die bedauerlicherweise zu dieser Diskriminierung ihrer Heimat keinen Ton gefunden haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vor allen Dingen Herr Minister! Sie haben in einer Ihrer Antwortphasen gesagt, man müßte den Betrachtungszeitraum im Geschehen des Unterrichts nicht auf ein Jahr beschränken, sondern auf länger. Vollkommen richtig, Herr Minister, das ist ja im Grunde genommen das, was wir Ihnen vorwerfen, daß Sie es praktisch auch so machen wie Ihre Kollegen in der Regierung, die Dinge nur von einem Tag auf den anderen Tag betrachten und nicht die entsprechenden Zeiträume, die dann eine vernünftige Planung ergeben können, beachten.

Sie haben, Herr Minister, die Formulierung gebraucht, so viele Bemühungen um sinnvolle Zusammenarbeit mit allen Parteien wie jetzt hätte es eigentlich noch nie gegeben. Gestatten Sie mir, Herr Minister, daß ich etwas daran zweifle, vor allem wenn ich mir die Ausführungen des Abgeordneten Blecha von gestern in Erinnerung rufe. Und ich darf Ihnen empfehlen, vielleicht den vorbildlichen Abgeordneten Kaufmann – wie Sie ihn heute bezeichnet haben – Herrn Blecha als gutes Beispiel hinzustellen und nicht einem Abgeordneten der ÖVP, dem Herrn Steinbauer, denn ich kann Ihnen versichern, im Vergleich zu Herrn Blecha ist der Herr Steinbauer ohne Zweifel ein großer Gentleman.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf mich jetzt mit Rücksicht auf die vorgegebene Zeit streng an das Konzept halten, möchte nur noch vorher kurz eine Äußerung tun. In Kärnten, aber nicht nur dort, sondern in allen Bundesländern, vor allem im Alpenbereich, gibt es einen Spruch, der lautet: Jeder Krämer lobt seine Ware. Und dieser Spruch, allerdings in der modernsten Form unter Heranziehung all dessen, was die Psychologie in der Werbung zustandebringen kann, muß Pate gestanden sein bei der Erstellung dieses Staatshaushaltes.

Ich darf ganz kurz in Erinnerung rufen, was der Abgeordnete Busek heute mit den Kurven gesagt hat, und feststellen, daß in dieser Broschüre das gleiche System angewendet worden ist. Diese beiden Achsen, also Abszisse und Koordinate, stehen uns hier zweimal gegenüber, einmal um eine Kurve darzustellen, die linienhaft ist, und einmal, um eine Kurve darzustellen, die den Charakter einer Stiege hat. Dort, meine sehr geehrten Damen und Herren, wo die Kurve steil in den Himmel verlaufen soll,

sind die senkrechten Abstände länger und die waagrechten Abstände kürzer gehalten, wodurch der fast senkrechte Aufstieg gegeben ist.

Auf der gegenüberliegenden Seite, wieder bei einer graphischen Darstellung, wo es um stufenweise Darstellung geht, sind die senkrechten Abstände kürzer und die waagrechten Abstände länger. Logisch, damit bekomme ich die doppelte Anzahl von Stufen zustande, und es schaut der Aufwärtsweg weitaus geheurer aus.

Es ist mir vollkommen verständlich, daß ein Minister und auch eine Regierung versuchen, die eigenen Daten im besten Lichte darzustellen, doch glaube ich, etwas Zurückhaltung sollte man sich dabei wohl auferlegen und nicht so weit gehen, daß es schon langsam den Charakter dessen bekommt, daß man etwas zeigen möchte, was eigentlich gar nicht vorhanden ist.

Bemerkenswert ist noch eines: daß die Herren Abgeordneten der Sozialistischen Partei, die sich ja eigentlich als die Vertreter der Bevölkerung fühlen sollten, in etwa mit dem Einsatz von Kolonnenverkäufern diese schlechte Politik sozusagen als Werbende dann verkaufen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Budgetrede äußerte sich der Herr Finanzminister – und dies sicher in Übereinstimmung mit dem Unterrichtsminister – zur Bildungspolitik wie folgt: „Seit 1970 ist die Bildungspolitik auf das Ziel ausgerichtet, die Bildungseinrichtungen den zeitgemäßen Bedürfnissen und Anforderungen anzupassen. Diese Phase kann als abgeschlossen betrachtet werden.“ Wenn der Herr Finanzminister mit zeitgemäßen Bedürfnissen und Anforderungen etwa die Mentalität der sozialistischen Regierung meint, Probleme, wenn überhaupt, nur oberflächlich zu lösen, hat er sicher recht. Es herrschen nun tatsächlich auch im Bildungsbereich sogenannte sozialistische Urstände, nämlich Murks, vor. Sollte aber der Minister mit den Bedürfnissen und Anforderungen die gegebenen Bildungsbedürfnisse und Bildungsanforderungen, wie sie wirklich sind, meinen, dann muß ihn, so glaube ich, wohl eine gewaltige Halluzination, ergänzt um das akustische Gegenstück dazu, zu so einer Aussage verhalten haben.

Mir scheint überhaupt, daß diese beiden Leiden nicht nur beim Vizekanzler, sondern auch beim Kanzler – der bevorzugt sie allerdings in spanisch – häufig zu Gast sind. Wie sonst könnten verschiedene Äußerungen und Vorstellungen von Projekten verstanden werden. Die Wirklichkeit im Bildungsbereich sieht leider nicht so aus, wie sie im Bundesvoranschlag mit schönfärberischen Bildern dargestellt wird. Eltern, Schüler und Lehrer sprechen eine andere

Ing. Amtmann

Sprache. Das Kritikvokabularium – ich verwende, um es aufzuzählen, den bunten Wortschatz der Journalisten – reicht von der Lehrerschwemme, Akademikerschwemme, dem Schulbuchnotstand, der Schulbuchverschwendung bis zur Bildungsfinanzkrise und der Ausbildungsplatzkrise. Solche Wechselbäder von Bildungskrisen kann man wohl nur dann überhören, wenn man wie ein Vogel Strauß, der heute hier schon genannt worden ist, den Kopf in den Sand steckt oder der Parteiräson wegen in den Sand hineingesteckt bekommt.

Zweifellos: der wesentlichste Faktor für die Entwicklung des Schulwesens ist der Verlauf der Geburtenzahl. Deren Trend bestimmt über die Schulbesuchsquoten die effektiven Schülerzahlen und damit die personelle und räumliche Dimensionierung unserer Schulen. Man kann sich recht anschaulich vorstellen, wie sich die Geburtenzahlen durch das Bildungssystem, und zwar jeweils phasenverschoben, durch die verschiedenen Schuleintrittsjahrgänge durchschieben. Die Schätzung der Schulbesuchsquote stellt somit kein allzu großes prognostisches Problem dar. Sollten Prognoseprobleme bestehen, müßten Sie ja damit leicht zu Rande kommen, denn sie sind ja die Folge Ihrer konfusen Politik im Wirtschaftsbereich und Familienbereich.

Da Sie diese Politik als transparent bezeichnen, müßten für Sie die Prognosen sehr leicht zu erstellen sein.

Wenn es daher auch etwas schwierig geworden ist, ist es für mich trotzdem unverständlich, wenn schon seit Jahren keinerlei brauchbare Schülerprognosen vom Ministerium vorgelegt wurden. Besser ist immer noch eine vielleicht nicht ganz sichere Vorausschätzung als gar keine. Selbst grobe Tendenzprojektionen haben zum Beispiel schon seit längerem den drohenden Lehrerüberschuß, die nahende Akademikerexpansion oder die relative Verknappung der Bildungsfinanzen erkennen lassen. Ein frühzeitiges Gegensteuern und eine rationalere Bildungspolitik wären somit durchaus möglich gewesen und hätten das Bild anders werden lassen können.

Wenn heute Abgänger der Schulen keine ihrer Bildung entsprechende Beschäftigung finden und zum Beispiel weitaus mehr Lehrer zur Berufsausübung heranstehen, als benötigt werden, ist das eine Folge dieser Versäumnisse. Von der Österreichischen Volkspartei wurde wiederholt auf diese Entwicklung hingewiesen und Anregungen gegeben. Aber genau wie jetzt bei dem von Dr. Taus erstellten und angebotenen Konzept zur Arbeitsplatzsicherung haben Sie überheblich auf gute Ratschläge, die Sie, meine sehr geehrten Herren von der Regierung,

dringend notwendig haben, verzichtet und weiterhin versagt.

Ebenso wie beim Lehrerberuf bin ich auch hinsichtlich der Schulabsolventen und Berufsbedarfsverhältnisse der Auffassung, daß Größenordnungen und kritische Schwellenwerte für den Zusammenhang zwischen Angebot an Qualifikation und deren Nachfrage durchaus ermittelt werden können. So groß ist die Flexibilität der Wirtschaft und schon gar der Verwaltung auch wieder nicht. Investitionen, Maschinen, Einrichtungen und so weiter können nicht binnen kurzem verschrottet oder anders verwendet werden. Umstellungsprozesse bedürfen einer bestimmten Zeit, ebenso die Entwicklung und das Vermarkten neuer Produkte. Und desgleichen die Umsetzung des wissenschaftlichen Fortschritts in neue betriebliche Produktionsprozesse.

Wirklich kurzfristige Umstellungsprozesse haben solche Produktionsähnlichkeiten, daß sie als Prognosevoraussetzung keine Veränderungen ergeben. Gleiches gilt auch für die staatliche Verwaltung, wo Dienstpostenpläne, Geschäftseinteilungen oder die Dienstpragmatik auch nicht von heute auf morgen abgeändert werden können.

Alle diese Umstände, meine sehr geehrten Damen und Herren, nehmen den Beschäftigungsprognosen einiges von ihrem Risiko und machen sie möglich. Solche Beschäftigungsprognosen und davon abgeleitete Bildungsplanung und Berufsberatung sind aber von Ihnen verabsäumt worden. Ohne Zweifel führen nun die Versäumnisse zu einer starken Drängerei um die sogenannten besseren Jobs, und es werden sich nicht alle dort placieren können. Ebenso kommt es nun ohne Zweifel zu einer Art Konkurrenzeffekt zwischen den Schulabgängern mit verschiedener Bildungshöhe auf dem Arbeitsmarkt, und zwar durch die Verdrängung von oben nach unten. Bildlich in etwa in der Art eines römischen Brunnens, wo der Wasserüberschuß aus der oberen Schale in die untere Schale rinnt und in der unteren Schale seinerseits das Wasser wieder verdrängt.

Genauso wie das Wasser in so einem Brunnen davonplätschert, scheint aber hier auch das Phantasiegebilde Ihrer sozialistischen Chancengleichheit davongelätschert zu sein. Die muß, glaube ich, sogar in den Abfluß verschwunden sein, denn sie ist, wie de facto bewiesen, nicht mehr gegeben. Was glauben Sie, Herr Minister, wie glücklich jene sind, die unverdient im untersten Bereich dieses Brunnens gelandet sind und unter ihrem Wert arbeiten müssen oder womöglich bestgebildet arbeitslos sind.

Ihre Maxime, die Sie hier einmal ausgeführt

Ing. Amtmann

haben – Bildung heißt freie Entscheidung, und das impliziert natürlich, daß damit keine Garantie für einen ganz bestimmten Posten, für einen ganz bestimmten Schreibtisch verbunden sein kann –, ist für diese sicher nur ein geringer Trost. Noch dazu zu einem Zeitpunkt, wo viele nicht nur keinen bestimmten Posten oder Schreibtisch, sondern womöglich gar keinen Posten oder Schreibtisch in Zukunft finden werden.

Diese Einstellung, die Sie haben – und mit Ihnen teilt diese auch die Frau Minister Firnberg –, umschreibt man volkstümlich am besten mit: „Hinter mir die Sintflut“. Das hat abgesehen von ihrer Oberflächlichkeit negative Auswirkungen. Sie ergänzt nämlich die sonst gegebenen Folgen Ihrer Bildungspolitik, die durch die Identstellung von Bildung mit hoher Schule den Imagewert der anderen Schulen ramponiert hat. Auf der einen Seite also kein entsprechender Arbeitsplatz, auf der anderen Seite ein geringer Imagewert der besuchten beziehungsweise abgeschlossenen Schulen.

Was, glauben Sie, Herr Minister, ist die Folge? – Der ganze Sekundärbereich wird mehr und mehr als Durchgangsstadium für Universitäten angesehen. Die Kapazitätsprobleme auf den Hochschulen werden weiter verschärft. Am Arbeitsmarkt bildet sich ein Vakuum der dringend benötigten mittleren Qualifikationen. Die gegebene Situation stellt somit eine ganz klare Aufgabe: die Verbesserung des Bildungsangebotes und damit des Imagewertes unserer berufsbildenden Schulen. Das berufliche Bildungswesen wird allzu oft in seiner Bedeutung unterschätzt und infolge fehlgeleiteten Prestigedenkens, und zwar durch Ihre Politik, zuwenig ausgenutzt. Das bedeutet aber, daß der Berufsbereich des Facharbeiters, des Monteurs, des Meisters abgesaugt wird, der nicht nur schön und schöpferisch ist, sondern für eine Gemeinschaft ungeheuer lebenswichtig ist. Für mich sind Menschen dieses Berufsbereiches weitaus achtenswerter und weitaus bedeutender als Produzenten von „Staatsoperetten“ und sonstigem Schund. Aber solche tischt uns der ORF dann mit Ihrer Förderung und Unterstützung als bedeutend durch die Bildröhre zum Abendtisch auf.

Der Beruf, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist und bleibt für den einzelnen Menschen wie auch für die Kulturentfaltung der Gesellschaft mehr als nur die Erfüllung zweckdienlicher Arbeitsfunktionen und eine Gelegenheit zum Geldverdienen. Daher müssen alle Berufsbildungswege neben den berufsbildenden Inhalten verstärkt Allgemeinbildung vermitteln und die berufsbildenden Schulen ihrer

bedeutenden Funktion entsprechend aufgewertet werden.

Wie Sie sehen, Herr Minister, kann an Hand dieser kurzen Darstellungen nachgewiesen werden, daß Mängel im Bildungsbereich leicht unterbleiben könnten. Allerdings ist eines die Voraussetzung – das gilt also für Sie, meine sehr geschätzten Damen und Herren, die Sie für die Bildung der SP-Politik verantwortlich sind –: nämlich daß Sie eine mehr den Lernwilligen als den gesellschaftspolitischen Zielen der SPÖ gewidmete Bildungspolitik betreiben. Dies sei Ihnen hiemit empfohlen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Vw. Josseck. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Vw. **Josseck** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich werde es relativ kurz machen, möchte aber eingangs dem Herrn Kollegen Tonn antworten. Herr Kollege Tonn! Sie haben hier herunter mit Ihrem Hinweis und mit Ihrer Äußerung betreffend den europäischen Jugendtennismeister, die mehr als 30 Schwimmrekorde und so weiter, daß wir das der sozialistischen Alleinregierung verdanken, Demagogie betrieben. Sie haben ein Glück gehabt, daß nicht mehr so viele Leute auf der Galerie waren, denn sonst hätten Sie einen enormen Lacherfolg gehabt.

Zu dem Vorwurf, an die FPÖ gerichtet, warum niemand über Sport reden würde, darf ich Ihnen versichern: Wir reden nicht so viel darüber wie Sie, aber wir betreiben den Sport. Ich glaube, das ist entscheidender und wesentlicher. *(Abg. Dr. Gruber: Er konsumiert eh fleißig!)* Ja, in Schwechat. *(Abg. Dr. Gruber: Konsumieren muß man ihn!)* Ja.

Ich werde mich heute auch nicht über die Bundestheater und die Fehlorganisation und das Freikartenproblem verbreitern, denn ich darf eindeutig feststellen, Herr Bundesminister: Es wird zu mühselig, wenn man jahrelang immer wieder nur mahnen, vorschlagen, kritisieren, Denkanstöße geben kann, und nichts, aber auch gar nichts auf diesem Gebiet geschieht. Über 1 Milliarde Schilling Zuschuß pro Jahr! Fehlorganisation, Fehlleistungen, eine nach der anderen. Und es bleibt ja wieder nur beim Gerede, wenn Androsch erklärt hat – und auch Kreisky –: Und jetzt werden wir die Bundestheaterfrage angehen! – Ich frage Sie: Wo geht man die Einsparungsmöglichkeiten bei den Bundestheatern an?

Ich darf ausdrücklich darauf hinweisen, daß auch wir Freiheitlichen sehr viel für die Hochkultur übrig haben, aber die Führung der

Dipl.-Vw. Josseck

Bundestheater in dieser Form ist und bleibt ein Faß ohne Boden.

Herr Bundesminister! Anäblich der ASKÖ-Bundestagung in der Bierstadt Schwechat haben Sie einige interessante Ausführungen über die Lebensqualität durch den Sport von sich gegeben. Ich kann Ihnen hier weitgehend folgen. Richtigerweise haben Sie dort auch gesagt, daß nicht allein die öffentliche Hand für den Sport zuständig sein soll, sondern daß auch die Betriebe, die Sozialversicherungseinrichtungen, die Interessenvertretungen und die Schulen das sein sollen, und sehr richtig haben Sie auch die Folgewirkung des Breitensports aufgezählt, der weit in die Freizeitaktivität hineinführt, der Gesundheit dienlich ist und auch der inneren Ausgeglichenheit dient. Interessant waren auch Ihre Bemerkungen hinsichtlich der Freude am Zusehen, weil auch diese gewisse Anregungen für den Sport mit sich bringt.

Hier darf man auch feststellen: Es gibt beim ORF so viel zu kritisieren, man kann eigentlich nur noch kritisieren beim ORF, und wenn er so weitertut, wird schließlich das einzige, das nicht kritisiert werden muß, der Sport sein. Hier sei ein kleines Lob angebracht: Die Sportübertragungen, wie sie vom ORF gebracht werden, vor allem die Kameraführung – darauf darf man ohne weiteres hinweisen –, sind einzigartig. Daher sind diese Aufzeichnungen und Dokumentationen vom Sport sicherlich eine Anregung für die breite Bevölkerung, denn guter Spitzensport zieht zweifellos Breitensport nach sich. Aber mir fehlen doch wesentliche Denkanstöße in zwei ganz speziellen Bereichen, auf die ich dann noch zurückkommen werde.

Aber nicht einverstanden bin ich mit folgendem: Wenn eingefleischte Politiker wie der Kollege Tonn über Sport reden, klingt halt immer wieder heraus, daß für diese Leute Sport nur noch Politik oder Politik nur noch Sport ist. Und da muß man schon auch sagen: Es machen in Österreich Gott sei Dank außer dem ASKÖ auch noch andere Sport!

Als wesentlicher Punkt, auf den man bei der Besprechung des Sports immer wieder hinweisen muß, erscheint mit der Schulsport, ist es doch gerade die ländliche Jugend, die in der Schule zum erstenmal aktiv mit dem Sport in Berührung kommt. Man hört aber leider Gottes – und das muß auch erwähnt werden – immer wieder, daß es dann, wenn Schulstunden ausfallen oder verschoben werden, Turnstunden sind, und es wäre nicht uninteressant, Herr Bundesminister, diesbezüglich einmal aus einem Teilbereich – vielleicht wäre es einmal nur aus Wien heraus möglich – statistische Zahlen darüber zu bekommen, wieviel Stunden ausfallen; und dann wird

man eindeutig feststellen, daß es doch meistens immer wieder die Turnstunden sind.

Ich habe selbst schon gehört und es auch überprüft, und das stimmt, daß es immer wieder vorkommt, daß Lehrer sagen: Wenn ihr nicht brav seid, dann fällt heute die Turnstunde aus! – Ich glaube, hier zäumt man wirklich das Pferd von hinten auf.

Bedauerlich ist auch sehr oft, daß Turnlehrer, die doch der Jugend auf dem Sportsektor zumindest einigermaßen Vorbild sein sollten, nur im Straßengewand die Turnhalle betreten.

Es gibt eine geradezu erschreckende Zahl und eine erschreckende Aufzählung von Unfällen, die die Schule betreffen und in der Schule vorkommen. Dabei betrifft zweifellos der größte Teil die Sportunfälle. Ich will nicht unbedingt das Wort zitieren: Sport stählt den Körper!, aber ich glaube, es lassen sich durch eine verstärkte schulische Sportbildung, durch intensives Betreiben von Sport diese Unfälle doch weitgehend einschränken. Wenn man hier liest: 8 700 Verletzungen durch Sturz und Fall, 5 800 durch Anstoßen, 903 durch Raufereien unter Schulkindern, so ist das auch irgendwo der Beweis dafür, daß es eben mangels körperlicher Beherrschung – und das geht auf den Sport zurück – zu solchen Unfällen kommt.

Aber viel schlimmer wird die Betrachtung und Beurteilung der Zahlen bei der Stellung von Jugendlichen zum Militär. Hier sind nach meiner Meinung echte Versäumnisse und Fehler auch schon Ihrer Vorgänger vorhanden, Herr Minister, denn die Zahlen von der Untersuchung in der Diagnosestraße sind doch erschreckend. Wenn von 4 500 Stellungspflichtigen nur 673 volltauglich sind – das sind rund 15 Prozent –, so ist das zweifellos eine Ziffer, die man nicht so unbeachtet übergehen sollte. Wenn man hört, daß schon unter der Jugend jeder zweite Österreicher übergewichtig ist, daß 70 Prozent bei der militärischen Voruntersuchung irgendeinen Defekt aufgewiesen haben, daß in den Schulen gerade in Wien festgestellt wurde, daß 20 Prozent der Erstklassler Haltungsschäden haben, daß 46 Prozent der Schulkinder in den Unterstufen Fehlformen an Beinen und Füßen haben, so ist das zweifellos bedenklich und weist darauf hin, daß es nicht erst in der Schule, sondern bereits im vorschulischen Bereich notwendig wird, die Jugend sportlich zu betätigen. Und hier sollte man sich doch überlegen, wie es möglich sein könnte, Anregungen und Vorschläge an die Verantwortlichen heranzubringen. *(Ruf bei der SPÖ: Militärsport?)* Militärsport: Ihr Zwischenruf ist sicherlich berechtigt, aber ich glaube, daß gerade beim Militär relativ viel Sport betrieben wird. Das schließt aber nicht aus, daß man die Kinder

Dipl.-Vw. Josseck

auch wegen der Motivation und vor allem aus Gesundheitsgründen schon von klein auf an den Sport heranzuführen muß.

Interessant war für mich unlängst im Fernsehen eine Feststellung, die im Zusammenhang mit dem Südamerika-Besuch einiger Fußballfunktionäre erfolgt ist, daß nämlich in Südamerika interessanterweise der aktive Breitensport noch einen bedeutend höheren Stellenwert hat als bei uns in Österreich. Dort ist der Sport bis zu einem gewissen Grad eine Prestigefrage, ja er ist in Teilbereichen fast zur Religion erhoben. Und das zeigt, daß zum Teil in Entwicklungsländern heute schon mehr Aktivsport betrieben wird als bei uns. Von den Diktaturen und der Motivation in den Diktaturen möchte ich in dem Zusammenhang gar nicht reden.

Aber eine Frage, weil ich vorhin den Südamerika-Besuch einiger Funktionäre angeschnitten habe: Da war auch Ihr Pressesekretär Dr. Pusch mit in Südamerika. Ich kann mir vorstellen, daß er gerade Zeit gehabt hat, weil er nicht eingeschaltet war, Kreisky-Imitationen zu bringen oder über's Burenwürstl zu singen. So ist er als Reisebegleiter mit Merkel und Senekowitsch nach Argentinien gefahren. *(Zwischenruf bei der SPÖ.)*

Nun ist mir nicht ganz klar – der Fußballbund hat eine eigene PR-Abteilung –, warum gerade der Pressesekretär des Unterrichtsministers, der nach meinen Erkundigungen – ich glaube, daß die stimmen – weder spanisch noch portugiesisch noch italienisch spricht, nach Argentinien gefahren ist, um mitzuhelfen, Österreich dort publik zu machen.

Ich frage Sie: War das eine direkte Subvention des Unterrichtsministeriums an den ÖFB? Werden die Kosten vom ÖFB an das Unterrichtsministerium refundiert? Oder hat sich Ihr Sekretär eine Urlaubsreise genehmigt? Das zu hören wäre ganz interessant.

Nun zum Wesentlichen meiner Überlegungen, und das ist die Frage des Versehrtenports.

Ich glaube, mit der großen Anzahl der Verkehrsverunfallten – kein sehr schönes Wort – aus dem Straßenverkehr wächst eine große Aufgabe für die Verantwortlichen heran. Ich glaube, daß die Wiedergenesung und die Betätigung im Rehabilitationszentrum, in den Genesungsheimen, in den Erholungsheimen der verschiedenen Versicherungsanstalten allein zuwenig sein werden.

Diese Leute – man hat das seinerzeit bei den Kriegsinvaliden gemerkt, und nun haben wir aber doch eine große Anzahl von Verkehrs- und von Arbeitsinvaliden – fühlen sich gerade in der körperlichen Betätigung und im Betreiben von

Sport oft wie im Getto. Sie wollen einfach nicht bemitleidet werden, aber sie sind doch irgendwo abgegrenzt, weil sie ihre sportliche Betätigung, auch ihre Wettkämpfe doch unter Ausschluß der Öffentlichkeit abzuführen haben.

Es wäre nach meiner Meinung sinnvoll und zweckmäßig, wenn man gerade diese Leute in der Sportbetätigung doch weitgehend in die Gesamtheit der Bevölkerung und in die Gesellschaft mit einbinden würde.

Hier fehlt auch eines: eine zielführende Ausbildung von Turnlehrern für Versehrte. Nicht Krankenschwestern, Herr Bundesminister, die Heilgymnastik machen, sondern echte Turnlehrer für Versehrte. Das wäre eine sehr dankenswerte Aufgabe, sich mit dieser Frage mehr zu beschäftigen.

Sie haben, Herr Bundesminister, bei dieser Enquete seinerzeit gesagt, und ich unterstreiche das vollinhaltlich, daß die Verkommerzialisierung des Sports und auch die Pervertierung durch modische Einflüsse dazu führen, daß viele private Gruppen sich unabhängig vom Vereinssport betätigen wollen.

Herr Bundesminister! Sie haben eines hier vergessen anzuführen: Viele Leute wollen einfach nicht mehr in den gegebenen Vereinen Sport betreiben, weil das nicht mehr Sportvereine, sondern politische Vereinigungen geworden sind. Eine Todsünde aus der Zeit der großen Koalition ist zweifellos die Trennung im Sport: Hie ASKÖ, hie Union, und dann läßt man den ASVÖ gerade noch mitlaufen.

Ich glaube, das hat sich nicht zu einem rein sportlichen Wettkampf unter den einzelnen Vereinigungen entwickelt, sondern das hat sich zum Kampf der Politfunktionäre ausgewachsen, hier wurde der Sport zu einem echten Politstreit. Ich darf sagen, daß er in verschiedenen Bereichen sich geradezu tödlich auswirkt, vor allem im kleinen dörflichen Bereich.

Um nur ein Beispiel anzuführen: Eine oberösterreichische Kleinstadt, die an einem See liegt, 800 Einwohner. Fußballspielen muß man bei der Union, Tennisspielen beim ASKÖ, Segeln beim ASVÖ. Meine Damen und Herren, das übersteigt dann bald auch schon die finanziellen Möglichkeiten der Sporttreibenden. Das ist das, was den Einzelsportler, der wirklich Sport betreiben will, an unserem Sportgeschehen abstößt. Das ist äußerst traurig für den Sport in Österreich.

Ich darf aber noch auf einen Punkt hinweisen, den ich gestern auch schon hier von diesem Rednerpult angeschnitten habe, und ich bitte, Herr Bundesminister, ihn weiter zu verfolgen

Dipl.-Vw. Josseck

und zu beachten. Er betrifft das Anheben des Wehrwillens der Jugend in Österreich.

Man ist sich völlig darüber im klaren, daß man damit in der Schule beginnen muß. Aber man kann einfach vom Bundesheer nicht verlangen, daß alles, was bis zum Eintritt in die Armee versäumt wurde, und alles, was an staatsbürgerlicher Erziehung bis dahin nicht geleistet wurde, nun von der Armee nachgeholt werden muß.

Herr Bundesminister, ein ernstes Wort an Sie und damit an das Schulressort: Es muß endlich ein Umdenken stattfinden, vom Herrn Bundesminister persönlich angefangen über Ihre Ressortbeamten hinunter zu den Professoren, zu den Lehrern. Es ist einfach notwendig, ein Unterrichtssystem zu entwickeln – ich weiß, man kann das nicht befehlen –, das den jungen Menschen in Österreich erzieht, verstärkt und verantwortungsvoll in die Rolle des künftigen Staatsbürgers hineinzuwachsen. Dazu gehört auch unabdingbar das Problem der Landesverteidigung, denn diese läßt sich sonst auf die Dauer nicht bewältigen.

Zusammenfassend, um den Sport global abzuschließen, Herr Bundesminister: Mehr Lebensqualität durch den Sport, wie Sie richtig ausgeführt haben, ja. Aber nicht mehr politisierende Sportfunktionäre, wie sie zu gerne von den politischen Parteien gefördert werden, um dann auf die eigene Fahne zu schreiben: Schon wieder ein Bundessieger vom ASKÖ, schon wieder ein Bundessieger von der Union. Ich finde das unnötig und verwerflich für den Sport. Niemand auf der Welt, wenn man mit Sportlern aus anderen Ländern darüber diskutiert, hat dafür Verständnis. Dieses Mißverhältnis trägt auch dazu bei, daß es oft an sportlichen Erfolgen in verschiedenen Bereichen mangelt.

Alle Anstrengungen, Herr Bundesminister, für den Schulsport. Abgewandelt ein Sprichwort, auf Sie bezogen: Was Fredi nicht lernt, lernt Alfred nimmermehr. Daher bitte auch schon im Schulsport sich massiv einzusetzen. Ich weiß, Herr Bundesminister, Sie haben sehr viel für den Sport über, aber bitte nicht so wie mein Vorredner, Herr Kollege Tonn, alles kumulieren zu lassen, nur weil wir jetzt eine gute Fußballnationalmannschaft haben, weil wir einen Bundesminister Sinowatz, unseren Sonnenschein, wie man ihn bezeichnet hat, haben, weil Sie noch Niki Lauda mit einspannen, weil der spanisch spricht. Ich meine, man sollte nicht alles verpolitisieren, was Sport ist. *(Zwischenruf des Abg. Tonn.)* Herr Kollege, wir können uns nachher darüber noch unterhalten.

Ich bitte Sie noch einmal: Besonderes Augenmerk auf den Sport in der Vorschulzeit und bei den Berufs- und Verkehrsversehrten.

Wir Freiheitlichen werden gerade auf diesem Gebiet und in allen übrigen Sportbereichen gerne jederzeit zu einer Zusammenarbeit bereit sein. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Lafer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Lafer** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die heutige Budgetdebatte gibt mir die Gelegenheit, einige Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten gerade im ländlichen Raum in bezug auf das Gebiet Unterrichtsressort aufzuzeigen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Gerade das Wegwerf Schulbuch gibt immer wieder Anlaß, die Dinge klarzustellen und zu fragen, ob hier nicht ein anderer Weg beschritten werden könnte. Die ÖVP bekennt sich grundsätzlich zu den freien Schulbüchern beziehungsweise zur Beschaffung dieser Bücher durch die öffentliche Hand. Jedoch sind wir der Meinung, und auch der Herr Finanzminister hat diese Meinung ausgesprochen, daß man einige Hundert Millionen Schilling einsparen könnte.

Sehr geehrter Herr Minister! Ihre Aussagen sind sehr widersprüchlich: Kommissionen, Einsparungen und so weiter. Die Kosten dieser Schulbuchaktion liegen bei einer Milliarde Schilling, und alle Ankündigungen, daß eine Schulbuchkommission über Sparmaßnahmen und andere Fragen beraten hat, haben bisher keine konkreten Änderungen ergeben.

Ich glaube, wenn hier nicht ein Umdenken in der SPÖ-Fraktion stattfindet, wo die Verschwendung in dieser Schulbuchaktion ausgesprochen und anerkannt wird, helfen alle Kommissionen nicht viel.

Aber diese Einstellung zur Sparsamkeit ist schwer von dieser Regierung zu verlangen, da wir wissen, daß im ganzen Staatshaushalt kein Sparsinn gegeben ist. Diese Regierungbürdet allen Österreichern laufend neue Belastungen auf, und trotzdem kommt sie in immer größere Schwierigkeiten. Diese Regierung kann nicht wirtschaften, sie versteht nichts vom Wirtschaften. Dies ist bald jedem Österreicher bekannt und kommt bei Diskussionen immer wieder zum Ausdruck, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Diese Wegwerf Schulbuchaktion zerstört jeden Sparsinn unserer Jugend. Meine eigenen Kinder sagen mir: Vater, was sollen wir mit den Büchern machen? Sie sind noch so gut erhalten, und wir finden keinen Platz, wo wir sie hinbringen sollen. *(Rufe bei der SPÖ: Lesen!)* Im

Lafer

Steiermärkischen Landtag wurde in den letzten Tagen von meinen Kollegen in dieser Sache diskutiert, und 100 kg schönster Bücher wurden auf den Tisch gelegt. Ist das nicht eine Verschwendung sondergleichen?

Viele Bücher könnten sicher zweimal und öfter gebraucht werden. Es könnte zum Beispiel für eine schonende Behandlung der Bücher dem Kind oder der Schule eine Prämie bezahlt werden. Das wäre eine erzieherische Aufgabe.

Pädagogen haben mir mitgeteilt, daß zum Beispiel ein Lehrbuch in drei Teilen für einen Gegenstand ausgegeben wird, daß es aber unmöglich ist, alle drei Teile gründlichst durchzuarbeiten, sodaß nur ein Teil gründlich oder alles flüchtig durchgenommen werden kann.

Ich glaube, Herr Minister, auch hier hätte die von Ihnen eingesetzte Kommission schon Abhilfe schaffen können, jedoch das System ist zu starr, zu bürokratisch und zu wenig flexibel.

Auch die Inhalte müssen kritisch beurteilt werden, und es ist nicht einzusehen, daß in einem Betriebskundebuch die Landwirtschaft als Subventionsempfänger dargestellt wird. Die Landwirtschaft hat schon einige Male ersucht, in der Schulbuchprüfungskommission vertreten zu sein.

Herr Minister! Schon im Juli 1974 wurde von der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern eine Begutachtung beziehungsweise Mitsprache verlangt, damit solche Angaben nicht vorkommen. Ich glaube, die Landwirtschaft hätte dazu als Bevölkerungsgruppe und auch nach dem Schulunterrichtsgesetz vom 6. Feber 1974 gesetzlich das Recht, angehört zu werden. *(Präsident Probst übernimmt wieder den Vorsitz.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich einem anderen Problem, nämlich den von der SPÖ immer wieder genannten und hochbejubelten Schülerfreifahrten zuwenden. Auch diese Schülerfreifahrten sind gerade im zunehmenden Straßenverkehr eine Notwendigkeit, und die ÖVP hat immer wieder diese Notwendigkeit eingesehen. Als Bürgermeister einer Gemeinde, die keine Hauptschule besitzt, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben wir schon in den sechziger Jahren diese Schülerfreifahrten organisiert und auch mitfinanziert; ohne Bürokratie, auch mit einer gewissen Sparsamkeit. Heute ist eine Ungerechtigkeit gegeben, weil Schüler in entlegenen Streusiedlungen nicht die Möglichkeit haben, diese Schülerfreifahrt zu benutzen, und die kleine Entschädigung ist sicher kein Ersatz, meine sehr geehrten Damen. *(Rufe bei der SPÖ: Wo?)* Auch in meiner Gemeinde. *(Abg. Wille:*

Woist die? - Abg. Dr. Gradenegger: Schlechte Organisation!) Keine schlechte Organisation. Die Entlegenheit gibt nicht die Möglichkeit dazu. *(Abg. Kern: Schauen Sie sich die heutige Presse an!)*

Ich möchte mit Nachdruck auf die Unfälle, die durch den Schülertransport, aber auch auf den Schulwegen geschehen sind, hinweisen. Auch hier müßte durch mehr Aufklärung beziehungsweise Information der Eltern Abhilfe gesucht werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist meiner Ansicht nach eine Ungerechtigkeit, daß für die Kindergartenkinder keine Freifahrt möglich ist, wo doch die Gelder für die Schülerfreifahrten dem Topf des Familienlastenausgleiches entnommen werden. Ein oftmaliges Verlangen der ÖVP, auch für die Kindergartenkinder die Freifahrt zu ermöglichen, wird immer mit dem Hinweis, Kindergarten sei Landessache, abgetan.

Man könnte auch diese Bezahlung durch den Familienlastenausgleichsfonds durchführen, zumal, wie schon erwähnt, dies auch bei den Schülerfreifahrten so gehandhabt wird. Gerade im ländlichen Raum würde diese Regelung große Erleichterungen bringen, und es würde dadurch eine Ungerechtigkeit aus der Welt geschaffen werden.

Übrigens möchte ich auch eine Aufklärung darüber, warum bei sinkender Schülerzahl die Kosten der Schülerfreifahrten so enorm steigen. So waren zum Beispiel laut Rechnungsabschluß die Ausgaben für die Schülerfreifahrten im Jahre 1972 350 Millionen Schilling, und für das Jahr 1978 sind 1 498 Millionen Schilling vorgesehen.

Meine Kollegen! Es werden ja immer weniger Schüler. Dadurch wäre es leicht möglich, daß man dies mitfinanzieren könnte, und die Ungerechtigkeit, da es ja aus dem Familienlastenausgleichsfonds genommen wird, wäre beseitigt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Minister! Auch hier sind vor allem die öffentlichen Verkehrsträger die großen Nutznießer letzten Endes.

Sehr geehrte Damen und Herren! Eine immer wieder vorgebrachte Forderung ist die Anerkennung der Schulzeiten landwirtschaftlicher Fach- und Mittelschulen sowohl für Mädchen als auch für Burschen in außerlandwirtschaftlichen Berufen. Es müßte zu diesem Zweck eine Koordination mit dem Landwirtschafts-, Handels-, Sozial- und Unterrichtsministerium erfolgen. Diese Anliegen werden immer brennender, weil es gerade durch die Struktur der Landwirtschaft - kleinbäuerliche Betriebe - notwendig ist, einen

Lafer

außerlandwirtschaftlichen Beruf zu ergreifen, jedoch die Ausbildung für die Landwirtschaft durch die Übernahme des landwirtschaftlichen Betriebes trotzdem erforderlich ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Durch die Bildungsfreude und die Bildungsnotwendigkeit ist sowohl in den höheren landwirtschaftlichen Mittelschulen für Mädchen als auch in jenen für Burschen ein derartiges Überangebot an Aufnahmewerbern gegeben, daß ein großer Teil abgewiesen werden muß. Ich weiß, Herr Minister, daß das landwirtschaftliche Schulwesen in die Kompetenz des Landwirtschaftsministeriums fällt, jedoch fühle ich mich verpflichtet, die Frage auch hier aufzuwerfen.

Während der Regierungszeit der ÖVP und in der Koalitionszeit wurden sämtliche landwirtschaftliche Schulen errichtet, und man ist in der SPÖ-Regierungszeit um keinen Schritt weitergekommen, obwohl der Bedarf ständig steigt. *(Abg. Dr. Gradenegger: Die höheren landwirtschaftlichen Schulen gehören zum Unterrichtsministerium! – Ruf bei der ÖVP: Zum Teil!)* Zum Teil. *(Abg. Dr. Gruber: Die Errichtung ist Landwirtschaftsministerium! Nur in pädagogischen Angelegenheiten!)*

Wir sind auch der Meinung, daß sich sowohl eine Bäuerin als auch ein Bauer in ihrem schweren Beruf in der Gegenwart und auch in der Zukunft leichter behaupten können, wenn sie eine gediegene Ausbildung erhalten haben. *(Abg. Dr. Gradenegger: Er redet wie der Blinde von der Farbe!)*

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Noch einige Sätze zur Konzentration unseres Schulwesens. Dies möchte ich deshalb erwähnen, weil ich es persönlich mit allen Schwierigkeiten miterlebt habe. Ich darf ein Beispiel aus meiner Gemeinde erwähnen, zu dem es unzählige Parallelen gibt.

Durch die Abschaffung der Volksschuloberstufen sind wir genötigt, zirka 120 und mehr Kinder täglich 7 km zur nächstgelegenen Hauptschule zu führen. Ich möchte nicht die Schwierigkeiten anführen, die sich daraus ergeben. Ich möchte nur sagen, daß durch dieses Gesetz und die daraus resultierende Maßnahme eine echte Abwertung unserer Gemeinde und eine Entfremdung der Kinder zu unserer Gemeinschaft erfolgt ist. Im Grenzraum ist zusätzlich noch die Gefahr gegeben, daß dadurch die Schulen geschlossen werden müssen. Was dies bedeutet, brauche ich wohl nicht besonders zu erwähnen.

Ich bin auch überzeugt, daß der pädagogische Vorteil mit dem 2. Klassenzug in der Hauptschule nicht besser ist als früher, und ich bin froh, daß hier eine beabsichtigte Änderung vorgenommen wird. Ich weiß, daß diese Rege-

lung gemeinsam beschlossen wurde, doch muß ich auf die Schwierigkeiten gerade im ländlichen Raum und in den Grenzgebieten hinweisen. Auch Kollege Dr. Gruber hat aus der Sicht der sinkenden Schülerzahlen dieses Problem erwähnt, und es ist die Frage berechtigt: Wie soll es in diesen Orten in fünf bis zehn Jahren weitergehen, wie sollen die Schulen erhalten bleiben?

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Aktion „Schüler lernen die Bundeshauptstadt kennen“, sprich „Wien-Aktion“, müßte, Herr Minister, auf Grund Ihrer Beantwortung im Budgetausschuß besser dotiert werden.

So konnten nach Ihren Aussagen 1977 48 000 Schüler an dieser Aktion teilnehmen, jedoch 18 000 Schüler wurden nicht berücksichtigt.

Ich glaube, diese Aktion ist eine gute Einrichtung. Die Bundeshauptstadt mit allen kulturellen und künstlerischen Einrichtungen soll unserer Jugend gezeigt und erklärt werden, weil dies auch einen erzieherischen Wert hat. Es müßte jedoch Vorsorge getroffen werden, daß nicht fast ein Drittel unserer Schüler davon ausgeschlossen ist. Ich kann aber mit Beruhigung und mit Befriedigung feststellen, daß für 1978 eine um 20 Prozent höhere Dotierung gegeben ist.

Eine regionale Verpflichtung möchte ich urgieren, und zwar sind dies die Schulbauten in Feldbach – hier war im heurigen Jahr fast Stillstand – sowie die Renovierung und der Ausbau des Realgymnasiums Fürstenfeld. Beide Bundesschulen erfordern, daß ihre Herstellung beziehungsweise der Ausbau und die Renovierung so rasch als möglich durchgeführt werden. Die Notwendigkeit ist dringendst gegeben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zusammenfassend darf ich nochmals namens meiner Fraktion die Feststellung treffen: Die Schulbuchaktion im derzeitigen Zustand befriedigt keinesfalls unsere Vorstellungen. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)* Sie ist verschwenderisch, bürokratisch und für unsere Kinder in der Erziehung zur Sparförderung äußerst schlecht.

Die Schülerfreifahrten bringen Probleme und Schwierigkeiten mit sich und sind gerade im ländlichen Raum für entlegene Siedlungen kaum durchführbar und dazu äußerst aufwendig.

Die Österreichische Volkspartei hat schon oft die Forderung angemeldet, daß auch eine Gleichberechtigung der Kindergartenkinder zur Freifahrt gegeben sein soll, jedoch bis heute keine Realisierung erreicht. Durch immer neue Reformen und Schulversuche ist eine echte Verunsicherung in den Schulen entstanden.

Lafer

Lehrer, Schüler und Eltern sind großen schulischen Problemen ausgesetzt. Die vielen Nachhilfestunden und das Mithelfen der Eltern bei den Aufgaben sprechen eine deutliche Sprache.

Formalismus in der Schule und ein Lehrplan, der kaum zu bewältigen ist, überfordern sowohl die Schüler als auch die Lehrer. Trotz der großen Ankündigungen der Regierungspartei, den Bildungsfortschritt voranzutreiben, ist in den letzten Jahren ein Stillstand eingetreten. Immer neue Diskussionen über die Gesamtschule verunsichern weiter.

Es wäre notwendig, die Schule in Ruhe arbeiten zu lassen und den Konsens von Elternhaus und Schule zu suchen und zu festigen.

Auf Grund all dieser aufgezeigten Umstände und Schwierigkeiten, die die Regierungspartei nicht in der Lage war zu bewältigen, kann meine Fraktion dem Kapitel Unterricht die Zustimmung nicht geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort kommt der Herr Abgeordnete Mag. Höchtl.

Abgeordneter Mag. **Höchtl** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Abgeordnete Tonn hat in seinem Debattenbeitrag den Sport als Stiefkind dieses Kapitels bezeichnet.

Herr Abgeordneter Tonn! Ich glaube, das ist eine richtige Einschätzung. Es freut mich, wenn einmal eine ehrliche Meinung auch aus dem Munde eines sozialistischen Mandatars heute – an diesem Tage – ausgesprochen worden ist. Herr Kollege Tonn! Ich gratuliere Ihnen jedenfalls zu dieser offenen, aber sicherlich von Ihnen nicht bewußt gesetzten Kritik an Ihrem Minister und hoffe, daß wenigstens diese Kritik im nächsten Jahr etwas fruchten wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir versuchen, das Budget des Jahres 1978 im Bereich der Sportförderung zu analysieren, dann müssen wir feststellen, daß im Vergleich zum Jahre 1977 immerhin eine Reduzierung nomineller Natur um 4 249 000 S vorgenommen worden ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, an diesen nackten Zahlen im Bereich der Sportförderung kann auch ein noch so talentierter und noch so in der Verdrehung geübter sozialistischer Mandatar weder rütteln noch deuteln. Es bleibt nicht nur eine nominelle, sondern in viel größerem Ausmaß eine reale Reduzierung der Förderung des Sports in Österreich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese starke Reduzierung der finanziellen Mittel

geht ja einher mit zusätzlichen Belastungen für den Sport, aber auch mit noch immer vorhandenen Mängeln im Bereich des Schulsports. Dies ist vor allem deswegen sehr negativ zu bewerten, weil wir ja wissen – auch der Kollege Josseck von der Freiheitlichen Partei hat darauf hingewiesen –, wie schrecklich eigentlich der Gesundheitszustand insbesondere der schulischen Jugend derzeit in Österreich aussieht.

Und ich möchte nun in diesem Zusammenhang einige dieser zusätzlichen Belastungen erörtern.

Herr Minister! Wenn wir uns derzeit freuen, bereits elf Bundessportheime zu haben, und sicherlich die meisten auch sehr günstige Konditionen anbieten, ist es gerade in einer Zeit, in der eine Reduzierung der Sportförderung im Jahre 1978 einsetzt, bedauerlich, daß die Preise, die Tarife für die Bundessportschulen, beispielsweise in Hintermoos, beispielsweise in Obertraun, also gerade bei jenen, die besonders frequentiert sind, zwischen 27,3 und 34,1 Prozent steigen.

Herr Minister! Wie können Sie sich denn tatsächlich eine derartige neue Belastung vorstellen, die die vielen Sportler, die vielen Vereine, die vielen Verbände in einer Zeit trifft, in der sie nicht nur durch die übrigen Belastungen in ihrer Aktivität bereits sehr stark eingeschränkt sind? Sie müssen doch diese Steigerungen auch in einer Situation zur Kenntnis nehmen, wo aus dem Budget tatsächlich eine Reduzierung um nahezu 5 Millionen in der Sportförderung vorgesehen ist.

Ich glaube, Herr Bundesminister, auch hier stehen die tatsächlichen Maßnahmen, die Sie setzen, im Gegensatz zu jenen Worten, zu jenen klangvollen Versprechungen, die Sie immer wieder den Betroffenen geben. Es ist doch offenkundig und es wäre auch von Ihnen einmal zu erwarten, daß Sie auch den Betroffenen stets das sagen, was Sie tatsächlich vorhaben, und stets auch das sagen, was Sie unmittelbar in nächster Zeit an zusätzlichen Maßnahmen treffen. Und Sie sollten nicht, wie es Ihre Art bisher war, zuerst große Ankündigungen machen, zuerst große Ideen verkünden, zuerst sozusagen das Blaue vom Himmel versprechen und dann alle diejenigen, die von den Maßnahmen betroffen werden, herb enttäuschen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Minister! Diese Politik kann man sicherlich nicht mit Glaubwürdigkeit gleichsetzen.

Und auch eine zweite derartige Belastung kommt im nächsten Jahr auf die vielen Sportbetreibenden, auf die Vereine, auf die Verbände herab. Es ist eine Maßnahme, die von

Mag. Höchtl

der Österreichischen Bundesbahn ausgelöst wird. Herr Minister, Sie wissen, daß durch die Touristenkarten bisher sowohl den Mitgliedern, die im Verband der alpinen Vereine Österreichs versammelt sind, als auch des Skiverbandes, als auch der drei Dachverbände eine 25prozentige Reduktion der Fahrkosten auf den Bundesbahnen gewährleistet worden ist.

Nun hat Ihr sozialistischer ARBÖ, der ja Mitglied des ASKÖ ist, vor einiger Zeit eine Kampagne entwickelt, wo er laut verkündet hat: Wenn Sie Mitglied des ARBÖ sind, dann bekommen Sie eine 25prozentige Ermäßigung!

Natürlich hat dies auch der ÖAMTC zum Anlaß genommen, auch einen derartigen Touristenverein zu gründen, auch seine Mitglieder in den Genuß dieser Regelung kommen zu lassen.

Was war das Ergebnis? Das Ergebnis ist nun das, daß mit 31. Jänner des nächsten Jahres für keinen mehr derartige Reduktionen, Fahrpreisermäßigungen gelten werden, das heißt, wenn sich zwei Autoverbände in den Haaren liegen, werden beispielsweise sämtliche Sportbetreibenden aus dieser Förderung ausgeschlossen.

Ich glaube, das ist eine Schlechterstellung, die auch wieder die nicht gerade fördernde Einstellung dieser Regierung im Sinne des Sportes zeigt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und, Herr Minister, ich habe in verschiedenen Diskussionen mit Ihnen schon des öfteren darauf hingewiesen, daß es nicht angeht, andauernd Ihre starke, positive Einstellung zum Sport hervorzuheben, wenn Sie gleichzeitig feststellen und zugeben müssen, daß noch grobe Mängel innerhalb des Bereiches des Schulsportes vorhanden sind.

Herr Minister! Sie wissen ganz genau, im Schuljahr 1976/1977 sind an allen österreichischen AHS von insgesamt 2 373 gekürzten Wochenstunden allein 1 260 Turnstunden dem Streichstift zum Opfer gefallen. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das sind 53 Prozent aller Studienkürzungen bei den Pflichtgegenständen an den Allgemeinbildenden Höheren Schulen. Und ich glaube, angesichts dieser Zahlen kann man ganz einfach wirklich nicht sagen, daß Sie dem Sport auch im Bereich der Schule einen Stellenwert einräumen, den wir diesem Sport in unserer Gesellschaft einräumen müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Alle Schulpsychologen, alle Pädagogen, alle Mediziner wissen und sagen es immer wieder, daß gerade der Begriff der versäumten Unterstufe, also eine Altersstufe zwischen dem 6. und dem 12. Lebensjahr, eine besonders schwierige und nicht mehr aufholbare versäumte Stufe ist.

Also wenn es in diesem Alter keinerlei Schulsport, keinerlei Turnstunden gibt, wenn keinerlei Sport in den Schulen betrieben wird, ist es für die gesundheitliche Entwicklung des einzelnen Schülers ein Manko, das er in seinem ganzen Leben nicht mehr aufholen kann. Und ich glaube, in diesem Bereich machen Sie sich schuldig, wenn Sie nicht alles daransetzen, um diesem Manko Abhilfe zu schaffen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Minister! Im Bereich des Sportes sind ja manchmal auch ganz seltsame Dinge aufgetreten. Sie wissen, im Bundesfinanzgesetz fördern Sie den Sportstättenbau nach einem sogenannten Österreichischen Sportstättenplan. Nun, meines Wissens gibt es in acht Bundesländern einen derartigen speziellen Sportstättenplan, der ausgearbeitet worden ist, der offiziell gültig ist und wo Sie tatsächlich die Möglichkeit haben, nach diesen vorhandenen Richtlinien innerhalb dieser Sportstättenpläne der acht Bundesländer Ihre Förderung zu gestalten.

Nun, nach welchen Kriterien, frage ich Sie nun, fördern Sie, geben Sie Subventionen im Bundesland Wien? Denn Wien ist das einzige Bundesland, das einen derartigen Sportstättenplan noch immer nicht ausgearbeitet hat. Ich frage mich, wenn Sie im Bundesfinanzgesetz eindeutig niederlegen, daß Sie seitens des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst die Förderung des Sportstättenbaues nach dem vorhandenen Österreichischen Sportstättenplan machen, nach welchem tatsächlichen Plan Sie in Wien das machen. Geben Sie doch die Richtlinien bekannt, nach welchen Sie in Wien tatsächlich diese Sportstätten subventionieren! Ich glaube, zumindest wäre es einmal notwendig, daß Sie die Unwahrheiten korrigieren, die Sie in Ihrem eigenen Bundesfinanzgesetz niedergeschrieben haben, und daß Sie sich vielleicht auch bemühen, Ihre eigenen Parteifreunde in Wien dazu zu bringen, als letztes Bundesland in Österreich diesen Sportstättenplan vorzulegen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Minister! Ich glaube, daß Sie sich auch im Sport allmählich zu einer Art Minister herausbilden, der als Ankündigungsminister bezeichnet werden könnte. Ich möchte nur kurz auf die Debatte des Jahres 1976, also für das Budget 1977, hinweisen, wo Sie im Parlament angekündigt haben, daß Sie im Laufe des Jahres 1977 dem Parlament einen umfassenden Bericht über die Situation des Sportes in Österreich vorlegen. Wir haben heute den 7. Dezember, ich glaube nicht, daß Sie tatsächlich bis Ende dieses Jahres diesen umfassenden Bericht über die Situation des Sportes in Österreich diesem Parlament vorlegen werden.

Und auch in einer zweiten Angelegenheit

7374

Nationalrat XIV. GP - 76. Sitzung - 7. Dezember 1977

Mag. Höchtl

haben Sie dem Parlament offensichtlich die Unwahrheit gesagt, nämlich Sie haben auch im vergangenen Jahr während der Budgetdebatte angekündigt, daß Sie eine gemeinsame Enquete vom Ministerium, von den Bundesländern und von der Bundessportorganisation zum Thema Breitensport initiieren werden, um endlich eine akkordierte Arbeit für die nächsten Jahre sicherzustellen, wie Sie sich selbst auszudrücken pflegten.

Nun, auch in diesem Bereich ist nichts geschehen. Herr Bundesminister! Sie versuchen also offensichtlich, auch im Bereiche des Sports, mit vielen Ankündigungen zu leben, und rechnen meines Erachtens mit der Vergeßlichkeit des einzelnen Menschen.

Herr Bundesminister! Sie müssen sich einfach überlegen, ob Sie als Ankündigungsminister Ihren Ruf gestalten und prägen wollen. Aber eines versichere ich Ihnen hier: Die Österreichische Volkspartei wird in Hinkunft auf Grund dieser Erfahrungen noch stärker Ihre verschiedenen in der Öffentlichkeit geäußerten Ideen und angekündigten Aktionen überprüfen und kontrollieren. Denn Ihr Geschäft mit der Vergeßlichkeit und der Verwirrung durch andauernde Ankündigung neuer Punkte werden wir zu beenden verstehen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister! Aber auch in einem anderen Bereich haben Sie sich blendend als Ankündigungsminister etabliert. Ich nehme den Bereich des Schülervertretungsgesetzes her. Sie wissen genau, daß Sie seit dem Jahre 1973 stets den verschiedenen Schüler- und Jugendorganisationen gesagt haben, es wäre ja die ÖVP, die nie bereit wäre, einem derartigen Schülervertretungsgesetz zuzustimmen, und seitens der sozialistischen Regierung werden Sie sicherlich in Bälde derartiges vorlegen.

Nun, ich glaube, bis heute haben Sie nichts in dieser Richtung gemacht, und eben deshalb, weil Sie nichts gemacht haben, haben wir uns in der Österreichischen Volkspartei mit der Union Höherer Schüler zusammengesetzt und haben am 30. November des vergangenen Jahres einen eigenen Initiativantrag in diesem Parlament hier eingebracht, um endlich einmal einen Zustand zu beenden, der meines Erachtens für die Schüler nicht mehr tragbar ist, nämlich einen Zustand, wo sie ganz einfach in ihren Rechten, in ihren Mitgestaltungschancen vom Wohlwollen der jeweiligen Schulbehörden und auf Bundesebene von Ihrem Wohlwollen abhängig sind.

Sehr geehrter Herr Minister! Es hat ein Jahr gedauert, bis Sie sich sozusagen bereit erklärt haben, diesen Initiativantrag im Parlament in einem Unterrichtsausschuß einmal überhaupt

auf die Tagesordnung zu setzen. *(Bundesminister Dr. Sinowatz: Damit habe ich nichts zu tun!)* Es war nur durch die Ausnützung geschäftsordnungsmäßiger Möglichkeiten im November, also vor wenigen Tagen, möglich, dies erstmals in den Unterrichtsausschuß zu bringen.

Herr Minister! Da Sie bisher noch keine Aktivität Ihres Ministeriums in diesem Punkt gesetzt haben, hoffe ich, daß Sie im Unterrichtsausschuß versuchen, diese Verhandlungen zügig zu forcieren. Ich hoffe, daß Sie entweder selbst einmal eigene Ideen in diesem Bereich tatsächlich in der Öffentlichkeit vorstellen oder daß Sie unseren Vorstellungen, die wir in unserem Initiativantrag ja der Öffentlichkeit bekanntgegeben haben und ins Parlament eingebracht haben, beitreten werden. Wir verfolgen nämlich das Ziel, ganz einfach diesen nicht mehr akzeptablen Zustand, wie er für die Schüler in Österreich derzeit ist, abzustellen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ich hoffe, Sie, Herr Minister, haben auch ein Interesse daran.

Und daß dieser Zustand tatsächlich nicht mehr tragbar ist, haben Sie gestern erst in einer Sitzung des Bundesschülerbeirates erleben müssen. Herr Minister! Wenn dort eine Resolution des Bundesschülerbeirates abgestimmt worden ist, mit einer Mehrheit von 29 : 2 angenommen worden ist, wo gesagt wird – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –: „Der Bundesschülerbeirat protestiert dagegen, daß an die 30 Anträge der letzten Jahre in den Schubladen des Bundesministeriums für Unterricht vermodern, daß er mit belanglosen Themenkreisen überhäuft wird, die zielführender schriftlich beziehungsweise in anderen Gremien behandelt werden könnten, daß versucht wird, in den Ablauf von Klausursitzungen einzugreifen, und nicht zuletzt, daß der Herr Bundesminister für Unterricht und Kunst durch seine Abwesenheit den Schülervertretern kein leuchtendes Beispiel ist“, so glaube ich, daß das eine beredte Kritik an Ihrer Haltung ist, eine beredte Kritik, die allgemein seitens dieser Schülervertreter, die ja doch auf demokratischem Weg von vielen ihrer Kollegen gewählt worden sind, an Ihrer Haltung, die ganz einfach negativ ist dieser Schülervertretung gegenüber, zum Ausdruck kommt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Minister! Zum Abschluß nur mehr einige Worte zur äußerst unerfreulichen Entwicklung im Rahmen der Jugendförderung insgesamt.

Herr Minister! Ich möchte die gesamte Genesis nicht erläutern, die dieser Bundesjugendplan seit dem Jahre 1974 durchmachen muß. Im Jahre 1974 haben die 17 Jugendorganisationen mit ungefähr 700 000 Mitgliedern in Österreich noch 19 Millionen Schilling an

Mag. Höchtl

Bundesjugendplanmitteln zur Verfügung gestellt bekommen. Im Jahre 1978 werden es nur mehr 16,6 Millionen sein. Herr Minister, das ist eine Reduktion von nominell 12,6 Prozent und real 28 Prozent!

Ich glaube, es gab einige Vorsprachen, die von den 17 Jugendorganisationen sowohl bei Ihnen als auch beim Finanzminister als auch beim Bundeskanzler durchgeführt worden sind, die Ihnen ungefähr deutlich machen konnten, wie schwierig eigentlich bei einer derartigen Haltung, die Sie durch die ständige Reduktion der Bundesjugendplanmittel den Jugendorganisationen gegenüber zum Ausdruck bringen, die Arbeit dieser Jugendorganisationen ist.

Ich glaube, Herr Minister, daß es ganz einfach auch wieder zu diesem Punkt gesagt werden muß, daß Sie von Jahr zu Jahr den Betroffenen Hoffnungen machen. Der Stil, wie Sie die Gespräche immer wieder hinausschieben, die Form, wie Sie dann noch Kürzungen als Erfolg darstellen, das ist, glaube ich, eine Haltung, Herr Bundesminister, die nicht nur von den Betroffenen entschieden abgelehnt wird, sondern das ist auch eine Haltung, die ich namens der Österreichischen Volkspartei eindeutig zurückweisen muß. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte gar nicht auf die Haltung des hier anwesenden Finanzministers eingehen, der bei dieser ablehnenden Haltung noch mit seiner bekannt arroganten Art – manche bezeichnen es als „präpotente“ Art – versucht *(heftige Zwischenrufe bei der SPÖ)*, sich tatsächlich über die verschiedenen vorgebrachten, ruhig vorgebrachten Wünsche hinwegzusetzen.

Herr Minister! Diese Form, wie wir damals das Gespräch in Ihren Räumen geführt haben, war nicht nur von einer Empörung der nichtsozialistischen Jugendorganisationen begleitet, sondern hat auch zu Reaktionen Ihrer eigenen sozialistischen Jugendorganisationen geführt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Minister, das sind Dinge, die sich ganz einfach auch Ihre sozialistischen Jugendorganisationsvertreter von Ihnen nicht gefallen lassen, denn wenn wir zu einem Gespräch kommen, wenn wir Sie um eine Aussprache bitten, um das Problem der Jugendförderung mit Ihnen zu erörtern, dann erwarten wir von Ihnen, daß Sie dies in sachlicher und fairer Art machen, aber nicht in einer Form, die ganz einfach für viele dieser Jugendfunktionäre beleidigend ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister und meine Damen und Herren von der sozialistischen Regierung! Nehmen Sie einmal zur Kenntnis: Wir von der Österreichischen Volkspartei lehnen ganz einfach eine derartige Haltung, eine derartige

Einstellung und derartige Maßnahmen, wie Sie mit gewählten Personen umgehen, ab.

Herr Minister, nehmen Sie auch zur Kenntnis, daß wir auch eine derartige Behandlung von Jugendorganisationsvertretern nicht zur Kenntnis nehmen werden.

Herr Minister, nehmen Sie auch zur Kenntnis, Versuchen Sie selbst und in Ihren Reihen ein Umdenken einzuleiten, ein Umdenken, das einen anderen Umgang, eine andere Form des Umgangs, eine andere Form der Auseinandersetzung mit den Betroffenen zum Ziel hat, denn das ist es, was jeder einzelne Betroffene, der als Bittsteller auch zu einer Regierung kommt, der als Bittsteller zu einem Bundesminister für Finanzen kommt, erwarten kann, und zwar auch von einem sozialistischen Finanzminister. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister für Unterricht und Kunst! Ich hoffe, daß diese Bitte, die von den 17 Jugendorganisationen des öfteren Ihnen gegenüber ausgedrückt worden ist, wenigstens im Jahre 1979 auf ein besseres Echo stoßen wird, als es in den Jahren seit dem Jahre 1974 gestoßen ist.

Wenn dies der Fall ist, hoffen wir, wieder eine bessere Entwicklung im Bereich der Jugendförderung zum Wohle nicht nur der Jugendorganisationen, sondern insbesondere zum Wohle der Arbeit für mehr als 700 000 junge Menschen in Österreich zu erreichen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Ich erteile dem Abgeordneten Mag. Höchtl wegen des Ausdrucks „präpotente Haltung“ einen Ordnungsruf. *(Abg. Dr. Gruber: Er hat gesagt: „manche sagen“! – Abg. Dr. Sch w i m m e r: Präpotent ist präpotent! – Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht einer der Herren Berichterstatter das Schlußwort? – Keine Schlußworte.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über die Beratungsgruppe XIV des Bundesvoranschlages 1978 abstimmen.

Diese umfaßt das Kapitel 14 samt dem dazugehörenden Teil des Konjunkturausgleichsvoranschlages in 631 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Danke. Das ist die Mehrheit. **Angenommen.**

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe VI des Bundesvoranschlages 1978.

7376

Nationalrat XIV. GP - 76. Sitzung - 7. Dezember 1977

Präsident Probst

Diese umfaßt die Kapitel 12, 13 und 71 samt den zu den Kapiteln 12 und 13 gehörenden Teilen des Konjunkturausgleich-Voranschlages in 631 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. – Danke. Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Beratungsgruppe XIII**Kapitel 64: Bauten und Technik (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)**

Präsident **Probst**: Wir gelangen nunmehr zur Verhandlung über die Beratungsgruppe XIII.

Spezialberichtersteller ist der Herr Abgeordnete Heßl. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichtersteller **Heßl**: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich erstatte den Spezialbericht zu Beratungsgruppe XIII: Kapitel 64: Bauten und Technik.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat das in der Beratungsgruppe XIII enthaltene Kapitel 64 „Bauten und Technik“ des Bundesvoranschlages für das Jahr 1978 in seiner Sitzung am 10. November 1977 in Verhandlung gezogen.

Bei Kapitel 64 „Bauten und Technik“ sind für das Jahr 1978 im Grundbudget Ausgaben in der Gesamthöhe von 16 297 403 000 S vorgesehen.

Der Personalaufwand des Ressorts beträgt 1 210 031 000 S, er ist gegenüber dem Jahre 1977 um 90 031 000 S höher veranschlagt.

Der Sachaufwand beläuft sich auf 15 087 372 000 S, was gegenüber dem Jahre 1977 eine Erhöhung um 828 648 000 S bedeutet.

Die Einnahmen wurden mit insgesamt 1 875 246 000 S vorgeschätzt, sie sind somit um 263 852 000 S gegenüber dem Vorjahr höher veranschlagt.

Außer diesen Krediten im Grundbudget sind für den Fall, daß die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1978 eine Lockerung der restriktiven Stabilisierungsmaßnahmen zuläßt, in der Stabilisierungsquote des Konjunkturausgleich-Voranschlages für das Kapitel 64 zusätzliche Kredite in Höhe von insgesamt 1 000 000 000 S vorgesehen. Für den Fall einer notwendigen Konjunkturbelebungsquote enthält der Konjunkturausgleich-Voranschlag für das Kapitel 64 noch weitere Kredite in der Gesamthöhe von 980 000 000 S.

Der Veranschlagung des Personalaufwandes, welcher rund 7,4 Prozent des Ressort-Grundbudgets in Anspruch nimmt, sind im Jahre 1978 insgesamt 6 688 Dienstposten zugrunde gelegt,

das sind um 23 Dienstposten weniger als im Vorjahr.

Die Steigerung des Personalaufwandes ist daher ausschließlich auf die im Laufe des Jahres 1976 und bis zur Budgeterstellung im Jahre 1977 in Kraft getretenen Bezugserhöhungen und auf die laufenden Beförderungen und Vorrückungen zurückzuführen.

Zu den Ausgabenansätzen des Sachaufwandes ist folgendes zu bemerken: Die Anlagenkredite des Grundbudgets sind gegenüber dem Vorjahr um rund 150 Millionen Schilling oder 1,7 Prozent höher veranschlagt.

Der Konjunkturausgleich-Voranschlag 1978 enthält darüber hinaus in der Stabilisierungsquote Anlagenkredite in Höhe von 601 000 000 S, die für den Bundeshochbau vorgesehen sind. Die Konjunkturbelebungsquote sieht Anlagenkredite in Höhe von 443 000 000 S vor, die ebenfalls für den Bundeshochbau bestimmt sind.

Die Förderungskredite des Grundbudgets sind gegenüber dem Vorjahr um rund 260 Millionen Schilling oder 14,1 Prozent höher veranschlagt. Die Erhöhung ergibt sich bei der Bundesstraßenverwaltung für Zahlungen an die Brenner-, die Tauern-, Karawanken- und die Pyhrn-Autobahn AG sowie durch eine höhere Veranschlagung bei den Mitteln des Katastrophenfonds.

Im Konjunkturausgleich-Voranschlag ist außerdem in der Stabilisierungsquote ein Föderungskredit in Höhe von 200 000 000 S und in der Konjunkturbelebungsquote ein weiterer Kredit von 380 000 000 S für den Wasserwirtschaftsfonds enthalten.

Bei der Gebärungsgruppe „Aufwendungen“ scheinen im Jahre 1978 gegenüber 1977 im Grundbudget um insgesamt rund 419 Millionen Schilling höhere Kredite auf, das ergibt eine Erhöhung um 10,4 Prozent. Diese Erhöhung betrifft vermehrte Aufwendungen bei der Erhaltung von Bundesstraßen und Autobahnen von rund 171 Millionen Schilling, bei der Gebäudeerhaltung und beim Neubau von zusammen rund 185 Millionen Schilling, sowie bei den übrigen Aufwandsansätzen des Ressorts von insgesamt 38 Millionen Schilling und bei den Betriebskosten und Hauserfordernissen für die Liegenschaftsverwaltung des Bundes von rund 25 Millionen Schilling.

Für „Aufwendungen“ sind im Konjunkturausgleich-Voranschlag Kredite in Höhe von 199 000 000 S in der Stabilisierungsquote und 157 000 000 S in der Konjunkturbelebungsquote vorgesehen, die zur Gänze auf die Erhaltung der Bundesgebäude und den Neubau entfallen.

Heßl

Die Einnahmen des Bautenressorts sind für das Jahr 1978 um rund 264 Millionen Schilling höher veranschlagt als für 1977, das ist eine Steigerung um rund 16,4 Prozent. Die Erhöhungen ergeben sich bei den Überweisungen aus dem Katastrophenfonds mit 44 Millionen Schilling, bei den zweckgebundenen Einnahmen für die Wohnbauforschung mit 12 Millionen Schilling und für die Bundesstraßenverwaltung und Autobahnen mit 46 Millionen Schilling, bei den Mietzinseinnahmen der Bundesgebäudeverwaltung mit 12 Millionen Schilling und bei den Mauteinnahmen der Brenner-Autobahn AG mit 100 Millionen Schilling, der Tauern-Autobahn mit 25 Millionen Schilling und der Pyhrn Autobahn mit 20 Millionen Schilling sowie von zusammen 5 Millionen Schilling bei den übrigen Ansätzen des Ressorts.

Bei der Abstimmung am 24. November 1977 hat der Finanz- und Budgetausschuß die finanzgesetzlichen Ansätze der Beratungsgruppe XIII unverändert angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 64: Bauten und Technik samt dem dazugehörenden Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlages des Bundesvoranschlages für das Jahr 1978 (631 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Falls Wortmeldungen vorliegen, bin ich beauftragt, zu beantragen, in die Debatte einzugehen.

Präsident **Probst**: Ich danke dem Berichterstatter. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Keimel.

Abgeordneter Dr. **Keimel** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mir ist natürlich bewußt, daß nach dieser ausführlichen Verhandlung während des ganzen Tages die Diskussion über dieses an sich ja sehr wichtige Kapitel Bauten und Technik fast ohne Öffentlichkeit vor sich geht. Ich habe mir schon die Frage gestellt, ob es nicht einer Organisationsänderung der Budgetdebatte bedürfte, wenn etwa zwischen 9 und 16 Uhr zwei ÖVP-Redner darankommen, aber 5 der Regierungsfraktion und der Minister. Ich werde also stark kürzen, aber diesen Abend, wenn ich so sagen darf, die späte Stunde, als eine Gelegenheit zur Auseinandersetzung vor allem mit Ihnen, Herr Bautenminister, betrachten, damit Sie wissen, welchen Weg wir gehen, und Sie sich danach einstellen können während dieses kommenden Budgetjahres, wie weit Sie, wenn ich es so nennen darf, ein Stück des Weges,

vielleicht eines besseren Weges für unsere Bevölkerung, mit uns gehen könnten oder auch dürften.

Das Budget dieses Ressorts kann nur vor dem Hintergrund des Gesamtbudgets, der gesamtwirtschaftlichen Lage und der Wirtschaftspolitik der Regierung gesehen werden. Dieses Budget 1978 wieder ist ja die zwangsläufige Folge der falschen Wirtschaftspolitik während der vergangenen Jahre, insbesondere seit 1974, mit einem recht illustren Ergebnis: den höchsten Budgetdefizits, die kaum mehr zu finanzieren sind, wobei trotz vier Belastungswellen seit zwei Jahren auch 1978 keine Senkung des Budgetdefizits, sondern höchstens das Halten gelingt; das führte wieder zwangsläufig zur höchsten Staatsverschuldung mit ihren enormen Belastungen für die folgenden Jahre. Diese Belastungen gehen natürlich und gerade auf ein Budget, wie es das Bautenbudget ist. Es führte auch zur höchsten Steuerbelastung, an die wir uns erinnern können, mit fast 41 Prozent des Nationalproduktes, und damit sind wir in der europäischen Spitze. Aus diesem Budgetdefizit resultiert zwangsläufig die strukturelle Zahlungsbilanzmisere, vor der wir jetzt stehen, und alle Teilbudgets, die verschiedenen Fonds, bei denen förmlich eine Flucht aus dem Budget besteht, aber auch die Budgets der Gebietskörperschaften kamen und kommen in diesen unheilvollen Sog dieser Entwicklung des Bundesbudgets, welches somit wahrlich, wie es so schön heißt, das in Zahlen gegossene Spiegelbild der Regierungspolitik ist. Die Auswirkung findet sich auch in den Bauinvestitionen der verschiedenen Fonds, Länder. Wenn ich nur ein paar der Presseberichte der letzten Zeit lese, etwa Niederösterreich wartet noch immer auf 160 Millionen Schilling, die das Bautenministerium bereits im Juli zugesagt hat, das Budget des Landes Tirol, wo es heißt, eine einschneidende Kürzung kommt auf dem Sektor Hochbau, wo sie 35 Prozent beträgt, und so weiter; die Steiermark, wo die Hochbauausgaben ganz kraß gekürzt werden müssen.

1978 wird es – wie wir nun alle zur Kenntnis nehmen mußten – nur mehr ein Wachstum von 1,5 Prozent geben. Und damit ist die – wenn ich es so nennen darf – geradezu an plumpe Volksverdummung grenzende Primitivformel der sozialistischen Regierung ad absurdum geführt, wie: Wollt ihr die totalen Steuern? Oder: Wollt ihr die totale Staatsverschuldung? Oder eben Arbeitslosigkeit? Das ist so ad absurdum geführt wie Ihr Dogma der ganz sicheren Arbeitsplätze, wenn wir nur verstaatlichen. Jetzt zwingen eben die leeren Kassen zu einer ganz rigorosen Restriktionspolitik, während etwa in der benachbarten Bundesrepublik Deutschland die Investitions- und die Wirtschaftsförderung

7378

Nationalrat XIV. GP - 76. Sitzung - 7. Dezember 1977

Dr. Keimel

voll einsetzt. Und diese sozialistische Wirtschaft oder auch Mißwirtschaft führt ebenso zwangsläufig wie die von uns seit langem befürchtete Entwicklung im Bereich der Staatsfinanzen zur größten Gefährdung der Arbeitsplätze und verhindert vor allem auch die Schaffung der für unsere Jugend, für die nachdrängenden starken Geburtsjahrgänge benötigten neuen 300 000 Arbeitsplätze.

Nehmen Sie diesen Zusammenhang, diese Wechselwirkung in der Wirtschaftspolitik doch endlich zur Kenntnis! So verdrängen Sie mit Ihrer Primitivpolitik nur die Probleme, Sie lösen sie aber nicht. Und wenn hier für das Jahr 1978 an die 70 000 Arbeitslose prognostiziert werden, meine Damen und Herren, so bedeutet das, wenn wir es vergleichen wollten mit absoluten Zahlen mit der BRD - mal ungefähr 10 -, als ob es dort 700 000 gäbe; so sieht das aus. Und wir sehen ja mit dieser Politik keine Besserung während der Jahre 1979 und 1980. Schon 1977 hat für dieses Budgetjahr das Wirtschaftsforschungsinstitut festgestellt, was noch viel mehr für 1978 gilt, nämlich wörtlich:

„Die Bundesregierung hat für öffentliche Investitionen real weniger Mittel vorgesehen als im heurigen Jahr. Vom Grundbudget werden daher weder auf die Bauwirtschaft noch auf die Investitionsgüterindustrie Impulse ausgehen.“

Das Budget 1977 diente daher genauso wenig der Arbeitsplatzsicherung wie das Budget 1978, was der Beirat für Sozial- und Wirtschaftsfragen an Hand der seit Jahren stark fallenden öffentlichen Investitionen nachweist und das in den Budgeterläuterungen, die wir ja vom Finanzminister bekommen, meine Damen und Herren - ich glaube, auf Seite 311 ist es -, wie folgt seinen Niederschlag findet. Hier heißt es wörtlich: „Die große Steuerbelastung“ - das fällt mir eigentlich jetzt beim Lesen auf, hier steht in den Erläuterungen „die große Steuerbelastung“. Der Finanzminister bestätigt uns endlich einmal selbst, daß wir eine „große“ Steuerbelastung haben, was ihr ja sonst so gerne bestreitet. - „Die große Steuerbelastung des österreichischen Nationalproduktes erklärt sich vielmehr daraus, daß die Transferzahlungen an private Haushalte sowie die Subventionen eine große Rolle spielen.“ Das eben ist die sozialistische Umverteilungspolitik, zu der Dr. Kreisky in seinen Briefen an Palme und Brandt schon 1975 wörtlich erklärte: „Und dazu gehört eine überdimensionierte Verschuldung des Staates.“ Bewußte Gesellschaftspolitik, meine Damen und Herren, die hier von den Sozialisten betrieben wird.

Die beste Bestätigung dieser falschen Regierungs- und Wirtschaftspolitik lieferte vor, ich glaube, 14 Tagen etwa, neben Professoren wie

Klenner - Ihrem Herrn Professor Klenner -, Generaldirektor Kienzl, neben dem Staatssekretär a. D. Veselsky und anderen, letztlich Ihr Zentralsekretär Blecha selbst, als er vor katholischen Journalisten meinte, eine Grundwertediskussion müsse gerade jetzt geführt werden, und nun wörtlich: „wo niemand mehr weiß, wie man die Wirtschaft wieder in Ordnung bringt“.

Da bestätigt also der Herr Zentralsekretär dem Herrn Bautenminister, aber auch seinem Vizekanzler und Finanzminister, daß Sie nicht wissen, wie man die Wirtschaft wieder in Ordnung bringt. Herr Abgeordneter Blecha, derjenige - und damit auch die Regierung - macht sich der sozialen Demontage schuldig, welcher nicht das äußerste tut, um die wirtschaftliche Grundlage des Sozialstaates zu sichern, in Gang zu halten. Mit einer solchen Mißwirtschaft demontieren Sie den Sozialstaat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie also, Herr Zentralsekretär, und Ihre Partei wissen nicht mehr weiter, wie Sie erklärten. Dann sollten Sie die Konsequenzen ziehen. Wir wissen weiter. Sie, meine Damen und Herren, ruinieren das bewährte System der sozialen Marktwirtschaft. Wir bauen es aus zum Wohle der gesamten Bevölkerung. Sie haben also offensichtlich kein Konzept für die kurz- und mittelfristigen Problemlösungen. Einmal ist vorrangig die Budget- und Zahlungsbilanzsicherung. Jetzt hört man wieder, sie sei nachrangig, die Arbeitsplatzsicherung sei jetzt vorrangig. Da soll ein Bausofortprogramm helfen, wir hören es seit eineinhalb Jahren immer wieder, oder ein Zehnjahres-Investitionsprogramm kommen. In Wirklichkeit ist es aber nur eine Fortschreibung von Wünschen.

Meine Damen und Herren, das Studium des Taus-Planes zur Arbeitsplatzsicherung, das unseres Planes 3, meine Damen und Herren, schon aus dem Jahre 1974/75, würde Ihnen viele Anregungen verschaffen. Sie sollten es doch wie Ihr bewährter Herr Professor Klenner halten, nämlich diese Vorschläge nicht einfach zur Seite schieben, sondern in dieser ersten Periode eben aufgreifen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Herren von der sozialistischen Fraktion, Sie sehen Ihr Heil in immer neuen Steuern und Belastungen. Wir stehen schon an der Spitze in Europa, und der Finanzminister schließt nun, wie er uns in der letzten Fragestunde wörtlich erklärte, keinen Zeitraum mehr aus für neue Belastungen. Er redet auch von einer Atempause von einem halben Jahr für die Wirtschaft. Na da sehen wir schon, was in kürzester Zeit an Belastungen wieder auf uns zukommt. Ich fürchte mich mit der Bevölkerung schon vor Ihrer nächsten Regierungsklausur, denn bis jetzt hat jede dieser

Dr. Keimel

Klausuren zwar keine Konzepte, aber neue Belastungen gebracht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir, meine Damen und Herren, verlangen eben die effizientere Planung der öffentlichen Hand und der öffentlichen Aufgaben. Hier, obwohl Sie sonst solche Planwirtschaftler sind, sind Sie total plan- und konzeptlos. Die Planung der öffentlichen Hand muß eben zu neuen Prioritäten bei den Ausgaben und nicht nur bei den Einnahmen und eben auch zu äußerster Sparsamkeit führen. Kurz also ein Weg zu mehr Wahrheit, Klarheit, Solidität und Seriosität in der Politik, vor allem aber in Ihrer Budgetpolitik.

Meine Damen und Herren! Vor diesem Hintergrund, nur so kurz abgerissen, haben das Bautenressort und das Bautenbudget ganz spezifische Aspekte. Es ist eigentlich das Investitionsressort, es sollte es zumindest sein, Herr Minister! Die Bauwirtschaft hat ja den höchsten Multiplikatoreffekt, wie wir es nennen, den Multiplikatoreffekt von 1,6, das heißt, 1 Milliarde Bauvolumen bringt 1,6 Milliarden gesamtwirtschaftliche Leistung. Und das wäre ja so typisch einsetzbar – Sie könnten der Konjunkturminister dieser Regierung sein – gerade für die autonome, für eine heimische Beschäftigungspolitik, unabhängig etwa von den Einflüssen des Auslandes. Das wäre eine Beschäftigungspolitik in einer Branche, die immerhin über 10 Prozent der österreichischen Arbeitnehmer beschäftigt und fast 10 Prozent des Bruttonationalproduktes erbringt, aber eine Branche, die wie keine andere extrem abhängig ist von der öffentlichen Hand, mit einem ganz eigenartigen Effekt, Herr Bautenminister.

Sie werden ja gleich wieder erklären: Was wollen Sie, 1977 ist doch die Bauwirtschaft so einigermaßen gut gegangen. Aber das ist nicht das Federl, das Sie sich auf Ihren Hut stecken können, wenn uns das Wirtschaftsforschungsinstitut erklärt, daß diese Mengenkonjunktur – ein Wachstum von etwa 4 ½ bis 5 Prozent wird es vielleicht heuer ergeben – trotz Rückganges des sozialen Wohnbaues und der öffentlichen Bauinvestitionen entstand. Die Auslastung wurde vor allem durch die Wirtschaft – es war die vorgezogene Investitionstätigkeit durch die vorzeitige Abschreibung – und den Eigenheimbau getragen, also wieder durch die privaten Bereiche.

Aber wo die Wirtschaft, wo die Bauwirtschaft im öffentlichen Bereich beschäftigt war, da bei ruinösen Preisen. Meine Damen und Herren, das hat auch seine Auswirkung, Herr Minister, und sollte bei Ihnen eigentlich großes Bedenken und Nachdenken verursachen, wenn jetzt einer der großen und renommierten Baufirmen nach der anderen in Zahlungsschwierigkeiten gerät, so Soravia, Theiml und Spytzi, und jetzt das erste

Mal – das erste Mal nicht, nur in der Branche – ein Unternehmen der Gemeinde Wien, die TEERAG-ASDAG. Und Sie wissen genau so gut wie ich – aber diese Namen sagen wir nicht, weil es noch nicht so weit ist, die Namen, die stehen, können wir nennen –, daß es noch einige – und eines davon sogar ein sehr großes Unternehmen – gibt, die auch in größten Schwierigkeiten sind. Und hier bei der TEERAG-ASDAG sagt der Vorstand: In dieser Konkurrenzlage kann man nur mehr zu Selbstkosten anbieten, teilweise kommt es sogar zu Unterdeckungen.

Wenn bei einem Gemeindeunternehmen der Vorstand erklärt, Bund, Länder und Gemeinden als fast ausschließliche Auftraggeber solcher Arbeiten sind chronisch finanzmarod und daher zahlungsunfähig, dann ist das öffentliche Unmoral, Herr Minister!

Und es ist nicht uninteressant, weil gerade diese Regierung immer sagt, wenn wir davon sprechen, ob man etwas besser in die private Sphäre wieder zurückgeben sollte, zur effizienteren Gebarung, ja das täte Ihnen passen, Sie möchten die Sozialisierung der Verluste und die Privatisierung der Gewinne.

Bis jetzt war es immer so, daß sich gerade in Wien, um in dem Bereich zu bleiben, zum Beispiel der Bauring, mit großem Verlust reprivatisiert, offensichtlich günstiger entwickelt. Und was wird bei der TEERAG-ASDAG geplant? – Die Privatisierung, wieder die Privatisierung. Und entsprechende Gespräche sind ja, wie Sie wissen, schon im Gang.

Meine Damen und Herren! Es wurden in dem Bereich Bau, im Bautenressort ganz bewußt für die drei Hauptbereiche, für die wesentlichen Bereiche zweckgebundene Steuern, und zwar nur für dieses Ressort, das einzige Ressort in dieser Regierung, eingeführt. Sie, Herr Minister, haben als einziger zweckgebundene Einnahmen für Ihre Hauptbereiche und bräuchten eigentlich nicht jedes Jahr beim Finanzminister für Ihre Mittel antichambrieren.

Diese drei wesentlichen Bereiche sind Wohnbau, Wohnungsverbesserung mit dem Wohnbauförderungsfonds, der Straßenbau im Verkehrsbereich mit der zweckgebundenen Bundesmineralölsteuer und anderen Abgaben und für die Umwelt der Wasserwirtschaftsfonds, auch zweckgebunden. Und diese Zweckbindung sollte – das war das Ziel – eine kontinuierliche Baupolitik gewährleisten.

Herr Minister, Sie haben sich selbst zum Ressortverwalter degradiert. Sie lassen sich Hunderte von Millionen zweckgebundener Einnahmen vom eigentlichen Ressortchef, dem Finanzminister, abnehmen. Ihr Ressortbudget beweist in diesem Fall Ihre Schwäche. Von 1977

Dr. Keimel

auf 1978 sinken die Ausgaben Ihres Ressorts total, also Grundbudget und Konjunkturbelebungs- und Stabilisierungsquote zusammengekommen, um fast 200 Millionen Schilling, das heißt nominell schon um über 1 Prozent, real werden Ihre Mittel weniger um wahrscheinlich 8 bis 10 Prozent. Die Ausgaben Ihres Ressorts, das jetzt das Investitionsressort wäre, fallen gegenüber den Gesamtausgaben des Budgets um 10,3 Prozent, und das bedeutet folgendes, Herr Bautenminister:

Ihr Ressort dient nicht der Arbeitsplatzsicherung oder gar der Neuschaffung von Arbeitsplätzen durch öffentliche Mittel, sondern ganz im Gegenteil. Und so sieht es eben auch dann, Herr Minister, in den Hauptbereichen aus. Für 1978, um noch einmal bei der Bauwirtschaft zu bleiben, wird ein Wachstumsrückgang von heuer $4\frac{1}{2}$ bis 5 Prozent auf maximal, optimistisch gesehen, 3 Prozent erwartet, das bedeutet also einen Rückgang um 40 Prozent, Herr Minister. Welche Maßnahmen setzen Sie denn eigentlich außer Ankündigungen, wie Bausoortprogramm, zehnjähriges Investitionsprogramm? Welche Maßnahmen setzen Sie eigentlich und wann vor allem? Rechtzeitig müssen Sie sie nämlich setzen, und rechtzeitig können sie bei der Branche, die einen langen Planungsspielraum hat, jetzt gar nicht mehr von Ihnen gesetzt werden.

Wie sieht es nun in den drei Hauptbereichen aus?

In der Wohnbaupolitik: Die seit drei Jahren sinkende Zahl der fertiggestellten Wohnungen hat 1976 – das ist die letzte Statistik – mit 44 600 fertiggestellten Wohneinheiten ihren Tiefpunkt erreicht. Das ist der Erfolg einer Regierung, die angetreten ist und der Bevölkerung versprochen hat, wie vieles andere auch, jährlich um 5 000 Wohnungen mehr zu bauen.

In dieser Situation, Herr Minister, wird das Wohnen im Budget, in den Budgeterläuterungen überhaupt mit keinem Wort erwähnt. Offensichtlich ist dieses große Problem für die österreichische Bevölkerung und vor allem für die jungen Leute in diesem Lande, für diese Regierung kein Problem mehr. Sie haben, Herr Minister, weder ein Wohnbau- noch ein Finanzkonzept.

Herr Minister! Für die ÖVP bedeutet demgegenüber Wohnungspolitik praktizierte Familienpolitik. Es soll ja bekanntlich eine hohe Dunkelziffer geben, daß junge Ehen an schlechten und beengten Wohnverhältnissen scheitern oder deshalb, weil der hohe Wohnungsaufwand – auch ein Erfolg Ihrer Regierungspolitik – die Frau und Mutter oft genug zum Mitverdienen zwingt.

Zur Wohnung zählen aber nicht nur die vier

Wände und das Dach über dem Kopf, sondern auch die Wohnumwelt. Für die Wohnbaupolitik ergeben sich daraus zwangsläufige Gebote. Die Stadterneuerung und die Revitalisierung unserer schönen Ortskerne haben Vorrang vor der Stadterweiterung. Was tun Sie eigentlich in dieser Richtung, Herr Minister? – Nichts.

Das bedeutet weiters die Mobilisierung und Verbesserung des erhaltungswürdigen Hausbestandes. Oft zeichnen gerade hervorragende Schall- und Wärmedämmung diese Bauten aus. Die Kosten liegen meist – wir haben jetzt schon praktische Beispiele – weit unter denen von Neubauten. Die Nahversorgung durch Geschäfte, Ärzte, Schulen, Ämter und so weiter, also die Infrastruktur ist vorhanden. Diese Bestrebungen sollten ganz besonders dadurch unterstützt werden, daß Wohnungseigentum, Eigentum an Wohnungen, verstärkt auch an bestehenden Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen erworben werden kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Das Eigentumserlebnis vermittelt eben höhere Lebensqualität. Der Wohnungsaufwand wird ja dann auch anders empfunden, und zwar nicht als verlorener Aufwand, als verlorene Miete vielleicht an Superhausherren, Genossenschaften, Gemeinden und so weiter, sondern als angespartes Eigentum, als kleines Eigentum. Daher sollte das Prinzip nicht: jedem eine, sondern jedem seine Wohnung sein.

Im Wohn- und Mietrecht bedarf es dazu endlich eines fortschrittlichen Umdenkens, eines fortschrittlichen Umdenkens vom derzeitigen, im wahrsten Sinne des Wortes versteinerten Objektschutz hin zur echten Subjektförderung; dem Schutz also des Wohnungsbenutzers nach seiner Leistungsfähigkeit gemäß Einkommen und Familienstand. Herr Minister Moser, der Diskussionsentwurf des Justizministers, wie er jetzt vorliegt, ist dazu ungeeignet. Vor allem aber machen Sie ein bisschen Wohnrecht im vorliegenden Entwurf zum Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz, der Justizminister macht ein bisschen, da geht es so durcheinander. Ich frage Sie daher: Haben Sie eigentlich überhaupt noch eine Gesprächsebene untereinander, oder agiert jeder von Ihnen in diesem wichtigen Bereich auf eigene Kosten; jedenfalls aber auf Kosten vor allem unserer jungen Paare?

Wohnrecht und Wohnbauförderung, Herr Minister, sind Zwillinge, sie sind wegen einer optimalen Versorgung der Bevölkerung mit genügend und qualitativ entsprechenden Wohnungen zu erträglichen Kosten voneinander abhängig. Daher fordere ich Sie zu einem gemeinsamen Wohnungskonzept der achtziger Jahre auf. Finden Sie endlich die Gesprächsba-

Dr. Keimel

sis auch mit dem Justizminister, der beim Wohnrecht offensichtlich zuständig ist. *(Beifall bei der ÖVP.)* Nehmen Sie zur Kenntnis, auch wenn im Budget kein Wort davon steht: Für die ÖVP hat die Wohnungspolitik höchste Priorität! Nachdem Sie hier offensichtlich nicht bereit sind, etwas zu tun, werden auch wir wieder im Rahmen unserer „Neuen Wege für Österreich“ unser Konzept nächstes Jahr vorlegen.

Meine Damen und Herren! Der zweite große Bereich Ihres Ressorts, Herr Minister, ist der Straßenbau. Der Straßenbau hat sicherlich nicht den eigentlichen Selbstzweck wie etwa Wohnen. Wohnen hat Selbstzweck, daher besteht auch diese Priorität. Der Straßenbau hat sicherlich nicht diesen Selbstzweck, sondern er dient im Rahmen des Verkehrsgeschehens verschiedenen Bereichen, etwa dem Verkehr, der Wirtschaft, dem Fremdenverkehr.

Die Nichterfüllung der Aufgaben dieses Bereiches führt dann eben in verschiedenen Bereichen zu großen, in anderen Bereichen zu entsprechenden Mangelerscheinungen, etwa bei der Wohnqualität der Bevölkerung, Ortsumfahrungen: Graz, Peggau, Hartberg und so weiter – ich spreche Sie einmal als Steirer an –, Herr Minister. Wohnqualität vermindert sich durch ein Nachlassen, durch eine fehlerhafte Bewegung im Straßenbereich. Lebensqualität, das Sterben vor der Zeit: Immer wieder führen über 200 Gefahrenstellen auf unseren Straßen zu hohen Unfallquoten. Wirtschaft, Fremdenverkehr, Kontinuität der Beschäftigung in der Bauwirtschaft sind weitere Punkte.

Und wie ist der Status quo, Herr Minister? Die direkten straßenbauwirksamen Ausgaben Ihres Ressorts betragen 1978 für alle Straßen zusammen um 402 Millionen Schilling weniger als 1977. Das ist ein ganz enormer realer Rückgang gegenüber 1977. Binnen weniger Jahre, Herr Minister, in fünf Jahren vielleicht schon, werden, da die anfallenden Defizite der Sondergesellschaften zu zahlen sind, da der Erhaltungsaufwand ja ständig steigt, keine Mittel mehr für Bauten zur Verfügung stehen. Was tun Sie denn hier dagegen, Herr Minister? Was tun Sie hier dagegen?

Unsere Forderungen und die Vorschläge haben wir Ihnen so oft auf den Tisch gelegt, etwa erstens – und dies ist überhaupt der Schlüssel –, daß alle zweckgebundenen Steuern und Abgaben im Straßenbauressort verbleiben müssen, Herr Minister. Überlegen Sie auch eine Organisationsänderung, welche vielleicht zu einer effizienteren Mittelaufbringung und -verwendung auf dem Kapitalmarkt beitragen könnte.

Vor zwei Jahren habe ich das erste Mal die internationale Finanzierung, Beispiel Jugosla-

wien, insbesondere durch die EG für die sogenannten – sie heißen ja auch bei uns so – Europastraßen angeregt. Es ist schon klar, daß eine kleine Volkswirtschaft wie Österreich vielleicht solche Zukunftsinvestitionen einer entsprechenden Zeit nicht allein zu leisten fähig ist. Die Österreichische Gesellschaft für Straßenwesen hat uns ja vorgerechnet, daß bei Ihrem derzeitigen Konzept die Autobahnen erst irgendwann einmal nach dem Jahre 2000 überhaupt fertig sein werden.

Aber da besteht jetzt eine große Gefahr, Herr Minister, eine ganz große Gefahr bei der Planung einer neuen Steuer, die gerade auch den Ausländer treffen soll. Hier, Herr Minister, besteht die große Gefahr, daß Sie keine Gesprächsbereitschaft mehr mit den Europäischen Gemeinschaften über eine europäische Finanzierung finden werden. 22 Staaten der IRU haben bereits – Sie werden das ja kennen – scharfen Protest eingebracht. Glauben Sie, daß wir dann für diese Finanzierungsmethoden noch eine Gesprächsmöglichkeit haben?

Ich wiederhole noch einmal, daß Sie mit dem Verkehrsminister – bitte schön, wir haben zwar keinen, es ist ein Eisenbahnminister – endlich ein Gesamtverkehrskonzept der Bundesregierung, umfassend eben Straße, Schiene und andere Verkehrsträger, Pipelines und so weiter, erstellen sollen. Wir haben Ihnen 1969 den Vorschlag noch übergeben, seitdem geschieht nichts mehr. Machen Sie endlich ein Gesamtverkehrskonzept! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Minister! Um bei diesem Bereich Straßen – ich habe es schon anklingen lassen – zu bleiben: Hier steht eine der infamsten – ich sage das in allem Ernst des Wortes, ich habe mir das überlegt – Irreführungen der Bevölkerung und eine ungeheuerliche Belastung ins Haus mit dem sogenannten Straßenverkehrsförderungsbeitrag, von dem es in den Ausführungen des Finanzministers wörtlich heißt – ich zitiere, meine Damen und Herren, die Ausführungen des Finanzministers –: „Um den zügigen Ausbau des Straßennetzes zu ermöglichen, enthält das Maßnahmenpaket der Regierung auch die Einführung eines Straßenverkehrsförderungsbeitrages, welcher ab Mitte 1978 eingehoben werden soll.“

Auf der Einnahmenseite des Budgets sind dafür bereits 2,2 Milliarden ausgewiesen, ohnehin eine sehr fragwürdige Angelegenheit, 2,2 Milliarden an Einnahmen ins Budget zu nehmen, wo nicht einmal noch das Gesetz in Begutachtung ist. Aber bitte, wir sind ja von dieser Regierung solche Sachen schon gewohnt.

Ich habe Sie, Herr Bautenminister, am 3. November, vor kurzer Zeit, vor einem Monat

7382

Nationalrat XIV. GP - 76. Sitzung - 7. Dezember 1977

Dr. Keimel

gefragt, ob Sie wenigstens diese 2,2 Milliarden für den Ausbau der Bundesstraßen beansprucht haben. Sie bräuchten es ja nicht, weil der Finanzminister ja erklärt hat, „um den zügigen Ausbau des Straßennetzes zu ermöglichen“. Sie haben geantwortet, daß in den Vorgesprächen seitens des Bundesministeriums in der bisherigen Beratung „durchaus der von Ihnen“ – also von mir – „genannte Standpunkt“ vertreten worden sei.

Herr Minister! Im Finanzausschuß hat der Finanzminister schließlich auf Befragen nach langem Hin- und Herreden, ich darf es so nennen, zugegeben, daß mit diesem Betrag nicht der Straßenbau, sondern, er nannte es so, „die Hälfte der Bundesbahninvestitionen finanziert würden“. Unerhört! Aber es geht schon noch weiter, meine Damen und Herren.

Man sollte nun meinen, zumindest für den Ausbau etwa der Transitstrecken der ÖBB, für einen Huckepack-Verkehr, zweigleisiger Ausbau der Transitstrecken. Nichts davon, meine Damen und Herren, ist wahr!

1978 stehen für den Straßenausbau, ich habe es schon erklärt, um 402 Millionen Schilling weniger zur Verfügung als 1977. Für die Bundesbahninvestitionen gibt es 1978 um 270 Millionen Schilling mehr als 1977, auch real null.

Das heißt also, für die beiden Verkehrsressorts Straßenausbau und ÖBB-Investitionen gibt es 1978 gegenüber 1977 um 132 Millionen Schilling weniger. Meine Damen und Herren! Wo sind die 2,2 Milliarden Schilling? Das ist eine ganz infame Irreführung der Bevölkerung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Für den Straßenbau und für die ÖBB-Investitionen gibt es also real um 6 bis 8 Prozent weniger als in diesem Jahr trotz dieser neuen enormen Steuerbelastung, während damit der Straßengüterverkehr mit fast 5 Milliarden Schilling auf das Jahr umgerechnet – das ist ja enorm, da ist ja das 2. Abgabenänderungsgesetz beinahe schon eine Kleinigkeit dagegen –, eine einzige Branche, mit jährlich 5 Milliarden belastet werden soll, was sich auf die Preise letztlich für die Konsumenten, für Industrie und Gewerbe auswirken wird. Wir sind ja ein Binnenland, Rohstoffe werden hereingebracht, wir müssen Waren ausführen, exportieren, Herr Minister!

Es wird sich auf die Konsumentenpreise auswirken gerade in den entlegenen Gebieten. Im Waldviertel, im Mühlviertel – wo sind denn da Eisenbahnen? –, in den Tälern, in den Gebirgstälern. Meine Damen und Herren, es stehen ja 130 000 Straßenkilometern nur 6 000 Schienenkilometer entgegen. Wie wollen Sie

denn hier, Herr Minister, auch noch ordnungspolitisch wirken?

Aber trotz dieser enormen Verteuerung wird die an den Transitstrecken liegende Bevölkerung – ich sage es noch einmal; ich habe mir das Wort überlegt, Herr Minister – zutiefst betrogen. Kein Schilling dient dem zügigen Ausbau der Fernstraßen, den dringendst nötigen Ortsumfahrungen, den Lärmschutzmaßnahmen. Das wird sich die betroffene Bevölkerung nicht bieten lassen, Herr Minister, das sollten Sie als Steirer am allerbesten wissen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der gesamte Straßenverkehrsförderungsbeitrag wird völlig falsch so bezeichnet. Ich höre aus dem Ministerium, „Förderung“ will man jetzt herausstreichen, dann heißt er nur mehr Straßenverkehrsbeitrag. Offensichtlich ist man auf diese plumpe Irreführung selbst schon gekommen, geniert sich vielleicht selber schon ein bißchen. Aber das „Förderung“ herausstreichen, nützt gar nichts, es bleibt bei diesem Prinzip. Der gesamte völlig falsch so bezeichnete Beitrag – es ist auch kein Beitrag, zu nichts ein Beitrag, es ist eine Steuer – dient ausschließlich der Defizit- und Schuldendeckung des pleiten Finanzministers unter – ich erkläre es noch einmal – infamster Irreführung der Bevölkerung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich fordere den Finanzminister auf, diese neue Milliardenbelastung zu unterlassen, andererseits aber die seit Monaten von der ÖVP vorliegenden Vorschläge zur Entlastung der an den Transitstrecken lebenden Bevölkerung aufzugreifen und durchzuziehen.

Herr Bautenminister! Ich frage Sie jetzt etwas: Nach all diesen Widersprüchen – mir geben Sie recht, Sie beanspruchen das; Finanzminister: nein; für die Bahn ist es aber auch nicht da – haben Sie überhaupt noch eine Gesprächsebene mit dem Finanzminister? Agieren Sie auch hier eigentlich allein, differenziert im freien Raum? Ich fordere Sie zur Klarstellung auf, oder ziehen Sie die Konsequenzen, Herr Minister. Sie und der Verkehrsminister – aber natürlich hauptsächlich die Bevölkerung – sind im Rahmen dieser Regierung die Angeschmierten und Ausgebremsten! *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Und so bleibt als dritter und wesentlicher Bereich der Wasserwirtschaftsfonds. Meine Damen und Herren! Dazu wird Kollege Regensburger sehr detailliert Stellung nehmen. Ich sage nur eines dazu:

Dieser dritte Bereich, der für die Umwelt da ist: Wasserwirtschaft, Abwasser, Wasserreinhaltung und so weiter, dieser Wasserwirtschaftsfonds ist pleite. Die Budgetierung ist unwahr und unrichtig.

Dr. Keimel

Der Bund, meine Damen und Herren, senkt nun zum wiederholten Mal – innerhalb von drei Jahren geht es immer weiter runter – seinen eigenen Beitrag. Er senkt seinen Beitrag von 1977 auf 1978 wieder um nominell schon 10 Prozent. Was das real bedeutet! Mit neuen Schulden, mit neuen Kreditaufnahmen werden nur die alten bezahlt. Und als Einnahme wird die Konjunkturbelebungs- und Stabilisierungsquote von 580 Millionen eingesetzt, Herr Minister, obwohl über Befragen vom Finanzminister überhaupt nicht freigegeben.

Trotz aller dieser Manipulationen bleiben immer noch 1 004 Millionen unbedeckt, total unbedeckt, einfach in einer Hoffnung, Herr Minister, daß die eingereichten Projekte halt nicht ausgeführt werden, daß die Gemeinden kraft der Bedingungen und Überschuldung die Projekte gar nicht ausführen können. Eine wahrhaft, sage ich Ihnen, „aktive“ Umweltpolitik dieses Ministers und dieser Regierung.

Herr Bautenminister! Selten ist ein Ressortbudget mehr Spiegelbild der Regierungspolitik als das Ihre. Das Versagen in der Baupolitik ist aber natürlich die logische Folge des Versagens in der Wirtschaftspolitik.

Einem Budget, von dem der Exstaatssekretär Veselsky sagte: Aus nichts wird nichts, und einer Politik, von der der Zentralsekretär Blecha wörtlich meint, wo niemand mehr weiß, wie man die Wirtschaft wieder in Ordnung bringt – Sie also auch nicht, Herr Minister, so wenig wie offensichtlich der Finanzminister –, einer, wie ich mit wenigen Beispielen bewiesen habe, unwahren Budgetierung mit zwangsläufig neuen Belastungen schon im nächsten Jahr – hoffentlich nicht schon im Jänner bei der nächsten Regierungsklausur –, einem solchen Budget verweigert die Österreichische Volkspartei nicht nur ihre Zustimmung. Viel mehr noch: Wir lehnen dieses Budget als nachgerade gefährliche Entwicklung für die österreichische Wirtschaft und damit die Sicherheit unserer Arbeitsplätze à la longue ab.

Und wir empfehlen Ihnen, Herr Minister, als Ressortverwalter die Überlegung Ihrer eigenen Position, vor allem gegenüber dem Finanzminister. In diesem Sinne sollte vielleicht die späte Stunde für Sie zumindest sich zu einer besinnlichen entwickeln. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Babanitz.

Abgeordneter **Babanitz** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich gebe in einem meinem Vorredner, Kollegen Dr. Keimel, recht, nämlich wenn er gesagt hat, das Bautenbudget verdiene nicht den Ausschluß der

Öffentlichkeit oder die Behandlung zu so später Stunde.

Nicht recht geben kann ich ihm auf Grund seiner verschiedenen Ausführungen unter anderem bei seiner Feststellung, daß das Baubudget 1977 für die Bauarbeiter nicht die Sicherung der Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft gebracht habe. Ich gebe ihm recht – wie ich in meinen Ausführungen sagen möchte –, daß im Rahmen der Verhandlungen über das Bautenbudget für das Jahr 1978 zweifelsohne dem Ablauf des Baujahres 1977 eine besondere Bedeutung zukommt.

Eine besondere Bedeutung deshalb, weil, so meine ich, das Baujahr 1977 so wie die Jahre vorher von den Sprechern der Oppositionspartei als ein Jahr der Katastrophe für die Bauwirtschaft vorausgesagt wurde. Sicherlich, es ist das gute Recht der Opposition, zu kritisieren und dem Budget der Regierungspartei nicht zuzustimmen. Aber ich glaube, man sollte nicht übersehen, daß in den letzten Jahren alles, was seitens der Bundesregierung zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung in den Jahren 1974, 1975 und 1976 getan wurde beziehungsweise im Budget 1977 für Bauten vorgesehen war, als zu wenig und nicht zielführend bezeichnet worden ist.

Ich möchte daher, wenn auch zu wiederholtem Male, darauf verweisen, daß meiner Meinung nach – und ich darf hier im Namen der Bauarbeiter von ganz Österreich sprechen – auch das Jahr 1977 für die Bauwirtschaft ein gutes gewesen ist, wenn man es im gesamtwirtschaftlichen Rahmen Österreichs, im besonderen aber im Hinblick auf die Situation in den westlichen Industriestaaten sieht.

Es ist vielleicht bemerkenswert, daß dies auch von den Bauunternehmern in bestimmten Zeiträumen zugegeben wird. Man braucht dazu nur die „Bauzeitung“, das offizielle Organ der österreichischen Bauunternehmer, durchsehen, dann wird man das auch bestätigt bekommen.

Zu Jahresbeginn, um die Jahresmitte wird, weil man eben nicht anders kann, darauf verwiesen, daß das Baugeschehen bekanntermaßen sehr stark von der öffentlichen Hand beeinflusst wird, was ja bis jetzt immer wieder auch von allen Sprechern betont und anerkannt wurde, daß gerade dieses Bautenbudget doch nicht so schlecht ist und wieder eine Steigerung festgestellt werden konnte.

Geht es aber nach der Jahresmitte in den Herbst hinein, dem Ende des Jahres zu, dann liest man wieder in der „Bauzeitung“, daß das Baujahr schlecht gewesen wäre und daß es vor allem im nächsten Jahr noch schlechter werden wird und daß außerdem die Zukunftsaussichten sehr schlecht sind. *(Abg. Dr. Mussil: Schauen*

7384

Nationalrat XIV. GP - 76. Sitzung - 7. Dezember 1977

Bananitz

Sie sich die Konkurse an!) Herr Kollege Mussil, ich komme noch zurück auf die Konkurse im Baugewerbe. Schauen Sie sich das an – möchte ich Sie bitten –, dann werden Sie auch zu anderen Erkenntnissen kommen. Aber bitte sehr, Ihre Zwischenrufe in Ihrer bekannten Art werden mich nicht davon abhalten, meine Ausführungen in der Form zu bringen, wie ich es mir vorgenommen habe und wie es die echten Zahlen auch tatsächlich beweisen.

Ich möchte sagen, wenn man sich die tatsächlichen statistischen Unterlagen, ob sie nun die Beschäftigtenzahlen oder den nicht abgearbeiteten Auftragsstand und andere für die Bauwirtschaft wichtige statistische Materialien betreffen, ansieht, dann sagen diese Zahlen und diese Unterlagen meist etwas anderes, als von Ihnen immer wieder ausgeführt wird.

Ich möchte daher in meinen Ausführungen heute doch etwas mehr auf das Baugeschehen im Jahr 1977 zurückkommen, da ich der Meinung bin, und das habe ... *(Zwischenruf des Abg. Dr. Halder.)*

Lieber Herr Kollege Dr. Halder! Ich weiß nicht, ob Sie etwas von der Bauwirtschaft verstehen, aber ich habe am Anfang gesagt: Wenn man das Budget 1978 betrachtet, sollte man auch das Baujahr 1977 in Betracht ziehen. Ich erlaube mir das in aller Höflichkeit zu tun – ob es Ihnen gefällt oder nicht. *(Beifall bei der SPÖ. – Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.)* Dann können Sie ja hinausgehen, Herr Kollege Mussil! Lassen Sie sich nicht aufhalten und zwingen, sich das anzuhören, was ich hier sage.

Ich möchte zurückkommen auf das Baujahr 1977, da ich der Meinung bin, daß man bei der Beurteilung des Bautenbudgets 1978 diese Zahlen ohne weiteres zu Hilfe nehmen kann und auch zu Hilfe nehmen muß.

Wenn wir uns daher zuerst die Beschäftigtenziffern ansehen, so können wir für das Jahr 1977 feststellen, daß es nicht nur eine Vollbeschäftigung in der Bauwirtschaft gegeben hat, sondern daß darüber hinaus die Arbeitslosenrate innerhalb der Bauwirtschaft weit unter dem österreichischen Durchschnitt, darüber hinaus aber sehr stark unter dem Durchschnitt der OECD-Staaten gelegen ist.

Hohes Haus! Dazu als Vergleich einige Zahlen in den Wirtschaftsklassen Hoch- und Tiefbau sowie Ausbau und Bauhilfsgewerbe. Wir hatten in diesen Bereichen im Jänner 1976 172 061 Beschäftigte, im Jänner 1977 waren es allerdings 171 708. Das sind zwar um 353 weniger, aber bereits im Februar 1977 war der Stand an Beschäftigten in der Bauwirtschaft auf 177 848 hinaufgegangen. Das ist eben darauf zurückzuführen, daß von der Bundesregierung

die entsprechenden vorgesehenen Maßnahmen rechtzeitig ... *(Abg. Ing. Letmaier: Welche?)* Herr Kollege, darauf komme ich noch zu sprechen. Sie waren bei einigen Gesprächen, als man mit der Bauwirtschaft gesprochen hat, dabei. *(Abg. Ing. Letmaier: Aber Maßnahmen sind keine gesetzt worden!)* Das stimmt doch nicht, Herr Kollege. Wir werden noch darüber reden. Einverstanden?

Ich möchte noch einmal wiederholen, daß bereits im Februar 1977 die Zahl der Beschäftigten – gegenüber Februar 1976 – um 3 295 Bauarbeiter höher war als, wie gesagt, Ende Februar 1976.

Diese Steigerung der Beschäftigtenzahlen in der Bauwirtschaft hielt die ganzen Monate im Jahre 1977 an, und Ende September – hier liegen die letzten offiziellen Zahlen in der Statistik vor – gab es bereits 222 047 Beschäftigte in der Bauwirtschaft. Das bedeutet gegenüber 1976 zum gleichen Zeitpunkt, also Ende September, eine Steigerung um 2 983 Beschäftigte. Die insgesamt durchschnittliche Steigerung von Jänner bis September 1977 betrug 3 728 Beschäftigte oder 1,85 Prozent mehr als im Zeitraum Jänner bis September 1976. *(Abg. Dr. Halder: Können Sie sagen, welche Dienstnehmer wo geschult worden sind?)*

Ich habe Ihnen schon gesagt, der Vergleich ist vom Jänner 1976 bis September 1976 und von Jänner 1977 bis September 1977. Wenn es Sie interessiert, Herr Doktor, kann ich Ihnen nachher die schriftlichen Unterlagen beziehungsweise die statistischen Unterlagen gerne zur Verfügung stellen. Aber Sie brauchen nur zwei Reihen weiter zurückgehen, der Herr Kollege Bundesinnungsmeister Letmaier hat sie genauso zur Verfügung wie ich, denn ich kann annehmen, daß es sie aus derselben Quelle bekommt, woher ich sie habe. Er wird mir bestätigen müssen, daß diese Zahlen richtig sind auf Grund der statistischen Unterlagen, die uns zur Verfügung stehen oder zur Verfügung gestellt werden.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Das sind, wie ich ausgeführt habe, die Zahlen bis Ende September aus der offiziellen Statistik des Hauptverbandes. Aber auch die zweite Institution innerhalb der Bauwirtschaft, die diese Zahlen registriert, nämlich die Bauarbeiter-Urlaubskasse, stellt das gleiche fest, auch hier können wir dieselbe Steigerung in Prozenten feststellen.

Eine ähnliche Situation ergibt sich auch aus der Zahl der Arbeitslosen, die zuletzt in einem Betrieb des Hoch- und Tiefbaues, das heißt im großen und ganzen in der Bauwirtschaft

Babanitz

beschäftigt gewesen sind. Auch hier können wir feststellen, daß der höchste Stand an Arbeitslosen im Jänner 1977 mit 27 370 gegenüber Jänner 1976 mit 27 728 etwas geringer war, daß aber vor allen Dingen – das ist für uns Bauarbeiter, ich möchte das immer wieder betonen, und ich glaube, auch für die Bauunternehmer in der Bauwirtschaft das entscheidende – der Abbau dieser Winterarbeitslosigkeit sehr rasch erfolgte.

Wir können nämlich auf Grund der statistischen Unterlagen feststellen, daß bereits Ende April 1977 die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter nur mehr 3 872 betrug, während sie im April 1976 noch 6 331 gewesen sind. Also auch hier in diesem kurzen Zeitraum ist die Zahl der Arbeitslosen um 2 459 oder, wenn Sie so wollen, um 38 Prozent geringer geworden.

Die Arbeitslosenzahlen gingen dann in den Sommermonaten – ich meine immer im Fall der Bauwirtschaft – so weit herunter, daß mit September 1977 1 234 arbeitslosen Bauarbeitern immerhin 222 047 in Beschäftigung stehende Bauarbeiter gegenüberstanden oder, wenn Sie wollen, daß die Arbeitslosenrate zu diesem Zeitpunkt 0,6 Prozent innerhalb der Bauwirtschaft in Österreich betrug.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich glaube, wenn man diese Zahlen überprüft und sie sachlich betrachtet, dann wird man dazu kommen und festhalten können, daß sehr wohl im Gegensatz zu der Meinung des Bautensprechers der ÖVP, des Herrn Nationalrates Keimel, die Bundesregierung beziehungsweise das Baurenressort sehr viel dazu getan hat, um die Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten.

Ich gebe zu, es ist sicherlich nicht leicht, immer wieder da und dort vorzusprechen, und ich darf sagen, daß wir von unserer Organisation immer wieder mit dem Herrn Bundesminister für Bauten und Technik, mit dem Herrn Finanzminister, aber auch mit den Unternehmervertretern, das heißt mit den Herren der Bauunternehmer, über diese Probleme gesprochen haben.

Ich gebe zu, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, es ist selbstverständlich, daß die Belebung der Baukonjunktur nicht allein in der Vollbeschäftigung, nicht nur in der Zahl der in der Bauwirtschaft beschäftigten unselbständigen Arbeitnehmer zum Ausdruck kommt.

Wir können aber auch auf Grund der statistischen Unterlagen, die für das erste Halbjahr 1977 vorliegen und die sich, soweit man das bis jetzt schon in Erfahrung bringen konnte, auch für die noch ausstehenden Monate günstig entwickelt haben, feststellen, daß die Bauleistungen in den ersten sechs Monaten des Jahres 1977 im Hoch- und Tiefbau um insgesamt 13,2 Prozent gestiegen sind. Unterteilt ergibt

sich im ersten Halbjahr 1977 für die Bauindustrie eine Steigerung der Bauleistungen um 7,4 Prozent und für das Bauhauptgewerbe um 17,5 Prozent. Sie wissen ja, daß wir seit vorigem Jahr innerhalb der Bauunternehmungen eine Teilung in die Fachgruppen der Bauindustrie und des Bauhauptgewerbes haben.

Spartenmäßig aufgegliedert ergibt dies im Hochbau eine Steigerung von 15,3 Prozent, bei den Adaptierungen eine solche von 13,3 Prozent, und im Tiefbau ergibt sich eine Steigerungsrate der Bauleistungen von 9,3 Prozent, wobei festgehalten werden kann, daß besonders von der Sparte „Sonstiger Hochbau“ sehr starke Impulse für die Ankurbelung der Bauleistungen ausgegangen sind.

Hier wieder eine kleine Bemerkung zu den Ausführungen des Herrn Bautensprechers Keimel. Er hat gesagt, daß im Wohnungsbau nicht mehr das erreicht wurde, was man vor einigen Jahren vorausgesagt hat.

Darf ich, meine Damen und Herren, daran erinnern, daß der Wohnbau, die Wohnbauförderung 1968 mit einem Gesetz der ÖVP-Alleinregierung den Ländern zugeordnet wurde, daß der Bautenminister die Wohnbaumittel eigentlich nur mehr auf Grund des festgelegten Schlüssels an die Länder zu verteilen hat und daß es im Bereich der Länder liegt, im Bereich der Baureferenten der Landesregierungen, wie sie diese Wohnbaumittel verwenden.

Ich habe voriges Jahr bei der Budgetdebatte zu dem gleichen Kapitel auf einige Bundesländer verwiesen, wo seitens der Bauunternehmer sehr deutlich, in der „Bauzeitung“ und in anderen Zeitungen, festgestellt wurde, daß sie sich eine andere und bessere Verteilung dieser Baumittel vorstellen könnten. Aber das waren eben zum großen Teil ÖVP-Bundesländer, und Sie müssen sich halt mit diesen Herren dann dort auseinandersetzen. *(Abg. Dr. Halder: Sie haben das Gesetz einige Male mit Ihrer Mehrheit verändert! Haben Sie das vergessen?)*

Nein, das können wir nicht verhindern, Herr Dr. Halder, aus dem einfachen Grund, weil, wie gesagt, die Bundesregierung nicht verhindern kann, daß die Länder die zugewiesenen Wohnbauförderungsmittel so aufteilen, wie es ihnen gefällt. Fragen Sie Ihre Kollegen aus Niederösterreich, ob es nun Wohnungswerber oder Baumeister sind, wie das der Herr Landeshauptmann Maurer oder sein zuständiger Referent handhabt, dann werden Sie die entsprechende Antwort bekommen, wenn Sie an einer derartigen Antwort interessiert sind. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Halder: Bestreiten Sie, daß Sie mit Ihrer Mehrheit das Wohnbauförderungsgesetz 1968 einige Male geändert haben?)*

Babanitz

Wenn Sie vielleicht das Burgenland meinen, wo es eine sozialistische Mehrheit gibt, Gott sei Dank, und wo Ihre ganzen Bemerkungen während des Wahlkampfes nichts genützt haben, dann darf ich Ihnen sagen, daß bei uns die Wohnbauförderung für die Bauwirtschaft nicht diese Bedeutung hat – ich glaube, der Kollege Letmaier wird mir das zugeben –, weil wir einen sehr starken Einfamilienhausbau haben, wo das nicht in dem Ausmaß zum Tragen kommt wie in anderen Bundesländern. Daher sind wir bei uns im Burgenland zufrieden. Wenn Sie sich unsere Verteilung der Wohnbauförderungsmittel anschauen, dann darf ich Ihnen auch sagen: Es könnten sich die anderen Bundesländer ein Beispiel daran nehmen, dann hätten sie auch so zufriedene Bauwerber wie wir. *(Abg. Dr. Gruber: Oberösterreich ist bestens bedient!)*

Daß Sie nichts brauchen, Herr Gruber, kann ich mir vorstellen. Ich möchte es Ihnen auch gar nicht anbieten. Sie müssen in Oberösterreich sowieso selbst damit fertig werden, wie Sie die Mittel vergeben. *(Abg. Dr. Gruber: Wir werden auch bestens fertig! Wir haben ja einen Landeshauptmann Ratzenböck!)* Ich weiß nur von meinem Kollegen Landessekretär der Bau- und Holzarbeiter, daß er andere und bessere Möglichkeiten sehen würde. Aber das macht euch bitte aus. Aber macht es dann bitte nicht dem Bautenminister zum Vorwurf. *(Abg. Dr. Gruber: Haben wir nicht gemacht!)* O ja, Herr Dr. Halder! *(Abg. Dr. Halder: Der Mehrheit, habe ich gesagt, nicht dem Herrn Bautenminister!)* Bitte sehr, ich nehme zur Kenntnis: der Mehrheit. Ich habe Ihnen bewiesen, daß die Mehrheit in jenen Ländern, wo sie uns zugehörig ist, entsprechend anständig und gerecht verteilt.

Hohes Haus! Für ein Anhalten der guten Baukonjunktur spricht aber auch der steigende Auftragsstand. Hier kann man gleichfalls für die ersten Monate des Jahres 1977 beziehungsweise im Vergleich zu den Jahren 1975 und 1976 festhalten, daß der nicht abgearbeitete Auftragsstand mit 31. März 1977 mit insgesamt 30,8 Milliarden um 13 Prozent höher war als mit 30. September 1976 beziehungsweise höher war als 1975.

Hier darf ich Ihnen auch eine Meldung aus einer Zeitung vorlesen, die sicherlich nicht von uns kommt – der „Kurier“ ist nicht unsere Zeitung –, wo die VIBÖ, die Vereinigung Industrieller Bauunternehmer Österreichs, schreibt:

„Auftragsstand besser als 1976. Der Auftragsstand der österreichischen Bauindustrie ist zwar besser als vor Jahresfrist, doch befürchtet man einen Konjunktureenbruch zur Jahresmitte 1978.“

Genau dasselbe wurde voriges Jahr gesagt. Es wurde zwar zur Kenntnis genommen, daß der Bauauftragsstand da ist, nur möchte man halt, und das ist das entscheidende dabei, bei manchen Herren in der Bauwirtschaft den Auftragsstand auf vier, fünf Jahre im voraus haben. Das läßt sich leider nicht machen. Herr Kollege Letmaier, das wäre schön. Sie geben das zu, ich auch, aber das läßt sich leider nicht machen, denn die Mittel kommen nun einmal zum größten Teil von der öffentlichen Hand, und da gibt es nur ein Jahresbudget.

Daher müßte und soll man eine Regelung finden, und ich darf sagen, wir haben sie bis jetzt immer noch gefunden. Der Bautenminister beziehungsweise die sozialistische Bundesregierung war bereit, immer wieder dann einzuspringen, ob jetzt gesamt oder regional, wenn es notwendig war, die Beschäftigung in der Bauwirtschaft aufrechtzuerhalten.

Ich brauche Ihnen, meine Damen und Herren von der Bauunternehmerschaft, diese sicherlich sehr objektiven Zahlen im einzelnen nicht vorzulesen, denn ich habe schon gesagt, Sie kennen sie genauso wie ich. Ich bin aber überzeugt davon, und meiner Meinung nach ist das sehr deutlich zu erkennen, daß von der derzeitigen Bundesregierung auch für das Bautenbudget des Jahres 1978 alles getan werden wird, damit die Vollbeschäftigung, die ja in den letzten drei Jahren in einem guten Ausmaß vorhanden war, auch weiterhin erhalten bleibt.

Und nun, meine Damen und Herren, noch einige Bemerkungen meinerseits zum Bautenbudget 1978 und zur Beschäftigtenlage.

Wenn man das Bautenbudget 1978 analysiert, darf man, glaube ich, nicht nur die Mittel sehen, die der Bauwirtschaft aus dem Ressort für Bauten und Technik zur Verfügung gestellt werden, sondern ich meine, man muß die gesamten Mittel aus dem Grundbudget, soweit sie für die Bauwirtschaft bauwirksam werden, sehen.

Man kann daher bei einer genauen Analyse feststellen – ich darf hier festhalten, daß wir das in unserer Interessenorganisation sehr ausführlich und sehr genau tun –, daß aus dem Grundbudget 1978 der Bauwirtschaft 35,2 Milliarden Schilling zufließen werden und daß darüber hinaus in der Stabilisierungsquote weitere 1,8 Milliarden Schilling und in der Konjunkturbelebungsquote 1,5 Milliarden Schilling vorgesehen sind beziehungsweise ihr zukommen werden.

Wir glauben daher, daß aus diesen Mitteln, wenn sie zeitgerecht zum Einsatz kommen – das ist bisher geschehen, und ich bin überzeugt, daß es auch in Zukunft möglich sein wird –, auch

Babanitz

1978 konjunkturbelebende Impulse an die Bauwirtschaft ergehen werden.

Wenn man darüber hinaus in Betracht zieht, daß auch die den Sonderfinanzierungsgesellschaften zur Verfügung stehenden Baumittel von etwa 7,5 Milliarden Schilling zum größten Teil in die Bauwirtschaft fließen, so wird auch hier eine Belebung der Bauwirtschaft erwartet werden können.

Ich darf hier auch ganz kurz auf eine Aussprache zurückkommen, die zwischen Interessenvertretern der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber, also der Bauunternehmer, stattgefunden hat und wo man sich unter anderem – Herr Kollege Letmaier, hier darf ich Sie, glaube ich, als Zeugen aufrufen – darauf geeinigt hat, daß die Bauwirtschaft einen Anteil von ungefähr 10 Prozent als das Reale ansieht, um eine gute Konjunktur, eine gute Beschäftigungssituation zu haben.

Ich weiß nicht, ob Sie sich das so durchgesehen haben, ob Sie es durchanalysiert haben. Ich kann nur feststellen: Im Bundesvoranschlag 1977 betrug der Anteil des Baugeschehens 12,7 Prozent. Er ist heuer etwas geringer, nämlich nur 12,4 Prozent, aber er kommt damit sicherlich dem nahe, was sich die Bauunternehmer und, ich darf sagen, wir als Bauarbeitervertreter uns eben vorstellen, das von seiten des Budgets getan werden sollte und getan wird.

Natürlich wird notwendig sein – ich sage das auch ganz offen –, daß auch die Privatwirtschaft ein bisserl mehr als in den letzten Jahren in die Bauwirtschaft investiert. Die Mittel sind vorhanden. Das, glaube ich, darf ich auch noch sagen. *(Abg. Dr. Gruber: Bei dem Belastungspaket!)*

Na ja, darüber kann man reden, Herr Kollege Gruber. Ich weiß nicht, ich habe nicht aufgepaßt, ob Sie herinnen waren, als ich vorhin schon davon geredet habe. Sie haben ja – das heißt nicht Sie, sondern Ihre Partei – im Burgenland vor den Wahlen sehr viel und sehr ausführlich versucht, das Belastungspaket sozusagen als Argument für einen Sieg für die ÖVP ins Spiel zu bringen. *(Abg. Steiner: Das werden wir noch erleben!)* Sicher werden wir es erleben, aber nicht in dem Sinn, wie Sie sich das vielleicht vorstellen. Also ich glaube, unsere burgenländischen Freunde oder Wähler, wenn Sie so wollen, haben die Antwort gegeben. Mehr möchte ich dazu nicht sagen. *(Abg. Dr. Gruber: Das ändert ja daran nichts, daß die Investitionsfreude damit gedämpft wird!)* Die Investitionsfreude wird nicht gedämpft werden, dessen können Sie versichert sein. Ich bin zwar nicht so ein Optimist, wie Sie vielleicht glauben, aber doch überzeugt, daß immer so viel getan werden kann, um gerade in der Bauwirtschaft

Österreichs die Beschäftigung der vorhandenen Bauarbeiter sicherzustellen.

Hohes Haus! Ein sehr wichtiger Bestandteil für die Arbeitsbeschaffung in der Bauwirtschaft ist nach wie vor der Wasserwirtschaftsfonds. Mit dem Wasserwirtschaftsfonds werden nicht nur Umweltschutzprobleme einer Lösung zugeführt, sondern auch die Bauwirtschaft wird besonders im kommenden Jahr einen sehr erheblichen Betrag zur Verfügung gestellt bekommen.

Es wird nach Ankündigung des Kollegen Keimel der Kollege Regensburger noch näher darauf eingehen. Ich bin sehr interessiert, was er sagen wird. Aber bitte sehr, ich möchte sagen, daß durch die zusätzliche Dotierung im Wasserwirtschaftsfonds im Jahre 1978 immerhin etwas mehr als 2,8 Milliarden Schilling für die Aufgaben zur Verfügung stehen werden.

Ein Wort noch dazu: zusätzliche Baumittel. Der Herr Kollege Keimel hat sehr vehement dagegen gesprochen, daß die Transportsteuer und ähnliches eingeführt wird.

Ich darf hier ganz kurz auf eine Notiz in der „Kronen-Zeitung“ verweisen, wo es heißt:

„Bauindustrie fordert neues Autopickerl. Die unbedingte Einführung einer Autobahnbenutzungsgebühr fordern die österreichischen Bauindustriellen. Nur so könnten für den Straßenbau jene Mittel flüssiggemacht werden, die notwendig sind, um einen für Mitte des kommenden Jahres drohenden Konjunkturreinbruch zu verhindern.“

Sicherlich kann man darüber reden, aber ich glaube, man soll halt sachlich sein. Auf der einen Seite wird von der ganzen Opposition die Einführung derartiger Maßnahmen abgelehnt oder kritisiert, auf der anderen Seite – ein Teil Ihrer Herren wird schon wissen, warum – wird verlangt, daß sie bleiben.

Dasselbe gilt dafür, wo es weiter heißt: „Neben der Forderung nach einer Autobahngebühr setzen sich die Bauunternehmer auch vehement für die von Finanzminister Androsch geplante Transitsteuer ein. Generaldirektor Rendulic: „Die Gelder müssen im Straßenbau eingesetzt werden.““

Mit diesen zwei Forderungen gehen wir mit der Bauwirtschaft auf jeden Fall konform. Aber wir haben es ja nicht nur als Bauarbeiter verlangt, sondern wir verlangen es auch als Regierungspartei, weil wir eben der Meinung sind, daß diese Mittel erforderlich sind, um für die Bauwirtschaft, vor allen Dingen für den Straßenbau, die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu haben.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich

7388

Nationalrat XIV. GP - 76. Sitzung - 7. Dezember 1977

Babanitz

glaube daher, daß der Bauwirtschaft durch das Bundesbudget im Jahre 1978 so wie im vergangenen Jahr wieder die Mittel zur Verfügung stehen werden, die eine möglichst hohe Beschäftigung in der Bauwirtschaft – im gleichen Ausmaß, nehme ich an, wie 1977 – gewährleisten. Es gibt immerhin im Grundbudget gegenüber dem Vorjahr um 9,3 Prozent mehr Mittel, die für Bauaufwendungen zur Verfügung stehen. Diese nominellen Erhöhungen der Budgetmittel für Bauzwecke lassen den Schluß auf eine reale Erhöhung des durch den Bund beeinflussbaren Bauvolumens zu.

Wir glauben im besonderen, daß sich die kräftige Erhöhung der für den arbeitsintensiven Hochbau zur Verfügung stehenden Mittel auf den Beschäftigtenstand günstig auswirken wird.

Hohes Haus! Ein Problem, das sich immer wieder innerhalb der Bauwirtschaft ergibt, ist die Frage der Baupreise. Ich möchte hier nicht im einzelnen auf die Details eingehen. Ich möchte nur eines sagen: Während im Hochbau die Preissituation im abgelaufenen Jahr verhältnismäßig günstig verlaufen ist, hat es im Straßenbau im Jahre 1977 Entwicklungen gegeben, die keinesfalls im Interesse der gesamten Bauwirtschaft liegen.

Es ist daher sicherlich interessant, die Ausführungen der Herren des Baugewerbes beziehungsweise der Bauindustrie in ihren eigenen Zeitungen zu lesen. So hat zum Beispiel in der Frage „Preisdisziplin“ Herr Baumeister Ing. Veit, der ja Innungsmeister der Baumeister in Niederösterreich ist, in der „Bauzeitung“ vom 12. November 1977 unter dem Titel „Preisdisziplin wäre kollegial“ unter anderem folgendes geschrieben – ich darf hier ganz kurz zitieren –:

„Die Sucht, unter allen Umständen die vorhandene Kapazität zu erhalten, führt dazu, daß die Preise unter jeder Kritik sind. Dabei ist es völlig klar, daß bei etwas geringerem Umsatz und mit Preisdisziplin die Situation des Baugewerbes nicht nur wesentlich besser, sondern ein solches Verhalten auch kollegial wäre.“

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Diesen Ausführungen, wenn sie auch sicherlich in einer anderen Situation verfaßt und geschrieben worden sind, ist nichts hinzuzufügen. Ich glaube, daß eine entsprechende Preisdisziplin das Baugeschehen oder, wenn Sie wollen, das Bauvolumen im größeren Ausmaß zum Tragen kommen läßt, um die Vollbeschäftigung zu erhalten.

Aus all diesen Gründen, meine Damen und Herren, sind wir von der sozialistischen Fraktion gerne bereit, dem Bautenbudget 1978 unsere Zustimmung zu geben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort kommt der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Hanreich.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Hanreich** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Es ist etwas deprimierend, daß ein zweifellos wichtiges Kapitel wie Bauten und Technik ebenso wie schon gestern das Kapitel Landesverteidigung so stiefmütterlich behandelt und zu relativ später Stunde in Diskussion gezogen wird, sodaß es die Fairneß gegenüber den Kollegen gebietet, sich kürzer zu fassen, als es der Sache angemessen und dienlich wäre.

Ich tue mir insofern leicht, als der Kollege Keimel in sehr präziser Weise die schwierige Situation der Bauwirtschaft, ausgehend und bezogen auf dieses Bautenbudget, dargelegt hat. Die Steigerungsraten sind in keiner Weise befriedigend, und es kommt zu einem echten Rückgang, wenn man die reale Entwicklung des Budgets betrachtet.

Trotzdem hat mein Vorredner, der Abgeordnete Babanitz, darauf hingewiesen, welchen enormen Beitrag das Budget zur Sicherung der Arbeitsplätze gebracht hat und auch im kommenden Jahr bringen wird. Was er dabei geflissentlich übersehen und natürlich auch nicht erwähnt hat, ist die Tatsache, daß das Budget im laufenden Jahr seinen Impuls auf indirektem Weg gesetzt hat, nämlich durch den Einnahmenverzicht, der sich beim Finanzminister nicht heuer, sondern frühestens im nächsten oder übernächsten Jahr bemerkbar machen wird, und zwar, in der Form der Sonderabschreibungen, die ja bekanntlich mit Ende dieses Jahres in dem bisherigen Umfang auslaufen, die für das kommende Jahr reduziert werden. Hier ist ein Impuls, der aus dem Budget auf Antrieb nicht zu erkennen ist, für das Jahr 1978 weitgehend weggefallen, und es ist sehr zu bezweifeln, ob die Ziffern, die uns vorliegen, bei Wegfall dieses hintergründigen Stimulans ausreichen werden, um eine Beschäftigungssituation zu sichern, so wie wir sie bisher vorgefunden haben.

Daß sich die Gewinnsituation, die ja für die Sicherheit der Arbeitsplätze, für den Bestand der Unternehmen von entscheidender Bedeutung ist, sehr unerfreulich entwickelt hat, daß sie sich deutlich verschlechtert hat, hat ja auch mein Vorredner Babanitz zugegeben, wobei er besonders betont hat, in welchen ruinösen Kämpfen, unter Aufgabe des Verdienens von Abschreibungen, Straßenbaufirmen eingestiegen sind, sodaß es zu Preiseinbrüchen gekommen ist, die längst nicht mehr dem entsprechen, was von Seiten der Kostensteigerungen her in den Preisen untergebracht werden müßte.

Wenn er kein Wort davon gesagt hat, daß eine

Dipl.-Ing. Hanreich

weitere Bremse für das kommende Jahr in Kraft getreten ist, dann muß ich das eben auch nachholen und die Tatsache erwähnen, daß die Kreditrestriktionen, die nach der These des Generaldirektors der Nationalbank Kienzl, nach dem Motto: bremsen, daß es quietscht!, wirksam werden, schon jetzt wirksam sind und natürlich im nächsten Jahr weiter wirksam bleiben werden. Der Finanzierungsspielraum ist dadurch enorm eingeeengt. Aus diesen Kreditrestriktionen heraus ist eine weitere echte Gefährdung der Entwicklung auf dem Sektor Bauten, im gesamten Bereich des Bauwesens zu erwarten.

So hoffnungsfroh, wie es Babanitz dargestellt hat, können wir Freiheitlichen dieses Budget nicht sehen. Das ist auch der Grund, warum wir dieses Kapitel ablehnen.

Wenn die Frage des Autobahnpickerls, das von der Bauindustrie gefordert wurde als Beitragszahlung zur Benutzung der Autobahn, hier dem Straßenverkehrsförderungsbeitrag gegenübergestellt worden ist und man damit die parallele Haltung von Gewerkschaft Bau - Holz und Bauindustrie demonstrieren will, so wird natürlich wieder einmal geflissentlich verschwiegen, daß die 2,2 Milliarden Schilling, die im Budget schon vorweg und sehr vage als Beitrag aus dem Straßenverkehrsförderungsbeitrag zu erwarten sind, ja nicht dem Bautenbudget zugute kommen. Es ist eben nicht so, daß dies - so wie das von der Industrie verlangte Autobahnpickerl - ein Beitrag zur Verstärkung der Straßenbautätigkeit wäre. Es ist vielmehr so, daß diese Beträge anderweitig zum Stopfen der Budgetlöcher verwendet werden.

Soweit zu den Ausführungen meines Vorredners Babanitz.

Es wäre jetzt für mich verlockend gewesen - und ich habe es auch vorgehabt -, mich eingehender mit den Grundüberlegungen der Sozialistischen Partei und damit dann letztlich auch mit der Bundesregierung in Sachen Wohnbau auseinanderzusetzen. Ich möchte mich aber darauf beschränken, aus dem umfangreichen Material, das ich zu diesem Zweck zusammengetragen habe, lediglich die Schlußfolgerung zu ziehen, die sich aus der unterschiedlichen Behandlung der Frage Wohnen im Parteiprogramm 1958, im Problemkatalog und jetzt im neuen Entwurf zum Parteiprogramm ergibt.

Die Konsequenz der Veränderungen scheint mir die Erkenntnis zu sein, daß die Sozialistische Partei von der noch expressis verbis im Parteiprogramm 1958 verankerten Vorstellung, Wohnung sei keine Ware, abgerückt ist, daß sie erkannt hat, die Wohnung trage auf dem Markt

selbstverständlich Warencharakter, und daß es daher zwar richtig ist zu sagen: Wohnung sei notwendig und sozusagen eine unabdingbare Forderung für jeden einzelnen. Es müsse daher das Bemühen, eine eigene Wohnung, ein eigenes Haus zu bekommen, unterstützt werden, aber doch unter Berücksichtigung des Marktmechanismus, der sich aus dem Warencharakter der Wohnung schlüssig ergibt.

Das erscheint mir eine sehr vernünftige Erkenntnis, weil ich annehme, daß auch den Überlegungen des Problemkatalogs, die dahin gehen, daß man die Diskrepanz zwischen Arbeitsplatz und Wohnsitz und die daraus resultierenden Verkehrsströme beklagt, die Forderung nach einem flexibleren Wohnungsmarkt folgen wird! Vielleicht folgt daraus eine Veränderung der Marktsituation und der Mietrechtsituation in dem Sinne, daß es letztlich möglich sein wird, den eigenen Weg zum jeweiligen Arbeitsplatz auch durch Wechsel der Wohnung günstiger zu gestalten; eine Forderung, die eben ganz im Sinne einer Reduktion des Verkehrs und der daraus - insonderheit in den Ballungsräumen - resultierenden Belastung zu erheben wäre.

Sehr eingehend hat man sich auch mit der Frage auseinandergesetzt, was denn vom Wohnen der Zukunft zu erwarten sei. Es scheint mir wertvoll und wichtig, sich in diesem Zusammenhang mit dem sehr interessanten Versuch auseinanderzusetzen, sich durch Wettbewerbe mit dem Titel „wohnen morgen“ ein Bild darüber zu verschaffen, wohin denn die Entwicklung auf dem Wohnungssektor geht, welche Leitlinien für eine zukünftige Entwicklung vorgegeben werden sollten.

Dabei hat sich eine Tatsache herausgestellt, die das sehr erfreuliche Beginnen, einen solchen Versuch zu machen, deutlich in Frage stellt. Das ist die Tatsache, daß die Ergebnisse der Umsetzung dieses Wettbewerbes in die Praxis offensichtlich auf Schwierigkeiten stoßen, teilweise auf Schwierigkeiten, wie sie in dem Magazin „Wohnbau“ sehr treffend im Heft Nr. 10 festgehalten werden. Titel: „Bauen heute“ in Tirol.“ Ich zitiere:

„Die Jubelmeldung ist perfekt: ‚wohnen morgen‘ in Hall fertig, meldete die ‚Neue Tiroler Zeitung‘. In Schöneck übergab die Tiroler Gemeinnützige Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft den fertiggestellten Bauabschnitt II des Projektes ‚wohnen morgen‘ an die künftigen Wohnungseigentümer. Die Stadtgemeinde Hall, ‚die am Zustandekommen dieses Wohnbaues mitgewirkt hat‘, lud zu Einweihung und Festakt.

Der Haken an der Sache ist jener: Was da unter den Klängen der Haller Salinenmusikka-

Dipl.-Ing. Hanreich

pelle und mit feierlichen Reden an die Wohnungseigentümer übergeben wurde, hat man ihnen zwar unter der Bezeichnung ‚wohnen morgen‘ verkauft. Mit dem gleichnamigen Architektenwettbewerb des Bundesministeriums für Bauten und Technik hat das Resultat aber nichts gemeinsam. Obwohl das Grundstück seinerzeit für die Realisierung des preisgekrönten Projektes aus diesem Wettbewerb ausserkorren war.“

Dann heißt es weiter: „Der Gemeinderat der Stadt Hall beschloß schließlich, auf dem Grundstück eine besondere Auslegung von ‚wohnen morgen‘ bauen zu lassen. Schon seit Jahren zielt ein konventioneller Wohnturm die Haller Silhouette. Nun wurde der etwas niedrigere Bauteil II fertiggestellt. Beides hat mit den im Wettbewerb prämierten Projekten auch schon gar nichts gemeinsam. Demonstriert wurde in Hall ‚bauen heute‘. Geblieben ist nur der Titel.“

Dieses eine Zitat sei stellvertretend für die gesamte Diskussion über die Umsetzung der Architektenwettbewerbe „wohnen morgen“ zitiert, wobei ich einschränkend dazusagen möchte, daß es, nach Durchsicht der einzelnen Projekte, doch der krasseste Fall eines Fehlschlages sein dürfte, wenn auch sehr viele der anderen Projekte unter schweren Mängeln leiden und letztlich damit ihren ursprünglichen Zweck nicht erfüllen können, der ja darauf ausgerichtet war, in einem Demonstrationsbauvorhaben neue Entwicklungen einzuleiten, die ein Wegkommen von der rein qualitativen Darstellung zu einer qualitativ gehobenen Wohnbautätigkeit aufzeigen sollten. *(Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.)*

Dieser Übergang erscheint mir auch bemerkenswert, nämlich der Versuch, einen solchen Übergang voranzutreiben. Ich kann daher in die Unkenrufe hinsichtlich der abgesunkenen Zahl der Wohnungen, die neu geschaffen wurden, nicht unbedingt einstimmen. Ich glaube, es geht nicht mehr um die Quantität, sondern neuerdings verstärkt um die Qualität. Hier ist der Ansatz zu einer wirklichen Verbesserung gegeben. Er sollte konsequent und systematisch weitergeführt werden.

Ein interessantes Nebenprodukt hat diese Musterbautenaktion „wohnen morgen“ allerdings gebracht; ein Nebenprodukt, das ebenfalls große Aufmerksamkeit verdient. Ich weiß noch aus den Zeiten meines eigenen Architekturstudiums: Die Architekten haben sich an der Vorstellung der Partizipation des Bürgers an der Planung immer wieder begeistert und dem demokratischen Wert einer verstärkten Mitbestimmung des Wohnungsinhabers an der Gestal-

tung seiner Wohnung große Bedeutung beigegeben.

Die Praxis, die man nun bei einigen dieser Projekte versucht hat, zeigt ungeheure Schwierigkeiten auf und vor allem, daß Partizipation, soll sie effizient und sinnvoll sein, gelehrt und von den Beteiligten erlernt werden muß, wobei nicht nur die Behörden und die Architekten dazulernen müssen, sondern eben auch die durch Partizipation jetzt zu Gesprächspartnern gewordenen zukünftigen Wohnungsinhaber oder -mieter. Dort aufklärend zu wirken und die Voraussetzungen für einen fruchtbaren Prozeß der Teilhabe zu schaffen, dürfte einer der wesentlichen Bestandteile der geistigen Voraussetzung für das „wohnen morgen“ sein, und daher ist es sehr zu begrüßen, daß man in diesem ersten Versuch die Voraussetzungen für die Analyse des Problems, seine Darstellung im ersten Realisierungsversuch, gewonnen hat.

Die Partizipation, die Teilhabe des Bürgers gewinnt auch unter einem anderen Gesichtspunkt besonderes Gewicht und besondere Bedeutung:

Die Kerne unserer Städte, und zwar nicht nur die der Großstädte, sondern jetzt auch schon die der kleineren Städte, beginnen zu verfallen. Aus den verschiedensten Gründen, die aufzuzählen zu weit führen würde, veröden die Stadtkerne, die Wohn- und Lebensqualität wird dort für den Bürger schlechter. Die grünen Innenhöfe werden beziehungsweise wurden in den letzten 20, 30 Jahren zugebaut, die Zentren wurden unwirtlich, und das Ergebnis ist, daß dort so gut wie keine Wohnbevölkerung mehr anzutreffen ist und die Innenstädte nur mehr während des Tages wirklich belebt, daß sie einer Wohnbevölkerung sozusagen abhold geworden sind. Die Konsequenz daraus: Man muß mit aller Klarheit und Deutlichkeit erkennen, daß dort, wo optimale Infrastrukturbedingungen vorhanden sind, wo Aufschließungsarbeiten längst erledigt sind, wertvolles Bauland unzweckmäßig genutzt bestehen bleibt und eine Verödung der Zentren eintritt. Dem muß natürlich entgegengewirkt werden! Es besteht gar kein Zweifel, daß es notwendig ist, dieser Entkernung unserer Städte entgegenzuwirken durch Entkernung der Baublöcke.

Der interessante Versuch, den die Stadt Braunau gestartet hat mit ihrem Projekt „In der Scheiben“, wo eine Altstadterneuerung in erfreulicher Weise sehr begrenzt und in kleinem Umfang unternommen werden soll, muß hervorgehoben werden. Es ist interessant, zu beobachten, wie dort die schwierige Aufgabe in Angriff genommen wird, die Interessen aller Beteiligten auf einen Nenner zu bringen, um einen Innenteil der Stadt so umzugestalten, daß damit auf

Dipl.-Ing. Hanreich

längere Sicht eine hochwertige Wohnungsbau, ein hochwertiger Wohnraum geschaffen wird, der die Möglichkeit bietet, die Flucht aus dem Stadtkern zu bremsen.

Man wird von seiten des Bautenministeriums diesem Prozeß der inneren Erneuerung der Stadtkerne große Aufmerksamkeit widmen müssen, denn die weitere Entwicklung von Bauten am Stadtrand immer weiter in das grüne Umland hinaus ist eine Tendenz, die bei gleichzeitiger Aushöhlung des Stadtkerns nicht fortgesetzt werden darf. Das zerstört nicht nur unseren Landschaftsraum, sondern letztlich auch die Städte, und ein solches Maß an Urbanität im besten Sinne des Wortes, wie es in den Stadtkernen möglich ist, kann ja von keinem anderen Standort geboten werden. Daher gilt es, diese Standorte wieder lebenswert zu machen, lebenswert zu machen, sie zu einer echten Heimat für ihre Bewohner werden zu lassen und damit auch wieder für jüngere Menschen einen Anreiz zu setzen, dort zu wohnen, denn es ist eine Tatsache, daß in diesen Bereichen überwiegend ältere Menschen oft unter sehr unerfreulichen Bedingungen wohnen. Soweit zur Problematik der Altstadtsanierung.

Und nun zu einem Problem des Straßenbaues, im besonderen bezüglich der Autobahnen. Mit großem Unbehagen stellt jeder, der mehr oder weniger häufig das zweifelhafte Vergnügen hat, die Strecke Salzburg – Wien auf der Autobahn zu fahren, fest, daß die Autobahn sich in einem – schlicht gesagt – katastrophalen Zustand befindet. Dies wird zusätzlich durch Zeitungsmeldungen unterstrichen, wie etwa durch diese aus den „Oberösterreichischen Nachrichten“, die unter der Überschrift steht: „Dilemma auf Jahre, desolate Westautobahn wird Dauerbaustelle.“

Nicht nur, daß diese Ankündigung nicht sehr erfreulich ist, so zeigt auch eine genauere Befassung mit dem Problem, daß wir es dort mit Abriebschäden zu tun haben, die nicht nur ein Höhenausmaß bis zu etwa 7 cm erreichen und daher durch ihre sekundären Folgen, nämlich Wasserlachenbildung und deswegen Aquaplaning, eine echte Gefährdung der Autofahrer darstellen, sondern die auch durch die Tatsache, daß man an sehr vielen Stellen durch die Betonschicht bereits auf das Baustahlgitter heruntergekommen ist, ein echtes Problem hinsichtlich der Sanierung bedeuten.

Soweit das bei einigermaßen sorgfältiger Überprüfung der derzeitigen technischen Möglichkeiten sichtbar wird, scheint es keine funktionierende und im größeren Ausmaß praktikierbare Sanierungsmöglichkeit für diese Schäden zu geben. Die Reparatur dadurch, daß man eine massive Bitumenschicht über die ganze Autobahn legt, ist ein äußerst aufwendi-

ges Beginnen, und es wäre daher einmal sehr nachdrücklich zu fragen: Welche Vorkehrungen sind denn bis jetzt in der Straßenbauforschung getroffen worden, um diesem Sanierungsproblem zu Leibe zu rücken? Daß man mit Kunststoffmörtel von Hand aus einige kleine Flecken ausbessert, testweise, das ist sehr schön. Aber bitte, wie lange wird es denn dauern, bis wir einen solchen Prozeß industriell und maschinell hoch wirksam auf den Autobahnen in die Praxis umsetzen können? Wir können doch unmöglich warten bis zu dem Zeitpunkt, wo wir mit dem Abrieb durch die Baustahlgitter hindurch sind und dann die Drahtenden aus den Fahrbahnen herausragen.

Es dürfte dieses Problem eine hohe Dringlichkeitsstufe wie nur wenige andere haben, und das Bautenministerium wird massivste Bemühungen unternehmen müssen, diesem Problem Herr zu werden, wenn uns nicht wirklich ein Chaos im Autobahnbereich Salzburg–Wien drohen soll, auf einer Strecke, die ja schließlich noch nicht so lange im Gebrauch ist, als daß man eine so massive Beeinträchtigung ihrer Oberfläche erwarten würde, wie das nun tatsächlich schon der Fall ist.

Soweit zur Problematik der Autobahn, wobei ich nicht versäumen möchte, auf die daraus deutlich ersichtbare Auswirkung von Folgekosten im Bauwesen hinzuweisen. Die Liste der mangels deutlicher Darstellung von Folgekosten baulicher Aktivität immer wieder auftretenden Überraschungen muß auch einmal ganz deutlich dargelegt werden. Es hat sich ja in der Zwischenzeit bei den Gemeinden, die zum Beispiel unter dem Buhmann Hallenbäder leiden, schon herumgesprochen, wie teuer die Erhaltung eines solchen Hallenbades ist. Aber die Erhaltung aller jener Investitionen, die wir in der letzten Zeit auf dem Hochausektor und auch im Straßenbau getätigt haben, erfordert noch eine systematische Zusammenstellung.

Diese Dinge sind längst nicht ausreichend transparent für uns Abgeordnete. Wir würden uns wesentlich detailliertere Informationen erwarten. Hier wird klassisch deutlich, daß der Vertreter des Volkes, der Parlamentarier, gegenüber der Regierung, die über die Details im Ministerium selbst verfügt, ohne sie im Budget auf den Tisch zu legen, im Nachteil ist und keine Waffengleichheit in der Diskussion und in der geistigen Auseinandersetzung mit der Tätigkeit der Regierung hat.

Ein mit dem Wasserwirtschaftsfonds im Zusammenhang stehendes Projekt möchte ich als niederösterreichischer Abgeordneter noch erwähnen und etwas ausführlicher darlegen und dafür eine Reihe von Detailproblemen streichen, in bezug auf die ich überzeugt bin, daß sich ein

Dipl.-Ing. Hanreich

andermal eine ausführliche Gelegenheit zur Diskussion ergeben wird; ich denke da vor allem an die ganze Problematik der Vergaberichtlinien, der Abwicklung von Offertstellungen, an die ganze Problematik dessen, was die Amerikaner als *small business* bezeichnen, das gerade bei uns mit der zunehmenden Neigung zum Generalunternehmer in eine immer schwierigere Situation kommt, und an ähnliche Dinge mehr, die heute angesichts der späten Stunde wirklich zuweit führen würden.

Nun aber zu diesem Projekt im Rahmen des Wasserwirtschaftsfonds, nämlich zum Marchfeldkanal.

Die Problematik ist den meisten Abgeordneten, wie ich fürchte, nicht ausreichend bewußt. Das Marchfeld mußte in den letzten Jahren bei seiner Funktion als Kornkammer verstärkt einer künstlichen Bewässerung unterzogen werden. Die Landwirte haben daher Bohrungen in das Grundwasser niedergebracht und daraus zur Berieselung der Felder Wasser in größtem Ausmaß entnommen, mit der Konsequenz, daß innerhalb weniger Jahrzehnte der Grundwasserspiegel um gut 2 m abgesunken ist. Dem muß entgegengewirkt werden, soll man auf längere Sicht eine Versteppung des Marchfeldes verhindern, was unbedingt erforderlich ist, insbesondere nach den Erfahrungen, die man mit solchen Veränderungen des Grundwasserspiegels in den Vereinigten Staaten gewonnen hat.

Es ist daher der Bau eines Kanals vorgeschlagen worden, es ist ein Projekt bearbeitet worden, und es liegt ein positives Gutachten darüber vor, welche volkswirtschaftliche Bedeutung dieser Marchfeldkanal hat. Dabei wird der Mehrzweckcharakter des Projekts betont, das über die zusätzliche Bewässerung hinaus auch Anregungen für Fremdenverkehr und ähnliches bieten könnte.

Eine Kosten-Nutzen-Analyse zeigt eine für ein solches Bauwerk durchaus interessante Amortisationszeit von etwa 14 bis 17 Jahren, wobei man zu derzeitigen Kosten mit einem Aufwand von etwa 1,2 Milliarden Schilling rechnet.

Es ist also zweckmäßig, daß man sich mit diesem Projekt sehr rasch auseinandersetzt. Es wird nämlich dadurch aktualisiert, daß der Bau der Donauufer Autobahn A 22 im Bereich von Langenzersdorf eine Brücke über diesen Kanal erfordern würde, die natürlich jetzt schon gebaut werden muß, insonderheit deswegen, weil, wie ich ja immer wieder betont habe, gerade die Umfahrung von Langenzersdorf ein Problem ist, das nicht eilig genug behandelt werden kann angesichts der Tatsache, daß uns die vierspurige Ortsdurchfahrt in diesem relativ kleinen Ort

schon über 150 Tote gekostet hat, die eine Anklage gegen die Koordinationsmängel zwischen dem Land Wien und dem Land Niederösterreich darstellen, da die beiden Bundesländer nicht in der Lage waren, die beiden Autobahnplanungen an einem Ende zusammenzuführen, sondern echt und im wahrsten Sinne des Wortes aneinander vorbeigeplant haben. Eine solche Fehlleistung der Behörden mit diesen Konsequenzen muß angeprangert werden, und es ist höchste Zeit, daß, wie ja aus einer Anfragebeantwortung hervorgegangen ist, nun endlich eine Regelung getroffen wird, die eine Realisierung dieser Umfahrung in absehbare Zukunft verlegt.

Nun sollte also dieser Marchfeldkanal in Angriff genommen werden, und dazu ist es natürlich notwendig, daß auch der Bund mit dem Land Niederösterreich zu einer kooperativen Regelung kommt und daß die gemeinsame Finanzierungsaufgabe wahrgenommen wird und die Voraussetzungen dafür geschaffen werden.

Soweit aus der niederösterreichischen Landeskorespondenz hervorgeht, ist nun als erster Schritt die NÖSIWAG damit beauftragt, in der ersten Phase die Vorfinanzierung mit etwa 25 Millionen Schilling für die Detailplanung in Angriff zu nehmen, also einen ersten Schritt zur Realisierung zu setzen. Es wäre durchaus im Interesse einer für unsere Versorgung mit landwirtschaftlichen Produkten bedeutungsvollen Region, wenn es hier zu einer raschen Entscheidung zwischen den beiden Trägern eines solchen Planes kommen würde.

Nun zum Schluß noch eine Bemerkung, die noch einmal bekräftigen möge, warum wir Freiheitlichen diesem Budgetkapitel im besonderen wie ja dem ganzen Budget nicht zustimmen können, warum wir auf einer Ablehnung nahezu aller Kapitel bestehen müssen und hier im besonderen. Es zeigt sich nämlich, daß nicht nur im gesamten Budget die Budgethoheit des Parlaments weitgehend durchlöchert worden ist – ich erinnere noch einmal an den Straßenverkehrsförderungsbeitrag, der ja ohne Prüfung der gesetzlichen Grundlagen, ja selbst einer Regierungsvorlage, budgetiert wird und daher also in keiner Weise auf seine realistische Festsetzung überprüft werden kann –, sondern daß sich auch gerade im Bautenbudget eine Budgetvollzugspraxis vollzieht, die von unserer Seite deutlich angeprangert und angegriffen werden muß. Sie sei an einem Beispiel erläutert, und ich fürchte, daß es nur ein ganz kleiner Ausschnitt der Vorgänge ist, die sich tatsächlich bei der Umsetzung des Budgets in die Praxis ergeben. Auf Vorgriffe und deren einengende Auswirkung auf den Budget-

Dipl.-Ing. Hanreich

vollzug im jeweils nächsten Jahr möchte ich jetzt gar nicht eingehen. Ich beschränke mich, darauf hinzuweisen, daß sich zwischen den Ansätzen des Jahres 1977, so wie sie vom Parlament beschlossen wurden, und deren Vollzug folgende Änderungen im Bereich der Bundesstraßen einerseits und der Autobahnen andererseits ergeben haben:

Vorgesehen war bei den Bundesstraßen ausschließlich Autobahnen ein Betrag von 2,4 Milliarden Schilling. Das geänderte Bauprogramm im Jahr 1977 hat dann 2,9 Milliarden Schilling betragen, und die von unserem Sprecher sehr begrüßte Schwerpunktbildung bei den Autobahnen, die ursprünglich mit 3,8 Milliarden Schilling vorgesehen war, hat sich nun, wie aus den Budgetunterlagen hervorgeht, zu einem geänderten Bauprogramm von 3,2 Milliarden Schilling reduziert.

Das bedeutet, daß man vorher dem Parlament vorgemacht hat, einen Schwerpunkt bei den Autobahnen zu setzen – wir haben das begrüßt –, und im Zuge des Budgetvollzuges hat das geänderte Bauprogramm eine Reduktion von gut und gerne 600 Millionen Schilling erfahren, wobei den Bundesstraßen ein Betrag von 500 Millionen Schilling zugeflossen ist entgegen dem ursprünglichen Ansatz. Die Differenz daraus resultiert aus den Mindereinnahmen, die die Mineralölsteuer gebracht hat, sodaß also die beiden Ziffern in ihrer Veränderung nicht übereinstimmen.

Ein solches Vorgehen – und ich vermute, wie ich fürchte, nicht zu Unrecht, daß es sich so auch in anderen Positionen abgespielt hat – widerspricht der Budgettransparenz, widerspricht dem Vollzug des Willens des Hohen Hauses. Selbst wenn das Budget vorher nur durch die sozialistische Mehrheit beschlossen worden ist, so kann es doch nicht ohne Zustimmung des Parlaments schlicht und einfach durch die Regierung in praxi abgeändert werden.

Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist der Grund, warum wir gegenüber dem Budget dieser Regierung größte Skepsis haben und im speziellen das Kapitel Bauten und Technik ablehnen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Lehr.

Abgeordneter **Lehr** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Ausbau unseres hochrangigen Straßennetzes in Österreich ist von großer wirtschaftlicher Bedeutung und findet daher die entsprechende Berücksichtigung auch im vorliegenden Voranschlag für 1978, wenn es auch die Opposition nicht wahrhaben will.

Dies kommt auch dadurch im Voranschlag zum Ausdruck, daß für 1978 die Straßenbau- und Erhaltungsmittel nach einem Aufteilungsschlüssel 40 zu 60 zugunsten der Autobahnen zugeteilt werden.

Die Gründe, den Autobahnbau zu fördern, liegen auf der Hand: Die Autobahnen gewährleisten eine siebenmal höhere Verkehrssicherheit, durch ihre Führung und Kapazität entlasten Autobahnen Siedlungsgebiete, sie ermöglichen auch über große Entfernungen rasche Verbindungen und bringen durch die dabei zügige Fahrweise beachtliche Treibstoffeinsparungen.

Der Straßenbau, besonders aber der Autobahnbau ist seit jeher Zielpunkt heftigster ÖVP-Kritik. Wenn man aber dieser Kritik auf den Grund geht und Vergleiche zu früher zieht, so kann man feststellen, daß die ÖVP gar keinen Grund dazu hätte, denn die Verhältnisse auf diesem Sektor haben sich gegenüber der Zeit der ÖVP-Alleinregierung ganz entschieden verbessert.

Denn von 1966 bis 1970 wurden durch die ÖVP-Regierung für den Straßenbau 22 072 Millionen Schilling aufgewendet, unter der SPÖ wurde von 1971 bis 1975, also in einem vergleichbaren Zeitraum, ein Betrag von 39 200 Millionen Schilling dem Straßenbau zugeführt. Unter der ÖVP-Alleinregierung wurden insgesamt 151,6 km Autobahnen, somit pro Jahr im Durchschnitt 30,3 km, und in den Jahren 1971 bis 1975 wurden 233,5 km fertiggestellt, was einem Jahresdurchschnitt von 46,7 km entspricht. *(Abg. A. Schlager: Die Autobahn war ja eine „Narretei“ nach eurer Ansicht!)* Auf jeden Fall haben wir keine Westautobahn gebaut, die in der Form ausgeführt wurde, daß sie so ähnlich wie die ÖVP aussieht: dauernd in Reparatur. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Diese soeben angeführten Zahlen zeigen doch ganz deutlich das Bemühen der Regierung, schon von Anfang an den Autobahnbau schneller voranzutreiben. Sie zeigen aber auch, wie ungerecht die ÖVP-Kritik dazu ist. Aber der ÖVP macht es so bald keiner recht, schon gar nicht die Sozialisten, und daher wird alles und jedes in diesem Zusammenhang kritisiert. *(Zwischenruf des Abg. Kern.)* Ja, ja.

Bei dieser Kritisiererei spricht man unter anderem auch von einer Autobahnpleite und begründet dies damit, daß es der Bundesregierung nicht gelungen sei, den Ausbau der Autobahnen der steigenden Motorisierung anzupassen.

Dieses Problem der Blechlawine beschäftigt aber nicht nur Österreich, sondern auch eine Reihe anderer westeuropäischer Länder, und dazu erhebt sich die Frage: Ist es überhaupt

Lehr

möglich, diese enorme Entwicklung unmittelbar in den Griff zu bekommen?

So hat die Zahl der Autos in der Bundesrepublik Deutschland im Jänner 1977 – bezogen auf den Jänner des Vorjahres – eine Steigerung von 17 Prozent erfahren. Und dort wird dieses Problem auch nicht von heute auf morgen gelöst werden können.

Die Tatsache, daß hier in Österreich der Bestand an Autos sprunghaft ansteigt, illustriert so richtig den Wahrheitsgehalt der ÖVP-Krankjammerei.

Von Juni 1975 auf 1976 ergab sich auf diesem Sektor trotz aller düsteren Wirtschaftsprognosen von seiten der ÖVP eine Zuwachsrate von 21,5 Prozent. Im Juni 1977 wurden in Österreich insgesamt 2 919 324 Kraftwagen registriert. Davon waren 1 828 050 PKW.

Die ÖVP versucht aber auch, der Öffentlichkeit glaubhaft zu machen, es wäre ohne weiters möglich, den Autobahnausbau dieser Rekordentwicklung anzupassen.

Die ÖVP kritisiert aber umgekehrt – das haben wir ja heute schon wieder gehört – jede zusätzliche Belastung, die eben wieder durch die Erschließung neuer Finanzierungsquellen für den erforderlichen raschen Ausbau der Autobahnen entsteht.

Die Regierung Kreisky hat seit 1970 den Autobahnbau weit mehr gefördert, als es jemals in der ÖVP-Alleinregierung getan wurde.

Wenn man den österreichischen Autobahnbau mit dem anderer Länder vergleicht, um einen Überblick zu gewinnen, so darf dabei nicht die Vergleichbarkeit bezüglich der geographischen Lage und der Größe des angesprochenen Landes übersehen werden.

Am ehesten kann dabei ein Vergleich mit der Schweiz gezogen werden. Ein Blick in dieses Land zeigt uns folgende Situation: Auch dort werden die Autobahnen nicht so rasch gebaut, wie es sich mancher hier in Österreich vorstellt. Seit 1974 hat das Ausbautempo merklich abgenommen. Etwa die Hälfte der geplanten Schweizer Autobahnen – rund 900 km – sind unter Verkehr. 1976 wurden in der Schweiz insgesamt 23,1 km neue Autobahnen dem Verkehr übergeben. Große Brückenbauwerke und lange Tunnels in einem geologisch überaus schwierigen Terrain erfordern so wie auch hier in Österreich gigantische Summen Geldes.

Allein in den fertiggestellten rund 780 km der österreichischen Autobahnen mußten über 1 400 Brücken eingebaut werden.

Die Österreichische Gesellschaft für das Straßenwesen hat in einer Rundfrage an

Landesbaudirektionen sowie bei den Sondergesellschaften Daten über den laufenden und in Planung stehenden Tunnelbau in Österreich ermittelt. Die gesamte Länge aller dieser Tunnels zusammengezählt beträgt 106,3 km. Die Kosten je Kilometer bewegen sich zwischen 64,75 und 299 Millionen Schilling.

Nach einer Berechnung auf der Preisbasis 1975, ohne die notwendigen Grundeinlösen, müssen noch zirka 200 Milliarden Schilling aufgebracht werden, um das hochrangige österreichische Straßennetz ausbauen zu können. Die Aufbringung dieser riesigen Summe Geldes innerhalb weniger Jahre wäre natürlich ein besonders großes Problem.

Darüber hinaus muß aber doch die Frage aufgeworfen werden, ob es überhaupt die Aufgabe einer einzigen Generation sein kann, eine solch aufwendige Aufgabe allein zu bewältigen.

Der größere Teil der jährlich dem Straßenbau zur Verfügung gestellten Mittel wird aus der Bundesmineralölsteuer aufgebracht. Ab Mitte 1978 wird es zur Einhebung eines Straßenverkehrsförderungsbeitrages kommen. Damit werden auch die Lastkraftwagen von einer bestimmten Tragfähigkeit an einer entsprechenden Besteuerung zugeführt.

Die höchste Steuerleistung für einen LKW belief sich auf 900 S pro Jahr und war damit eine der niedrigsten in ganz Europa. Der Transitverkehr aus dem Osten Europas benützte fast kostenlos unsere Straßen, da ja kaum von einem der Frächter in Österreich getankt und damit auch eine Steuer geleistet wurde. In den letzten Jahren war ein starkes Ansteigen des Güterverkehrs, besonders aber des Transitverkehrs auf unseren Straßen feststellbar.

Nach einer Ermittlung des Statistischen Zentralamtes über den frachtbriefpflichtigen Güterverkehr auf Österreichs Straßen im ersten Quartal 1977 wurde ein Gesamttransportaufkommen von 2,5 Millionen Tonnen und eine Beförderungsleistung von 1 374 Millionen Tonnenkilometer ermittelt. Dieses stellt eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 5,9 Prozent und bei der Leistung um 12,9 Prozent dar. Davon im Inlandverkehr plus 1 Prozent, für den grenzüberschreitenden Empfang plus 12 Prozent, für den grenzüberschreitenden Versand plus 18 Prozent und den Transit plus 21 Prozent.

Es ist daher gerechtfertigt, daß der Schwerlastfernverkehr einen größeren Beitrag als bisher zur Behebung der Verkehrs- und Umweltbelastung leistet.

Wie aus einer Pressemeldung vom 2. 12. 1977 hervorgeht, fordern die österreichischen Bauin-

Lehr

dustriellen die unbedingte Einführung einer allgemeinen Autobahngebühr. Damit sollen zusätzliche Mittel für den Straßenbau hereingebracht werden.

Im Jahre 1977 wurden 37,5 km Autobahnen fertiggestellt, und somit sind mit 1. 1. 1978 783,5 km von den geplanten 1 867 km in Betrieb und 236 km in Bau. Im kommenden Jahr werden laut Voranschlag für den Ausbau und die Erhaltung der Autobahnen weitere 5 838,7 Millionen Schilling vorgesehen. Damit werden 1978 die bestehenden Autobahnen um weitere 42,5 km verlängert. 1985 sollen rund 1 300 km Autobahnen fertiggestellt sein.

Folgende Schwerpunkte werden 1978 gesetzt: Ausbau der Süd-, der Pyhrn- und der Tauern-Autobahn sowie verschiedener Autobahnen im Raum von Wien. Daneben gibt es natürlich auch noch eine Reihe kleinerer oder größerer Bauvorhaben.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf die dringende Fertigstellung der A 21 hinweisen. Damit würde eine wesentliche Entlastung für Wien, aber besonders auch für die Gemeinden im Raum südlich von Wien bis Baden eintreten. Solange diese so wichtige Verbindung zur Süd- und West-Autobahn nicht durchgehend benutzbar ist, suchen sich die Schwertransporter, vor allem Tankfahrzeuge mit ihrer überaus gefährlichen Fracht von Schwechat her ihren Weg über Landes- und Bundesstraßen, die zum Teil durch dichtverbautes Wohngebiet führen.

Die Bundesregierung hat dem Bundesstraßenbau seit 1971 einschließlich 1978 insgesamt rund 70 Milliarden Schilling zugeführt. Diese beachtlichen Mittel haben sicherlich auch dazu beigetragen, die Bauwirtschaft aus ihrer schwierigen Lage in den Jahren 1968 und 1969 herauszuführen.

Niemals wieder nach diesem versuchten Gesundschrupfungsversuch der damaligen ÖVP-Alleinregierung an der Bauwirtschaft wurde ein derartiger Tiefstand bezüglich Auftragslage und Beschäftigung verzeichnet. Schon deshalb nicht, weil es für die Sozialisten die wichtigste Aufgabe ist, Arbeitsplätze für alle zu schaffen und zu sichern.

Auch für 1978 sind die Aussichten nicht so ungünstig, wie sie gerne von manchem hier im Haus hingestellt werden. Dies zeigt schon die Tatsache, daß die Gastarbeiterwünsche der Bauunternehmer für 1978 beachtlich hoch sind und daß auch der Ansatz der Mittel für Bauvorhaben im Jahre 1978 um 11,2 Prozent höher liegt als heuer.

Dazu sind auch Pressemeldungen zu vermerken, die feststellen, daß die Auftragslage derzeit

besser ist als zum gleichen Zeitraum im vorigen Jahr. Sollte es dennoch zu Schwierigkeiten kommen, so sind wieder Mittel bereitgestellt, um zusätzliche Aufträge von der Bundesregierung her vergeben zu können.

Darüber hinaus sollte meiner Meinung nach eine verstärkte Verwendung von österreichischem Baumaterial wie zum Beispiel Beton statt Asphalt beim Straßenbau mithelfen, österreichische Arbeitsplätze zu sichern.

Wenn auch die ÖVP-Vertreter hier im Haus weiterhin ihre Schwarzmalerei zur Verunsicherung der Bevölkerung produzieren, so bin ich doch der Meinung, daß auch das Jahr 1978 zu meistern sein wird. Es muß nur bei allen die Bereitschaft vorhanden sein, von sich selbst aus auch einen Beitrag dazu zu leisten.

Meine Damen und Herren! Als Abgeordneter des Bezirkes Mödling möchte ich noch einige Anmerkungen zur Straßenverkehrssituation dieses Bezirkes machen. Durch die überdurchschnittliche wirtschaftliche Entwicklung dieses Bezirkes hat sich auch das Verkehrsaufkommen dementsprechend vergrößert. Dieses Gebiet benötigt daher die erhöhte Aufmerksamkeit aller Instanzen, auch derer des Landes Niederösterreich.

Wie schon angeführt, muß zur Verbesserung dieser Situation die A 21 raschest einer Fertigstellung zugeführt werden. Aber auch die Bundesstraßen B 11, 12, 13 und 17 müssen in diesem Bereich den Erfordernissen angepaßt werden.

Besondere Beachtung muß dem Neubau der B 12 im Bereich der Stadt Mödling geschenkt werden. Erste Planungen sind bereits vorhanden, und die Verhandlungen mit den ÖBB, in deren Bereich diese Straße verläuft, sind im Gange.

Das Ministerium für Bauten und Technik bemüht sich sehr um die Realisierung dieses Projektes. Leider muß aber festgestellt werden, daß dieses dringliche Bauvorhaben nicht bei allen zuständigen Stellen des Landes Niederösterreich die volle Unterstützung findet, und es bedarf laufender Interventionen, um damit weiterzukommen.

Genauso verhält es sich bei der B 17 im Bereich der Gemeinde Wiener Neudorf. Auch dort gibt es von seiten des Ministeriums schon längst grünes Licht, aber das Land hat damit anscheinend keine Eile, denn bis heute ist dort nichts geschehen.

Besonders gravierend erscheint mir aber die Angelegenheit einer Ampelinstallierung zur Sicherung eines Schulweges in Mödling selbst. Rund 2 000 Schüler müssen eine Bundesstraße

7396

Nationalrat XIV. GP - 76. Sitzung - 7. Dezember 1977

Lehr

auf dem Weg zu ihrer Schule überqueren. Schon im Jänner 1977 lag vom Bundesministerium für Bauten und Technik die Bewilligung dafür vor. Aber die zuständige Bauabteilung des Landes hat bis heute, obwohl schon einige Male urgiert wurde, noch nichts zur Fertigstellung unternommen. Da kann man nur mit Hans Weigel sagen: Es wird erst etwas geschehen, wenn etwas geschehen ist.

Ich ersuche daher nochmals den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik, das Land Niederösterreich auf seine Säumigkeiten aufmerksam zu machen, damit endlich auch von dieser Seite im Interesse der Bevölkerung eine Reaktion erfolgt.

Meine Damen und Herren! Abschließend möchte ich noch die Feststellung treffen, daß die Bundesregierung auch für 1978 alle Vorkehrungen getroffen hat, die den weiteren Ausbau unserer Bundesstraßen, besonders aber den der Autobahnen sichern. Ein Blick in andere Länder zeigt, daß Österreich auf diesem Gebiet keinen Vergleich zu scheuen hat.

Die Sozialisten werden daher dem vorliegenden Voranschlag ihre Zustimmung geben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist Abgeordneter Ing. Letmaier.

Abgeordneter Ing. **Letmaier** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich in ganz wenigen Sätzen mit dem Beitrag des Kollegen Babanitz beschäftigen, der etwa gemeint beziehungsweise uns kritisiert hat, daß wir in den Jahren 1976 und 1977 das Budget abgelehnt haben. *(Zwischenruf des Abg. Babanitz.)* Natürlich, das ist unser gutes Recht. Wir haben das Budget deswegen abgelehnt, weil es nicht unseren Vorstellungen entsprach. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren, und gar nichts anderes. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich bin sehr froh, daß Sie angezogen haben, ich hätte etwa in der „Österreichischen Bauzeitung“ divergierende Aussagen gemacht, je nach Situation. Ich möchte mit aller Klarheit feststellen, daß ich selbstverständlich periodenweise Konjunkturtests der Bundesinnung der Öffentlichkeit vorstelle, und naturgemäß, und Sie wissen das doch selber sehr genau, schwankt der Auftragsstand, der Beschäftigtenstand in der Bauwirtschaft und ist natürlich in den Winter- oder Vorfrühjahrsmonaten anders als etwa zur Mitte des Jahres. Das ist doch eine Realität. *(Abg. Babanitz: Nichts anderes habe ich gesagt! Nur sollten das auch Ihre Herren anerkennen!)* Meine Herren haben das sicherlich sehr deutlich registriert. Das ist überhaupt

gar keine Frage. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ich glaube, Sie wissen doch selber sehr genau, daß nicht die Zahl der Beschäftigten maßgebend ist, sondern daß vor allen Dingen die Ertragslage der Unternehmungen maßgebend ist. Und diese Ertragslage ist nach wie vor, meine Damen und Herren, in der Bauwirtschaft ganz schlecht. *(Abg. Babanitz: Da sollten Sie aber auch die Struktur anschauen!)*

Ich wundere mich, Herr Kollege Babanitz, ich wundere mich. Was wird Ihr Vorstand im ÖGB sagen, wenn Sie diesem Budget der Bundesregierung zustimmen? Dort hat es doch bitte gerade bezüglich einer Transitsteuer ganz andere Vorstellungen gegeben. Das wissen Sie sehr genau, und das weiß ich sehr genau. Daß hier eine Transitsteuer oder ein Straßenverkehrsförderungsbeitrag eingeführt wird, der überhaupt nicht zweckgebunden ist – ich kann mir nicht vorstellen, daß die Gewerkschaft das gutheißt! Dieser Betrag – das wissen Sie sehr genau – wird zum Stopfen der Budgetlöcher verwendet. Auch das ist die Wahrheit, bitte! *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Babanitz: Herr Kollege Letmaier! Wir werden zum gegebenen Zeitpunkt dazu reden! Aber Sie reden als Unternehmer draußen dafür und herinnen dagegen!)* Das ist nicht der Fall! Das ist überhaupt nicht der Fall!

Dem Kollegen Lehr möchte ich eines sagen zur Frage der Gastarbeiter: Er bekrittelt, daß wir um Gastarbeiter angesucht haben. *(Abg. Babanitz: Dazu habe ich überhaupt nicht geredet!)* Der Kollege Lehr. Da habe ich nicht Sie gemeint.

Natürlich ist es so, daß die Unternehmungen heute ansuchen müssen, wenn sie etwa im März oder April Gastarbeiter haben wollen, und wir hoffen immer noch, daß die Entwicklung in den ersten Frühjahrsmonaten nicht so kritisch sein wird, wie sie sich derzeit abzeichnet.

Dazu kommt doch bitte, meine Damen und Herren, daß keine inländischen Bauarbeiter zu haben sind. Ich will auf die Gründe hier gar nicht eingehen. Sie werden in anderen Unternehmensbereichen gehalten, obwohl sie nicht ausgelastet sind. Auch das bitte, meine Damen und Herren, ist die Wahrheit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf mich im Rahmen der Behandlung des Kapitels Bauten und Technik doch mit der Baupolitik der sozialistischen Bundesregierung beschäftigen, und es liegt ganz selbstverständlich in der Natur der Sache, daß ich die Baupolitik dieser Bundesregierung nicht so optimistisch sehen kann wie mein Kollege Babanitz. Dies umsomehr, meine Damen und Herren, als ich gerade als Standesvertreter des österreichischen Baugewerbes mit den Sorgen

Ing. Letmaier

und Nöten dieser Branche tagtäglich konfrontiert bin und als mittelständischer Bauunternehmer die Schwierigkeiten dieser Berufsgruppe aus eigenem Erleben sehr gut kenne.

Die Bauwirtschaft ist eine der Säulen der österreichischen Gesamtwirtschaft und nimmt ohne Zweifel eine sehr beträchtliche Schlüsselposition in unserem Lande ein. Sie erbringt immerhin mehr als 10 Prozent des Bruttonationalproduktes. Ich bedauere daher ebenso, wie mein Kollege Dr. Keimel es tat, daß das Bautenbudget für das Jahr 1978 in seinen Ansätzen weniger gestiegen ist als das Gesamtbudget im Perzentvergleich und daß die vor zwei Jahren eingeleitete Tendenz, nämlich daß das Kapitel Bauten und Technik immer weniger Anteil am Gesamtbudget einnimmt, sich weiter fortsetzt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Bau, meine sehr geehrten Damen und Herren, der wie kein anderes Ressort im Bereich der Arbeitsplatzsicherung so viele Möglichkeiten für diese Bundesregierung bieten würde, ist eindeutig unterdotiert und dokumentiert auch für 1978 sehr klar die zurückhaltende und stiefmütterliche Baugesinnung dieser Bundesregierung und beweist außerdem, daß sich der Bundesminister im Zuge der Budgeterstellung gegen den Finanzminister nicht durchsetzen konnte.

Zur aktuellen Situation in der österreichischen Bauwirtschaft darf ich folgendes sachlich festhalten: Die Bauwirtschaft ist im laufenden Jahr einigermaßen über die Runden gekommen. So war im Sektor des Arbeitsmarktes selbst seit dem Frühsommer dieses Jahres eine gewisse Beruhigung festzustellen, wenngleich unter einem festgehalten werden muß, daß die Insolvenzen in dieser Berufsgruppe 1977 außerordentlich stark zugenommen haben und eine Reihe von bedeutenden Bauunternehmungen auf der Strecke geblieben sind. Das ist doch die Wahrheit. Die Gruppe Bau führt mit großem Abstand diese Insolvenzliste in den ersten drei Quartalen an, und ich darf Ihnen zum Vergleich folgendes Bild präsentieren:

Die Schadenssumme der gesamtösterreichischen Insolvenzen von Jänner bis September 1977 betrug 2 658 Millionen. Die Bauwirtschaft war mit 945 Millionen, das sind 36 Prozent, an diesem Ereignis beteiligt, während ihr Anteil am Bruttonationalprodukt – ich sagte es schon – 10 Prozent beträgt. Zieht man die Schadenssummen selbst in Vergleich etwa mit dem Vorjahr, so ist festzustellen, daß diese in diesem Jahr dreieinhalbmal so hoch sind als im vergangenen Jahr. Das muß doch ein Alarmzeichen für alle Verantwortlichen in der österreichischen Bauwirtschaft sein und das ist außerdem ein Beweis dafür, daß der Konkurrenzkampf in dieser

Berufsgruppe außerordentlich hart ist, daß sich die Ertragslage seit dem Vorjahr nicht gebessert hat. Und gerade das spiegelt ja die wahre Situation dieser Branche wider, die immerhin Arbeitsplätze für mehr als 270 000 Menschen in diesem Lande sichert.

Umso unverständlicher sind die Sorglosigkeit und der Optimismus der Bundesregierung, die diese Tatsache einfach nicht zur Kenntnis nehmen will und die die Probleme in diesem Bereich nicht sieht. Diese Situation aber, meine Damen und Herren, kommt nicht von ungefähr. Sie dokumentiert sehr deutlich die Unfähigkeit dieser Bundesregierung, mit den Finanz- und Wirtschaftsproblemen unserer Zeit fertigzuwerden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe eingangs festgestellt, daß wir froh sind, daß die Bauwirtschaft 1977 einigermaßen über die Runden gekommen ist. Sie ist nicht etwa deswegen über die Runden gekommen, weil sie verstärkte Impulse der öffentlichen Hand erhalten hat, sondern einfach deswegen, weil besonders in der zweiten Jahreshälfte verstärkte private und industrielle Bauinvestitionen erfolgt sind. Das ist die Tatsache. Diese Investitionen gab es vor allen Dingen deswegen, weil mit Jahresende 1977 die 50prozentige vorzeitige Abschreibung für unbewegliche Güter abläuft. Die Bauwirtschaft bedauert dieses Auslaufen der vorzeitigen Abschreibung in dieser Höhe, und ich bitte heute schon den Herrn Bundesminister, beim Finanzminister vorstellig zu werden, daß diese vorzeitige Abschreibung in gleicher Höhe auch für 1978 erhalten werden kann, denn wir glauben und wissen ja, daß vom Bund her wenig Impulse aus diesem Budget zu erwarten sind. Wir glauben, daß sich die private Wirtschaft, wenn sie verstärkte Anreize hätte, zu weiteren Investitionen entschließen würde.

Daß die Auftragslage der Bauwirtschaft für 1978 wenig optimistisch ist, beweist auch der Konjunkturtest der Bundesinnung der Baugewerbe, der vierteljährlich bei allen Mitgliedern durchgeführt wird und der eine sehr wertvolle Hilfe für unsere Aussagen zur Beurteilung der Gesamtsituation in unserer Branche ist und der exakt die Auftragsbestände und Auftragsüberhänge widerspiegelt. Dieser zum 30. 9. 1977 durchgeführte Konjunkturtest ergab, daß 44 Prozent der baugewerblich organisierten Unternehmungen ab Jänner 1978 über erhebliche freie Kapazitäten verfügen. Das ist eine sehr bedeutende Verschlechterung der Auftragsituation noch im Vergleich zur Vorjahrssituation. Weitere 18 Prozent der Unternehmungen melden freie Kapazitäten in sechs Monaten und lediglich 7 Prozent der Unternehmungen sind bis zu zwölf Monaten ausgelastet. Auch das ist

7398

Nationalrat XIV. GP - 76. Sitzung - 7. Dezember 1977

Ing. Letmaier

eine deutliche Verschlechterung der Auftragssituation im Vorjahrvergleich, wo es noch 17 Prozent der Betriebe waren, die bis zu einem Jahr ausgelastet gewesen sind.

Eine weitere große Sorge in diesem Zusammenhang bereitet uns das ständige Absinken der Eigenkapitalsquote der Bauunternehmungen, die derzeit nur mehr bei etwa 18 Prozent im Bundesdurchschnitt liegt und die deutlich schlechter ist als die anderer Sparten. Das bedeutet, meine Damen und Herren, daß die Bauwirtschaft zu den stark verschuldeten Unternehmungen in unserem Lande zählt, bei allem Risiko und bei allen Unsicherheitsfaktoren, denen diese Branche naturgemäß unterworfen ist, wenn man weiß, daß selbst mittlere Investitionen Millionen von Schilling erfordern.

Die Gründe für diesen bedauernswerten Zustand, meine Damen und Herren, sind die ständig zunehmende Belastung der Wirtschaft, die nicht dazu angetan sind, ein investitionsfreundliches Klima zu schaffen. Wir alle aber wissen, daß gerade Investitionen eine unabdingbare Voraussetzung für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen sind.

Noch immer, Herr Bundesminister, funktioniert auch die von mir schon öfter angezogene Koordination des Bundes zwischen Bund, Ländern und Gemeinden im Baubereich nicht. Wir bedauern sehr, daß gerade in dieser so wichtigen Sache von der Bundesregierung bisher keinerlei Initiativen gesetzt wurden.

Die Situation in der Bauwirtschaft wird immer schwieriger. Ständig neue Belastungen rollen über unser Land hinweg. Gerade das 2. Abgabenänderungsgesetz, die Spezialräubernevelle der siebziger Jahre, würde ich sie nennen, über das schon zu anderer Zeit hier diskutiert worden ist, bringt neuerlich große Belastungen für die gesamte österreichische Wirtschaft.

Aber nicht genug damit: Die Einführung des derzeit in Diskussion stehenden Straßenverkehrsförderungsbeitrages – ein „wunderschönes“ Wort, meine Damen und Herren – ist geradezu ein Schlag ins Gesicht, denn nicht zum verstärkten Ausbau der Autobahnen und Schnellstraßen sind diese Mittel vorgesehen, sondern zur Sanierung des desolaten Bundesbudgets.

Herr Bundesminister! Hören Sie doch auf mit dem Märchen, daß man Arbeitsplätze nur durch stets neue Belastungen in Zukunft sichern kann. Sie sichern damit nicht die Arbeitsplätze, sondern Sie bringen sie in Gefahr!

Sie, Herr Bundesminister, waren es, der immer wieder in der Vergangenheit zusätzliche Mittel für den Autobahn- und für den Schnell-

straßenbau gefordert hat. Sie haben ja das berühmte Autopickerl kreierte, Sie haben die Autobahnmaut ins Gespräch gebracht, Sie haben die Transitsteuer ins Gespräch gebracht und viele andere Vorschläge mehr in der Öffentlichkeit diskutiert – einfach doch deswegen, Herr Bundesminister, weil Sie selber ganz genau gewußt haben, wie es um den Finanzierungsbereich im Autobahn- und Schnellstraßenbau steht.

Und dann, meine Damen und Herren, kam ein anderer, der dasselbe unter dem gleichen Titel tat, aber keinen einzigen Schilling dem Straßenbau zuführen wird. Das, meine Damen und Herren, ist Ideendiebstahl auf niederster Ebene. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Warum heulen Sie nicht auf, Herr Bundesminister, wenn Ihnen Hannes der Tiefgreifende Ihre zweckgebundenen Einnahmen entzieht? Und warum, bitte, heulen Sie nicht auf, wenn Ihre Kollegen in der Regierung sie abmontieren?

Sie hätten einen sehr starken und verlässlichen Partner in der österreichischen Bauwirtschaft und würden außerdem ein breites Echo in der Öffentlichkeit finden, denn alle wissen, meine Damen und Herren, daß der Ruf nach mehr Lebensqualität, nach mehr Ordnung im Lebensraum ganz automatisch mit einem Mehr an Bauleistungen qualitativer und quantitativer Natur verbunden ist.

Gestatten Sie mir noch einige Sätze zur Wohnbausituation in Österreich.

Der heutige Bundesminister für Bauten und Technik hat sich noch im Jahre 1969 sehr große Ziele im Bereich des sozialen Wohnbaues gesetzt.

Herr Bundesminister! Was ist daraus geworden? Sie hatten einst als Fernziel vor, bis zum Jahre 1980, meine Damen und Herren, 775 000 Wohnungen im Bereich des sozialen Wohnbaues zu errichten, und Sie hatten vor, im Jahre 1980 100 000 Wohnungen den Österreichern zur Verfügung zu stellen.

Sie haben eine verstärkte Heranziehung der Kapitalmarktmittel in Kombination mit unterstützenden Maßnahmen der öffentlichen Hand im Falle eines Wahlsieges der Sozialistischen Partei angekündigt.

Wenn wir heute die Wohnbaustatistik der letzten Jahre betrachten, dann stellen wir sehr genau fest, daß Sie nicht mehr, sondern weitaus weniger Wohnungen bauen als noch vor einigen Jahren. Und im laufenden Jahr, Herr Bundesminister, werden es ganz sicher nicht einmal 45 000 sein.

Ing. Letmaier

Herr Bundesminister, noch eine zweite Frage. Sie haben immer wieder, als Sie noch Oppositionspolitiker gewesen sind, vom Finanzminister gefordert, er müsse zusätzlich jährlich 1 Milliarde Schilling aus dem Budget zweckgebunden noch dem Wohnbau zur Verfügung stellen.

Ich frage Sie, Herr Bundesminister: Was ist mit dieser Milliarde? Sie regieren das achte Jahr. Es müßten also bisher schon 8 Milliarden Schilling in den Wohnbau geflossen sein.

Die Wahrheit ist, meine Damen und Herren, daß nicht ein einziger Schilling bisher über das Budget dem sozialen Wohnbau zur Verfügung gestellt wurde. Sie sind, Herr Bundesminister, ganz eindeutig in Ihrer Wohnbaupolitik gescheitert. Das ist die Realität. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich meine, Herr Bundesminister, daß Sie alle Ihre damaligen Forderungen, die Sie als oppositioneller Abgeordneter gestellt haben, in einem Basiskatalog bringen hätten müssen, wenn diese Forderungen seinerzeit richtig gewesen sind und wenn Sie selbst davon überzeugt waren.

Oder aber mußten Sie mittlerweile einsehen, daß Sie damals einen falschen Kurs gesteuert haben? Auch dann sollten Sie, bitte sehr, den Mut haben, dies der österreichischen Öffentlichkeit zu sagen.

Nicht viel anders, meine sehr verehrten Damen und Herren, sieht es im Bereich des Wasserwirtschaftsfonds aus. Mein Kollege Keimel hat sich ja schon im Detail damit ein wenig beschäftigt. Dort werden alte Kredite durch neue Kreditaufnahmen abgedeckt und alte Verpflichtungen und alte Rechnungen mit neuen Krediten bezahlt.

Herr Bundesminister! Sie wissen doch selber sehr genau, daß das keine Dauerlösung sein kann. Ich darf Sie daher heute auffordern, dem Hohen Hause ehestens ein Konzept über eine seriöse Neufinanzierung des Wasserwirtschaftsfonds vorzulegen, umso mehr als ich weiß, daß sich ja sehr viele Herren in Ihrem Ministerium sehr wohl sehr große Sorgen um diesen Wasserwirtschaftsfonds machen.

Eine ähnliche Situation zeichnet sich im Bereich des Straßen- und des Autobahnbaues ab. Der Straßenbau leidet darunter, daß ihm immer mehr zweckgebundene Mittel weggenommen und diese Mittel zweckentfremdet werden.

Dabei liegen gewaltige Straßenbauaufgaben vor uns.

Ich möchte heute in dieser Debatte im besonderen auf die Problematik der Gastarbeiterroute hinweisen, deren Ausbau, deren vor-

dringlicher Ausbau, meine Damen und Herren, einfach ein Gebot der Stunde ist. Allein im Jahre 1976 gab es auf der Strecke zwischen Mandling und Spielfeld 4 198 Verkehrsunfälle mit 113 Toten und 1 118 Verletzten. Die Serie dieser Unfälle hat sich auch in diesem Jahre fortgesetzt; allein in den drei Sommermonaten ergab die Statistik, daß es 1 469 Verkehrsunfälle mit 51 Toten gegeben hat.

Diese Unfälle, meine sehr geehrten Damen und Herren, auf der Gastarbeiterroute machen 59,5 Prozent der Unfälle auf allen steirischen Bundesstraßen aus. Es ist daher doch wirklich ein Gebot der Stunde, daß gerade der rasche Ausbau dieser Gastarbeiterroute verstärkt erfolgt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wir stehen in der österreichischen Baupolitik vor großen Zukunftsaufgaben. Wenn ich etwa einige Bereiche zusammenfassend nennen darf, die einer dringenden Lösung bedürfen: Es sind dies die Energiemaßnahmen, es sind dies die umweltschützenden Maßnahmen, der Straßenbau, der Wasserwirtschaftsfonds, der Wohnbau, die Forschung, und viele andere Bereiche gäbe es hier noch zu nennen. Die österreichische Bevölkerung, Herr Bundesminister, und mit ihr die österreichische Bauwirtschaft, warten auf Ihre Verwirklichungsvorschläge.

Die Bauwirtschaft ist nicht exportabhängig. Für sie gelten andere Kriterien. Im achten Jahr Ihres Regierungsamtes sollten Sie dies allmählich erkennen. Was wir vermissen, meine Damen und Herren, ist eine koordinierte, vorausschauende, konzeptive und expansive österreichische Baupolitik. Solange Sie uns diese nicht bieten können, wird meine Fraktion die Zustimmung zum Kapitel Bauten und Technik nicht geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Weinberger.

Abgeordneter **Weinberger** (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die heutige Behandlung des Kapitels Bauten und Technik veranlaßt mich, ganz kurz zum Thema Straßenverkehr und Lärmbelästigung Stellung zu nehmen.

Es gibt, meine Damen und Herren, in Österreich sehr viele und gut ausgebaute Bundesstraßen, auf die mein Kollege Lehr bereits hingewiesen hat. Auch im Budget 1978 liegt wiederum der Schwerpunkt beim Ausbau des Straßenverkehrs, bei den Schnellstraßen und Autobahnen. Die Beträge hierfür erreichen fast die 6-Milliarden-Grenze.

Allerdings, meine Damen und Herren, brin-

7400

Nationalrat XIV. GP - 76. Sitzung - 7. Dezember 1977

Weinberger

gen diese Bundesstraßen auch für viele unserer Bürger wesentliche Nachteile, um nicht zu sagen, gesundheitsschädliche Nachteile in bezug auf den Verkehrslärm. Daher darf ich den Damen und Herren des Hohen Hauses einen Entschließungsantrag der Abgeordneten Weinberger, Dr. Keimel, Dr. Stix und Genossen betreffend Lärmschutzmaßnahmen auf Bundesstraßen vorlegen und um Ihre Zustimmung bitten.

Eingangs möchte ich den beiden Tiroler Kollegen Dr. Stix und Dr. Keimel danken für die Unterstützung des gemeinsamen Entschließungsantrages.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zur Bewältigung der ständig steigenden Zahlen der PKW, der LKW, im besonderen aber der Schwerlastfahrzeuge, welche bereits mit Ausnahme genehmigungen mit bis zu 44 Tonnen unsere Autobahnen befahren, gehören Maßnahmen, welche die Garantie geben, daß dieser enorme Verkehr überhaupt noch bewältigt werden kann. Milliardenbeträge sind also Jahr für Jahr notwendig, um den steigenden Straßenverkehr bewältigen zu können.

Leider kommt noch das Problem des erhöhten Straßenlärms hinzu. Ganz besonders haben die Anrainer an Transitstrecken durch den Verkehrslärm zu leiden. Daher ist ein verstärkter Schutz gegen übermäßige Lärmbelastigung notwendig auch für Straßen – und um diese geht es in dem vorliegenden Entschließungsantrag –, welche bereits vor dem 1. Jänner 1975 dem Verkehr übergeben wurden.

Die Lärmbelastigung, meine Damen und Herren, hat zum Beispiel im Bereich der Inntal-Autobahn Kufstein-Innsbruck mit normalem Verkehrslärm überhaupt nichts mehr zu tun. Die folgenden Zahlen sprechen Bände: Im Jahre 1976 durchquerten 1 300 000 Transitzüge Österreich. Davon passierten die Transitstrecke Kufstein-Brenner allein rund 750 000, also weit mehr als die Hälfte des gesamten Aufkommens. Wenn ich das nun umrechne auf den Tag, so kommen wir auf 2 500 und auf die Stunde bezogen auf über 100 LKW- beziehungsweise Transitzüge, also eine enorme Lärmbelastigung. Zusätzlich gibt es natürlich noch massenweise PKW.

Daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, der vorliegende Entschließungsantrag, der, wie ich hoffe, Ihre Zustimmung finden wird, durch diesen Antrag werden zum Teil unzumutbare Zustände wohl nicht ganz beseitigt werden können, aber er wird zu einer echten Verbesserung für viele Tausende Anrainer entlang der Autobahn beitragen.

Wir haben bisher schon gute Erfahrungen mit

Lärmschutzbauten und -wänden machen können. Ich darf hier auf das Beispiel Siglanger in Innsbruck hinweisen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In diesem Zusammenhang darf ich aber auch an den Herrn Innenminister einen Appell richten. Eine Lärmverminderung kann nicht nur durch Schallschutzwände oder ähnliche Schutzbauten herbeigeführt werden, sondern auch durch die Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Geschwindigkeitsbeschränkungen.

Daher meine Bitte an den Herrn Innenminister: Helfen Sie durch gezielte Einsätze Ihrer Verkehrsüberwachungsorgane mit, daß speziell im Schwerlastverkehr die gesetzlichen Geschwindigkeitsbeschränkungen eingehalten werden. Dies würde sicher einen weiteren Beitrag zur Bekämpfung des überhöhten Verkehrslärms auf Österreichs Straßen, aber auch zu mehr Sicherheit darstellen.

Soweit, meine Damen und Herren, in aller Kürze die Begründung zum vorliegenden Entschließungsantrag, welchen ich nun zur Verlesung bringen darf.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Weinberger, Dr. Keimel, Dr. Stix und Genossen betreffend Lärmschutz auf Bundesstraßen und Autobahnen.

Zum Zwecke eines verstärkten Schutzes der Anrainer von Bundesstraßen und Autobahnen vor übermäßiger Lärmbelastigung hat der Nationalrat im Jahre 1975 eine Novelle zum Bundesstraßengesetz beschlossen, durch die dem § 7 Abs. 2 des Bundesstraßengesetzes folgende Fassung gegeben wurde:

„(2) Bei der Planung und beim Bau von Bundesstraßen ist vorzuzorgen, daß Beeinträchtigungen der Nachbarn durch den künftigen Verkehr auf der Bundesstraße soweit herabgesetzt werden, als dies durch einen im Hinblick auf den erzielbaren Zweck wirtschaftlich vertretbaren Aufwand ermöglicht werden kann, sofern nicht die Beeinträchtigung wegen der Art der Nutzung des der Bundesstraße benachbarten Geländes zumutbar ist. Subjektive Rechte werden hiedurch nicht begründet.“

Im Sinne einer wirkungsvollen und umfassenden Anwendung dieser Gesetzesbestimmung stellen die unterzeichneten Abgeordneten den nachstehenden

Antrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Bauten und Technik wird ersucht, in Anwendung des § 7 Abs. 2

Weinberger

Bundesstraßengesetz 1971 in der Fassung des Bundesgesetzes vom 20. März 1975, BGBl. Nr. 239, auch beim Bau jener Bundesstraßen, die zwar zur Zeit des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes schon dem Verkehr übergeben waren, deren planmäßige Ausführung, insbesondere durch die Herstellung der endgültigen Fahrbahndecke, zu diesem Zeitpunkt jedoch noch nicht abgeschlossen war, für die Herabsetzung der Beeinträchtigungen durch den künftigen Verkehr auf der Bundesstraße nach den übrigen Voraussetzungen dieser gesetzlichen Bestimmung vorzuzusorgen.“

Gestatten Sie mir noch eine abschließende Bemerkung. Dieser Antrag wird den Bund sicher sehr viel Geld kosten, und wir wissen auch, daß die zweckgebundenen Einnahmen zur Finanzierung des zu bewältigenden Straßenbaues leider jetzt schon nicht ausreichen. Trotzdem richten die Antragsteller an die Damen und Herren des Hohen Hauses die Bitte, dem vorliegenden Entschließungsantrag die Zustimmung zu geben, da wir nicht nur gute Straßen brauchen, sondern auch eine gesunde und bessere Umwelt, besonders aber einen gewissen Schutz für die vom Lärm geplagten Anrainer entlang der Autobahnen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Der Antrag ist genügend unterstützt und steht mit in Behandlung.

Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Melter.

Abgeordneter **Melter** (FPÖ): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Zwei große Wahllügen haben zweifellos sehr wesentlich zum Erfolg der SPÖ beigetragen: die eine im Bereich der Landesverteidigung mit dem Versprechen: Sechs Monate sind genug!, wobei die absolute Mehrheit der SPÖ dieses Versprechen nicht einlösen konnte oder nicht einlösen wollte, und die zweite, ein Versprechen, das das Bautenressort betrifft: jährlich 5 000 Wohnungen mehr!

Herr Bundesminister! Wo bleiben die 5 000 Wohnungen mehr, die nach Ihrem Wahlversprechen heute eine Wohnbauleistung von jährlich 80 000 Wohnungen bringen müßten? Nach diesem Versprechen müßten heuer mindestens zwei Jahresquoten – also 80 000 bis 90 000 Wohnungen – mehr fertig sein, wenn das Versprechen der SPÖ, das Sie insbesondere den jungen Leuten gegeben hatten, tatsächlich auch eingelöst worden wäre.

Aber Tatsache ist leider heute, daß immer noch Tausende Familien, insbesondere junge Familien, auf Wohnungen warten, die ihren

Anforderungen und ihren Leistungsmöglichkeiten entsprechen. Sie waren also in sieben Jahren SPÖ-Alleinregierung nicht imstande, dieses Versprechen auch nur annähernd einzulösen.

Im Gegenteil. Man muß zur Kenntnis nehmen, daß die Wohnbauleistung leider zurückgeht, daß die Kosten steigen und daß die Aussichten auf Besserung immer schlechter werden.

Es liegen gerade neue Ergebnisse der Wohnungszählung vor, und die bedeuten, daß im Jahre 1976 nach den abschließenden Meldungen nur 44 586 Wohnungen erstellt worden sind, wobei es sich um 42 723 Neubauwohnungen und 1 863 Zu- und Umbauten handelt. Das liegt also schon erheblich unter der Ausgangsbasis für Ihr Wahlversprechen.

Die Wohnbauquote ist auf 5,9 pro tausend Einwohner abgesunken und liegt damit schon um 8,2 Prozent niedriger, als sie im Jahre 1975 mit 6,5 pro tausend Einwohner gelegen ist. Auch im fünfjährigen Durchschnitt von 1971 bis 1975 bedeutet das Ergebnis von 1976 eine Verminderung der Leistung um mehr als 6 Prozent. Ein wahrhaft beschämendes Ergebnis einer sogenannten sozialen Regierung, die zur Wahl angetreten ist mit dem Versprechen, für die Wohnungswerber Erleichterungen zu bringen.

Dabei muß man dazu bemerken, daß natürlich regional ganz erhebliche Unterschiede festzustellen sind, wobei bedauerlicherweise einige Länder beziehungsweise ein großes Land sehr schlecht liegt. Es haben im letzten Jahr nur die Bundesländer Burgenland, Kärnten, Tirol und Vorarlberg eine bescheidene Steigerung zustande gebracht, während die anderen Bundesländer erhebliche Minderleistungen nachweisen mußten. Bezüglich der Wohnbauquote liegt Vorarlberg weitaus an der Spitze mit 9,2 Wohnungen auf tausend Einwohner, gefolgt von Salzburg mit 8,5 und Tirol mit 8,2 Wohnungen. Das beschämende Schlußlicht ist wieder einmal die Bundeshauptstadt Wien, weil es mit vier Wohnungen pro tausend Einwohner ein ganz mieses Ergebnis zustande gebracht hat, das also weniger als die Hälfte der vorhin genannten Bundesländer beträgt. *(Abg. Dr. Mussil: Wenn ihnen die Brücken und die Stadien einstürzen!)*

Und dies, Herr Generalsekretär, trotz des Umstandes, daß auch mit Hilfe der ÖVP die Bundeshauptstadt nach den Wohnbauförderungsrichtlinien weitaus die besten Zuteilungsprozentsätze bekommt, die also die SPÖ vorgeschlagen, die ÖVP leider mitbeschlossen hat. Das Bundesland Wien ist also bei der Mittelzuteilung bevorzugt, hat aber trotzdem das weitaus schlechteste Ergebnis, wobei in diesen Zahlen mit zu berücksichtigen ist, daß ja

Melter

auch die Zu- und Umbauten angerechnet werden und auch in diesem Bereich – obwohl Wien zugegebenermaßen hier den größten Nachholbedarf hat – überhaupt keine nennenswerte positive Leistung erfolgte.

Dabei ist interessant, daß, auch wenn man die absoluten Zahlen vergleicht, Wien außerordentlich schlecht abschneidet. Es gibt drei Bundesländer in Österreich, die trotz erheblich geringem Bevölkerungsanteil eine wesentlich höhere Wohnbauleistung erbracht haben: Niederösterreich mit 6 838 Wohnungen, Oberösterreich mit 6 953 und Steiermark mit 7 970 Wohnungen. Wien dagegen hat es nur zu 6 412 Neubauwohnungen, Zu- und Umbauten gebracht, also ein äußerst beschämendes Ergebnis. Sie werden nicht etwa behaupten, daß die Bundeshauptstadt Wien alles darangesetzt hat, das Wahlversprechen der SPÖ zu verhindern und ad absurdum zu führen.

Dabei muß man dazu auch noch sagen, daß ja die reine Zahl der Wohnungen sicher nicht allein Berücksichtigung finden darf, sondern man kann natürlich auch die Wohnungsgröße in die Relation einbauen. Aber auch hier erbrachte Wien absolut kein gutes Ergebnis. Es liegt auch bei der Wohnungsgröße weit unter dem Durchschnitt.

Am schlechtesten sieht es natürlich bei der Wohnungsausstattung aus. Man hat die Kategorien I und II, also die mit Fließwasser, Bad, Spülklo oder Dusche in eine Gruppe zusammengefaßt.

Hier liegt Salzburg weit an der Spitze mit 85 Prozent Anteil, gefolgt von Vorarlberg mit 83 Prozent – das ist also ein sehr günstiges Verhältnis –, während Wien lediglich 66 Prozent gut ausgestatteter Wohnungen aufweist. Dafür natürlich liegt umgekehrt Wien an der Spitze bei den schlechten Ausstattungen in den Kategorien IV und V, also nur mit einem Wasseranschluß ohne Spülklo, natürlich auch ohne Bad, ohne Zentralheizung: Wien also 24 Prozent Wohnungsanteil, gefolgt vom Burgenland mit 23 Prozent. Hier könnte man sich auch wieder an Vorarlberg ein Beispiel nehmen, welches bei diesen schlechten Qualitäten einen Anteil von nur 2 Prozent aufweist.

Man sieht also, das Leistungsgefälle von einer rot verwalteten Großgemeinde zu einem anders verwalteten Bundesland ist außerordentlich groß.

Dazu kommt, daß Sie natürlich jetzt mit Ihrer Schuldenpolitik sehr erheblich dazu beitragen, daß die Mittel für die Wohnbauförderung nicht zunehmen und daß die zusätzlich benötigten Mittel, etwa auf dem Kreditmarkt, außerordentlich teuer geworden sind. Hier ist zu erwähnen

Ihre Spezialkreditsteuer, es ist zu erwähnen die natürlich unter Berücksichtigung der Regierungspolitik verfügte Kreditrestriktion der Nationalbank. Hier muß man also fragen, wie unter diesen finanziellen Voraussetzungen eine Besserung auf dem Wohnungsmarkt eintreten soll.

Man muß feststellen, daß die sozialistische Regierungspolitik, die Politik der sozialistischen Mehrheitsfraktion für die Wohnungswerber zu einem absolut schlechten Ergebnis, besonders in der Bundeshauptstadt Wien, geführt hat.

Nun zu einem anderen Bereich, nämlich dem der Straßen. Es ist bekannt, daß etwa eine der Säulen der österreichischen Wirtschaft, der Fremdenverkehr, darauf basiert, daß die Fremden ins Land kommen. Und hier steht fest, daß 95 Prozent der einreisenden Fremden ihr eigenes Kraftfahrzeug oder einen Omnibus benutzen, das heißt also, 95 Prozent des Fremdenverkehrs finden ihren Weg ins Land über die Straßen.

Nun ist es ganz klar, daß man, um diesen Anteil zu erhalten und um insbesondere die Deviseneinnahmen aus dem Fremdenverkehr zu sichern, auch die Dienstleistung im Bereich der Verkehrswege erhalten und verbessern muß. Erhalten würde bedeuten, daß man die Verkehrswege so ausbauen muß, daß auch der Zuwachs an Kraftfahrzeugen ohneweiter bewältigt werden kann und daß dort, wo jetzt noch erhebliche Schwierigkeiten bestehen, diese nach und nach beseitigt werden.

Leider sind die Straßenverkehrsverhältnisse denkbar unbefriedigend, was allein dadurch schon eindeutig bewiesen ist, daß die Verkehrsunfälle wieder sehr fühlbar zunehmen, wodurch natürlich auch neben dem persönlichen Leid ein erheblicher volkswirtschaftlicher Schaden entsteht.

Wenn man etwa beachtet, daß für eine Tintenburg in Wien mehr als 20 Milliarden Schilling ausgegeben werden, aber hinten und vorne die Mittel fehlen, die man sogar mit Sondersteuern und Doppelsteuern und Zusatzsteuern von den Autofahrern einhebt, andererseits aber nur eine Jahresbauleistung von etwa 40 Kilometer Autobahn zustande gebracht werden kann, so ist dies ein sehr bedenkliches und betrübliches Ergebnis. Und wenn die Gesellschaft für Straßenverkehr in dieser Beziehung ausrechnet, daß mit dieser Bauquote erst im Jahre 2005 etwa die Fertigstellung des derzeit projektierten Autobahnnetzes möglich sein wird und daß die zunehmenden Bedürfnisse dabei überhaupt keine Berücksichtigung erfahren können, so muß man sagen, diese Art

Melter

der Verkehrspolitik ist ebenfalls äußerst betrüblich.

Dabei kommt man auch im gesamten zu Verhältnissen, die den Weg zurück ins Mittelalter bedeuten. Es ist ja bekannt, daß sich vor etwa 130 Jahren ein Deutscher, Friedrich List, sehr vehement dafür eingesetzt hat, verschiedene Verkehrshemmnisse, insbesondere die Zölle, abzubauen und die Deutsche Zollunion in die Wege zu leiten. Das Ergebnis dieser Bemühungen war ja ein großer Wirtschaftsraum und eine wesentlich bessere gesamtwirtschaftliche Entwicklung für alle Bürger dieses Bereiches der Deutschen Zollunion.

Was aber macht die österreichische Bundesregierung? Sie plant Sonderabgaben, extrem unterschiedliche Verhältnisse von den umgebenden Ländern, sodaß also dadurch praktisch neue Zollschränken aufgebaut werden, insbesondere durch die beabsichtigte Güterbeförderungsabgabe. Das ist also eine Entwicklung zurück, die natürlich die wirtschaftliche Entwicklung hemmen und zu erheblichen Störungen führen wird. Es wäre viel vernünftiger, hier zu einem Interessensausgleich zu kommen, denn es ist ja ganz klar, daß Österreich als Durchzugsland zweifellos dort, wo es nur Lasten ohne Ergebnisbeteiligung zu tragen hat, Anspruch auf entsprechende Entschädigungen erheben kann. Diese müssen aber auf harmonisierten Bestimmungen mit den Nachbarländern basieren und zur Voraussetzung haben, daß sich die Regierung wesentlich intensiver bemüht, mit jenen Bereichen Vereinbarungen zu treffen, die für uns Belastungen bewirken, also Vereinbarungen insbesondere was die Gastarbeiterroute betrifft, um die dort bestehenden Belastungen auf jene zu übertragen, die sie im wesentlichen hervorrufen.

Wir Freiheitlichen können hier ja darauf hinweisen, daß sich unsere Leute dort, wo sie Möglichkeiten und Gelegenheiten haben, um derartige Aufgaben, die an und für sich der Regierung zustehen würden, sehr intensiv bemühen. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur die Gespräche von Bürgermeister Götz aus Graz mit Außenminister Genscher in der Bundesrepublik erwähnen, wo es auch darum gegangen ist, um Verständnis dafür zu werben, daß die Bundesregierung für die Belastung, die sie mit ihren Gastarbeitern auf unsere Straßen bringt, auch eine entsprechende Entschädigung zahlt.

Leider – leider, muß man sagen! – ist bezüglich der Bemühungen der Bundesregierung relativ wenig zu hören. Nur eine Auskunft etwa des Bundeskanzlers gegenüber dem freiheitlichen Abgeordneten Meißl hier im Hause hat darauf aufmerksam gemacht, daß man wohl

Verhandlungen eingeleitet hat, die etwa zum Ziele haben, eine Subvention von etwa 1,5 Milliarden Schilling für den Pyhrnautobahnausbau und Innkreisautobahnausbau zu erlangen, und daß man natürlich auch zusätzlich interessiert ist, weitere 5,5 Milliarden Schilling zu günstigen Kreditbedingungen zu erhalten, um damit zielstrebig diese wesentliche Autobahnverbindung vom Norden nach Süden möglichst kurzfristig fertigzustellen, einerseits um dem Verkehrsbedürfnis zu entsprechen, das die Gastarbeiter und auch die Schwertransporte bewirken, andererseits dem für uns noch wesentlich interessanteren Bedürfnis des Umweltschutzes für die Anrainer und Bewohner an den Durchzugsstrecken, die ja durch diese überdurchschnittlichen Verkehrsbelastungen ebenfalls Gefährdungen ausgesetzt sind, nicht nur dem Straßentod direkt durch Verkehrsunfälle, sondern auch den Einwirkungen von Lärm, Abgasen, Staub und dergleichen mehr.

Hier wäre also zu wünschen, Herr Bautenminister, daß Sie namens der österreichischen Bundesregierung wesentlich mehr Initiativen setzen, den Außenminister, den Bundeskanzler mobilisieren, daß sie mit mehr Nachdruck in der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, aber insbesondere auch in der Bundesrepublik Deutschland um Verständnis für diese unsere berechnete Forderung werben und dafür sorgen, daß durch zusätzliche Mittel der Straßenbau in Österreich beschleunigt durchgeführt werden kann und daß nicht wegen ausländischer Bedürfnisse inländische Bedürfnisse in anderen Bereichen zurückgestellt werden müssen.

Hier zeigt sich, glaube ich, eine bedauerliche Unfähigkeit dieser Bundesregierung, entsprechendes Verständnis für unsere österreichischen Bedürfnisse zu wecken.

Man muß dazusagen, daß leider im österreichischen Straßenbau sehr interessante Verhältnisse deshalb bestehen, weil auf der einen Seite die Aufwendungen für den Straßenbau relativ zurückgehen oder nominell eine geringere Steigerungsrate aufweisen, daß hingegen die Einnahmen allein im Bautenbereich mehr als doppelt so stark steigen. Dabei bleibt völlig unerwähnt, daß im Bereich der Bundesfinanzen gerade den Autofahrer extrem hohe Doppelbelastungen treffen und daß man mit Recht an und für sich fordern kann, daß das, was die Autofahrer für ihren eigenen Bereich aufbringen, auch in ihren Bereich investiert wird, weil ja die sonstigen Bundesausgaben allein auf Grund der steigenden Mehrwertsteuern oder Umsatzsteuern finanziert werden können. Es ist ja ganz interessant festzustellen, daß man durch extreme Sondersteuern – jetzt etwa wieder die Autoluxussteuer – einen starken Aderlaß bei

Melter

jenen vornimmt, die das Auto als Verkehrsmittel unbedingt benötigen.

Es ist bisher unbestritten gewesen, daß für Bundesstraßen, insbesondere für Autobahnen und Schnellstraßen, allein Bundeszuständigkeit gegeben ist, mit Ausnahme der Baudurchführung. Interessant ist, daß in den letzten Jahren, nachdem Tirol etwa infolge der Olympischen Spiele hier vorzeitig zum Zuge gekommen ist und sich damit auch eine erhebliche finanzielle Belastung auferlegt hat, nun die Bundesländer der Reihe nach für reine Bundesaufgaben zur Kasse gebeten werden. Obwohl also der Bund für sich speziell Abgaben geschaffen, sie verdoppelt und sonstwie erhöht hat und für sich selbst besonders einhebt, geht er dazu über, auch andere Gebietskörperschaften zur Zahlung heranzuziehen.

Hunderte Millionen Schilling müssen die Bundesländer der Reihe nach, genannt seien etwa Steiermark, Oberösterreich, Vorarlberg, Tirol, aufbringen, um im Straßenbau einiges weiterzubringen, weil die Bundesregierung zu viel für die Verwaltung verwendet und zu wenig der Abgaben für den Straßenbau auch direkt wieder dem Straßenbau zuführt.

Was die Baumaßnahmen in den verschiedenen regionalen Bereichen betrifft, muß man sagen, daß leider – leider! – mehr die politischen Auswirkungen bei der Mittelzuteilung Berücksichtigung finden statt der echten Verkehrserfordernisse. Es zeigt sich ja, daß manche Straßen weit über dem Durchschnitt belastet sind, im Gegensatz zu anderen, und trotzdem werden dort, wo die Straßen nicht so stark belastet sind, die Mittel für den Bundesstraßenbau bevorzugt eingesetzt. Das ist also eine Vorgangsweise, die man etwa mit dem Dringlichkeitskatalog nicht in Einklang bringen kann.

Wenn man nun die letzten berichtigten Zahlen über den durchschnittlichen Tagesverkehr zum Vergleich heranzieht – und hier liegt mir eine Veröffentlichung der Österreichischen Gesellschaft für Straßenwesen vom Oktober 1977 vor –: Da werden 46 Zählstellen genannt mit dem Tagesverkehr 1976; hier liegt an der Spitze die Wiener Bundesstraße B 1 mit 37 648 Fahrzeugen. Aber alle Angaben, etwa die Westautobahn betreffend, liegen mit 20 100 an der Spitze bis 18 900, 16 700, 16 100, also erheblich unter Zahlen, die etwa verschiedene Bundesstraßen in Vorarlberg aufweisen.

Und hier habe ich eine Tabelle mit den endgültigen Zahlen der Auswertung der Straßenverkehrszählung 1975. Hier wird etwa für die Vorarlberger Straße im Bereich Feldkirch-Felsenau eine Zahl von 17 101, für Feldkirch-Levis 20 042 genannt.

Aber die überraschendste Zahl ist zweifellos jene von Lauterach. Hier wird der durchschnittliche Tagesverkehr mit 28 834 Kraftfahrzeugen angegeben. Das ist eine Zahl, die man seitens der Verkehrsexperten als technisch nicht möglich bezeichnet. Dieser Verkehr muß aber bewältigt werden an einer sehr gefährlichen Kreuzung von Landesstraßen mit der Bundesstraße. Aber auch in der Richtung nördlich von Bregenz, Richtung Lochau, wird auf der Vorarlberger Bundesstraße noch ein durchschnittlicher Tagesverkehr von 23 925 gezählt und in Richtung Schweiz an der Harder-Brücke von 22 538.

Das bedeutet, es gibt eine ganze Reihe von Bundesstraßen, die eine erheblich stärkere Belastung aufweisen als die wesentlichen Strecken des österreichischen Autobahnnetzes. Daher ergibt sich dann zweifellos die berechnete Frage, warum man diese Abschnitte nicht bevorzugt behandelt.

Es gibt ja auch diesbezügliche Äußerungen. Ich möchte etwa den Herrn Nowotny aus der „Neuen Kronen-Zeitung“ zitieren, der unter anderem einmal geschrieben hat, daß Autobahnen beziehungsweise Schnellstraßen genau dort zu Ende sind, wo die größten Schwierigkeiten beginnen. Er hat damit seinerzeit die Verkehrsverhältnisse in der Steiermark – Ihrem Heimatbundesland, Herr Minister – gemeint, also Strecken vom Wechsel her, aber auch besonders die Grazer Verhältnisse. Ich möchte darauf hinweisen, daß derartige Verhältnisse leider in sehr vielen Bereichen im österreichischen Bundesgebiet gegeben sind und daß man in vielen Bereichen hier ganz eindeutige Wünsche an die Straßenbauverwaltung herangetragen hat.

Nun, was das Ende der Verkehrsstrecken und die größten Schwierigkeiten betrifft, muß man sagen, die Arlberg-Schnellstraße und der Arlberg-Tunnel, der ja glücklicherweise am 11. November den Durchschlag erlebt hat – mit großem Auftrieb der Regierung –, stellen zweifellos einen ganz erheblichen Fortschritt dar. Das wird jeder in diesem Lande bestätigen. Aber was wird sein, wenn diese Schnellstraße im Bereich der Gesellschaftsstrecke im Jahre 1979 ausgebaut sein wird? – Er wird gehemmt werden, sowohl im Osten wie im Westen. Landeck ist nicht gelöst, Feldkirch ist nicht gelöst. Es wird also im großen und ganzen in dem einen Zwischenstück relativ günstige Verkehrsverhältnisse – mit einigen Zwischenmängeln natürlich noch – geben, aber die Trichter Landeck und Feldkirch bleiben erhalten, und dies kann bedeuten, daß der wirtschaftliche Ertrag dieser Schnellstraße und Mautstrecke am Arlberg erheblich gebremst wird. Und das ist zweifellos wieder nicht im Interesse

Melter

der Straßenwirtschaft gelegen, denn je schneller die Mitfinanzierung dieser bevorzugten Strecken durch Mauteinnahmen erfolgt, umso schneller kann man natürlich wieder die Mittel in anderen Bereichen zum Einsatz bringen.

Das bedeutet aber, man sollte die Strecken, die in Angriff genommen wurden, so weit ausbauen, daß sie wirtschaftlich wertvoll werden. Das trifft etwa auch auf die Walgau-Autobahn zu. Dort hat ja der Bund schon seit zwei, drei Jahren Brückenprojekte finanziert, mit einem erheblichen Millionenaufwand, aber die Brücken stehen frei im Gelände, ohne Benutzbarkeit. Es ist nun natürlich klar, daß man die Investitionen in diesem Bereich möglichst schnell nutzbar machen sollte.

Herr Bautenminister! Wenn Sie in Ihrem Bereich nicht dafür sorgen, daß wir schneller zu vernünftigen Straßenverkehrsverhältnissen kommen, provozieren Sie die Bevölkerung in den Bereichen, in denen die Anrainer durch den starken Verkehr überdurchschnittlich belastet werden, wenn sie in ihrer Lebensqualität überdurchschnittlich beeinträchtigt werden. Sie provozieren Nachtfahrverbote, sie provozieren Sitzstreiks auf den Straßen, sie provozieren die Kritik an Österreich im Ausland, weil natürlich die Gäste, die zu uns ins Land kommen und ihre Geldmittel hier im Fremdenverkehr aufwenden sollen, durch die schlechten Verkehrsverhältnisse und durch diese Protestmaßnahmen unter Umständen auch abgeschreckt werden.

Ich kann nur sagen, Herr Bautenminister: Solange Sie nicht in der Lage sind, in der Bundesregierung mit mehr Nachdruck dafür einzutreten, daß die Mittel, die aus dem Kraftfahrzeugverkehr eingenommen werden, auch wieder dort investiert werden, um diesen Verkehr zu erleichtern, und solange Sie nicht imstande sind, für die Wohnbauförderung bessere Voraussetzungen zu schaffen und damit die bedürftige Bevölkerung zu unterstützen, so lange können wir einem Bautenbudget unsere Zusage nicht geben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Als nächster hat sich der Herr Bundesminister Moser zum Wort gemeldet.

Bundesminister für Bauten und Technik **Moser:** Herr Präsident! Hohes Haus! Im Hinblick auf die Uhrzeit und unter Würdigung des Umstandes, daß vermutlich einige Abgeordnete noch die Nachzüge erreichen wollen, erlauben Sie mir, daß ich in meiner Stellungnahme relativ kurz sein werde.

Diese Budgetdebatte über das Kapitel Bauten geht ja seit Jahren in einer etwas eigenartigen Form, wie mir scheint, vor sich. Vor allem die Redner der großen Oppositionspartei prophe-

zeien immer wieder den Bankrott und schwerste Krisen in der Bauwirtschaft. Das war für 1976 so, das war für 1977 so, und das war auch heute wieder so.

Die Tatsache, daß diese Krise nicht eingetreten ist, scheint offenbar manche nicht zu hindern, immer wieder von Arbeitslosigkeit und schwersten Rückschlägen zu reden. Ich meine, daß diese Bundesregierung durch ihre konsequente Politik dafür gesorgt hat, daß diese Prognosen Gott sei Dank im Bereich der Prophezeiungen geblieben sind.

Und wenn von der Arbeitslosigkeit die Rede ist - Abg. Babanitz hat heute bereits Ziffern genannt, ich möchte sie nur noch vervollständigen -: Ende Oktober wurden - nach den Unterlagen des Sozialministeriums - 277 893 Beschäftigte in der Bauwirtschaft gezählt, also mehr Beschäftigte, als es etwa Ende August waren. Die Arbeitslosenrate hat Ende Oktober 0,5 Prozent betragen. Der Stand der Arbeitslosen und Arbeitssuchenden betrug 1 546, die Zahl der offenen Stellen hingegen 4 960.

Ich glaube also, daß man weit und breit von einer Krise nicht reden kann. Das heurige Bauvolumen, das wir zu Beginn dieses Jahres mit etwa 137 Milliarden prognostiziert haben, wird eingehalten werden können. Auch der Abgeordnete Letmaier hat von einer Steigerung von etwa nominell 10 Prozent geredet, was real wahrscheinlich 4 bis 5 Prozent ausmachen dürfte.

Wenn der Herr Abgeordnete Keimel uns die Bundesrepublik Deutschland zur Nachahmung empfiehlt: Herr Abgeordneter! Das, was in der Bundesrepublik Deutschland jetzt gemacht wird, das haben wir in Österreich schon vor einigen Jahren gemacht, und das ist ja auch der wahre Grund, warum wir in Österreich im Gegensatz zu allen anderen Staaten im OECD-Bereich praktisch keine nennenswerte Arbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren gehabt haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und wenn beklagt wird, daß das Budget nicht der Arbeitsplatzsicherung im Jahr 1977 gedient hat: Ja, mehr als eine 0,5prozentige Arbeitslosigkeit Ende Oktober dieses Jahres zu halten, mehr kann man weiß Gott doch nicht von den Maßnahmen der Bundesregierung verlangen, wenn die internationale Norm sagt, daß bei einer Arbeitslosigkeit von 3 Prozent die Vollbeschäftigung bereits erreicht ist! Bei 0,5 Prozent muß daher im wahrsten Sinn des Wortes Vollbeschäftigung geherrscht haben! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und, Herr Abgeordneter Keimel, auch die vorzeitige Abschreibung ist eine Maßnahme der Bundesregierung gewesen. Das ist doch keine

7406

Nationalrat XIV. GP - 76. Sitzung - 7. Dezember 1977

Bundesminister Moser

Maßnahme der Wirtschaft! Das war ja eine Maßnahme der Bundesregierung, um auch in diesem Bereich, der in der Vergangenheit bei Bauinvestitionen ausgelassen hat, diesen Bereich anzuregen, seinerseits auch wieder zu investieren. Diese Maßnahmen haben gegriffen, wie wir sehen.

Aber, Herr Abgeordneter, ich würde sehr davor warnen, etwa Firmen wie Theiml, Spytzi als „weg vom Fenster“ zu bezeichnen. Sie wissen ganz genau, daß diese Firma ... (Abg. Dr. Keimel: *Unterstellen Sie mir nichts, das habe ich nicht gesagt!*) Sie haben die Firma Soravia und die Firma Theiml, Spytzi genannt, ohne daß diese Firma bis heute den Ausgleich angemeldet hat.

Und, Herr Abgeordneter, wer macht denn die Preise, weil immer die mangelnde Ertragslage beklagt wird? Sie können von der Regierung verlangen, daß sie für Aufträge sorgt. Bauunternehmungen bestätigen mir immer wieder, die Auftragssituation ist ja nicht so schlecht, aber die Ertragslage. Aber die Preise macht doch nicht die Bundesregierung oder die Regierungspartei! Das müssen doch die Baugewerbetreibenden und die Bauindustrie wahrlich selber machen. Aber ich meine, dieses dauernde Reden von der Krise, von der bevorstehenden Krise, macht auch die Unternehmungen nervös, und sie stürzen sich manchmal in Offerte hinein, die sie dann nicht durchstehen können. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Herr Abgeordneter, Sie übersehen beharrlich, daß wir auch im kommenden Jahr das fortsetzen, was wir in den vergangenen Jahren getan haben: daß wir dann, wenn es notwendig werden sollte, wenn die Konjunktursituation es erfordern sollte, auch schon im Budget den Einsatz von Konjunkturbelebungsmitteln vorgesehen haben – in Milliardenhöhe! –, um eben so wie im Jahre 1975, so wie im Jahre 1976 zusätzliche Mittel in Form von Aufträgen für die Wirtschaft vergeben zu können.

Herr Abgeordneter! Ich glaube, niemand kann heute bestreiten, daß noch niemals in Österreich etwa so viele Schulen gebaut worden sind wie in der Zeit dieser Bundesregierung. (*Beifall bei der SPÖ.*) Ich habe einmal spaßhalber gesagt: Wenn einmal die Geschichte der Nachkriegszeit geschrieben werden wird, werden die siebziger Jahre als die Schulbaujahre in Österreich bezeichnet werden, denn nahezu hundert große und moderne Schulen haben wir in diesen sieben Jahren fertiggestellt, 80 Schulen haben wir gegenwärtig im Bau mit einem Bauvolumen von nahezu 10 Milliarden Schilling. (Abg. Dr. Gruber: *Der eine sagt von 1970 bis 1977 11 Milliarden, der andere sagt, im Bau sind 10 Milliarden, Minister Sinowatz sagt ganz etwas*

anderes!) Das sind 10 Milliarden, die im Bau sind. Jawohl: mit diesem Bauvolumen. (Abg. Dr. Gruber: *Es kann Ihnen ja niemand mehr glauben!*) Genau dasselbe, Herr Abgeordneter. Die Ziffern habe ich Gott sei Dank hier.

Wenn Sie, Herr Abgeordneter Keimel, sagen, im Wohnungs-Gemeinnützigkeitsgesetz wird ein bißchen Wohnrecht gemacht: Das stimmt, jawohl! (Abg. Dr. Keimel: *Beim Herrn Justizminister auch!*) Mit Absicht, in voller Übereinstimmung mit dem Herrn Justizminister, völlig übereinstimmend mit dem Herrn Justizminister! Und auch der Verband der Gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen ist davon informiert, und der begrüßt es meiner Meinung auch, daß wir das, was Sie „ein bißerl Wohnrecht“ nennen, im Bereich der Gemeinnützigkeit lösen werden und nicht im Bereich eines anderen Wohnrechtes. Im übrigen werden Sie sicher noch Gelegenheit haben, zu diesem Thema ausreichend auch in dem parlamentarischen Ausschuß Stellung zu nehmen, denn nächste Woche voraussichtlich wird sich der Ministerrat mit diesem neuen Wohnungs-Gemeinnützigkeitsgesetz beschäftigen.

Aber, Herr Abgeordneter, Sie hätten nicht Hartberg, Peggau und Graz als Straßenbau-Beispiele nennen sollen. Darf ich Ihnen sagen, warum Graz noch immer nicht gebaut werden kann, obwohl das Bautenministerium ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt hat, die Verordnung über die Trassenführung längst erlassen wurde, alle Termine, die wir vereinbart haben, pünktlichst eingehalten hat? (Abg. Dr. Keimel: *Weil der Finanzminister die Autobahn Süd gesperrt hat!*) Aber, Herr Abgeordneter Keimel, erkundigen Sie sich doch bei Ihren Parteifreunden in der Steiermark: weil das Land Steiermark die rechtlichen Voraussetzungen für den Baubeginn bis heute nicht geschaffen hat und bedauerlicherweise auch bis heute noch nicht einmal mit dem sogenannten Beweissicherungsstollen begonnen wurde. Die Dinge sind viel zu kompliziert, als daß man sie von Ferne her nennen könnte.

Und Sie hätten nicht Peggau nennen dürfen. Denn das Land Steiermark hat überhaupt erst im Juni die Pläne für eine Umfahrung von Peggau dem Bautenministerium vorgelegt. Bis heuer in den Juni hat es gedauert, in einem Ort Planungen zu machen, der von langer Zeit her schon einer der neuralgischen Punkte in der Steiermark war.

Und Hartberg, Herr Abgeordneter, eine Gemeinde, für die vor längerer Zeit eine Umfahrungsstraße gebaut wurde, die zugegebenermaßen heute wieder zugebaut ist. Ja haben Sie denn das nicht vernommen, daß wir im nächsten Jahr mit der Umfahrung Hartberg in

Bundesminister Moser

Form der Südautobahn beginnen? Was sollen wir denn sonst noch für eine Umfahrung bauen? Und wir werden diese Südautobahn – ich zweifle, daß Sie das bisher offenbar vernommen haben – im sogenannten Vorfinanzierungswege finanzieren.

Herr Abgeordneter Melter! Nicht der Bund drängt die Länder zu einer Vorfinanzierung, sondern die Länder kommen zum Bund und sagen: Bitte sehr, wir bieten euch eine Vorfinanzierung an. (*Abg. Dr. Gruber: Warum denn, Herr Minister?*)

Herr Abgeordneter, ich möchte mit einem Märchen einmal Schluß machen: Nicht die Länder bringen das Geld auf zum Bau. Das bringt der Finanzminister auf (*Abg. Dipl.-Ing. Hanreich: Der Steuerzahler!*), und der Beitrag der Länder ist ein relativ kleiner Zinsenbeitrag für das Geld, das der Finanzminister aufzubringen hat. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wasserwirtschaft. – Herr Abgeordneter Keimel beklagt, daß der Bund 184 Millionen Schilling Beiträge leistet. Ich weiß nicht, gehören Sie, Herr Abgeordneter, zu denen, die vergessen haben, daß es in Österreich einmal eine ÖVP-Regierung gegeben hat? Denn damals hat der Wasserwirtschaftsfonds 18 Millionen als Bundesbeitrag bekommen. Das Zehnfache bekommt er heute, eine zehnfache Steigerung des echten Bundesbeitrages! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Im heurigen Jahr wurde über diesen von Ihnen bereits als illiquid bezeichneten Wasserwirtschaftsfonds ein Bauvolumen von 6 Milliarden Schilling gefördert und bezahlt, und im nächsten Jahr ist auf Grund der vorangegangenen Beschlüsse des Fonds ebenfalls wieder ein Bauvolumen von ungefähr 6 Milliarden Schilling bereits ausfinanziert.

Und von den 23 Milliarden Förderungsmitteln, die der Wasserwirtschaftsfonds seit dem Jahre 1959 bis heute, 1977, vergeben hat, stammen zwei Drittel dieser Summe allein aus der Zeit dieser sozialistischen Regierung! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Herr Abgeordneter Hanreich! Ich bin sehr dafür, daß das Beispiel Braunau, das wir ja von der ersten Stunde an vom Bautenministerium her gefördert haben, auch weiter gefördert wird, denn das soll ja der Modellfall werden für vergleichbare Städte, wo überall ähnliche Verhältnisse wie in Braunau anzutreffen sind.

Wasserwirtschaftsfonds – Marchfeldkanal. – Herr Abgeordneter, da kann ich Ihnen nicht dienen. Das ist keine Wasserstraße, das fällt daher nicht in die Kompetenz des Bautenministeriums, sondern in die Kompetenz des Landwirtschaftsministeriums.

Herr Abgeordneter Lehr! Ich kenne die Situation bezüglich dieser Verkehrsampel nicht. Ich habe aber Auftrag gegeben, der Sache nachzugehen.

Herr Abgeordneter Letmaier, Sie geben selber zu, daß 1977 die Beschäftigungslage in der Bauwirtschaft gut war. Sie sagen allerdings, die Insolvenzen steigen beachtlich. Herr Abgeordneter, ich kann Ihre Meinung nicht teilen. Ich habe hier die letzte Meldung vom 31. Oktober 1977. Es gab im Jahr 1977 65 Insolvenzen, es gab 1975 90 und 1976 80, sodaß also keine Steigerung der Insolvenzzahlen daraus hervorgeht. Aber wenn Sie die andere Statistik nehmen, die wir beide ganz genau kennen, und wenn Sie da etwa Firmen, die in meinen Augen keine Baufirmen sind, auch zum Baugewerbe rechnen, dann mögen Sie der Zahl nach recht haben. Ich nehme aber nur die Firmen, die tatsächlich Baufirmen sind, und hier erkenne ich keinerlei Steigerung der Insolvenz. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Straßenbaufinanzierung. – Herr Abgeordneter, haben Sie übersehen, daß im nächsten Jahr außer der Budgetziffer zusätzlich eine Milliarde Schilling für den Straßenbau verwendet werden wird, durch das Arrangement, das der Bautenminister mit dem Finanzminister getroffen hat und das uns doch wieder ein Stück weiter bringt?

Wohnbau. – Herr Abgeordneter, wie oft soll ich es noch sagen? Ich habe das schon vor den Wahlen 1975 sehr offen gesagt: Jawohl, wir haben das nicht gehalten oder halten können, was wir uns damals in unserem Programm vorgenommen haben. Sie wissen aber noch sehr genau die Gründe dafür. Denken Sie doch, wie Ihre Preise, Herr Innungsmeister, in den Jahren 1971, 1972 und 1973 – pro Quartal nahe an die 20 Prozent – gestiegen sind, daß das auch eine Auswirkung auf die Produktion gehabt hat! Denken Sie daran, wie die Grundpreise damals in gigantische Höhen gestiegen sind, sodaß die Wohnbauträger sich außerstande gesehen haben, Gründe zu kaufen! (*Abg. Ing. Letmaier: Dafür sind wir heute unter der Inflationsrate! – Abg. Melter: Wir haben eben keine Mallorcapreise!*)

Sie sagen, der Wasserwirtschaftsfonds sei am Ende. Herr Abgeordneter, zeigen Sie mir die Rechnung, die vom Wasserwirtschaftsfonds auf Grund unserer Darlehenszusicherung nicht bezahlt worden wäre. Es gibt keinen einzigen Rückstand. Die Jahresquoten werden voll eingehalten. Aber Sie wissen auch genau, daß der Wasserwirtschaftsfonds nach unseren Vorstellungen jährlich 400 Millionen Schilling bekommen soll. Aber wer hat denn die Einigung bisher verhindert? Das war doch nicht die Regierung und die Regierungspartei, das waren doch Sie, die ÖVP, die bisher eine Einigung über diesen

7408

Nationalrat XIV. GP - 76. Sitzung - 7. Dezember 1977

Bundesminister Moser

Fragenkomplex Spitalsfinanzierung und Wasserwirtschaft verhindert hat. So sind doch die Tatsachen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und was die Gastarbeiterroute anlangt, müßte ich doch Ihnen, Herr Abgeordneter Letmaier, nicht sagen, daß der Bosruck begonnen werden wird. . . . *(Abg. Ing. Letmaier: Warum machen sich die Herren Ihres Ministeriums so große Sorgen um den Wasserwirtschaftsfonds?)* Natürlich. Wir denken eben an die Zukunft, wir machen uns natürlich auch Gedanken, wie es weitergehen wird, wie wir das jährliche Investitionsvolumen von 6 Milliarden Schilling auf die Dauer aufrechterhalten können. Natürlich machen wir uns darüber Gedanken. Das ist ja nichts Schlechtes. Wenn wir 400 Millionen Schilling alljährlich bekämen, dann könnten wir damit fast eine Milliarde wieder zusätzlich an Investitionen jährlich finanzieren. Aber diese Einigung ist ja bisher von Ihnen leider verhindert worden. *(Abg. Dr. Keimel: Daß das Ländergelder sind, ist Ihnen schon bekannt?)*

Gastarbeiter. - Herr Abgeordneter Letmaier, Ihnen müßte ich doch nicht sagen, daß gerade in der Nähe Ihrer Heimat der Bosruck-Tunnel im nächsten Jahr begonnen werden soll, wenn die Widerstände ausgeräumt sind, ein Teil der Pyhrn-Autobahn, daß wir vereinbart haben, daß Rottenmann-Triebe vorfinanziert wird über die Pyhrn-Autobahn, die Umfahrung Trieben, daß Friesach-Graz-Nord ebenfalls über die Pyhrn-Autobahn gebaut wird, daß das größte Erdbau-los, das gegenwärtig in Österreich in Bau ist, südlich von Graz an der Kainach läuft, sodaß wir alle Anstrengungen unternehmen, gerade diese Pyhrn-Autobahn wegen ihres starken Verkehrsaufkommens vordringlich auszubauen.

Herr Abgeordneter Weinberger! Der Entschließungsantrag betrifft meiner Meinung nach nicht nur das Inntal, sondern wir haben einige solche neuralgische Stellen. Wir haben etwa im Raum Oberalm in Salzburg, wir haben im Raum Kärnten auf der Südautobahn im Raum Pörschach solche Probleme, die genau dort hintreffen, wo der Initiativantrag hinzielt.

Herr Abgeordneter Melter, ich sagte schon: 5 000 Wohnungen mehr - ich gebe zu, ich habe das auch vor den Wahlen in den Versammlungen gesagt -, wir haben dieses Ziel nicht erreicht. Ich habe die Gründe angeführt. Aber vergessen Sie eines nicht: daß wir im Jahre 1976 außer dem Bau von 4 500 Neubauwohnungen auch 45 432 Wohnungen modernisiert haben, Wohnungen, die auch hinsichtlich Ihrer Qualität wesentlich verbessert worden sind, die früher einmal dem Wohnungsmarkt verlorengegangen wären, die aber jetzt sicherlich als Dauerwohnungen anzusehen sind. *(Abg. Dr. Gruber: Mit dem ÖVP-Wohnungsverbesserungsgesetz!)* Wir

haben diese Verbesserung wesentlich umgestaltet, Herr Abgeordneter Gruber, wie Sie wissen, und mit Mitteln ausgestaltet, an die Sie seinerzeit nie gedacht haben.

Sie beklagen, daß Wien schlecht ausgestattete Wohnungen hat. Das ist aber weiß Gott nicht die Schuld der Stadtverwaltung von Wien. Denn diese schlecht ausgestatteten Wohnungen stammen doch aus einer Zeit in Wien, wo man Wohnungsbau nach ganz anderen Gesichtspunkten, nach Gesichtspunkten der Rentabilität und des größten Gewinnes in Wien gebaut hat, und nicht etwa, um den Menschen eine anständige Wohnung zur Verfügung stellen zu können.

Und wenn Sie sagen, die Mittel der Wohnbauförderung nehmen nicht zu, dann bitte schlagen Sie doch auch das Budget auf. Im nächsten Jahr 1 Milliarde Schilling mehr, die die Länder vom Bund bekommen gegenüber heuer: 8,4 Milliarden Schilling heuer, 9,4 Milliarden Schilling nächstes Jahr - 1 Milliarde mehr für den Wohnbau!

Die Straßen wurden von Ihnen als unzureichend beklagt. - Sicher richtig. Es gibt aber kein Land, das sein Straßenproblem gelöst hätte. Meine Damen und Herren, ich bin der Meinung, allein mit der Straße wird man das Verkehrsproblem überhaupt nicht lösen können. Es wird nur eine Kombination aller Verkehrsträger - Schiene, Straße, Luft und vielleicht einmal die Wasserstraße - in der Lage sein, die Verkehrsverhältnisse befriedigend zu gestalten. Aber, Herr Abgeordneter, Sie müssen selber zugeben, daß es noch niemals eine Zeit gegeben hat, in der im Land Vorarlberg so viel getan worden wäre auf dem Straßenbausektor, wie gerade in der Zeit dieser Bundesregierung geschieht. Arlberg-Tunnel, Anschlußrampen, Walgau, Pfänder-Tunnel, Dornbirn-Nord, Staatsgrenze bis Pfänder-Tunnel-Nord - alles in Bau. Herr Abgeordneter, das hat das Land Vorarlberg noch nie früher gesehen, und auch die Hunderte Millionen, die heute in dieses Land fließen, hat es noch niemals gegeben.

Ich verkenne nicht die Schwierigkeiten, meine Damen und Herren, vor denen wir natürlich stehen. Und wir werden sehr aufmerksam die weitere Entwicklung in der Bauwirtschaft verfolgen. Es besteht in der Bundesregierung völlige Einmütigkeit darüber, daß wir entschlossen sind, alles zu unternehmen, um einen Einbruch in diesen wichtigen Bereich der österreichischen Wirtschaft zu verhindern. Wir wollen aber die Dinge klar sehen: Wir wollen nicht Angst machen, wir wollen auch nicht untertreiben. Wir sehen die Dinge, wir haben auch ständige Kontakte zu der Bauwirtschaft,

Bundesminister Moser

wie Sie, sehr geehrter Herr Abgeordneter, sehr wohl wissen.

Und seien Sie eines versichert: Diese Bundesregierung wird weiterhin mit aller Kraft eine Politik betreiben, die ein größtmögliches Maß an Beschäftigung in Österreich zum Ziel hat. Und so, wie es uns in der Vergangenheit als einem der wenigen Länder gelungen ist, werden wir auch weiterhin alles unternehmen, dieses hohe Maß an Beschäftigung auch in der Zukunft zu sichern. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Regensburger.

Abgeordneter **Regensburger** (ÖVP): Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Bundesminister, Sie meinten bei Ihren Ausführungen, daß die große Oppositionspartei auch schon im vergangenen Jahr immer Bankrott und Arbeitslosigkeit prophezeit habe. Ich darf Ihnen dazu sagen, wenn nicht privatindustrielle Baubetriebe in Österreich doch irgendwie auf Eigeninitiative, in Eigenverantwortung und auch auf Grund der Auftragslage, die aus fiskalischen Gründen heuer besser ist, als sie im kommenden Jahre sein wird, so gearbeitet hätten, wären diese Prophezeiungen leider eingetreten. Wir freuen uns selber, daß sie nicht eingetreten sind, und wünschen sie auch bei Gott für das kommende Jahr beziehungsweise für die kommenden Jahre nicht.

Auch die Sondergesellschaften, die Bildung und die Arbeit der Sondergesellschaften haben dazu beigetragen, Schlimmes und Schlimmeres hintanzuhalten. Nur sind wir jetzt an der Grenze der Finanzierung dieser Sondergesellschaften angelangt. Und wenn Sie meinen, daß bei der Finanzierung der Sondergesellschaften nur der Bund als Geldgeber da sei, dann frage ich Sie: Warum hat man dann diese Sondergesellschaften gegründet, installiert? Dann wäre es ja gar nicht notwendig gewesen, wenn man nicht andere, also den Kapitalmarkt und die Länder, für die Finanzierung brauchen würde.

Aber diese Aussage und Beurteilung, daß die Preise doch nicht die Bundesregierung mache – im Hinblick auf die sinkende Rentabilität im Baugewerbe –: Ich glaube, das ist der größte Witz, der von der Regierungsbank in den letzten Tagen gemacht wurde. Die Preise macht doch nicht die Bundesregierung. – Sie können so quasi nichts dafür, meinten Sie – wohl nicht wörtlich –, wenn die Bauwirtschaft die Preise unterbiete und nicht kostendeckend arbeite.

Ja, Herr Bundesminister, hier muß ich auch fast sagen, wie Kollege Dr. Hauser zu Blecha meinte: Sie sind wohl anscheinend nicht recht bei Trost. Sie müssen doch wissen, daß die

Kostenschere in Österreich mit der Belastung fiskalischer Art schon so groß geworden ist, daß die Firmen einfach Aufträge haben müssen, um irgendwie wenigstens über Jahre leben und überleben zu können, wobei jeder hofft, daß es eines Tages doch wieder besser wird.

Eine ähnliche Ausrede gebrauchten Sie auch im Finanz- und Budgetausschuß, Kapitel Bauten, weil wir Ihnen vorhielten, daß die Länder stets von Ihnen, aber auch vom Verkehrsminister zur Kasse gebeten werden, daß der Bund nicht zu den Ländern kommt, sondern umgekehrt, die Länder zum Bund gekommen sind. Ja, in ihrer Bedrängnis, daß es weitergeht, daß es vorwärtsgeht, daß wir im Verkehr nicht ersticken und daß die Bauwirtschaft Aufträge hat und der Bauarbeiter einen Arbeitsplatz findet.

Sie meinten: Zeigen Sie mir Rechnungen von unbezahlten Verbindlichkeiten. – Herr Bundesminister! Der Rechnungshof hat schon mehrmals darauf hingewiesen, daß Ausgaben-, Zahlungs- und Anweisungsrückstände sich jährlich rund um ein Drittel des Auftragsvolumens bewegen. Im Jahre 1974 waren es 1 801 Millionen, im Jahre 1975 1 650 Millionen. Das sind wohl keine Rechnungen von Firmen, aber immerhin Feststellungen des Rechnungshofes beziehungsweise beinhaltet im Bundesrechnungsabschluß.

Auch was den Wasserwirtschaftsfonds anlangt, Herr Bundesminister, behaupteten Sie bisher und auch heute, daß der Fonds immer liquid sei. Im Jahre 1975 haben Sie von der Möglichkeit, eine Anleihe von 600 Millionen aufzunehmen, gar nicht Gebrauch gemacht, Sie haben nur 200 Millionen aufgelegt. Aber Sie sind immer liquid, obwohl erst vor zwei Tagen der Salzburger Bürgermeister meinte, daß die Salzach eine Brühe sei.

Diese Klagen kommen aus vielen Bundesländern. Zudem ist heute bekannt, daß sogar Bergseen nicht mehr frei von Verbleiung sind und da oder dort schon einen nicht ungefährlichen Stand erreicht haben, was die Wasserqualität anbelangt.

Ich sehe über dem Kapitel Bauten und Technik drei Balkenlettern: das ist die Wasserwirtschaft, der Straßenbau und der Wohnbau. Über diesen drei Schlaglettern prangen aber drei rote Pfeile mit Versprechungen. Was die Wasserwirtschaft anbelangt, wurde lauthals versprochen, in sieben Jahren werden Seen und Gewässer rein sein.

Und wenn ich nun die Aufstellung und Gegenüberstellung des Wasserwirtschaftsfonds vortragen würde – ich will mir nur nicht den Unmut der Kollegenschaft zuziehen –, könnte ich beweisen, daß in den vergangenen Jahren die Bundesbeiträge ständig gesunken sind. Zum

Regensburger

Beispiel betrugen sie im Jahre 1975 noch 215 Millionen, im Voranschlag 1978 184 Millionen; daß die Anleihen mit Bundeshaftung wohl stiegen, aber nicht zur Gänze ausgeschöpft werden, auf jeden Fall bisher kaum; daß der Konjunkturvoranschlag im Jahr 1977 mit 340 Millionen überhaupt nicht freigegeben wurde und, wie wir hören, die Absicht besteht, auch die 580 Millionen für das Jahr 1978 nicht freizugeben. *(Präsident Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)*

Herr Bundesminister! Dieser rote Pfeil über dem Wasserwirtschaftsfonds: In sieben Jahren werden die Seen und Gewässer rein sein, bedeutet ein Versprechen, das eklatant nicht gehalten wurde.

Über dem Wohnbau steht der rote Pfeil mit dem Versprechen des Bundeskanzlers: jährlich 5 000 Wohnungen mehr. Auch Sie, Herr Bundesminister, haben noch als Oppositionsabgeordneter – es wurde heute schon gesagt – 1 Milliarde Schilling mehr vom Bund verlangt, als im Jahre 1967 das Wohnbauförderungsgesetz 1968 beschlossen wurde.

Es wurden die Zahlen heute schon genannt, wie sie in der derzeitigen Entwicklung der Wohnbauförderung zu verzeichnen sind. Ich könnte Ihnen seitenweise Klagen Ihrer Kollegen aus den Bundesländern vorlegen – ich meine Ihre Genossen –, die verantwortlich sind hier in Wien, die verantwortlich sind auch in Klagenfurt und anderswo, die genauso klagen wie die Wohnbaureferenten der übrigen Bundesländer, die ihre Malaise nur noch dadurch übertünchen können, daß sie Vorgriffe in die kommenden Jahre tätigen.

Und was den Straßenbau anlangt, hat der Finanzminister versprochen, die Zweckwidmung und die Zweckbindung weiterhin aufrechtzuerhalten. Und auch Sie, Herr Bundesminister haben in einem Interview des Jahres 1976 erklärt, daß Sie beim Autobahnbau von einem Jahresdurchschnitt von 30 Kilometer auf 50 Kilometer kommen wollen. Wir haben in der Statistik der vergangenen Jahre nicht 30 Kilometer, sondern von 16 Kilometer bis zu 28 Kilometer. Ich hätte die Aufstellung hier, Herr Bundesminister, ich will nur meine Kollegen nicht allzu sehr auf die Folter spannen. Wie aber heute Kollege Lehr auf einen Jahresdurchschnitt von 46 Kilometer gekommen ist, ist mir überhaupt unerklärlich.

Also Versprechungen und Forderungen von seiten Ihrer Person, von seiten des Bundeskanzlers, von seiten des Finanzministers. Eine Opposition, wie es die ÖVP ist, mit ihrem Verantwortungsbewußtsein hätte sowohl heute wie auch im Jahre 1970 nie gewagt, die

Forderungen aufzustellen: Pro Jahr 5 000 Wohnungen mehr. Sie hätte nie gewagt, die Forderung aufzustellen, pro Jahr müssen 50 Kilometer Autobahnen gebaut werden, und sie hätte sich in ihrem Verantwortungsbewußtsein nie die Forderung zu stellen getraut: In sieben Jahren sind die Seen und Gewässer rein!

Wir sind aber dann die Kommunisten, wir sind die, die unermessliche Forderungen stellen! Eine sozialistische Bundesregierung aber fährt dann über ihre Versprechungen mit Brutalität und dem Einsatz ihrer Mehrheit hinweg. Und mir fällt das Drama von Schiller ein: „Man soll die Stimmen wägen und nicht zählen;

Der Staat muß untergehn, früh oder spät,
Wo Mehrheit siegt und Unverstand entscheidet.“

Unverstand ist das wirklich, wenn man zuerst alles verspricht und letztlich wenig oder teilweise nichts hält. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wir werden aber, wenn verantwortungsbewußte Forderungen gestellt werden, als Kommunisten hingestellt. Wir haben aber nie gefordert: Pro Jahr 5 000 Wohnungen mehr. Wir haben nie versprochen und nie gefordert, pro Jahr 50 Kilometer Autobahn zu bauen, und wir haben nie versprochen und nie gefordert, daß in sieben Jahren in Österreich alle Flüsse und Gewässer rein sein müssen.

Aber das ist Methode, und vielleicht hat Dr. Karl Renner in der „Arbeiter-Zeitung“ am 10. September 1946 visionär geschrieben: „Der Sozialismus ist in die Periode der Verwirklichung eingetreten ... Zwei der größten Weltreiche stehen heute unter der Führung der Arbeiterklasse, das russische und das britische Imperium ... Diese Tatsache wird nicht verkleinert durch die Verschiedenheit der Führungsmethoden.“

Die SPÖ bekennt sich trotz aller anderen Beteuerungen immer noch zu den gleichen marxistischen Grundsätzen und Zielen. Sie ist sich aber durchaus bewußt, daß heute andere Wege zur Eroberung der Macht notwendig sind. Die Zeit eines gewaltsamen Umsturzes und die gewaltsame Errichtung der Diktatur des Proletariats, wie sie noch 1919 den russischen Genossen gelang, ist heute nicht gegeben. Die österreichischen Sozialisten wollen mit den demokratischen Mitteln der Staatsmacht die Staatsmacht erobern, wie sie ausdrücklich erklären.

Mit der Eroberung der Staatsmacht beginnt die Übergangsperiode zum Sozialismus, für den die Sozialisten skrupellos alle staatlichen Machtmittel einsetzen würden. Diese Übergangsperiode ist aber nichts anderes als die Diktatur des Proletariats, die im Zentrum der Lehren von Karl Marx steht und deren Notwendigkeit die Sozialisten grundsätzlich noch nie widerrufen haben. Die Sozialistische

Regensburg

Partei arbeitet konsequent nach ihrem Motto: Demokratie der Weg, Sozialismus das Ziel. – Aktionsprogramm 1947.

Aber Versprechungen werden laufend gemacht, laufend Forderungen aufgestellt, zu denen der Finanzminister nein sagt, zu welchem Nein der Bundesminister aber ja sagt.

Im Zusammenhang mit diesen Versprechungen – Sozialismus das Ziel und Demokratie der Weg – sagte Tull in der XI. Gesetzgebungsperiode, was den Wohnungsbau betrifft: Wir sagen nur eines: Wir halten als Sozialisten das, was wir versprechen. Wir haben ein Wohnbaukonzept erarbeitet und werden der Öffentlichkeit im Zuge der Wahlauseinandersetzung auch ein Wohnbauprogramm vorlegen. Dieses Wohnbauprogramm wird ein Teil unseres Regierungsprogramms werden. In diesem Programm werden wir neue, bessere, modernere Wege gehen, sodaß mehr Wohnungen, schönere Wohnungen zu sozial vertretbaren und wirtschaftlich angemessenen Mieten erbaut werden können. Das versprechen wir der österreichischen Bevölkerung, und das würden wir, falls wir in die Lage versetzt werden, auch halten. Darauf können Sie sich, Herr Kollege Dr. Gruber – sagte er dazumal – und meine Damen und Herren von der ÖVP, verlassen. – Wir merken und stellen fest: wir sind verlassen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Hagspiel. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Hagspiel** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geschätzte Damen und Herren! Der Herr Bundesminister für Bauten und Technik hat drei sehr wichtige Bereiche zu verantworten. Sehr große Sorgen dürfte ihm die Pleite im Wasserwirtschaftsfonds bereiten. Die stark rückläufigen Zahlen im Wohnungsbau sind sicher auch nicht ermutigend, und im dritten Bereich, im Bundesstraßenbau, turnt der Herr Bundesminister mit Vorfinanzierungen der Länder und mit Sondergesellschaften über die Schwierigkeiten, die ihm der kranke Staatshaushalt bietet, hinweg.

Fragwürdig scheint der Weg, den er eingeschlagen hat, indem er die Länder gegenseitig ausspielt, und diese immer mehr gezwungen werden, Aufgaben zu übernehmen, die reine Bundessache wären. Um unbedingt notwendige Bauvorhaben zu verwirklichen, sind die Länder gezwungen, die Projekte zu ersteigern, damit sie vom Bund den Zuschlag bekommen, und wenn sie dabei auch finanziell verbluten.

Der Herr Bundesminister hat im Ausschuß erklärt, er hätte keines der Länder aufgefordert, hier bei Vorfinanzierungen in Vorlage zu treten.

Sicher nicht, denn der Herr Bundesminister ist froh, wenn von den Ländern her keine Wünsche kommen. Aber fraglich scheint es doch, wenn die Länder immer mehr in Vorlage treten, ob der komplizierte Schlüssel bei der Verteilung der Mineralölsteuer noch zeitgerecht ist.

Mangels Finanzierungskonzept für den Bundesstraßenbau wird auf den eklatanten Notstand mit weiteren Notmaßnahmen – Vorfinanzierungen durch die Bundesländer, Ausweitung der Gesellschaftsstrecken, direkten Aderlaß der Landesregierungen – reagiert. Diese Maßnahmen, die jetzt schon Milliardenbeträge ausmachen, und die Amortisationsverpflichtungen belasten den Bund so, daß der Straßenbauhaushalt in nächster Zukunft blockiert sein wird, weil keine verfügbaren Mittel mehr vorhanden sind, die auch bauwirksam eingesetzt werden können, sondern nur noch zum Schuldenzahlen bereitgestellt werden müssen.

Das kleine Land Vorarlberg hat, wie andere Bundesländer, um eine raschere Realisierung verwirklichen zu können, sich finanziell beteiligt. Die Vorfinanzierung der Walgau-Autobahn, die Finanzhilfe bei der Rheintal-Autobahn, im Abschnitt Bregenz die Mitfinanzierung des Arlberg-Tunnels und die Gesellschaftsstrecke zwischen Dalaas und Langen sowie der zweispurige Ausbau der Eisenbahn beansprucht nicht weniger als eine halbe Milliarde Schilling.

Der Herr Bundesminister hat erklärt, daß in Vorarlberg noch nie so viel gebaut worden wäre. Es wurde aber auch noch nie so viel Parteipropaganda diesbezüglich gemacht. 1970 hat die Sozialistische Partei in ihrem Wahlversprechen im Raume Bregenz erklärt, daß bereits 1974 die Durchfahrt des Pfänder-Tunnels bewerkstelligt wäre, und hat mit dieser Schaumschlägerei auch die Mehrheit in Bregenz erreicht. Jetzt ist es soweit, daß das Land mitfinanzieren muß und der Herr Bundesminister die Ausschreibung von Pfänder-Nord zur Staatsgrenze wieder aufgehoben hat, und man muß froh sein, wenn das Projekt anstatt 1974 1980 fertig sein wird.

Das Land Vorarlberg hätte wirklich keinen Grund, finanziell in dieser Situation einzuspringen, nachdem vor allem die sozialistischen Bundesspitzenpolitiker, von Herrn Bundeskanzler Kreisky angefangen, immer wieder bei Besuchen in Vorarlberg erklärt haben, die Finanzierung für das Land wäre gesichert. Das Land ist nur deshalb eingesprungen, damit die Bevölkerung von Bregenz und Umgebung von der Blechlawine befreit wird, und vor allem, damit der grenzüberschreitende Verkehr, der sehr ansehnliche Beträge an Devisen in unser Land hereinbringt, flüssiger abgewickelt werden kann.

Hagspiel

Zum Bau von Bundesstraßen und Bau von Autobahnen wird sehr wertvoller Grund beansprucht, der der Landwirtschaft sowie dem Bau von Wohnungen auf immer verlorengeht. Wenn auch die Preise angemessen sind, treten doch immer wieder Schwierigkeiten besonders in der Bewirtschaftung von landwirtschaftlichem Grund auf, denn bei Einzelfällen ist zum Teil über die Hälfte des Betriebes zum Autobahnbau beansprucht worden. Es ist eine echte Existenzfrage für diese Betroffenen, wenn es nicht in angemessener Frist gelingt, Ersatzgründe in zumutbarer Lage zu beschaffen. Maschinell bewirtschaftbare Flächen im Berggebiet sind sehr beschränkt vorhanden, und die Bodenmobilität in der Nähe der Ballungszentren ist sehr gering. Den Betroffenen ist es kaum möglich, in kürzester Frist Grundstücke zu erwerben und auch Ersatzgrund in Form von Einfamilienhäusern oder Eigentumswohnungen steuerfrei zu realisieren, da ihnen nur eine Frist von einem Jahr bereitgestellt wird.

Herr Bundesminister! Bedienen Sie sich nicht der Ausrede, für die Vermögensteuer wäre der Herr Finanzminister zuständig. Voraus gehen immer wieder die Grundablösungen, und da sind Sie, Herr Bundesminister, zuständig. Und es ist nicht einzusehen, wenn Betroffene freiwillig oder über Enteignung der Allgemeinheit ihren Grund zur Verfügung stellen und schon in kürzester Zeit mit der Vermögensteuer belastet werden.

Die Grundablöseverhandlungen würden viel leichter vor sich gehen, wenn hier mehr Spielraum geboten würde. Das würde sich auch auf die Grundpreise auswirken, und es würden weniger Angsteinkäufe getätigt, um der Versteuerung zu entinnen, wenn die Zahlungsfrist für die Vermögensteuer etwas hinausgedehnt würde.

Die Landwirtschaftskammer hat gemeinsam mit den Betroffenen ein Ansuchen an den Herrn Finanzminister gerichtet, die Frist von einem Jahr auf drei Jahre zu erstrecken. Leider hat der Herr Finanzminister sich nicht in der Lage gesehen, diesem Ansuchen zu entsprechen.

Meine Bitte wäre an Sie, Herr Bundesminister, daß Sie sich dafür verwenden, es würde ja auch in Ihrem Interesse liegen, um die Ablöseverhandlungen in Zukunft leichter führen zu können.

Herr Bundesminister! In einer schriftlichen Beantwortung im Ausschuß betreffs Studien beim Investitionserfordernis, der den Wasserwirtschaftsfonds betrifft, haben Sie berichtet, daß diese Studien so umfangreich wären, 211 Seiten umfassen würden, sodaß Sie sich nicht in der Lage sähen, jedem Abgeordneten ein

Exemplar zur Verfügung zu stellen. Das sehen wir ein, aber unsere Bitte wäre, daß wenigstens jedem Klub ein solches Exemplar zur Verfügung gestellt würde.

Abschließend möchte ich festhalten, daß, obwohl kein Finanzierungskonzept für den Bundesstraßenbau vorhanden ist, schon wieder über neue Belastungen der Straßenbenützer diskutiert wird in Form einer neuen Beförderungssteuer. Das Defizit der Eisenbahnen in der Weise zu verringern, daß der Transport auf den Straßen uninteressant gemacht wird, trifft vor allem die von der Bahn entlegenen Gebiete, die nicht auf den Bahntransport ausweichen können. Das kann nicht der richtige Weg sein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Minkowitsch**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Spezialberichterstatter verzichtet auf ein Schlußwort.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe XIII des Bundesvoranschlages 1978. Diese umfaßt das Kapitel 64 samt dem dazugehörigen Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlages in 631 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Dies ist mit Mehrheit angenommen.

Gemäß § 55 Abs. 5 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die Abstimmung über den bei der Verhandlung des Kapitels 64, Bauten und Technik, des Bundesfinanzgesetzentwurfes eingebrachten Entschließungsantrag sogleich vorzunehmen. – Keine Einwendungen dagegen.

Wir kommen daher zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Weinberger, Dr. Keimel, Dr. Stix und Genossen betreffend Lärmschutz auf Bundesstraßen und Autobahnen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Dies ist mit Mehrheit angenommen. (E 16.)

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Es liegt mir der Antrag vor, die Verhandlung über das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1978 samt Anlagen (631 und Zu 631 der Beilagen) gemäß § 53 Abs. 7 der Geschäftsordnung zu

Präsident Minkowitsch

vertagen, um Sitzungen zur Verhandlung anderer Vorlagen einzuschieben.

Ich lasse darüber abstimmen und bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. – Dies ist einstimmig angenommen.

Die Verhandlung über das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1978 samt Anlagen ist somit vertagt.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Anfragen 1523/J bis 1534/J eingelangt sind.

Die nächste Sitzung berufe ich für Dienstag, den 13. Dezember, um 11 Uhr ein. Die Tagesordnung dieser Sitzung ist der im Saal verteilten schriftlichen Mitteilung zu entnehmen. In dieser Sitzung findet keine Fragestunde statt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 23 Uhr 30 Minuten